

Ulla Plener (Hrsg.)

# Clara Zetkin in ihrer Zeit

Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 76

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ULLA PLENER (HRSG.)

# **Clara Zetkin in ihrer Zeit**

**Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen**

Material des Kolloquiums anlässlich ihres  
150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin

Karl Dietz Verlag Berlin

*Ich danke Helga Brangsch für ihre umfangreiche Mitarbeit bei der Herstellung des Manuskriptes.*

*Redaktionelle Bemerkung*

*In den vorliegenden Beiträgen folgt die Schreibweise nur teilweise der Rechtschreibreform – sie wurde den Autoren überlassen, Zitate eingeschlossen.*

*Russische Eigennamen werden in der Umschrift nach Steinitz wiedergegeben.*

*Ulla Plener*

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 76

ISBN 3-320-02160-3

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

ZUM GELEIT	7
GISELA NOTZ: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung	9
SETSU ITO: Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie	22
CHRISTA UHLIG: Clara Zetkin als Pädagogin	28
CLAUDIA VON GÉLIEU: Die frühe Arbeiterinnenbewegung und Clara Zetkin (1880er/1890er Jahre)	41
SABINE LICHTENBERGER: „Der Vortrag machte auf die ganze Versammlung einen mächtigen Eindruck.“ Zur Rede Clara Zetkins in Wien am 21. April 1908	49
ECKHARD MÜLLER: Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern	54
MIRJAM SACHSE: „Ich erkläre mich schuldig.“ Clara Zetkins Entlassung aus der Redaktion der „Gleichheit“ 1917	72
OTTOKAR LUBAN: Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe 1914-1918	79
HARTMUT HENICKE: Clara Zetkin: „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“. Theoretisch-methodische Anmerkungen	86
HEINZ SOMMER: Clara Zetkin und die Rote Hilfe	105
WOLFGANG BEUTIN: „Dieses weltgeschichtliche Ringen geht um das ganze Kulturerbe der Menschheit.“ – Kultur, Intellektuelle und Proletariat in Clara Zetkins Gedankenwelt	115
GÜNTER WERNICKE: Clara Zetkin gegen Ausgrenzungen aus Komintern und KPD Mitte der 20er Jahre	130

HORST HELAS: Über einen „Dreckbrief“ Clara Zetkins von 1927	137
ROLF HECKER: Clara Zetkin und Dawid Rjasanow auf den Spuren von Karl Marx	142
MARCEL BOIS: Clara Zetkin und die Stalinisierung von KPD und Komintern	149
ULLA PLENER: Vier Anmerkungen zu Clara Zetkins Wirken und Persönlichkeit 1900-1933	157
DOKUMENTE	
Frauenfrage und Sozialismus. Rede in Wien am 21. April 1908	173
Um die internationale sozialistische Frauenbewegung. Sieben Briefe an Mitstreiter in Schweden, 1906-1914	181
Zwei Reden im Württemberger Landtag:	
Für die Demokratie der Habenichtse und Ausgebeuteten. Rede am 25. September 1919	194
Für die Aufnahme von Beziehungen zur russischen Sowjet-Republik. Rede am 10. März 1920	198
Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Mathilde Wibaut zur Antwort, September 1922	203
Gegen Ausgrenzungen aus Komintern und KPD. Zwei Briefe an Jelena Stassowa, 1924	218
Den Geist von Marx und Engels auf den Kampfplatz rufen. Brief an Dawid Rjasanow, 13. März 1930	221
Für die Einheitsfront der werktätigen Massen – gegen „tote kalte Formeln“. Drei Briefe an Maria Reese, 1931/1932	225
Abkürzungsverzeichnis	236
Namensverzeichnis	237
Autorinnen und Autoren	247

## Zum Geleit

Clara Zetkin. Die ihr gewidmete Literatur ist überschaubar – und doch umfangreich, wie die Anmerkungen zu den hier vorliegenden Beiträgen ausweisen. Und nun noch ein ihr gewidmeter Sammelband? Ist da Neues zu erwarten? Wer zu diesem Band greift und die Aufsätze durchliest, wird feststellen: Ja. Um nur einiges an neuen Fakten zu nennen: Da erfährt der Leser die Vorgeschichte des Mandats von Clara Zetkin für den Sozialistenkongress in Paris 1900 und einiges darüber, dass und wie sie für den Deutschen Holzarbeiter-Verband und die Internationale Union der Holzarbeiter vor dem Weltkrieg aktiv war; da muss er sein Wissen über die Reaktion Clara Zetkins auf den Brief der Gruppe um Rosa Luxemburg vom 5. August 1914 (und nicht nur darüber) korrigieren; da kann er erstmalig die Aufzeichnung ihrer Rede auf der internationalen Frauenkonferenz in Bern 1915 nachlesen und wird über Einzelheiten ihrer Entlassung als Chefredakteurin der „Gleichheit“ 1917 informiert. Was weiß man über Clara Zetkin in Japan? Was war das Besondere an ihrer auf Frauen bezogene Emanzipationstheorie und -praxis? War sie eine Feministin? Was war das Spezifische an ihrer schulpolitischen Position? Worin bestand ihr konkreter Beitrag zur internationalen Solidarität in den 20er/30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts? Was hatte sie zur Marx-Forschung an der Seite Dawid Rjasanows beigetragen? Schätzte sie den Bewusstseinsstand und die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft in den 20er und zu Beginn der 30er Jahre genauso optimistisch ein wie die Führungen der Komintern und der KPD? Welche Position bezog sie in den Auseinandersetzungen um deren politische Linie und im Umgang mit den eigenen Genossen? Wie stand sie zu Stalin? Wie ging sie nach 1917/1918 mit politischen Gegnern um, die zuvor ihre Mitstreiter waren?

Die Reihe der bisher un- oder kaum bekannten Fakten aus dem Leben, Denken und Wirken Clara Zetkins, die in diesem Band mitgeteilt werden, könnte noch weiter fortgesetzt werden. Verwiesen sei auch auf den *Dokumententeil*, in dem einige bisher unbekannte, noch nicht (oder nicht wieder) veröffentlichte Reden und Briefe Clara Zetkins aus den Jahren 1906-1932 publiziert werden.

Aber um neue oder wenig bekannte Fakten und Erkenntnisse – alle gestützt auf neue archivalische Forschungen – geht es nicht allein. Es geht auch und vor allem um die *differenzierte Sicht* der Autoren auf die Zetkin als Persönlichkeit und Politikerin. Sie, diese Sicht, ist bewundernd und kritisch zugleich – ob es nun um ihre frauen- oder schulpolitischen Positionen vor und nach dem Weltkrieg, ob es um ihre Bewertung der Oktober-Revolution von 1917 oder der sowjetischen Wirklichkeit danach oder anderer Ereignisse geht. Es sei „müßig, Zetkin immer wieder in Schubladen zu packen“ (Gisela Notz); ihr Werk „allein unter ‚Anerkennung und Ausnutzung‘ abzutun, genügt nicht“, ihre Persönlichkeit sei „so einfach nicht zu fassen“ (Setsu Ito).

Im Unterschied zu Aussagen von Peter Nettel, Tânia Puschnerat oder Hermann Weber/Andreas Herbst, die die Persönlichkeit Clara Zetkins mit negativen Attributen versehen haben („geistig begrenzt“, „Theoretikerin epigonalen Ranges“, ohne eigene Meinung „zwischen kritischem und stalinistischem Kommunismus“ schwankend), stellen die Autoren des vorliegenden Bandes – und das Quellengestützt und mit neuen Fakten belegt – die *Eigenständigkeit* von Clara Zetkins Denken und Handeln fest. Im Gefolge von Gilbert Badia betont Ottokar Luban ihre „eigenständige, entschiedene, prinzipientreue Haltung wie auch die argumentative, dialogbereite, in schwierigen Situationen den politischen Diskurs mit den politischen Freundinnen und Freunden suchende Vorgehensweise“. Wichtig zu betonen ist der Stellenwert, den Clara Zetkin in ihren Situationsanalysen und Wertungen dem „Faktor Psyche“ der sozialen Klassen, Schichten, Gruppen ebenso wie Einzelpersönlichkeiten beimaß. Nicht zuletzt darauf gestützt argumentierte sie während des Weltkriegs und an der Jahreswende 1918/1919 gegen eine Verselbständigung der Spartakusgruppe als Partei, in den 20er Jahren gegen die kommunistische RGO u.a. linksradikale Schritte, die die KPD von den Massen isolierten. Und: Sie pflegte im Umgang mit „abtrünnigen“, andersdenkenden Genossen und mit früheren Mitstreitern und nun politischen Gegnern, ja sogar Feinden eine politische Kultur, die der heutigen neuen Linken sehr zu wünschen ist. (Vgl. ihren Brief „Mathilde Wibaut zur Antwort“ im Dokumententeil dieser Publikation.)

Clara Zetkins eigenwillige Positionen zu verschiedenen Fragen der Theorie und Parteipolitik, der Frauenemanzipation und Pädagogik, der Bündnispolitik gegenüber Mittelschichten und Intellektuellen, ihre frühe Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Europa und seinen Ursprüngen, ihre Bewertung von Ereignissen und Persönlichkeiten, ihre Stellung zur Oktoberrevolution von 1917 und deren Folgen u.a.m. sind auch heute geeignet, Ausgangspunkt für klärende und weiterführende Diskussionen zu sein, – nicht zuletzt über Revolutionstheorie und Revolutionspraxis. Konkrete Angebote dazu enthält die vorliegende Publikation.

Die Beiträge entstammen dem am 6. Juli 2007 in Berlin von der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung gemeinsam aus Anlass des 150. Geburtstages Clara Zetkins durchgeführten Kolloquium; die Rede Clara Zetkins vom 22. April 1908 und ihre Briefe an Kampfgefährten in Schweden wurden den Veranstaltern von Sabine Lichtenberger aus Wien bzw. von Martin Grass aus Uppsala anlässlich des Kolloquiums zugeschickt.

Ulla Plener



## Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung

Clara Zetkin, geb. Eißner (1857-1933), Tochter des Dorfschullehrers Gottfried und der Josephine Eißner, die bereits dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein angehörte, war Politikerin, Theoretikerin, Pädagogin, Sozialistin, Marxistin, Journalistin, Pazifistin und vieles mehr. Vor allem war sie die Begründerin der internationalen proletarischen Frauenbewegung. Am 5. Juli 2007 wäre sie 150 Jahre alt geworden.

Clara Zetkin begnügte sich nicht mit Reformen, sondern kämpfte für die Revolution. Zu Beginn des Sozialistengesetzes (1878-1890) wurde sie 1878 Mitglied der SPD, zu einer Zeit, als sich Frauen in Preußen und in anderen Ländern Deutschlands noch gar nicht organisieren durften. Nach dem Preußischen Vereinsrecht war es „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen“ nicht erlaubt, für eine politische Organisation tätig zu sein oder sich selbst zu organisieren. In Sachsen, wo Clara Zetkin lebte, war es möglich. Erst 1908 trat ein reichsweites Vereinsgesetz in Kraft, das auch Frauen, Schülern und Lehrlingen politische Betätigung gestattete. „Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln“,<sup>1</sup> mit diesem Satz erklärte sie nicht nur ihren SPD-Beitritt. Sie zerschnitt damit auch das Tischtuch zwischen sich und ihrer Familie sowie ihrer Lehrerin und Freundin Auguste Schmidt, die wie ihre Mutter der bürgerlichen Frauenbewegung zugehörte.

### Wichtige Lehrjahre im Exil

In den Jahren des Exils (1882-1890) erwarb sie sich die Kenntnisse, die sie später zur Führung der internationalen Frauenbewegung brauchte.<sup>2</sup> Über Wien war sie während des Sozialistengesetzes nach Zürich und von da nach Paris, dem damaligen Zentrum der internationalen sozialistischen Bewegung, geflüchtet. Dort traf sie 1883 mit ihrem verfolgten Lebensgefährten Ossip Zetkin, einem Tischler, Sozialisten und daher in den Augen ihrer Mutter einem „Nichtsnutz“, zusammen. 1883 wurde Sohn Maxim und 1885 Kostja geboren, mit denen sie in einem kleinen Zimmer auf dem Montmartre unter ärmlichen Verhältnissen hauste.<sup>3</sup> Hier traf Clara Zetkin mit anderen führenden Sozialisten aus Frankreich und Deutschland und mit russischen Emigranten zusammen, engagierte sich politisch, journali-

1 Zit. nach: Clara Zetkins Leben und Wirken. Zum 15. Todestag am 20. Juni 1948, Berlin 1948, S.4.

2 Siehe Christa Söllner: Clara Zetkin und die Sozialistische Frauenbewegung, Köln 1970, S. 33f.

3 Siehe Siegfried Bassler: Clara Zetkin (1857-1933), in: Ders. (Hrsg.): Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart-Wien 1987, S. 175-181, hier S. 176.

stisch und agitatorisch, wurde zur sozialistischen Kämpferin und füllte ihre „Frauen- und Mutterrolle“ und ihre „Lehrerinnen- und Erzieherinnenrolle“ aus.<sup>4</sup>

Trotz der Behinderungen durch das Sozialistengesetz unter Bismarck nahm die proletarische Frauenbewegung in dieser Zeit einen rasanten Aufschwung. Entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung hatte die Zeitschrift „Die Gleichheit“, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes und der Rückkehr Clara Zetkins nach Deutschland ab 1891 erschien und ab 1892 von ihr herausgegeben wurde. Die Arbeit für den Sozialismus war Zetkins Lebensinhalt geworden,<sup>5</sup> die Politik Berufung und Broterwerb zugleich. Ununterbrochen war sie auf Agitationstour und hatte stets volle Säle. Mehrfach bekam sie Schwierigkeiten mit der Polizei.<sup>6</sup> Sie liebte große Konferenzen, Versammlungen, Kongresse und Demonstrationen. Für sie waren sie Beweis, „daß die Arbeiterschaft als Klasse zum Bewußtsein erwacht und die Regelung und Leitung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der ganzen Gesellschaft sind, selbst in die Hand nehmen will“.<sup>7</sup> Ihre Reden und Schriften wurden in viele Sprachen übersetzt.<sup>8</sup>

## **Das politische Programm für die internationale proletarische Frauenbewegung**

Bereits während der Gründung der II. Internationale 1889 auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris legte Clara Zetkin, damals 32 Jahre alt, als Delegierte der Berliner Arbeiterinnen und eine von fünf Frauen unter 400 Teilnehmenden mit ihrer Rede die pragmatischen Grundlagen für die internationale proletarische Frauenbewegung: „Die Sozialisten müssen wissen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist [...] Die Sozialisten müssen vor allem wissen, daß auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht“, sagte sie damals.<sup>9</sup>

Bereits bei diesem Kongress trafen die Frauen, unter ihnen Emma Ihrer (1857-1911)<sup>10</sup>, mit der sie lange Zeit eng zusammenarbeitete, erste Absprachen über die

4 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, S. 51. Auch Luise Dornemann verweist darauf, wie sehr sich Clara Zetkin um die beiden Jungen sorgte. Sie half ihren Genossinnen bei Problemen und Nöten, die sich durch die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Hausarbeit ergaben, und gab ihnen Ratschläge für eine sparsame Haushaltsführung. Siehe Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1989, S. 114.

5 Siehe auch Friedhelm Boll: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung. Sozialismus als Familienschicksal, in: Marieluise Christadler (Hrsg.): Die geteilte Utopie. Sozialisten in Frankreich und in Deutschland, Opladen 1985, S. 65-76, hier S. 68.

6 Siehe u. a. Clara Zetkins Leben, S. 4; Bassler, Clara Zetkin, S. 180. Puschnerat, Clara Zetkin, S. 71, 81.

7 Clara Zetkin: Der Gewerkschafts-Congreß in Lyon, in: Gleichheit (Wien), 8.1.1887.

8 Siehe hierzu u. a.: Setsu Ito: Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan, in: The Journal of the Tachikawa College of Tokyo, Volume 17, 1984, S. 1-10.

9 Clara Zetkin: Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, 19. Juli 1889, in: Jutta Menschik (Hrsg.): Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, Köln 1976, S. 92-98, hier S. 92f.

10 Siehe Claudia von Gélieu: „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will“. Emma Ihrer (1857-1911), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (JBzG), Berlin, H. III/2007, S. 92-104.

Gründung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisierung der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft ablehnend gegenüberstanden, wegen des Elends der proletarischen Familien, weil Frauen als „Schmutzkonkurrentinnen“ des Mannes, als „Lohndruckerinnen“ gesehen wurden, forderte sie, sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit einzusetzen. Später schrieb sie auch, dass die Weigerung der Männer, sich an der Hausarbeit zu beteiligen, als ein Haupthindernis der Massenorganisation der Arbeiterinnen entgegenstände.<sup>11</sup> Sie hoffte auf technische Verbesserungen, die der Hausfrau die Arbeit erleichtern sollten, und natürlich auf die (teilweise) Übernahme der Kindererziehung durch öffentliche Einrichtungen. Von rein formaler Gleichberechtigung hielt sie nichts, aber verschieden oder anders zu sein, durfte nicht bedeuten, weniger wert zu sein und weniger Achtung zu verdienen.<sup>12</sup>

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau war nach ihrer Meinung die Voraussetzung, die Unterdrückung der Frau zu beseitigen, nicht nur in der Fabrik, sondern auch in der Familie. Zunächst lehnte sie noch einen besonderen Arbeiterrinnenschutz als Beschränkung der Gleichberechtigung ab. Der Kongress sprach sich jedoch für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit und für einen Frauenerwerbschutz aus. Später änderte Clara Zetkin ihre Ansicht, soweit das Ziel eines allgemeinen Arbeitsschutzes nicht aus den Augen verloren wurde. Jede „ernste Frauenbewegung“ musste nach ihrer Meinung eine soziale Kampforganisation als Teil der proletarischen Gesamtbewegung sein. Ziel der Bestrebungen Clara Zetkins und ihrer Mitstreiterinnen war die sozialistische Gesellschaft, sie sollte im gemeinsamen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter erreicht werden. Zetkin ging von einem grundsätzlichen Zusammenhang zwischen der „Frauenfrage“ und der „sozialen Frage“ sowie zwischen der „Emanzipation der Frau“ und der „Emanzipation der Arbeit vom Kapital“ aus. Frauenpolitik und Frauenrechte waren für sie „Mittel zum Zweck, damit sie (die Frau) gleichausgestattet [...] mit dem Proletariat in den Kampf ziehen kann“, um „mit dem Mann ihrer Klasse gegen die kapitalistische Klasse zu kämpfen“.<sup>13</sup> Von einer „Allerweltsbasenschaft“ unter Frauen hielt sie nichts.<sup>14</sup> Von Vorstellungen, die „die Frau“ als Kollektivsubjekt betrachteten, noch viel weniger. Schließlich wusste sie von den Klassengegensätzen, die ein undifferenziertes „wir Frauen“ ausschlossen.<sup>15</sup>

Die Klassengegensätze schlossen selbst ein zeitweiliges Zusammengehen oder auch nur eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauenbewegungen aus, wie sie z. B. Lily Braun forderte.<sup>16</sup> Denn der Emanzipationskampf der Proletarierinnen war kein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf gegen

11 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S.72.

12 Siehe Clara Zetkins Leben, S. 15.

13 Badia, Clara Zetkin, S. 94.

14 Clara Zetkin: Noch einmal: reinliche Scheidung, in: Die Gleichheit, 4. Jg., 1894, S. 51.

15 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 66.

16 Siehe Fritz Staudé: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Berlin 1977, H. 3, S. 470-478, hier S. 473.

die Kapitalistenklasse.<sup>17</sup> Clara Zetkin war für eine „reinliche Scheidung“<sup>18</sup> von der bürgerlichen Frauenbewegung, die sie als „die oberen Zehntausend“ bezeichnete,<sup>19</sup> der „Frauenrechtler“<sup>20</sup> bezichtigte und als reaktionär abstempelte, weil sie nicht nur die bürgerliche Ordnung stützen und für sich nützen wollte, sondern auch durch ihr karitatives Eintreten für die Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen diese vom Klassenkampf abhalten wollte. Die proletarische Frauenbewegung war für sie hingegen revolutionär.<sup>21</sup>

Es ist müßig, Zetkin immer wieder in Schubladen zu packen, in denen sie nie hätte sein wollen. Sie war weder Feministin,<sup>22</sup> noch „linke Feministin“; letztere waren in ihrer Zeit nicht bekannt. Feministinnen waren für sie die „Bürgerlichen“. Sozialistinnen, die wie der 1873 gegründete Berliner „Arbeiter-Frauen- und -Mädchen-Verein“ ausschließlich Frauen als Mitglieder aufnahmen, kritisierte sie, weil sie die ihr verhasste und von ihr als uneffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ betrieben. Sie bedauerte die „feministische Tendenz [...] hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die ganz offensichtlich von „frauenrechtlerischen Gedankengängen“ beeinflusst waren.<sup>23</sup>

Der Forderung nach dem Frauenwahlrecht stand sie zunächst kritisch gegenüber, denn „ohne ökonomische Freiheit ist es nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat“.<sup>24</sup> Zwar sah sie politische Rechte als wirksame Waffe im Kampf um die soziale Gleichstellung,<sup>25</sup> sie mussten jedoch gleichzeitig dazu dienen, die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung abzuschaffen. Dass die Vereinbarkeit von „Berufsarbeit und das Wirken der Frau in der Familie [...] sicherlich auch in der sozialistischen Gesellschaft nicht ohne heißes Ringen und Kämpfen der Frau“ zu erreichen sein wird, wusste auch Clara Zetkin.<sup>26</sup> Für sie war „die Frauenfrage“ offensichtlich kein „Nebenwiderspruch“, der neben die Notwendigkeit trat, den Klassenwiderspruch aufzuheben.

17 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 30.

18 Karin Bauer: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, Berlin 1978, S. 50.

19 Ebenda, S. 51.

20 Staude, Clara Zetkin, S. 472.

21 Clara Zetkin auf dem SPD-Parteitag zu Gotha 1896. Siehe Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt/Main 1982, S. 252.

22 Badia widmet Clara Zetkin als Feministin ein ganzes Kapitel. Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 65-81. Hervé beklagt, es würde bisher meist „übersehen“, dass sie auch eine „Feministin und kämpferische Rebellin im privaten und politischen Leben war“. Florence Hervé: Geliebt und gehasst: Clara Zetkin, in: Dies. (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 7-38, hier S. 9. Aus heutiger Betrachtung kann man das vielleicht so sehen, nicht aus „ihrer Zeit“.

23 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 143.

24 Hervé, Geliebt und gehasst, S. 20.

25 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 72.

26 Clara Zetkin: Der Student und das Weib, 1899. Neu veröffentlicht in Hervé, Clara Zetkin, S. 47-73, hier S. 63.

## Die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen

Auf der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, die Clara Zetkin leitete und die am 17. und 19. August 1907 im Rahmen des Internationalen Sozialistenkongresses in der Stuttgarter Liederhalle stattfand, wurde die Internationale Sozialistische Frauenbewegung (Socialist International Women, SIW) gegründet. 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee versammelten sich dort mit dem Ziel, sich weltweit zu organisieren. Darunter waren zwölf deutsche Sozialistinnen. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen die Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, die zukünftigen Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen und der Kampf um das Frauenstimmrecht.<sup>27</sup>

Ottilie Baader (1847-1925), die als Zentrale Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands die Konferenz einberufen hatte, eröffnete die Sitzung in der Stuttgarter Liederhalle und stellte der Konferenz u. a. die Aufgabe, darüber zu beraten, „wie wir am besten [...] die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern helfen“. Sie trug den Bericht der Frauen der SPD vor und berichtete über das Konzept der Vertrauenspersonen, das die Sozialdemokratinnen „erfunden“ hatten,<sup>28</sup> über Mitgliederentwicklung, Frauenarbeitschutz und Kinderarbeit und über die sozialdemokratischen Bildungsvereine.<sup>29</sup> Die anderen Länderberichte waren ähnlich.<sup>30</sup> Einige Berichte drückten bereits die Sorge um einen möglichen Krieg und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn aus. Fast alle äußerten sich zum Thema Frauenwahlrecht.

Clara Zetkin, die in ihren Redebeiträgen nicht nur für das Frauenwahlrecht eintrat, sondern auch für bessere und mehr Rechte für Frauen und für Arbeiterinnen-schutz,<sup>31</sup> betrachtete die Stuttgarter Konferenz als einen „erste[n] tastende[n] Versuch, zwischen den organisierten Sozialistinnen der verschiedenen Länder eine regelmäßige Fühlung zu schaffen, [...] um in Hauptfragen eine einheitliche grundsätzliche Haltung der sozialistischen Frauenbewegung herbeizuführen, sie

27 Siehe Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“, Leipzig: Zur Rolle der Frau in der Geschichte des deutschen Volkes (1830-1945). Eine Chronik, Frankfurt/Main 1984, S. 70. Siehe auch: Dornemann, Clara Zetkin, S. 212-215; Manfred Leyh: Der Kampf der Sozialistischen Fraueninternationale um das allgemeine Frauenwahlrecht und seine Auswirkung auf die nationalen proletarischen Frauenbewegungen in ausgewählten Ländern im Zeitraum von 1907-1918/19, Dissertation A, Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“, Leipzig 1986, S. 67-76.

28 Die Sozialdemokratinnen wählten das Konstrukt der „Vertrauenspersonen“, weil nach der preußischen Vereinsgesetzgebung bis 1908 Frauen politischen Organisationen nicht angehören durften und ihre Zusammen-schlüsse verfolgt, verboten und aufgelöst wurden. Eine einzelne Person konnte man jedoch nicht auflösen, sie war aber geeignet, die Agitationsarbeit und die Frauenaktivitäten zu bündeln, zu koordinieren und zu vernetzen.

29 Siehe Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Abgehalten in Stuttgart am Sonnabend den 17.8.1907, S. 3-20.

30 Siehe ebenda, S. 20-49.

31 Siehe Protokolle Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen, Erster und Zweiter Verhandlungstag, Sonnabend, den 17.8. und Montag, den 19.8.1907.

immer fester mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung zu verbinden und dadurch die Kraft und den Erfolg ihres Wirkens und Kämpfens zu erhöhen.<sup>32</sup> Sie begründete die Resolution für das Frauenstimmrecht vor dem Internationalen Sozialistenkongress, der vom 18. bis 24. August 1907 ebenfalls in Stuttgart stattfand.

Die sozialistischen Parteien aller Länder verpflichteten sich darin, sich energisch für die Einführung des uneingeschränkten allgemeinen Frauenwahlrechts einzusetzen. In den jeweiligen Parteiprogrammen sollte das Frauenwahlrecht verankert, und gemeinsame Aktionen sollten entwickelt werden. Clara Zetkin kündigte in Stuttgart an, dass die Proletarierinnen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht zurückweisen wollten, wenn diese sich im Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht hinter und neben sie stellen, um bei einem getrennten Marschieren vereint zu schlagen.<sup>33</sup>

Die Klassenschranken waren damals schier unüberwindbar und bildeten die Grenzlinie zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung. Der größte Teil der bürgerlichen „Schwestern“ würde sich mit einem „beschränkten Frauenwahlrecht“ (Zietz) oder einem „Damenwahlrecht“ (Zetkin) zufriedengeben und sich nicht darum kümmern, wenn die große Masse der Proletarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit gehalten würde. Viele der bürgerlichen Frauen waren an der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien interessiert und akzeptierten den eigenen Ausschluss aus der Politik als Notwendigkeit, die sich aus der natürlichen Bestimmung der Frau und aus ihrem Platz im Haus des (eigenen) Mannes ergab.

## **Clara Zetkin und das Frauenwahlrecht**

Für Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung stand das Frauenwahlrecht, eingebunden in die Debatten um eine allgemeine Wahlrechtsreform, auf dem Programm, wenn es auch nicht das Ziel der Bewegung sein konnte. Schließlich blieben Privateigentum und die Kapitalverhältnisse wie sie waren, und auch die besondere Unterdrückung der Proletarierinnen war durch ein Wahlrecht nicht automatisch abgeschafft. Wen wundert es, dass die Arbeiterinnen aus den Reihen der Arbeitsmänner wenig Fürsprecher hatten? Auch sie fürchteten die Selbständigkeit der Frau, die durch das Stimmrecht erhofft wurde: „Es wird hohe Zeit, daß der deutsche Sozialismus das eminent wichtige Interesse, das die Frauen an seinen Bestrebungen haben müssen, überall erkennt und danach handelt,“<sup>34</sup> schrieb August Bebel, eine wichtige Schlüsselfigur der deutschen Arbeiterbewegung. Ohne Erfolg beantragte er 1875 auf dem Gothaer Parteitag der SPD, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht für alle Staatsbürger

32 Die Gleichheit, 17. Jg., 19.8.1907.

33 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 98.

34 Zit. nach: Eduard Bernstein: Vorgeschichte und Entwicklung, in: August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Neusatz der 1929 erschienen Jubiläumsausgabe, Bonn 1980, S. 11-16, hier S. 13.

die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen. Im Gothaer Programm hieß es dann: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an.“<sup>35</sup> Alle Staatsangehörigen waren alle Männer. Erst auf dem Parteitag 1891 in Erfurt waren die (meisten) Genossen davon zu überzeugen, dass „allgemein und gleich“ auch die Frauen einschließen musste. Es war Clara Zetkin, die den Delegierten die Position der proletarischen Frauenbewegung deutlich machte, nach der sie es als die Sache der Sozialdemokratie ansah, für die politische Gleichberechtigung der Frauen einzutreten. Die Formulierung im Parteiprogramm in bezug auf das allgemeine Wahlrecht hieß nun: „ohne Unterschied des Geschlechts“.<sup>36</sup> Nun galt es, das Parteiprogramm als Gesetzesinitiative in den deutschen Reichstag einzuspeisen. August Bebel musste es 1895 ertragen, dass er bei den Männern aller übrigen Parteien Heiterkeit für sein Anliegen erntete, als er einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichstag einbrachte. Alle Parteien, außer der SPD, lehnten den Antrag ab.<sup>37</sup>

### **Die Teilung des sozialistischen Lagers zeichnete sich ab**

Diskrepanzen bestanden keinesfalls nur zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen. Auch unter den sozialistischen Frauen gab es verschiedene Richtungen. Im Verlauf des Stuttgarter Kongresses zeichnete sich auf internationaler Ebene bereits die Teilung des sozialistischen Lagers in die radikale Linke und die reformistische Richtung ab. Alexandra Kollontai (1872-1952), Vertreterin der sozialistischen Arbeiterpartei Russlands, beschrieb das folgendermaßen: „Während der Konferenz lieferten sich der rechte und linke Flügel der Fraueninternationale einen Kampf, der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der Internationalen widerspiegelte. Ich stand auf seiten Clara Zetkins. Der erste Punkt der Meinungsverschiedenheiten betraf den Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht. Die österreichischen Sozialistinnen mit Lily Braun fanden sich zu einigen Kompromissen bereit.“<sup>38</sup> [...] Im Namen Rußlands unterstützte ich die Linken gegen die Opportunisten. Auch hinsichtlich der Formen der Arbeit unter den Frauen kam es zu Divergenzen: Clara Zetkin bestand auf der Bildung einer internationalen Zentralstelle, während Lily Braun und die Rechten darin auf

35 1875 Gotha. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1978, S. 48-50, hier S. 50.

36 1891 Erfurt. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Programme, S. 51-56, hier S. 54.

37 Siehe Söllner, Clara Zetkin, S. 28f. Siehe auch Anette Kuhn: Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S. 429.

38 Nach den Protokollen trug die Genossin Schlesinger-Eckstein, Wien, einen Antrag vor, nach dem es den „Parteiorganisationen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode zu bestimmen, in welchem und mit wem der Kampf mit Erfolg aufgenommen werden kann“. Lily Braun, Berlin, unterstützte ihn. Siehe Protokolle, S. 140f.

einmal eine Äußerung von Frauenrechtlertum sahen. Wiederum mußte ich die Linken unterstützen.<sup>39</sup> Bei der Auseinandersetzung um das Frauenwahlrecht vertraten die SPÖ-Frauen die Meinung, es sei unklug, gleichzeitig für das allgemeine Wahlrecht für Männer und für Frauen einzutreten. Sie konnten sich nicht durchsetzen. Nachdem die Österreicherinnen auf ihren Antrag verzichtet hatten, zogen auch die Engländerinnen einen einschränkenden Antrag zurück. Clara Zetkins Resolution wurde verabschiedet, gegen elf Stimmen der Österreicherinnen, Schweizerinnen und Engländerinnen.<sup>40</sup>

Auf Vorschlag von Luise Zietz (1865-1922) – den Rosa Luxemburg (1871-1919) durch eine engagierte Rede unterstützte<sup>41</sup> – wurde nach einigen Kontroversen ein „internationales Frauensekretariat“ eingerichtet, an welches die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich zusammenfassende Berichte über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einsenden sollten. Als Sitz der Zentralstelle wurde Deutschland festgelegt, zur Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale Clara Zetkin gewählt. Sie übte diese Funktion bis 1917 aus. „Die Gleichheit“ wurde auf Vorschlag von Luise Zietz und Emma Ihrer zum internationalen Organ der sozialistischen Fraueninternationale bestimmt. Frauen erhielten die Zeitschrift nun kostenlos zur Weiterbildung und Information.

### **„Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“**

1910 ließ Clara Zetkin auf der II. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, die am 26. und 27. August in Kopenhagen stattfand, gemeinsam mit Käthe Duncker (1871-1953) und Genossinnen über die Durchführung eines Frauentags abstimmen, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte. Die mehr als 100 Delegierten aus 17 Nationen, darunter zwölf aus Deutschland, nahmen den Antrag einstimmig an. Clara Zetkin unterstrich in ihrem Bericht über die Konferenz, dass deren Verlauf verdeutliche, „wie befruchtend die Stuttgarter Konferenz gewirkt hat, wie viel Klarheit und Festigung die sozialistische Frauenbewegung international ihrer Arbeit verdankt“.<sup>42</sup> Unterstützt wurde sie wieder durch Alexandra Kollontai und durch Rosa Luxemburg. Durch den gemeinsamen Internationalen Frauentag – den sie als neues Agitationsmittel wertete – sollte zudem der außerparlamentarische Druck verstärkt werden.<sup>43</sup> Außerdem standen neben der

39 Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt, Köln 1986, S. 136; Protokolle, S. 148.

40 Siehe Protokolle, S. 148.

41 Aus den Protokollen geht hervor, dass Rosa Luxemburg „mit lebhaftem Beifall begrüßt“ wurde (S. 135). In einigen Veröffentlichungen wird behauptet, sie hätte ihre Teilnahme absagen müssen, weil sie im Begriff stand, „die gastfreundlichen Pforten eines deutschen Strafhauses“ aufzusuchen. Siehe z. B.: Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Informations- und Referentenmaterial. Sonderausgabe, Bonn o. J., o. S.

42 Die Gleichheit, 20. Jg., 12.9.1910.

43 Siehe Ulrike Sievers: Clara Zetkins Kampf gegen den Militarismus in Deutschland in den Jahren vor der Jahrhundertwende bis 1907, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig, 16.5.1985, S. 60-64, hier S. 64.



sozialen Fürsorge für Mutter und Kind die Aufklärung der Frauen und Mütter über die Ursachen von Kriegen sowie die Notwendigkeit des Kampfes für die Erhaltung des Friedens auf der Tagesordnung, warf doch der Erste Weltkrieg bereits seine Schatten voraus, und in allen europäischen Industriestaaten wurde kräftig gerüstet. Clara Zetkin wurde in Kopenhagen als Internationale Frauensekretärin wiedergewählt.

Unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ gingen am ersten Internationalen Frauentag, am 19. März 1911, mehr als eine Million Frauen auf die Straße und forderten für alle Frauen soziale und politische Gleichberechtigung. Der Frauentag 1911 wurde ein voller Erfolg. „Eine wuchtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht“, so geht es aus einem schriftlichen Bericht des SPD-Parteivorstandes über diesen Tag hervor.<sup>44</sup>

Etlche Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung nahmen an den Veranstaltungen teil oder überbrachten Grußadressen. Da die bürgerlichen Frauen sich in diesem Falle hinter die proletarische Bewegung stellten, war ein vereintes Demonstrieren möglich. „Die Gleichheit“ berichtete anschließend: „Zahlreiche Polizeimansschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.“<sup>45</sup> In vielen Orten des Reiches fanden Versammlungen statt, auf denen Resolutionen zum Frauenstimmrecht beschlossen wurden. Allein in Groß-Berlin wurden 42 Veranstaltungen gezählt, die alle glänzend besucht waren. Bürgerliche Depeschbüros schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 30.000 – „höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig“, vermutete „Die Gleichheit“.<sup>46</sup>

### **Aufruf an die sozialistischen Frauen als die „Hüter des Lebens“**

Angesichts der Bedrohung des Weltfriedens durch den Balkankrieg beschloss das Internationale Sozialistische Büro, für den 24. und 25. November 1912 einen außerordentlichen internationalen Sozialistenkongress nach Basel einzuberufen. Als einziger Tagesordnungspunkt standen die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen den drohenden Krieg zur Diskussion: „Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen wie im heiligen Krieg gegen den Krieg“, schrieb Clara Zetkin in ihrem Extra-Aufruf an die Frauen.<sup>47</sup> Die Rede auf dem Kongress hielt Clara Zetkin im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder. Sie präsentierte einen ausführlichen und leidenschaftlichen Bericht über den drohenden Krieg und forderte

44 Siehe Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD.

45 Die Gleichheit, 21. Jg., 1911, S. 200.

46 Ebenda.

47 Clara Zetkin: Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften Bd. I, Berlin 1957, S. 563.

die Frauen auf, sich gegen das Verbrechen eines Krieges zu wehren, dazu seien sie als „Hüter des Lebens“ verpflichtet.<sup>48</sup> Sie sollten als Mütter die Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erziehen. Einstimmig nahm der Kongress ein Manifest an, das das Proletariat aufforderte, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen.

Auch bei der Vorbereitungskonferenz zur III. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz am 21. April 1914 in Berlin unter dem Motto „Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden“ forderten Clara Zetkin und ihre Mitstreiterinnen zu einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg auf.<sup>49</sup> Die Konferenz, die im Anschluss an den geplanten 10. Internationalen Sozialistischen Kongress in Wien durchgeführt werden sollte, fand nicht mehr statt.

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen Frauenbewegung ein. Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern bekannten sich zur Verteidigung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin erstrebt hatten. Clara Zetkin verfasste Anfang November 1914 noch einen Aufruf „An die sozialistischen Frauen aller Länder“, in dem sie sich entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. „Wenn die Männer töten“, so erklärte sie darin, „so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben.“<sup>50</sup> Gertrud Bäumer, führende Frau im „Bund deutscher Frauenvereine“, schrieb hingegen zu Anfang des Ersten Weltkriegs, dass der Soldat es zu allen Zeiten süß und erhaben gefunden hätte, für das Vaterland zu sterben.<sup>51</sup>

## **Die sozialistische Fraueninternationale löste sich auf**

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs löste sich die gesamte sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – in ihre nationalen Bestandteile auf.

Auch für zahlreiche proletarische Frauen trat der Kampf um Frauenrechte in den Hintergrund. Einige sozialistische Frauenverbände verbanden sich mit den bürgerlichen Frauen ihres jeweiligen Landes. Viele Frauen in Deutschland folgten

48 Fritz Staude: Der Kampf Clara Zetkins gegen Militarismus und Opportunismus bis zum Baseler Sozialistenkongreß, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig 27. Mai 1982, S. 15-26, hier S. 24. Zetkin nahm hier einen Ausspruch von Bertha von Suttner auf, obwohl sie vermeiden wollte, „daß die bürgerlichen Kräfte Einfluß auf die junge proletarische Frauenbewegung gewinnen“, und weiter für eine strikte Abgrenzung von der bürgerlichen Frauenbewegung eintrat; Fritz Staude: Clara Zetkins Positionen zu Bertha von Suttners Friedensvorstellungen, in: Mitteilungsblatt des Forschungszentrums Frauen in der Geschichte, 1990, H. 1, S. 25-30, hier S. 27.

49 Siehe Gleichheit, 24. Jg. 1914.

50 Clara Zetkin: An die sozialistischen Frauen aller Länder!, in: Dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. I, S. 638.

51 Siehe Gertrud Bäumer: Der Krieg und die Frau, Berlin 1914.

der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ mitzuarbeiten. Der SPD-Parteivorstand rief sogar dazu auf. Dafür erntete er harsche Kritik, (nicht nur) von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Diese widmeten den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf. Zetkin versuchte, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung wieder neu zu knüpfen. Sie wollte die sozialistischen Frauen in aller Welt als Kriegsgegnerinnen aktivieren.<sup>52</sup> Auch in der „Gleichheit“ agitierte sie unerschrocken gegen den Krieg, um Frauen aus aller Welt wachzurütteln. Clara Zetkin blieb mit ihren Mitstreiterinnen bei dem Grundsatz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.<sup>53</sup> Als 1913 die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion für eine höhere Kriegssteuer stimmte und am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, war die Spaltung der Partei und damit die der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht mehr aufzuhalten.

In der Absicht, Widerstand gegen die Parteimehrheit zu organisieren, berief Clara Zetkin als Sekretärin des Internationalen Frauensekretariates – gegen das Verbot des Parteivorstandes – im März 1915 eine Frauenkonferenz für alle am Krieg beteiligten Länder nach Bern ein. Sie ging als internationale sozialistische Frauenkonferenz gegen den Krieg in die Geschichte ein. 25 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Russland, Polen und Italien, Holland und der Schweiz kamen zu dieser bedeutenden Friedenskundgebung zusammen. Aus Deutschland nahmen außer Clara Zetkin Lore Agnes, Martha Arendsee, Käthe Duncker, Toni Sender, Berta Thalheimer und Margarete Wengels teil. Im Mittelpunkt der Konferenz stand eine Friedensresolution deutscher und englischer Sozialistinnen, die – nach einigen Auseinandersetzungen – einstimmig angenommen wurde.<sup>54</sup> Durch die Konferenz sollte demonstriert werden, dass zumindest die Frauen der internationalen Solidarität gegen den Krieg treu geblieben waren. „Die Konferenz war Aktion einer Minderheit der Bewegung, Vorbotin ihrer unerläßlichen Spaltung,“ schrieb Clara Zetkin später.<sup>55</sup> Wegen Landesverrats wurde Clara Zetkin auf der Rückreise verhaftet, dann angeklagt. Eine Protestwelle und eine Kautions des Verlegers J. H. W. Dietz erzwangen ihre Freilassung.<sup>56</sup>

## **Zunehmende Schwierigkeiten mit der SPD**

In den folgenden Monaten bekam Clara Zetkin zunehmend Schwierigkeiten mit ihrer Partei, weil sie weiter Resolutionen verfasste und sich an zahlreichen Frau-

52 Siehe Marie Juchacz: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S. 43.

53 Siehe Söllner, Clara Zetkin, S. 36.

54 Siehe Forschungsgemeinschaft Clara Zetkin, Zur Rolle der Frau, S. 93. Siehe dazu den Beitrag von E. Müller in diesem Band.

55 Zetkin, Zur Geschichte, S. 220.

56 Siehe Puschnerat, Clara Zetkin, S. 203f.

endemonstrationen gegen den Krieg beteiligte. Aus Protest gegen die Kriegspolitik der SPD bei der Bewilligung der Kriegskredite schloss sich Clara Zetkin zunächst der Spartakusgruppe an und wurde 1917 Mitbegründerin der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Sie verlor dadurch ihre Stelle als Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand und die Redaktionsleitung der „Gleichheit“.<sup>57</sup>

Im November 1918 sprach sie auf dem Marktplatz in Stuttgart vor der revolutionären Volksversammlung und wurde für die USPD als Abgeordnete in die württembergische Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Dort hielt sie als erste Frau in einem deutschen Parlament am 29. Januar 1919 eine Rede, in der sie der Regierung Revisionismus und die Unterdrückung der sozialen Revolution vorwarf.<sup>58</sup> Die USPD bildete ebenso wie die an der Jahreswende 1918/1919 gegründete KPD, in die Zetkin 1919 überwechselte, eigene Frauenorganisationen. Tânia Puschnerat ist beizupflichten, wenn sie schreibt: „Als sie die SPD verließ, blieb sie Sozialdemokratin, so wie sie die Sozialdemokratie verstanden hatte.“<sup>59</sup> In diesen und den folgenden Jahren war die Jüdin und Kommunistin Hertha Walcher (1894–1990) eine zuverlässige Weggefährtin Clara Zetkins, auf die sie sich (nicht nur) als Sekretärin und Begleiterin auf den nicht ungefährlichen Reisen nach Frankreich, Italien und in die Sowjetunion verlassen konnte.<sup>60</sup>

Während der Jahre 1920 bis 1933 – Frauen durften ab 1918 wählen und gewählt werden – war Clara Zetkin Abgeordnete des Deutschen Reichstags, obwohl sie sich nur selten in Deutschland aufhielt und vorwiegend in Moskau lebte. In ihren Reden plädierte sie für eine Interessengemeinschaft Deutschlands mit der Sowjetunion und wollte auf jeden Fall eine Gegenrevolution verhindern. Im August 1932 nahm sie in Amsterdam am Internationalen Kongress gegen den Krieg teil, gemeinsam mit 2.196 Delegierten aus 35 Ländern, darunter 358 Frauen. Der Kongress beschloss ein Manifest und eine Resolution „Gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung antifaschistischer Kämpfer durch die deutsche Regierung“, die sich „an die Frauen aller werktätigen Schichten“ richtete, und bildete ein Weltkomitee gegen den Krieg, dem Clara Zetkin angehörte.

Eindrucksvoll war Clara Zetkins Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstags am 30. August 1932, in der sie, schon sehr krank, vor der versammel-

57 Siehe dazu den Beitrag von Mirjam Sachse in diesem Band. Marie Juchacz, die die Mehrheitssozialdemokraten vertrat, bekam die Posten, die Clara Zetkin abgeben musste, übertragen. Marie Juchacz sagte später über sich selber, dass sie sich nie nach Funktionen gedrängt habe, aber immer zur Verfügung stand, wenn man sie gerufen hatte. Während einer Rede zum Internationalen Frauentag 1950 erklärte sie zu Clara Zetkin: „Sie war wohl eine der berufensten Frauen. [...] Sie hatte ihr Leben dem Sozialismus geweiht.“ Marie Juchacz: Zum Internationalen Frauentag. Wie es damals war, Redemanuskript, März 1950, in: AdsD, Sammlung Personalia Marie Juchacz.

58 Siehe Maja Riepl-Schmidt: Wider das verkochte und verbügelte Leben. Frauen-Emanzipation in Stuttgart seit 1800, Stuttgart 1990, S. 170.

59 Puschnerat, Clara Zetkin, S. 74.

60 Siehe Hella Hertzfeldt: Hertha Walcher (1894–1990), in: Gisela Notz (Hrsg.): Wegbereiterinnen V, Kalender 2007, Bonn 2007, Blatt Oktober.

ten Naziprominenz und unter Nazigejohle die „Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus“, und zwar gegen alle trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen forderte. Leider blieb der Appell an die „Schicksalsgemeinschaft der Schaffenden der ganzen Welt“ und „an die Millionen unterdrückter Frauen“<sup>61</sup> ohne Wirkung. Zur Zeit der Regierungsübernahme durch die Nazis im Januar 1933 hielt sich Clara Zetkin in Moskau auf, wo sie am 20. Juni desselben Jahres starb.

Ihre Vorstellung: „Ziel ist das Menschenrecht als Frauenrecht“<sup>62</sup> ist – weltweit – bis heute nicht verwirklicht. Der Internationale Frauentag wird bis heute (noch oder wieder) jährlich am 8. März gefeiert.

61 Die Rede ist u. a. abgedruckt in: Clara Zetkins Leben und Werk, S. 16-20, und Hervé, Clara Zetkin, S. 129-133.

62 Clara Zetkin im Vorfeld des Internationalen Frauentages 1911.

## **Clara Zetkin in ihrer Zeit – für eine historisch zutreffende Einschätzung ihrer Frauenemanzipationstheorie**

Seit Mitte der 1960er Jahre publiziere und arbeite ich in Japan über das Leben und die Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin sowie zur Geschichte des von ihr im Jahr 1910 initiierten „Internationalen Frauentages“. Mein Ziel war eine kritische Untersuchung und Prüfung verschiedener Neo-Feminismustheorien, die Ende des 20. Jahrhunderts weltweit Verbreitung fanden und als Weiterführung der marxistischen Frauenemanzipationstheorie in der Nachfolge von Clara Zetkin sowie von August Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ gelten.

Im letzten halben Jahrhundert änderte sich die internationale Lage nachhaltig. Insbesondere nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa hat sich die Bewertung der marxistischen Theorie stark gewandelt.

Meine Forschungen zu Clara Zetkin lassen sich in drei Phasen gliedern.

*In den 1960er Jahren* habe ich mich mit Clara Zetkin während meiner Studienzzeit befasst. Damals habe ich die Schriften von Clara Zetkin zur Frauenemanzipationstheorie, soweit die Werke veröffentlicht und verfügbar waren, vollständig ins Japanische übersetzt.

*Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre* besuchte ich das Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin und die Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“ in Leipzig und tauschte mich mit Clara-Zetkin-Forschern der DDR aus. Zu dieser Zeit fasste ich die Rezeption und die Forschungsergebnisse zu Clara Zetkin im Vor- und Nachkriegs-Japan in dem deutschsprachigen Aufsatz „Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan“ zusammen.<sup>1</sup>

*Seit Glasnost 1985* und dem Verfall des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa 1989 sowie seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 ruhten meine Forschungen zu Clara Zetkin, und ich beschäftigte mich mit der Frauenemanzipationstheorie von August Bebel. Um die Jahrtausendwende nahm ich die Forschungen zu Clara Zetkin wieder auf.<sup>2</sup>

Im Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg war in den sozialistischen Ländern – im Vergleich zur Frauengleichheit in

1 Siehe Setsu Ito: Veröffentlichungen und Forschungen über Clara Zetkin in Japan, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig 1985, H. 2.

2 Glücklicherweise konnte ich für die Haushaltsjahre 2005 bis 2008 Fördergelder von der japanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften erhalten, die es mir ermöglichten, 2005 in Moskau das Russländische staatliche Archiv für sozial-politische Geschichte (RGASPI) und 2006 in Berlin die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) zu besuchen. Anhand der in den 1990er Jahren veröffentlichten Materialien konnte ich die Ergebnisse meiner Forschung zu Clara Zetkin überdenken. Auch meine Teilnahme an dem Kolloquium in Berlin anlässlich des 150. Geburtstags von Clara Zetkin wurde mit diesen Fördergeldern finanziert.

den kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten als verbesserter Form des Kapitalismus – eine relative Überlegenheit hinsichtlich der Frauengleichberechtigung zu konstatieren. Die verschiedenen Ausprägungen des Neofeminismus, wie sie seit den 1960er Jahren weltweit Verbreitung fanden, verwarfen die marxistische Frauenemanzipationstheorie oder modifizierten sie und nahmen sie in den neuen sozialistischen Feminismus auf.<sup>3</sup>

Auf Grund des Zusammenbruchs des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa Ende der 1980er Jahre wurde in Japan die bereits von den verschiedenen Richtungen des Neofeminismus kritisierte marxistische Frauenemanzipationstheorie als nicht mehr zeitgemäß erachtet und ignoriert. Dazu kam, dass die Basis der marxistischen Frauenemanzipationstheorie Bebels und Zetkins, nach der die Frauen im Sozialismus befreit werden würden, erschüttert war, nicht zuletzt durch die sich vertiefenden wirtschaftlichen Widersprüche in den sozialistischen Ländern Asiens, die die Marktwirtschaft eingeführt hatten, und durch diktatorische Maßnahmen in den Ländern, die sich als sozialistisch bezeichneten, aber Menschenrechte missachteten.

Zugleich bildete sich in den 1970er Jahren ein neuer Gender-Feminismus heraus, wobei die Vereinten Nationen eine Rolle spielten. Er beeinflusste die hochindustrialisierten und die Entwicklungsländer, verschiedene Klassen und Schichten und den neuen Liberalismus. Anders ausgedrückt: Es wurde so etwas wie ein globaler Standard für die Gleichheit von Mann und Frau geschaffen. Die Bestimmung des Jahres 1975 zum Internationalen Jahr der Frau und der Beschluss über den Internationalen Frauentag im Jahr 1977 bildeten dafür den Ausgangspunkt. Die 4. UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking war die erste internationale Frauenkonferenz im Zeichen des Gender-Feminismus. In der Nachfolge der UN-Frauentage „Peking+5“ im Jahre 2000 und „Peking+10“ im Jahre 2005 sind viele Netzwerke der UN, der Regierungen und der NGOs aktiv mit dem Ziel, die Gleichberechtigung der Geschlechter herzustellen.

In dieses Umfeld ordnen sich meine laufenden Forschungsarbeiten zu Clara Zetkin ein. Ich gehe von folgenden Prämissen aus:

Zum einen: Auch vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Situation spielt die marxistische Frauenemanzipationstheorie eine wichtige Rolle für den heutigen Kampf um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die marxistische Frauenemanzipationstheorie hat auch unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung und des zur Zeit herrschenden Neoliberalismus eine wichtige Funktion. Das soll anhand der Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin verdeutlicht werden.

Zum anderen: Das Leben der Clara Zetkin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im beginnenden 20. Jahrhundert als Führungspersonlichkeit der Frauenbewegung des deutschen und internationalen Proletariats und als Soziali-

3 Siehe Setsu Ito: Die verschiedenen neofeministischen Richtungen und die marxistische Frauenemanzipationstheorie in Japan, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“, Leipzig 1988, H. 11.

stin war beispiellos. Sie lebte unter Bedingungen, aus denen es kein Entkommen gab, als „Kind der Zeit“, die sie von der SPD zur KPD, von der II. Internationale zur Komintern, von Lenin zu Stalin führte. Gegenwärtig wird ihr Leben noch nicht ausreichend verstanden und nicht objektiv bewertet, da diese „Einschränkungen der Zeit“ auf die Forschung wirken. Ich will auf der Basis der nach 1990 veröffentlichten Materialien meine Sicht auf Clara Zetkin darstellen. Dabei lege ich die gedruckten Reden und Schriften sowie Aufsatzsammlungen zugrunde, die Clara Zetkin hinterlassen hat, und berücksichtige noch nicht gedruckte Briefe, die in Archiven schlummern. Dabei prüfe ich kritisch die wissenschaftlichen Werke und Aufsätze, in denen die Biographie Clara Zetkins behandelt wird. Im folgenden seien einige Ergebnisse meiner Forschungsarbeit skizziert.

### **Clara Zetkins Beitrag zur Frauenemanzipationstheorie**

Charakteristische Merkmale der und der Beitrag von Clara Zetkin zur marxistischen Frauenemanzipationstheorie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

(1) Während ihres Exils in Paris 1882 bis 1890 verband Clara Zetkin die Problematik der Lohnarbeit von Frauen und der Arbeiterfrauen mit der Politik der deutschen sozialdemokratischen Partei und erreichte 1889 ein Ziel, das gleichermaßen auch ein Ausgangspunkt war. Dies kommt in ihrer Schrift „Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“<sup>44</sup> und in ihrem Vortrag bei der Gründungsversammlung der II. Internationale „Für die Befreiung der Frau“<sup>45</sup> zum Ausdruck. Das erste gedruckte Werk von Clara Zetkin war ein Essay mit dem Titel „Die Sozialdemokratie und die Frauenarbeit“, der in „Der Sozialdemokrat“, Nr. 1, 1885 erschien. Viele ihrer Aufsätze der Anfangszeit hat sie in diesem Organ publiziert. Für eine Reihe ihrer Aufsätze aus dieser Zeit bildete – anlässlich des von der SPD im März 1885 im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes – die Problematik des Schutzes der Arbeiterinnen den Hintergrund. Clara Zetkins Frauenemanzipationsgedanken der 1880er Jahre bis zum Ende ihrer Pariser Zeit kann man in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Sie begriff die Frauenfrage nicht als gegen die Männer gerichtet, sondern als objektives Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Sie war gegen das Verbot der Frauenerwerbsarbeit und legte großen Wert auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau.

3. Dass die Frauen bei Erwerbstätigkeit nur ihren „Herrn“ eintauschen (nicht der Ehemann, sondern der Kapitalist war nun der Herr), verstand sie als positive Entwicklung, bei der die Frauen „etwas gewonnen“ hatten.

4 Siehe Clara Zetkin: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berliner Arbeiterbibliothek V, Berlin 1889.

5 Siehe Dies.: Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris am 19.7.1889, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1957.



4. Sie verteidigte die Bestimmungen zum Schutz der Schwangeren.

5. Sie forderte eine Kindererziehung nicht nur durch die Mütter, sondern auch durch ausgebildete Erzieher und Fachleute.

Die ersten drei Punkte formulierte sie in der Nachfolge von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel. Folglich kann man sagen, dass spezifische Schwerpunkte der Frauenemanzipationstheorie von Clara Zetkin in dieser Zeit bei den letzten zwei Punkten lagen. Die Punkte 1 bis 3 basieren auf einem prinzipiellen Standpunkt zur Frauenfrage. Die Punkte 4 und 5 sind Sichtweisen, die sich aus der Situation der Arbeiterinnen in den 1880er Jahren ergeben hatten. Sie relativierte die Mutterrolle und zeigte nicht nur eine genderneutrale Einstellung zur Kindererziehung, sondern sogar eine darüber hinausgehende „Beyond-Gender-Mentalität“, die eine Verlagerung zu fachlich ausgebildeten Kräften fordert.

Die Idee wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Frau durch die Erwerbsarbeit und der Gedanke, dass die Frau dadurch nur „den Herrn tauscht“, aber im Hinblick auf die Gleichberechtigung etwas gewinnt, ist der Kritikpunkt der sogenannten „zweiten Welle“ des Feminismus. Die Punkte 1 bis 3 als prinzipiell zu verstehen, erfasste in den 1880er Jahren die wesentliche Problematik. Die Punkte 4 und 5 kann man als Resultat der präzisen Einschätzung der damaligen Situation der Arbeiterinnen bezeichnen.

(2) In den Jahren 1891 bis 1917 hat Clara Zetkin als Chefredakteurin der „Gleichheit“ diese Zeitschrift als Plattform benutzt. Sie hat über die oben beschriebenen Inhalte hinaus mit Themen wie Erziehung, Frauenwahlrecht, Kunst- und Literaturkritik, Friedens- und Antikriegsbewegung, internationaler Frauentag die Richtung der deutschen Frauenbewegung bestimmt und zur Frauenpolitik der SPD beigetragen. Zu dieser Zeit war Clara Zetkins Lebensunterhalt gesichert. Es war auch die Zeit, in der ihre Aktivitäten am breitesten ausgelegt waren. Damals war die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland sehr aktiv. Mit dem Wissen um das hohe kulturelle und theoretische Niveau der intellektuellen deutschen Frauen argumentierte Clara Zetkin sehr engagiert für die Frauenemanzipation. Sie forderte mit Nachdruck das gleiche allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen statt eines eingeschränkten Wahlrechts, betonte die Überlegenheit der Erziehung in der proletarischen Familie, entwickelte eine Kunsttheorie in der Tradition der klassischen deutschen Literatur.<sup>6</sup> Sie hoffte auf die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft und leistete vom Standpunkt der proletarischen Frau aus während des Ersten Weltkriegs 1914 bis 1918 konsequenten Widerstand gegen den Krieg.

(3) In der Zeit nach den Revolutionen in Russland und in Deutschland 1919 bis 1933 war Clara Zetkin Mitglied des Zentralkomitees der KPD und des Exekutivkomitees der Komintern. Von 1920 bis 1923 kam es zu einem Dialog mit W. I. Le-

6 Siehe Joan-Banks Reutershan: Clara Zetkins Ausnahmeposition in der Literaturpolitik der Deutschen Sozialdemokratie in der Epoche der II. Internationale, Diss. Univ. New York 1980; Ders.: Clara Zetkin und Brot und Rosen, New York-Bern-Frankfurt/Main 1985.

nin zur Frauenfrage<sup>7</sup> und zur kulturellen Problematik. In der Anfangszeit arbeitete sie die Richtlinien für die Frauenpolitik der Komintern aus. Als Verantwortliche des internationalen Frauensekretariats brachte sie den Internationalen Frauentag mit der russischen Revolution in Verbindung und sorgte für seine weltweite Verbreitung. In dieser Zeit vermittelte sie zwischen der Komintern und der Frauenbewegung in Westeuropa. Zu Beginn der Stalinzeit – seit Mitte der 1920er Jahre – dachte sie über die Bildung einer parteilosen Frauenbewegung nach. Darüber hinaus nutzte sie ihre 1924 während einer Reise in den Kaukasus gemachten Erfahrungen mit dem Islam, um die Frauenbewegung in Asien zu aktivieren. In den späteren Jahren entwarf sie einen „Einstweiligen Aktionsplan der Sektion zum Studium der Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung der Kommunistischen Akademie“. Darin berücksichtigte sie die Taktik der mohammedanischen Geistlichkeit in der Frauenfrage, die wirtschaftliche und allgemeine Lage der Frau im Fernen Osten (Japan, China, Indien, Indonesien) sowie als historische Eckpfeiler die französische Revolution, den Utopie-Gedanken und nicht zuletzt die Frauenforschung zur Pariser Kommune.<sup>8</sup> Es war die immense Dimension ihres Denkens und Wirkens, die eine gleichwertige Nachfolge für Clara Zetkin in der damaligen Frauenemanzipationsbewegung behinderte.

(4) In der posthum veröffentlichten Arbeit „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands“<sup>9</sup> ist Clara Zetkins Frauenemanzipationstheorie am systematischsten dargestellt. Hier analysiert sie folgerichtig die Stufen der Frauenforderungen, angefangen bei Flora Tristan in Frankreich bis zur deutschen bürgerlichen Frauenbewegung. Diese Analyse der Forderungen der Frauenbewegung, in der sie die Frauen nach ihrer Klassenzugehörigkeit differenziert betrachtet, sollte als eigenständige Theorie zwischen Gender- und Klassentheorie anerkannt werden. Eine Analyse der Frauenfrage entweder allein aus der Sicht der Frauen oder allein von der Klassenzugehörigkeit her ist unzureichend. Denken wir an die heutige Situation der Frauen.

## **Kritisches zur Clara-Zetkin-Forschung**

Vor der deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde in beiden deutschen Staaten aktiv zu Clara Zetkin geforscht. Die Forschungen aus dieser Zeit förderten im Osten viele neue Materialien zu Tage. Obwohl diese nur eingeschränkt öffentlich zugänglich und nutzbar waren, wurde eine internationale Konferenz – hauptsächlich mit Teilnehmern aus der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten – veranstaltet. Außerdem wurden Biographien sowie Zetkins Reden und Aufsätze publiziert. Die in den 1950er bis

7 Siehe Clara Zetkin: Einstweiliger Aktionsplan der Sektion zum Studium der Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung der Kommunistischen Akademie für das Jahr 1930/31, in: Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974.

8 Siehe ebenda.

9 Siehe Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958.

1980er Jahren vorgelegten biographischen Studien von Luise Dornemann<sup>10</sup> und die Studien der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ sind beispielhaft. Ich habe in dieser Zeit, die man als Blütezeit der Clara-Zetkin-Forschung in der DDR bezeichnen könnte, von den Forschern an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ in Leipzig viel gelernt.<sup>11</sup>

Allerdings gab es damals für Forscher aus dem Westen Zugriffsbeschränkungen auf die vorhandenen Materialien; auch für die Forscher aus dem Osten war die Sammlung von Forschungsinformationen und Materialien eingeschränkt. Es wurde wegen der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR eine positive Haltung zu Clara Zetkins Leben und Wirken vorausgesetzt, so dass detaillierte Analysen nicht durchgeführt wurden. So blieben die politischen Schwierigkeiten und Härten, die Clara Zetkin in den 1920er und 1930er Jahren erfahren musste, wie auch einige andere Problempunkte unberücksichtigt.

Eine tendenzielle Änderung dieser Situation wird seit den 1990ern sichtbar. Gilbert Badia, der reichlich von Berliner Archivmaterialien Gebrauch machte, beschreibt detailliert Clara Zetkins Pariser Zeit, ihre Konflikte mit Stalin in der Kominternzeit und ihr Privatleben.<sup>12</sup>

Die 2003 von Tânia Puschnerat, die freien Zugriff zu Berliner und Moskauer Materialien hatte, veröffentlichte Biographie<sup>13</sup> ist stark ideologisch gefärbt. Die Autorin versucht, das bisherige Bild von Clara Zetkin um 180 Grad zu wenden. Sie gab der Biographie den Titel „Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus“ und lehnte die Forschungsergebnisse von Dornemann wie auch die von Badia ab. Clara Zetkins Werk allein unter „Anerkennung und Ausnutzung“ abzutun, genügt nicht. Die Persönlichkeit Clara Zetkin ist so einfach nicht zu fassen. Zudem weist die gegenwärtige Clara-Zetkin-Forschung neue Elemente auf. Trotz der Sorgfalt der Übersetzerinnen Badias, Florence Hervé und Ingeborg Nodinger, wird Clara Zetkin heute immer häufiger als féministe Feministin oder sogar nur als Frauenrechtlerin bezeichnet. Clara Zetkin ist aber keine Persönlichkeit, auf die diese Begriffe – historisch, in „ihrer Zeit“ gesehen – zutreffen.

Vom heutigen Standpunkt aus sollten wir es begrüßen, dass Primärquellen wie die Briefe Clara Zetkins nicht nur von einem bestimmten Kreis eingesehen werden dürfen, sondern einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind.

Der 150. Geburtstag von Clara Zetkin im Jahr 2007 sollte Anlass sein, die Clara-Zetkin-Forschung weltweit, uneingeschränkt und facettenreich voranzutreiben. Diese Art der Forschung wird zur historisch zutreffenden Einschätzung von Clara Zetkins Frauenemanzipationstheorie führen. Die Veröffentlichung ihrer bisher nicht publizierten Briefe wäre dafür ein sehr wichtiger Beitrag.

10 Siehe Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1957, 1960, 1973.

11 An dieser Stelle danke ich Prof. Dr. Joachim Müller, Prof. Dr. Fritz Staudé und Prof. Dr. Hans-Jürgen Arendt für ihre damalige freundliche Unterstützung.

12 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.

13 Siehe Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.

## Clara Zetkin als Pädagogin

Clara Zetkin als Pädagogin vorzustellen lässt verschiedene Lesarten und Zugangsweisen zu. Jede wäre der Beachtung wert. Und jede lenkt auf den zentralen Punkt ihres pädagogischen Selbstverständnisses: den engen Zusammenhang von sozialer Emanzipation und Bildung.

Da ist zunächst die *Pädagogin im engeren Sinne*, die gelernte Lehrerin, die sich in kritisch-konstruktiver Auseinandersetzung mit den Traditionen humanistischer Pädagogik und mit der bürgerlichen Pädagogik ihrer Zeit ein eigenes sozial intendiertes pädagogisches Profil erarbeitete und schon bald als kompetente Ratgeberin in Erziehungsfragen in Erscheinung trat. Da ist außerdem die charismatische *Erzieherin großen Stils*, die der proletarischen Frauenbewegung die emanzipatorische Bedeutung der Bildungsfrage nahe brachte und darüber hinaus in der männerdominierten Sozialdemokratie der Jahrhundertwendezeit allen Einfluss geltend zu machen wusste, um für die Nöte und Belange der Arbeiterkinder zu sensibilisieren. Da ist auch die *Jugenderzieherin*, die den Gedanken von Erziehung und Selbsterziehung in die proletarische Jugendbewegung trug und deren Selbstorganisation als Teil proletarischen Emanzipationskampfes unterstützte. Vor allem ist da die *Schul- und Bildungspolitikerin*, die die Schulfrage als soziale Frage verstand und maßgeblichen Anteil am Zustandekommen eines substantiell anspruchsvollen sozialdemokratischen Bildungsprogramms hatte. Und schließlich ist da die *Repräsentantin einer gespaltenen proletarischen Pädagogik* in der Weimarer Republik, die ihre pädagogische Orientierung zunehmend aus der Pädagogik der frühen Sowjetunion bezog und dabei in ihren bildungspolitischen Schlussfolgerungen für Deutschland durchaus auch in Widersprüche geriet.

Es gäbe also gute Gründe für die bildungsgeschichtliche Beschäftigung mit Clara Zetkin. Während ihr aber in der Geschichtswissenschaft und in der historischen Frauenforschung offensichtlich nach wie vor Interesse entgegengebracht wird, lässt sich Gleiches von der bildungshistorischen Forschung nicht sagen. In der heutigen pädagogischen Standardliteratur kommt der Name Clara Zetkins so gut wie nicht vor. Pädagogische Arbeiten über Clara Zetkin liegen – bis auf wenige Ausnahmen<sup>1</sup> – Jahre zurück. Die meisten stammen aus der DDR.<sup>2</sup> Der Grund für diese Situation ist wohl vor allem in unterschiedlich gewachsenen und kon-

1 Siehe z. B. Elke Kleinau (Hrsg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. 2. Bd.: Vom Vormärz bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M. 1996, S. 230-247; Angela Klaußen: Mädchen- und Frauenbildung im Kaiserreich 1871-1918: Emanzipatorische Konzepte bei Helene Lange und Clara Zetkin, Würzburg 2003.

2 Hier sind vor allem die Arbeiten von Gerd Hohendorf zu nennen, besonders Clara Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik und marxistische Pädagogik. Ausgewählte Reden und Schriften. Eingeleitet und erläutert von Gerd Hohendorf. Berlin 1983; außerdem Geschichte der Erziehung. Hrsg. von Karl-Heinz Günther/Franz Hofmann/Gerd Hohendorf/Helmut König/Heinz Schuffenhauer, zuletzt 15. Aufl. Berlin 1987, S. 467-468.

struierten Traditionsverständnissen in Ost und West zu suchen. In der BRD wurde Bildungsgeschichte primär aus bürgerlicher Perspektive betrachtet, entsprechend marginal entwickelte sich – von kurzen Konjunkturen in der Nach-68er-Zeit abgesehen<sup>3</sup> – die Beschäftigung mit der pädagogischen Hinterlassenschaft der Arbeiterbewegung. Die DDR hingegen bezog pädagogisches Selbstverständnis gerade aus diesen Traditionen. Namentlich Clara Zetkin galt als Quelle pädagogischer Orientierung, ihr Leben und Werk gehörte zum festen Bestand der Pädagogik in Lehre und Forschung. Allerdings blieben Interpretationen dabei von den Höhen und Tiefen der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung ebenso wenig unberührt wie von funktionalistischen Zuschnitten ihrer Pädagogik. Nach 1990 dann erschienen Forschungen zur Arbeiterbewegung und ihren pädagogischen Repräsentantinnen und Repräsentanten vollends obsolet. Dass eine derartige Abstinenz letztendlich auf Kosten historischer Komplexität geht, bedarf kaum der Erwähnung. Das gilt auch für Clara Zetkin, die im wilhelminischen Deutschland wie in der Weimarer Republik in der bildungspolitischen Öffentlichkeit präsent war und aus mindestens drei Gründen Erkenntnisinteresse verdient.

*Erstens* erschließt sich über die Biographie Clara Zetkins der enge Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Bildung. Ein Aspekt, der für die Arbeiterbewegung ebenso gilt wie für die Frauenbewegung und Teile der Lebens- und Schulreformbewegung, der aber in der noch immer vorwiegend geistesgeschichtlich geprägten Bildungsgeschichtsschreibung oft zu kurz kommt. *Zweitens* lassen sich an der Entwicklung der bildungspolitischen und pädagogischen Positionen Clara Zetkins zugleich auch Probleme nachvollziehen, die sich unter der Spaltung der Arbeiterbewegung zu scheinbar unüberbrückbaren Gegensätzen ausweiteten und eine einheitliche linke Strategie zur Reform des Bildungswesens in der Weimarer Republik blockierten. *Drittens* schließlich lässt sich nicht übersehen, dass manche der von Clara Zetkin initiierten und mitgetragenen Diskurse zur Gestaltung von Schule und Erziehung von frapperender Aktualität und noch immer geeignet erscheinen, soziale und pädagogische Konfliktlinien des nach wie vor von Konservatismus, Besitzstandsdenken und Lobbyismus geprägten Bildungssystems in Deutschland bloßzulegen.

Es ist im vorliegenden Rahmen nicht realisierbar, Clara Zetkins Beitrag zur Herausbildung und Konkretisierung eines Bewusstseins von der Bedeutung der Bildungsfrage für die Arbeiterbewegung angemessen zu beschreiben, ihre pädagogischen Ansichten kritisch zu analysieren und ihre praktische Bildungsarbeit auch nur annähernd zu erfassen. Allein die Aufzählung ihrer Aktivitäten würde Seiten füllen. Die nachfolgenden Überlegungen konzentrieren sich deswegen zunächst

3 Als Beispiele siehe Ulrich Bendele: Sozialdemokratische Schulpolitik und Pädagogik im wilhelminischen Deutschland (1890-1914). Eine sozialhistorische empirische Analyse, Frankfurt a. M. 1979; Helmwart Hierdeis (Hrsg.): Sozialistische Pädagogik im 19. und 20. Jahrhundert, Bad Heilbrunn 1973; Lutz von Werder: Sozialistische Erziehung in Deutschland 1848-1973, Frankfurt a. M. 1974.

auf die Bildungspolitikerin Clara Zetkin und dabei vor allem auf drei Aspekte: 1. auf Eckpunkte ihrer pädagogischen Sozialisation, 2. auf Grundzüge ihrer Vorstellungen von einer sozialistischen Bildungsreform sowie 3. auf die Modifizierung ihrer pädagogischen Ansichten im Spannungsfeld der geteilten Arbeiterbewegung.

### **Eckpunkte der pädagogischen Sozialisation**

Die Biographie Clara Zetkins lässt zahlreiche Einflüsse und Beziehungen erkennen, die für die Entstehung ihres pädagogischen Interesses konstitutiv gewesen sein mögen. Zuerst das Elternhaus: Als Tochter eines christlich gesinnten, pädagogisch anspruchsvollen Dorfschullehrers mit „tolstoianischer Prägung“<sup>4</sup> und einer mit der bürgerlichen Frauenbewegung sympathisierenden Mutter bekam sie nicht nur ein Gespür für die soziale Situation des sächsischen Weberdorfes Wiederau und die Dürftigkeit der damaligen Volksschulverhältnisse, sondern gleichermaßen für die befreiende Kraft von Bildung. Diese ersten Eindrücke verstärkten sich während ihrer Lehrzeit von 1874 bis 1878 am Lehrerinnenseminar in Leipzig. Das von Auguste Schmidt, einer der Mitbegründerinnen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, in liberalem Geist geführte Institut, an dem später auch Käthe Duncker studierte, bot den künftigen Lehrerinnen Zugänge zur humanistischen Hochkultur und zur allgemeinen Bildung ebenso wie zu modernen reformpädagogischen Theorien, die in der bürgerlichen Frauenbewegung besondere Resonanz fanden. Als ein geistiges Zentrum der Arbeiterbewegung bot Leipzig der jungen bildungshungrigen Studentin aber gleichermaßen attraktive weltanschaulich-politische Kost. Wilhelm Liebknecht war hier ebenso zu erleben wie August Bebel, dessen Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1878) gerade unter Studentinnen Wirkung hinterließ. Politik und Pädagogik rückten in ihrem Denken zusammen, auch, weil sie erleben musste, wie sehr Nähe zur Sozialdemokratie berufliche Chancen im Schulsystem des kaiserlichen Deutschlands versperrte.

Stärkste Impulse erhielt ihr pädagogisches Denken jedoch aus der Begegnung mit proletarischen Frauen. Sie wusste um die sozialen Verhältnisse in den proletarischen Familien und um das Elend der massenhaften Kinderausbeutung, für Clara Zetkin ein Kapitel von Schmach und Schande, ein „Gegensatz, wie er unvereinbarer, wahnwitziger, verbrecherischer nicht erklügelt werden kann“<sup>5</sup>. Ihr Engagement für eine Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland liegt hier ebenso begründet wie ihre Hinwendung zur Familienerziehung und die Thematisierung der Bildungsfrage als Klassenfrage.

Weitere Einflüsse seien hier nur stichpunktartig erwähnt: die russischen Studentenkreise in Leipzig und natürlich Ossip Zetkin, die ihr Zugang zur russi-

4 Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Werk, 6. Aufl., Berlin 1974, S. 12.

5 Clara Zetkin: Faule Ausreden. Februar 1903. Zitiert nach Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 148.

schen Kultur- und Bildungsbewegung eröffneten; die Begegnung mit der Lehrerin und Kommunardin Louise Michel in Paris; ihre Mitwirkung in der II. Internationale und hier besonders in der 1896 gegründeten Erziehungskommission; ihre langjährige Freundschaft mit der Pädagogin Nadeshda K. Krupskaja, die eine kindorientierte sozialistische Pädagogik vertrat<sup>6</sup>; ihre vielfältigen, unkonventionellen, nicht „nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach dem Menschen“<sup>7</sup> ausgewählten Kontakte in unterschiedlichste soziale, intellektuelle und kulturelle Milieus<sup>8</sup> – und nicht zuletzt der Umgang mit den eigenen Söhnen, die sich an eine konsequente, aber „nicht kleinliche“, auf allseitige Bildung orientierte häusliche Erziehungskultur erinnern.<sup>9</sup>

Vor allem aber waren es die Schulverhältnisse selbst, die Clara Zetkins Reformgeist herausforderten. Wie viele andere linksorientierte Intellektuelle war auch für sie die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene reformpädagogische Bewegung eine faszinierende Alternative zum obrigkeitsstaatlichen, autoritären Schulbetrieb im wilhelminischen Deutschland und für ihre pädagogische Sozialisation prägend. In der Hinwendung zum Kind, in der Orientierung auf Selbsttätigkeit, Selbsterziehung und Sozialität sah sie Zukunftsweisendes, die „reifste, höchste Frucht der bürgerlichen Pädagogik“ mit „bedeutsame[n] Keime[n] zur sozialistischen Erziehung“.<sup>10</sup> Nur befänden sich diese im falschen System, da sie „in der bürgerlichen Gesellschaft nicht Wachstum, Entfaltungsmöglichkeit für all die Kraft, Schönheit und schöpferische Fruchtbarkeit finden können, die in ihnen steckt“.<sup>11</sup> Für die Arbeiterbewegung zog sie daraus den Schluss, dass sich das

6 Das galt besonders für ihre Schrift „Volksbildung und Demokratie“ (1915). Siehe N. K. Krupskaja: Sozialistische Pädagogik. Eine Auswahl aus Schriften, Reden und Briefen in vier Bänden. Besorgt von Karl-Heinz Günther, Leo Hartung und Gerhard Kittler. Bd. I. Berlin 1967, S. 239-339.

7 Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin 1994, S. 287.

8 Ein idealtypisches, bislang wenig aufgearbeitetes Beispiel ist ihre Freundschaft mit der in München ansässigen Ärztin Hope Bridges Adams Lehmann, um die sich ein heterogener Kommunikationskreis gebildet hatte, dem neben führenden Sozialdemokraten und ihren Familien namhafte Personen aus Wissenschaft, Kunst und Politik angehörten. Aus diesem Kreis gingen originelle Reformideen hervor, so auch das erste sozialistische Versuchsschulprojekt, das 1906/07 von Adams Lehmann in der „Neuen Zeit“ („Die Schule der Zukunft“) vorgestellt und 1908 in München zur Genehmigung eingereicht wurde, nachdem es zuvor in „einem Studiengang für eine kleine Gruppe von Kindern“, zu der neben den Kindern Adams Lehmanns auch Maxim und Kostja Zetkin gehörten, „fünf Jahre lang praktisch“ erprobt worden war. Clara Zetkin war demnach keineswegs von vornherein (wie dann in der Weimarer Republik) eine Gegnerin von Versuchsschulen. Die Idee, alternative Bildungsideen praktisch auszuprobieren, hatte sie offensichtlich ebenso fasziniert wie die anderen Beteiligten. Wie nicht anders zu erwarten, erhielt die Versuchsschule keine Genehmigung. Lediglich ein bilingualer Kindergarten konnte durchgesetzt werden, der von Margarethe Kampffmeyer jahrelang erfolgreich geführt wurde. Siehe dazu Marita Krauss: Die Frau der Zukunft. Dr. Hope Bridges Adams Lehmann. 1855-1916. Ärztin und Reformerin. München 2002, S. 95, 132-139; Christa Uhlig: Reformpädagogik: Ihre Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung. Quellenauswahl aus den Zeitschriften Die Neue Zeit (1883-1918) und Sozialistische Monatshefte (1895/97-1918), Frankfurt a. M. [u.a.] 2006, S. 174-180, 430-441.

9 Clara Zetkin als Erzieherin im Hause. Erinnerungen von Maxim Zetkin. Siehe Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 428-433.

10 Rede Clara Zetkins zur Gründung einer sozialistischen Jugendorganisation auf der fünften sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Nürnberg am 12. September 1908. Zitiert nach Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 238. – Hier bezog sie sich konkret auf die Landerziehungsheime.

11 Ebenda.

„kämpfende Proletariat“ „bei Anerkennung und Anwendung der wichtigsten Grundsätze wissenschaftlicher Pädagogik nicht übertreffen lassen“ dürfe „von bürgerlichen Erziehungsinstitutionen“<sup>12</sup>, sondern sich selber an die Spitze der Reformbewegung zu stellen habe. – In der späteren Geschichtsschreibung wurde gerade dieses Interesse an Reformpädagogik, das sie im Übrigen mit N. K. Krupskaja teilte, weitgehend verdrängt bzw. als Relikt der Suchphase proletarisch-pädagogischen Denkens gewertet. Umso bedeutsamer ist die Rekonstruktion dieser ursprünglichen Zusammenhänge, auch weil sozialistische Pädagogik heutzutage nicht selten als eindimensionale Herleitung aus Klassenkampftheorien aufgefasst und das breite Spektrum ihrer Quellen gern übersehen wird.

### **Grundzüge einer sozialistischen Bildungsreform**

Obwohl Bildung zu den Grundansprüchen der Arbeiterbewegung gehörte, war es vor der Jahrhundertwende offensichtlich schwierig, zu einer konkreten bildungspolitischen Programmatik vorzudringen, die über Forderungen des *Erfurter Programms* hinausging. Die Gründe dafür zu erörtern, ist hier nicht Raum, nur soviel: Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis und „der Mangel einer allgemein gültigen Richtschnur in Schulfragen“<sup>13</sup> wurde in dem Maße eklatant, in dem sich die Sozialdemokratie in der parlamentarischen Arbeit und in der Öffentlichkeit zu bildungspolitischen Entwicklungen positionieren musste. In dieser Situation war es ein beachtliches Verdienst Clara Zetkins, das ihr wichtige Thema – die Demokratisierung von Schule, Pädagogik und familialer Erziehung – besetzt zu haben. Sie gehörte wie Heinrich Schulz, Otto Rühle oder Käte Duncker zur ersten Generation sozialistischer Pädagoginnen und Pädagogen. Mit dieser Pädagogengeneration erfuhren Bildungsdiskurse in der Arbeiterbewegung nicht nur eine deutliche Professionalisierung. Sie sorgte gleichermaßen dafür, dass Schul- und Erziehungsfragen unmittelbar auf die Agenda der Sozialdemokratie gesetzt wurden – ein keineswegs selbstverständlicher Prozess. Es könne „doch wirklich nicht die Aufgabe eines Parteitag“ sein, war noch 1906 in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu lesen, „sich ausführliche Referate über [...] das zukünftige, sozialistische Erziehungsprogramm, wie es vielleicht in hundert Jahren einmal [...] zur Ausführung kommen wird, [...] über Kindertrockenlegen und Kinderwagenschieben [...] halten zu lassen“.<sup>14</sup> Clara Zetkin sah das anders: Für sie war „das aufgerollte Erziehungsproblem von der weittragendsten Bedeutung für die Zukunft der Partei“ und „für eine freie, kräftige geistige Kulturent-

12 Ebenda.

13 Käte Duncker: Die Schulreform der Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit 1910/11, Nr. 47, S. 697-704; zitiert nach Uhlig: Reformpädagogik, S. 485.

14 Notiz in der Rundschau der Sozialistischen Monatshefte 1906, Nr. 10, S. 895; zitiert nach Uhlig: Reformpädagogik, S. 660.



wicklung [...], auf deren Segnungen und Freuden alle Glieder der Gesellschaft ein Anrecht haben sollen“.<sup>15</sup>

Nachdem sie auf den Parteitag in Bremen 1904 und Jena 1905 Bildungsfragen zumindest angesprochen und die *Schulfrage* in den Mittelpunkt der dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen 1904 gerückt hatte, nahm der Mannheimer Parteitag 1906 erstmals einen eigenständigen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema auf. Unter dem Titel *Volkserziehung und Sozialdemokratie* begründete Clara Zetkin hier gemeinsam mit Heinrich Schulz das erste sozialistische Bildungsprogramm. Obwohl aus Zeitgründen und wegen eines Schwächeanfalls Clara Zetkins offiziell als solches nicht verabschiedet, prägte es den Selbstverständigungsprozess über Bildungsfragen in der Arbeiterbewegung nachhaltig und beförderte die Konstituierung einer bildungspolitisch sensibilisierten proletarischen Öffentlichkeit.<sup>16</sup>

Sowohl ihre Bremer als auch ihre Mannheimer Rede weisen Clara Zetkin als exzellente Analytikerin der Bildungszustände in Deutschland aus. Wie vor ihr Wilhelm Liebknecht in seiner bekannten Rede „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ (1872) wurde sie nicht müde, das Wechselspiel von Herrschaft und Bildung und die Funktion der Schule bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit offen zu legen. Dass sie damit ein allgemeines Phänomen benannte, das auf subtile Weise, wie zuletzt von den PISA-Ergebnissen vorgeführt, auch für moderne Bildungssysteme gilt, sei hier nur am Rande erwähnt.<sup>17</sup>

„Wir sind der Auffassung, daß die Bildung, von der niedrigsten bis zur höchsten, Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkten Anteil an diesem Gute haben muß, dass daher der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind und deren Grundlage die Arbeit der ausgebeuteten Millionen ist, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeiten zu Waren herab, die verkauft und gekauft werden müssen wie alle anderen Waren auch. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Erforschern und Verkündern der Wahrheit, der Wirklichkeit und ihrer Gesetze in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Werten oder Talmiwerten, die Künstler aus frei Schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen herabgewürdigt. Genauso hat sie die Kultur erniedrigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. Wie unter der Herrschaft der indischen und ägyptischen Kasten, so ist heute die Bildung ein Monopol, und nicht Begabung

15 Zum Parteitag in Mannheim, in: Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. 16(1906)19 vom 19. September 1906, S. 127.

16 Das Programm ist unter der Bezeichnung Mannheimer Leitsätze in die Bildungsgeschichte eingegangen. Siehe hierzu Christa Uhlig: 100 Jahre Mannheimer Leitsätze – Entstehung und Bedeutung des ersten sozialdemokratischen Bildungsprogramms, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2006/III, S. 5-20.

17 Siehe beispielsweise Heinz Stünker: Von Picht zu PISA: Bildung und soziale Ungleichheit, in: Sozialwissenschaftliche Literatur-Rundschau 26(2003)46, S. 79-92.

und Neigung verleiht es, sondern nur das Geld, der Besitz. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heute von der höheren Bildung fern, sondern durch etwas Härteres, was schwerer noch zu zertrümmern ist als ein göttliches Gebot: durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht nach Talent und Neigung die höhere Bildung zuteil, sondern nach der Vorsicht in der Wahl der Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, organisch zusammenhängendes und gegliedertes Volksbildungswesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art und sehen dieselben geteilt in billige und schlechte für die Kinder des werktätigen Volkes und solche, die besser und teurer sind und deshalb den werktätigen Massen verschlossen bleiben.<sup>418</sup>

Vor diesem Hintergrund erarbeitete sie *Eckpunkte einer emanzipatorischen Bildungsreform*, deren Grundzüge hier nur kurz angedeutet werden können.

Clara Zetkin sah *erstens* einen Zusammenhang von Chancengleichheit, organischer Einheitlichkeit des Schulwesens und einer wissenschafts- und kulturorientierten allgemeinen Bildung. Von da her forderte sie gemeinschaftliche Bildung und Erziehung aller Kinder, die Trennung von Schule und Kirche, die Ermöglichung lebenslangen Lernens, die Verbindung von Bildung und Arbeit als Weg aus der Entfremdung der Arbeit und als Voraussetzung ganzheitlicher Persönlichkeitsentwicklung und dazu die Modernisierung von Bildungsinhalten und -methoden.

*Zweitens* verwies sie darauf, dass zwischen formaler und realer Bildungsgerechtigkeit kein Automatismus besteht und das Recht auf Bildung für Kinder aus unterprivilegierten Schichten bloße Rhetorik bleibt, wenn es nicht mit sozialpolitischen Maßnahmen zur Kompensation ungleicher Ausstattung mit sozialem und kulturellem Kapital gekoppelt wird – durch *Entlastung der Familie* (wie Achtstundentag, Lösung der Wohnungsfrage, Schwangeren- und Mütterschutz, Familienförderung u.a.m.), durch *öffentliche, unentgeltliche Erziehungs- und Bildungsförderung* (Erziehungsbeihilfen des Staates, Schulspeisung, Errichtung von Kindergärten, Schulheimen, Ganztagschulen), durch *kulturelle Angebote* (Ferienbetreuung, Bibliotheken, Zugang zu Kultur und Kunst), durch *prophylaktische Gesundheitsfürsorge* (Schulärzte, Schullandheime, Sportanlagen, Schwimmhallen). – Und sie wusste auch, wie dies alles zu finanzieren sei: durch eine drastische Reduzierung der Militärausgaben. Die Rüstung geht, schrieb sie vor dem Hintergrund der Flottenaufrüstung, an die proletarischen Frauen gewandt, 1897 in der „Gleichheit“, „auf Kosten des Brotes und der Bildung deiner Kinder, [...] das sind deine Kinder, die jung arbeiten und von Geburt an entbehren müssen.“ „Und warum? [...] Daß nicht mehr Kinder zu Tausenden und Hunderttausenden heranwachsen, deren reiche Fähigkeiten verkümmern, weil die Armut der Eltern ihre Entfaltung mit eisernem Druck darniederhält? Daß nicht mehr Familien existie-

18 Clara Zetkin: Die Schulfrage. Rede auf der dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Bremen am 18. September 1904; zitiert nach Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 161f. Den Unterschied zeigt sie am Beispiel Badens. Hier „beträgt die Leistung des Staates für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchter-schulen pro Kopf 7,27 Mark, für Volksschulen pro Kopf 1,60 Mark“.

ren, die in den ungesündesten Löchern in drangvoll fürchterlicher Enge zusammengepfercht hausen? Daß die Masse in wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, die ihr nicht bloß das Brot verbürgen, vielmehr auch eine hohe Entwicklung der geistig-sittlichen Persönlichkeit, der Freiheit?<sup>19</sup>

Anforderungen stellte Clara Zetkin *drittens* auch an die Arbeitereltern.<sup>20</sup> Familienerziehung, gleichsam das Kernstück ihres pädagogischen Engagements vor 1914, fasste sie dabei immer in doppeltem Sinn – als Erziehung der Eltern, und zwar beider Elternteile, und als Erziehung der Kinder in der Familie. Nicht die Eltern seien die „Erziehungsberechtigten“, sondern die Kinder, denen ein Recht auf vernünftige, liebevolle Erziehung zusteht. Demgegenüber sah sie die Eltern in der Rolle von „Erziehungsverpflichteten“.<sup>21</sup> Die Erhöhung der Erziehungskompetenz der Eltern war für sie nicht nur entscheidend für die Verbesserung der familialen Aufwuchsbedingungen für Kinder; in der Familie sah sie gleichermaßen den Raum, der die Identität und das Selbstbewusstsein der Arbeiterkinder gegen den herrschenden Zeitgeist, gegen Beeinflussung durch Schule, Kirche und Öffentlichkeit zu stärken in der Lage ist. – Ein Gedanke, an den auch die Mütter- und Kinderbeilagen in der „Gleichheit“ anschließen, die von 1905/06 an unter Mitwirkung von Heinrich Schulz, Richard Woldt und Käthe Duncker regelmäßig erschienen.

Allerdings lässt sich auch nicht übersehen, dass ihre familienpädagogischen Auffassungen nicht unumstritten waren. In den modernisierungstheoretischen Diskursen über Wandlungs- und Vergesellschaftungsprozesse familialer Funktionen, wie sie zeitgleich in der Arbeiterbewegung geführt wurden, ist Clara Zetkin eher auf der Seite eines traditionellen Familienverständnisses zu verorten. Im Unterschied beispielsweise zu Otto Rühle<sup>22</sup>, der in der traditionellen Familienstruktur kein tragfähiges Zukunftsmodell sah, war Clara Zetkin nicht frei von Illusionen über das tatsächliche Leistungsvermögen der proletarischen Familie. – Ganz und gar nicht traditionell war hingegen ihr Mutterbild. Eine Reduzierung der Frau auf Familie und Mutterschaft, wie in Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung oder – ins Pädagogische gewendet – vor allem im Umkreis von Ellen Key vertreten<sup>23</sup>, wies sie mit aller Entschiedenheit zurück.

19 Clara Zetkin: Keinen Kahn und keinen Groschen, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 112-117.

20 Siehe Rosemarie Walther: Clara Zetkin zur proletarischen Familienerziehung, Berlin 1959; Clara Zetkin/Käthe Duncker/Julian Borchardt: Die Erziehung der Kinder in der proletarischen Familie. Quellen zur Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Gerd Hohendorf, Berlin 1960.

21 Clara Zetkin: Die Schulforderungen der KPD. Reichstagsrede vom 24.1.1922. Zitiert nach Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 336.

22 Siehe dazu Otto Rühle: Das proletarische Kind, München 1911, Abschnitt „Die proletarische Familie“, S. 14-41. Ähnlich argumentiert später auch Edwin Hoernle: Grundfragen der proletarischen Erziehung, hrsg. von Lutz von Werder und Reinhart Wolff, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1970, Abschnitt „Familie und Erziehung“, S. 33-65. Dass die bislang wenig rezipierte anarchistische Pädagogik traditionelle Familienstrukturen ablehnte, liegt auf der Hand.

23 Siehe zur Kritik Ellen Keys in der Arbeiterbewegung z.B. Uhlig: Reformpädagogik, S. 151-159.

## Modifizierung ihrer pädagogischen Ansichten im Spannungsfeld der geteilten Arbeiterbewegung

In den bildungspolitischen und pädagogischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik verschoben sich Clara Zetkins Prioritäten. War sie als Pädagogin vor 1914 von einer weiten Offenheit gegenüber pädagogischen Neuerungsbewegungen unterschiedlichster Provenienz, so scheinen sich manche ihrer Auffassungen nunmehr zu verhärten und gerade auf bildungspolitischem Gebiet von einer rhetorischen Unerbittlichkeit begleitet, die der Erklärung bedarf. Es mag dies objektiv als eine allgemeine Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung und des Weges der KPD in der Weimarer Republik, den Clara Zetkin führend mitging, interpretierbar sein. Clara Zetkins Positionierung in Bildungsfragen hat jedoch auch eine nicht zu unterschätzende subjektive Seite, die sich vor allem aus dem Bruch mit ihrem langjährigen Weggefährten in pädagogischen Angelegenheiten, Heinrich Schulz, erklärt. Der um fünfzehn Jahre jüngere Volksschullehrer Heinrich Schulz war aus der Bremer Linken zur Sozialdemokratie gekommen und hatte sich als Bildungsexperte der „Neuen Zeit“, als Lehrer an der Zentralen Parteischule der SPD, als Mitautor der *Mannheimer Leitsätze* und ab Dezember 1906 als Geschäftsführer des Zentralen Bildungsausschusses schon bald einen Namen gemacht.<sup>24</sup> Anders als in manchen späteren Darstellungen, die Clara Zetkin von vornherein auf der revolutionären und Heinrich Schulz auf der reformistischen Seite platzieren<sup>25</sup>, gehörten beide bis zum Ersten Weltkrieg dem linken Spektrum der Arbeiterbewegung an.<sup>26</sup> Ihre Wege trennten sich 1914 in der Haltung zum Ersten Weltkrieg. Heinrich Schulz, seit 1912 Reichstagsabgeordneter, befürwortete den Kurs der Mehrheitssozialdemokratie, Clara Zetkin blieb, wie auch Käthe Duncker oder Otto Rühle, auf der Seite der Kriegsgegner, schloss sich 1917 der USPD und 1919 der KPD an. Im Mai 1917 wurde sie als Redakteurin aus der von ihr seit 1891 geleiteten Zeitschrift „Die Gleichheit“ entlassen.<sup>27</sup> Die Redaktion übernahm neben Marie Juchacz – ausgerechnet – Heinrich Schulz.

Die Karrieren dieser beiden Repräsentanten sozialistischer Pädagogik, die im wilhelminischen Deutschland unter schwierigen gesellschafts- und parteipolitischen Bedingungen eine in ihrer Qualität in den nachfolgenden Jahren weder in der SPD noch in der KPD überbotene anspruchsvolle Bildungsprogrammatische auf den Weg gebracht und die Sozialdemokratie mit zahlreichen Veröffentlichungen

24 Als neuere Publikation zu Schulz siehe Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004.

25 Allgemein zu dieser Problematik siehe Axel Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004, S. 220f.

26 In diesem Sinne hatte es Schulz nach Mannheim in die Hand genommen, die bildungspolitischen Diskurse in der Sozialdemokratie unter dem Titel „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ (1911) zu einem konsensfähigen Schulreformentwurf zusammenzufassen, der von Käthe Duncker übereinstimmend mit Clara Zetkin „als Wegweiser“ und „Orientierungspunkt“ „unseres Schulideals“ gelobt wurde. (Duncker: Die Schulreform, S. 492). 1919 gab Schulz das Buch in geringfügiger Überarbeitung erneut heraus. Clara Zetkin bezieht sich in ihrer späteren Polemik gegen Schulz vor allem auf dieses Buch.

27 Siehe dazu den Beitrag von Mirjam Sachse in diesem Band.

und Aktivitäten in den pädagogischen Auseinandersetzungen positioniert hatten, verliefen fortan getrennt. An die Stelle fruchtbringender Zusammenarbeit trat Polemik. Zwar wurde manches vordem Angedachte weitergeführt, die Komplexität des einstigen Reformprojektes jedoch kam vor dem Hintergrund zunehmender Interessenfragmentierung in den linken pädagogischen Milieus in der Weimarer Republik nicht mehr zum Tragen.

Clara Zetkin verzieh Heinrich Schulz, nunmehr Staatssekretär für Schule und Bildung im Reichsinnenministerium (1920-1927) und als solcher an den Kompromissaushandlungen zur Weimarer Verfassung beteiligt, die Preisgabe früherer Auffassungen nicht. Das galt vor allem für die „alte“ sozialdemokratische Forderung nach Trennung von Schule und Kirche, die in den Verfassungsverhandlungen zur Disposition gestellt worden war.<sup>28</sup> Aus dem „zielklaren Vorkämpfer der Schulreform“ sei der „Träger eines Amtes in einer Regierung der Koalition“ geworden. „Nichts mehr davon, daß die Besitzenden mit der Volksschule ihre Macht über das Proletariat erhalten wollen! ... Ich bin weit entfernt, dem Herrn Staatssekretär Schulz aus dieser seiner Wandlung einen persönlichen Vorwurf zu machen. ... Was uns in seiner Wandlung entgegentritt, das ist nicht das persönliche Moment, sondern ein Symptom für den politischen Verfall der Partei, der er angehört“.<sup>29</sup>

Clara Zetkins frühe Skepsis gegenüber einer „Teilung der Macht zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie“, die „stets auf die bürgerliche Klassenherrschaft“ hinauslaufe<sup>30</sup>, übertrug sich auch auf die Bildungsentwicklung in der Weimarer Republik. „Die Schulreform“ habe „trotz der Novemberrevolution schändlich bankrott gemacht“, resümierte sie auf dem Vereinigungsparteitag der KPD und der linken USPD am 6. Dezember 1920, sie bedeute nichts „als die Aufrechterhaltung der alten Klassenbildung, der Armeleutebildung, für das Proletariat.“<sup>31</sup>

Von dieser Überzeugung aus organisierte sie ihre bildungspolitische Strategie in der Weimarer Republik, zu der auch gehörte, sich offizieller Zusammenarbeit mit der SPD (vor allem in Gestalt von Heinrich Schulz) zu verweigern und deren Schulpolitik fortan kritisch-polemisch zu begleiten.<sup>32</sup> Mit Vorliebe nutzte sie dafür

28 Das als Weimarer Schulkompromiss in die Geschichte eingegangene Verhandlungsergebnis, wie es im Paragraphen 146 der Weimarer Verfassung seinen Niederschlag fand, stellte zwar die Simultanschule als Regelschule dar, gestattete aber gleichermaßen konfessionelle und weltliche Schulen und machte die Entscheidung über die Schulart vom Willen der Eltern abhängig. Da zudem einschränkend festgelegt wurde, dass die weltanschauliche Ausrichtung der Schule nicht zu Lasten eines geordneten Schulbetriebes gehen dürfe, außerdem die praktische Umsetzung nicht nur der Ländergesetzgebung überlassen, sondern – nach Paragraph 174 – an ein in Aussicht gestelltes Reichsschulgesetz gebunden wurde, fand damit de facto eine Festschreibung des status quo statt. Die Konfessionalität der Schule blieb weitgehend erhalten. Simultanschulen und weltliche Schulen (Lebensgemeinschaftsschulen) ließen sich nur mit erheblichen Schwierigkeiten einrichten. Sie erlangten nur dort Mehrheiten, wo proletarische und liberale Potentiale konzentriert waren. – Bis zum Ende der Weimarer Republik kam ein Reichsschulgesetz, mit dem die Versäumnisse und Inkonsistenzen des Schulkompromisses korrigierbar gewesen wären, nicht zustande. Konkordatspolitik sicherte den Einfluss der Kirchen zusätzlich ab. Wiederholt eingebrachte Gesetzesinitiativen fanden keine Mehrheiten.

29 Zetkin, Die Schulforderungen, S. 343.

30 Zitiert nach Badia: Clara Zetkin, S. 168.

31 Clara Zetkin: Zur kommunistischen Schulpolitik. Zitiert nach Zetkin: Revolutionäre Bildungspolitik, S. 319.

ihre Reichstagsauftritte – idealtypisch in einer am 24. Januar 1922 gehaltenen, allgemein als Schulprogramm der KPD gewerteten Rede zu einem von Heinrich Schulz vorgelegten Reichsschulgesetzentwurf, in der sie ihre Position zur Schulreform neu bestimmte, und zwar in zweierlei Hinsicht:<sup>33</sup>

Sie erfand – *erstens* – bildungspolitische Inhalte in nunmehr kommunistischer Perspektive nicht neu, sondern hielt an den schulreformerischen Forderungen der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fest. Die Realisierung und Verteidigung dieser Forderungen allerdings traute sie der SPD nicht mehr zu und legte sie deshalb in die Verantwortung der KPD. Als Vorbild galt ihr dabei der Aufbau eines neuen Schulsystems in der Sowjetunion, wie sie ihn bei ihren Besuchen dort wahrgenommen hatte. Dabei hatte sie auch solche für die Pädagogik in der Sowjetunion der zwanziger Jahre charakteristischen reformpädagogischen Implikationen im Blick wie Arbeitsunterricht, Projekt- und Komplexmethoden, Formen von Schüler selbstverwaltung, Gemeinschaftserziehung, Verbindung von Schule und Leben, kameradschaftliche Lehrer-Schüler-Beziehungen.

Für eine „durchgreifende, grundlegende Schulreform“ sah sie angesichts der politischen Verhältnisse in der Weimarer Republik die Chancen schwinden und kam so – *zweitens* – zu dem Schluss, dass eine Schulreform „nicht vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ stehen könne, sondern vielmehr „eine ihrer wichtigsten und wertvollsten Früchte“ sein werde.<sup>34</sup> Die Schulfrage wurde gleichsam in die Zukunft und aus dem Parlament an den „Kampf“ der „Massen draußen“ verwiesen.<sup>35</sup> Damit jedoch grenzte sie sich zugleich von einer Strategie der kleinen Schritte ab, wie sie von vielen sozialdemokratischen, aber auch nicht wenigen kommunistischen Schulreformern vertreten wurde. Dass der Organisation einer breiten linken Schulreformbewegung daraus Widersprüche und Blockaden erwuchsen und gemeinsames Handeln erschwert wurde, ist in der Praxis der Weimarer Republik nicht zu übersehen. – Die „alten“ Streitpunkte der Arbeiterbewegung um das Verhältnis von Reform und Revolution, von Weg und Ziel zeigten sich hier auch auf bildungspolitischem und pädagogischem Gebiet.

So sehr Clara Zetkin mit ihrer Polemik auf der einen Seite die wunden Punkte der Weimarer Schulpolitik traf, so problematisch scheint ihre Haltung dort, wo sie gegen die ohnehin bescheidenen Reformschritte zur Demokratisierung der Schule gerichtet war, die – in der Handschrift der SPD – auch Traditionen ihres eigenen pädagogischen Denkens bewahrten. Das galt für die verfassungsmäßige Verankerung des Arbeitsunterrichts, die zumindest vierjährige gemeinsame Grundschule, die Erweiterung der Eltern- und Schülerrechte, eine freiere Kinder- und Jugendarbeit und vor allem die Ermöglichung einer breiten reformpädagogischen Praxis, die für die pädagogische Landschaft der Weimarer Republik als charakteristisch

32 Symptomatisch dafür ist die Ablehnung einer Einladung Heinrich Schulz' zur Reichsschulkonferenz 1920, mit der er eine Allianz für ein demokratisches Reichsschulgesetz schaffen wollte.

33 Siehe Zetkin, Die Schulforderungen, S. 333-344.

34 Ebenda, S. 344.

35 Ebenda.

gilt, an der auch zahlreiche kommunistische Lehrerinnen und Lehrer beteiligt waren<sup>36</sup> und von der auch Arbeiterkinder profitierten. Beispielsweise entstanden gerade in den Arbeiterbezirken zahlreicher Großstädte weltliche Lebensgemeinschaftsschulen, die sich als moderne demokratische Bildungseinrichtungen etablierten und bis heute als Zeugnisse pädagogischen Fortschritts gelten können.<sup>37</sup> Clara Zetkin sah das wohl, aber ebenso, dass sie „dem ungeheuren Gebäude, dem stolzen Dom der Bekenntnisschule, der religiösen Schule“, angeklebt waren „wie ein paar kleine, bescheidene Schwalbennester“.<sup>38</sup> Diese Ansicht fand sie mit den fortschreitenden restaurativen Bestrebungen des konservativen Lagers bestätigt, das, wie am Beispiel des so genannten schwarzen Reichsschulgesetzentwurfs des deutschnationalen Innenministers von Keudell aus dem Jahr 1927 zu sehen war, zunehmend aggressiv den Rückbau demokratischer Ansätze der Weimarer Schulentwicklung forcierte. Auch gegen diesen Gesetzentwurf, der, nach Albert Einstein, das „Ansehens der Deutschen als Kulturnation“<sup>39</sup> zutiefst zu beschädigen drohte und erst durch eine breite überparteiliche Protestbewegung zu Fall gebracht werden konnte, erhob sie – freilich auch hier nicht ohne Schuldzuweisung an Heinrich Schulz auskommend – im Reichstag ihre Stimme. Wie schon in früheren Reden warnte sie vor weiterer Zersplitterung, Klerikalisierung und Verschlechterung des Volksschulwesens und einer Parteienpolitik, die Schul- und Bildungsfragen als „politisches Handelsgeschäft“ missbraucht.<sup>40</sup>

Clara Zetkins unveröhnliche Kritik der Weimarer Schulverhältnisse hatte – jenseits persönlicher Verletzungen und Enttäuschungen – einen Grund letztendlich auch darin, dass sie das „Recht des Kindes auf ein freies, geistiges Wachsen und Werden“<sup>41</sup> „zur Ware politischen Schachers entwürdigt“ und die realisierte Schulreform als „faule Frucht von dem faulen Baume des Schulkompromisses vom August 1919 zu Weimar“<sup>42</sup> weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben sah. Mit dieser Einschätzung allerdings stand sie nicht allein, der Reformwille der SPD war auch vielen sozialdemokratischen Pädagoginnen und Pädagogen (z. B. Anna Siemsen, Toni Pfülf oder Paul Oestreich) längst nicht weit genug gegangen.

36 Als Beispiel sei hier nur auf Helmut Schinkel verwiesen. Siehe dazu Ulla Plener: Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen. Berlin 1998; außerdem Heike Neuhäuser/Tobias Rülcker (Hrsg.): Demokratische Reformpädagogik. Frankfurt a.M. u.a. 2000; Inge Hansen-Schaberg/Bruno Schonig (Hrsg.): Reformpädagogik. Geschichte und Rezeption. Basiswissen Pädagogik, Bd. 1. Baltmannsweiler 2002.

37 Siehe z. B. Schulreform – Kontinuitäten und Brüche. Das Versuchsfeld Neukölln. Bd. I. 1912 bis 1945. Hrsg. von Gerd Radde, Werner Korthaase, Rudolf Rogler, Udo Göbbwald im Auftrag des Bezirksamts Neukölln. Op-laden 1993.

38 Zetkin, Die Schulforderungen, S. 337.

39 Kunst und Wissenschaft urteilen über den Reichsschulgesetzentwurf. Dresden 1927. Zitiert nach Geschichte der Erziehung, S. 576.

40 Reichstagsrede vom 19.10.1927, in der Zeitschrift „Das proletarische Kind“ unter dem Titel „Gegen deutsche Schulverfassungsgesetze und ihre sozialdemokratischen Schrittmacher“ veröffentlicht. Siehe Zetkin, Revolutionäre Bildungspolitik, S. 382-395.

41 Zetkin, Zu den Schulartikeln, S. 288.

42 Zetkin, Zu den Schulartikeln, S. 333.

## **Resümee**

Wie immer Clara Zetkins bildungspolitische und pädagogische Aktivitäten im Einzelnen bewertet werden, sie sind aus den sozial und politisch intendierten pädagogischen Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken. Ihre Auffassungen waren Reibungsfläche bildungsreformerischen und pädagogischen Denkens ebenso wie Initial und versperren sich vereinfachenden Zuschreibungen. Schon deswegen ist die eingangs erwähnte bildungshistorische Vernachlässigung Clara Zetkins weder aus praktisch pädagogischen noch aus theoretischen Erwägungen angemessen zu rechtfertigen, es sei denn, die Gründe sind ideologischer Natur. – Eine pädagogische Biographie, die Clara Zetkins Beitrag zur Modernisierung und Demokratisierung des pädagogischen Denkens im 20. Jahrhundert vorurteilslos untersucht, ist noch nicht geschrieben. Sie wäre indessen dringend, auch um tradierten Deutungsmustern wissenschaftlich korrekte Analysen entgegenzusetzen und Clara Zetkin im historischen pädagogischen Bewusstsein zu behalten.



## **Die frühe Arbeiterinnenbewegung und Clara Zetkin (1880er/1890er Jahre)**

Seit zwanzig Jahren biete ich Führungen zur Frauengeschichte in Berlin an, seit 1994 gemeinsam mit meiner Kollegin Beate Neubauer unter dem Namen „Frauentouren“. Unsere Führungen sind nicht touristisch ausgerichtet, sondern verfolgen einen politischen Anspruch. Wir verstehen uns als Frauengeschichtsforscherinnen, die ihre Ergebnisse vor Ort, d.h. an den Lebens- und Wirkungsorten der Frauen, vermitteln.

Meine erste Stadtrundfahrt zur Frauengeschichte, die am Internationalen Frauentag, dem 8. März 1988 stattfand, habe ich entwickelt, nachdem ich bei Führungen zum Thema Faschismus und zur Geschichte der Arbeiterbewegung, an denen ich mitgewirkt habe, den Frauenaspekt vermisst hatte. Wegen meiner politischen Herkunft und Anspruch gehört die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung bis heute zu meinem Forschungsschwerpunkt. Seit zwei Jahrzehnten arbeite ich zu Emma Ihrer, eine der wichtigsten Vertreterinnen der frühen Arbeiterinnenbewegung.<sup>1</sup> Eine Biografie scheidet bis heute an der Quellenlage, der hierfür notwendigen Zeit, aber auch der geringen Nachfrage.

Damit werden andere Menschen erreicht als mit Publikationen und Vorträgen, die auch zum unserem Repertoire gehören. Der Besuch der Orte liefert zusätzliche Informationen über Geschichte sowie den Umgang mit Gedenken und Erinnern heute. Die Eindrücke sind nachhaltiger dadurch, dass sie selbst erlaufen werden und mehr Sinne ansprechen als nur Lesen oder Hören. Es kommt zu vielfältigen Interaktionen und Kommunikation.

Die Erforschung von Geschichte mit dem Ziel, sie bei Führungen an authentischen Orten zu vermitteln, erfordert im wahrsten Sinne des Wortes, sie vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Praxis kommt vor der Theorie, konkrete Ereignisse führen zu allgemeinen Erkenntnissen. Und ungewöhnliche Handlungsorte rücken ins Gesichtsfeld.

Im „Grand Hotel“ am Alexanderplatz wollten am 12. Juni 1899 die Berliner Arbeiterinnen tagen. Zwei Punkte sollten beraten werden: „I. Sollen die Arbeiterinnen auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris unvertretend bleiben? II. Wahl einer Delegierten.“ Geworben wurde mit Plakat und Zeitungsaufrufen für die Versammlung. Doch der Betreiber machte den Frauen einen Strich durch die Rechnung. Er ließ die vor dem Eingang versammelten Arbeiterinnen nicht ein. Offensichtlich war ihm die Sache zu heiß geworden.<sup>2</sup>

1 Siehe Claudia von Gélieu: „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will.“ Emma Ihrer (1857-1911) zum 150. Geburtstag, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (JBzG), Heft III/2007, S. 92-104.

2 Siehe Landesarchiv Berlin (LAB) A Pr. Br. Rep. 30, Berlin C 14967, Bl. 84.

Die kurzerhand für den 20. Juni neu angesetzte Versammlung bei „Beydrich in der Beuthstraße 18-21“ drohte dieses Mal an der mangelnden Genehmigung der Polizei zu scheitern, die inzwischen hellhörig geworden war. Es wurde den Frauen untersagt, sich mit dem Thema „Sozialistenkongress“ zu beschäftigen und eine Delegierte zu wählen.<sup>3</sup> Ob dieses Verbot aufgrund des preußischen Vereinsrechts von 1850, das Frauen bis 1908 die Teilnahme an politischen Zusammenkünften nicht erlaubte, ergangen war, geht aus den Quellen nicht hervor.

Doch die Frauen waren findig. Sie beantragten für denselben Ort und dasselbe Datum eine Veranstaltung zum Thema „Hamburger Schneiderinnenstreik“, die genehmigt wurde. Nach dem Referat ergriff zu „Verschiedenes“ sofort „Frau Baake das Wort, die direkt auf den internationalen Arbeiter-Kongress einging und die Notwendigkeit der Vertretung der Berliner Arbeiterinnen betonte, um gegen das von verschiedenen Männer-Organisationen geforderte Verbot der Frauenarbeit die Stimme zu erheben. Aus Nützlichkeit- und Zweckmäßigkeitsgründen empfahl sie, der in Paris weilenden sozialistischen Schriftstellerin Clara Zetkin, die eine geborene Deutsche, eine Leipzigerin sei und durch ihre Broschüren, ihre Mitarbeiter-schaft an der ‚Berliner Volkstribüne‘ volle Garantie für die richtige Vertretung der Arbeiterinnen biete, das Mandat zu übertragen. Zur Annahme derselben habe sich Frau Zetkin bereit erklärt. Hiergegen opponierte eine Arbeiterin, die eine Delegierte aus der Mitte der Berliner Arbeiterinnen gewählt zu sehen wünschte. Die Arbeiter Heimann, Baader, Schieffel und Fräulein Jagert vertreten dagegen den Standpunkt der Frau Baake.“<sup>4</sup>

Zur Wahl kam es nicht, weil der anwesende Polizist, der offensichtlich den plötzlichen Themenwechsel zunächst verschlafen hatte, die Versammlung auflöste und „auseinander trieb“.<sup>5</sup>

Die Positionen Clara Zetkins waren den Berliner Arbeiterinnen aus der Presse bekannt. Bereits am 26. März 1889 hatte die „Neue Preußische Zeitung“ gemeldet: „Die gegenwärtig in Deutschland wieder auftauchende Arbeiterinnenbewegung vollzieht sich nach Ansicht der sozialdemokratischen Parteiführer nicht in konsequent sozialistischem Sinne. Das ‚Volksblatt‘ veröffentlichte deshalb Thesen, welche die Frau des kürzlich in Paris verstorbenen Revolutionärs, Ossip Zetkin, für eine ‚wirtschaftliche‘ Emanzipation der Frauen, am Schlusse einer kleinen Broschüre zusammenstellt. ... nur im engen Anschluss an den sozialistischen Emanzipationskampf der Arbeiter ... kann die Frau Erlösung finden ...“.

Aber es waren nicht die „sozialdemokratischen Parteiführer“, die Clara Zetkin zu einem Mandat für den Sozialistenkongress in Paris verhalfen, sondern die angeblich so unsozialistische Arbeiterinnenbewegung setzte dies gegen alle Schwierigkeiten durch. Ob es auf einer weiteren Versammlung doch noch zur Wahl kam

3 Siehe LAB A Pr. Br. Rep. 30, Berlin C 14967, Bl. 84.

4 „Nationalzeitung“ vom 21.6.1889.

5 Siehe LAB A Pr. Br. Rep. 30, Berlin C 14967, Bl. 94.

oder dem Kongress der erklärte Wille der Berliner Arbeiterinnen ausreichte, – in dessen Protokollen wird Clara Zetkin als deren Delegierte geführt.

Emma Ihrer, die zweite deutsche Delegierte, stammte aus den Reihen der Berliner Arbeiterinnenbewegung. Offensichtlich hatte sie zugunsten Clara Zetkins auf das Mandat der Berliner Arbeiterinnen verzichtet, weil sie als Agitatorin weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt war und von der proletarischen Frauenbewegung aus Sachsen delegiert wurde.

Dass Clara Zetkin und Emma Ihrer bereits vor ihrer Begegnung in Paris in Kontakt miteinander standen, geht aus einem Bericht der „Politischen Polizei“ über die „seit dem Jahre 1888 wieder neu belebte Frauenbewegung“ vom 22. Juli 1889 hervor: „In Paris hat sich Frau Ihrer“, laut Polizei die Leiterin der Berliner Arbeiterinnenbewegung, „der Sozialistin Clara Zetkin, Witwe des im Januar d. J. verstorbenen sozialistischen Mitarbeiters der hiesigen ‚Volkstribüne‘, Ossip Zetkin, eng angeschlossen. Frau Zetkin unterhielt, wie aus guter Quelle berichtet wird, schon vor dem Arbeiter-Kongress mit Frau Ihrer und Frau Baake einen Briefwechsel.“<sup>6</sup>

Die Arbeiterinnenbewegung musste an zwei Fronten kämpfen: nicht nur gegen die Repressalien der Behörden, sondern auch gegen Frauenfeindlichkeit unter den Genossen. Nicht die Arbeiterinnen, sondern die Sozialisten mussten in Paris auf den „konsequent sozialistischen“ Weg geführt werden. Durch ihre Redebeiträge brachten Clara Zetkin und Emma Ihrer einen Antrag zu Fall, der Frauenerwerbstätigkeit verbieten wollte. Zetkin erklärte, die Erwerbstätigkeit führe zur ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen – sie sei die Voraussetzung für ihre Emanzipation und Gleichberechtigung ebenso wie die Mitwirkung der Frauen am Kampf für den Sozialismus. Ihrer berichtete vom konkreten Kampf der Arbeiterinnen und dessen Bedeutung für das sozialistische Ziel.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland verbreitete Emma Ihrer ihren mit Hilfe Clara Zetkins errungenen Erfolg überall in Deutschland auf Arbeiterinnenversammlungen.

Beim ersten Parteitag der SPD nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 beantragte Emma Ihrer die Gründung einer Arbeiterinnenzeitung. In der Parteipresse gäbe es wenig Raum für die Frauen. Die politische Aufklärung der Frauen müsse in verständlicher Sprache geschehen. Eine eigene Zeitung könne den notwendigen Zusammenhalt für die Arbeiterinnen schaffen, sie kampffähig machen und ihre Selbständigkeit fördern. Doch ihr Antrag wurde abgelehnt.

Emma Ihrer schritt zur Selbsthilfe. Noch im Dezember 1890 brachte sie die erste Ausgabe der „Arbeiterin. Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen“ heraus. Sie finanzierte die wöchentlich erscheinende Zeitung aus eigener Tasche, fungierte als Her-

6 LAB A Pr. Br. Rep. 30, Berlin C 14967, Bl. 129.

ausgeberin, Redakteurin, wichtigste Verfasserin der Artikel, Anwerberin und Verwalterin der Abonentinnen, Organisatorin des Vertriebs usw.

Erst als das „Kind“ gegen den Willen des „Vaters“ in die Welt gesetzt war und erfolgreich die ersten Schritte zurückgelegt hatte, war die SPD bereit, es in ihre Obhut zu nehmen und ihm eine „Pflegemutter“ zu geben. Der Parteitag Ende 1891 in Erfurt beschloss die Herausgabe der Arbeiterinnenzeitung im Parteiverlag bei Dietz in Stuttgart, deren finanzielle Absicherung durch die SPD und die Einstellung einer Redakteurin. Die Wahl fiel auf Clara Zetkin, die aus dem Pariser Exil zwei kleine Kinder mitgebracht hatte und sich als alleinerziehende Mutter durchschlagen musste. Die Stelle bot ihr sowohl die nötige materielle Absicherung als auch eine breite Wirkungsmöglichkeit. Ab 28. Dezember 1891 erschien die Zeitschrift mit dem neuen Titel „Die Gleichheit“. Herausgeberin blieb Emma Ihrer.

Obwohl es Ihrer ohne jegliche Unterstützung der SPD gelang, eine Zeitung für die Arbeiterinnen aufzubauen, wird bis heute deren vermeintliche Unfähigkeit als Grund für den Redaktionswechsel zu Clara Zetkin angeführt. Offensichtlich geht dieses unhinterfragte Urteil auf keinen geringeren als Friedrich Engels zurück, der der deutschen Arbeiterinnenzeitung in einem Brief an August Bebel vom 1. Oktober 1891 vorgeworfen hatte, dass sie „stark angeschackt“, „etwas besonders Frauenbewegerisches“ sei und sich nicht als „eine weibliche Seite der Arbeiterbewegung allein“ verstehe.<sup>7</sup>

Gertrud Guillaume-Schack hatte einige Jahre zuvor eine zentrale Rolle in der deutschen Arbeiterinnenbewegung gespielt. Bei einem Vortrag zum Thema Prostitution hatte sie in Berlin Emma Ihrer kennengelernt, die sie mit anderen Vertreterinnen der Arbeiterinnen zusammenbrachte. Als erste deutschlandweite Organisation der Arbeiterinnen hatte daraufhin Guillaume-Schack 1884 die „Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen“ gegründet. Dieser Verein diente nicht nur der Selbsthilfe der Arbeiterinnen, die wenig von der Bismarckschen Sozialgesetzgebung profitierten, sondern war auch eine Tarnorganisation zur Unterlaufung der politischen Organisationsverbotes für Frauen. Gertrud Guillaume-Schack hatte außerdem mit der „Staatsbürgerin“ bereits 1886 eine Arbeiterinnenzeitung herausgebracht. Aufgrund dieser Aktivitäten war sie im gleichen Jahr aus Deutschland ausgewiesen worden.

In ihrem Londoner Exil hatte Guillaume-Schack zunächst auch mit Friedrich Engels verkehrt, bis dieser jeglichen Kontakt zu ihr abbrach, weil er sie nicht von ihren anarchistisch-sozialistischen Auffassungen zum Marxismus bekehren konnte. Während die „Staatsbürgerin“ ihr Erscheinen hatte einstellen müssen und erst vier Jahre später in Emma Ihrer Arbeiterinnenzeitung ihre Nachfolgerin fand, konnte die „Zentralkranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands“ ihre Arbeit, wenn auch mit Rückschlägen, fortsetzen. Von ehemals

7 Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 38, S. 164.

20.000 Mitgliedern waren 1893 immer noch 11.000 Mitglieder dabei und 105 Verwaltungsstellen vorhanden.<sup>8</sup>

55 weitere Arbeiterinnenvereine führt die 1893 erschienene Dokumentation „Die Organisationen der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung“ auf und vermittelt damit ein eindrucksvolles Bild von der Arbeiterinnenbewegung in Deutschland, wie sie zu dem Zeitpunkt aussah, als Clara Zetkin hier ihr Wirken begann. Emma Ihrer, die viele dieser Vereine selbst mit ins Leben gerufen hatte oder zumindest aus eigener Anschauung von ihrer Agitationstätigkeit her kannte, hatte diese Broschüre zusammengestellt.

Emma Ihrer war eine Praktikerin, die immer wieder Neues initiierte, neue Mitstreiterinnen suchte, und wenn sie diese gefunden hatte, sich der nächsten Aufgabe zuwandte. „Glaubte sie irgendwo einen Menschen zu bemerken, der ihr zu einem Posten in der Partei begabt schien“, schrieb Wally Zepler in ihrem Nachruf über Emma Ihrer, „so setzte sie alle Überzeugungskraft darein, ihn auch zu dieser Arbeit zu begeistern. ... Diese reine Selbstlosigkeit im Dienst der Idee lieh ihr den scharfen Blick für alle werdenden Talente, ...“<sup>9</sup> In diesem Sinne hatte sich Emma Ihrer von Anfang an um die Mitarbeit von Clara Zetkin an der „Arbeiterinnen-Zeitung“ bemüht, und die Übergabe der Redaktion an diese war typisch für sie.

Das Urteil von Engels über die deutsche Arbeiterinnenzeitung fiel übrigens, auch nachdem Clara Zetkin die Redaktion übernommen hatte, nicht besser aus. In einem Brief an Laura Lafargue heißt es: „Letztere wurde zuerst von Frau Ihrer herausgegeben und zwar verteuftelt schlecht, und jetzt hat sie die arme Clara Zetkin, und die ersten beiden Nrn. sind allerdings sehr dürftig und langweilig.“<sup>10</sup>

Clara Zetkin teilt in ihrer „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland“ die Engelsche Kritik, dass die Arbeiterinnenbewegung, auf die sie bei ihrer Rückkehr nach Deutschland traf, zu feministisch gewesen sei: „Unter dem Einfluss frauenrechtlerischer Gedankengänge verwarfen viele führende Berliner Genossinnen bis zum Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress zu Zürich 1893 jeden besonderen gesetzlichen Arbeiterinnenschutz.“<sup>11</sup> Die Absonderung der Frauen von den Männern ist sicherlich mit auf Rechnung der vereinsetzlichen Sonderstellung der Frau in Preußen zu setzen, die unter dem Ausnahmegesetz durch die polizeiliche Praxis noch verschlimmert wurde. In hohem Grade ist jene feministische Tendenz aber auch der naturgemäße Niederschlag des Entwicklungsganges hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung: „Er hatte sie von der Frauenfrage zur sozialen Frage, von der bürgerlichen Frauenrechtleri zur Sozialdemokratie geführt. Die Vorkämpfer für die Einbeziehung der

8 Siehe Emma Ihrer: Die Organisation der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung, Berlin 1893, S. 14.

9 „Sozialistische Monatshefte“, Heft 1/1911, S. 116.

10 MEW, Bd. 38, S. 252.

11 Clara Zetkin hatte ihre Position hierzu erst 1892 revidiert. Bis dahin hatte auch sie die Meinung vertreten, dass Sonderbestimmungen für Arbeiterinnen zu deren Entlassungen oder Einkommensminderungen führen würden. Nun forderte sie Arbeiterinnenschutzgesetze, damit die Frauen ihre Mutterrolle erfüllen könnten.

Frauen in die Internationale Gewerksgenossenschaft kamen dagegen von der sozialen Frage zur Frauenfrage. ...<sup>12</sup>

Clara Zetkin datiert den Beginn einer „klassenbewussten Frauenbewegung“ mit der 1869 in Crimmitschau gegründeten „Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“. Für damalige Zeiten keineswegs selbstverständlich, nahm sie Frauen als völlig gleichberechtigte Mitglieder auf und forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Zu ihren Mitinitiatorinnen und Vorstandsmitgliedern gehörten Christiane Peuschel und Wilhelmine Weber, ihr Vorsitzender war Julius Motteler.

Er war es auch, der Clara Zetkin von dieser seit 1873 nicht mehr existierenden Organisation erzählte. Während der Sozialistengesetze organisierte Julius Motteler von Zürich aus den Vertrieb des „Sozialdemokraten“ und anderer Parteischriften nach Deutschland. Bevor Clara Eißner 1882 Ossip Zetkin ins Pariser Exil folgte, hatte sie sich wenige Monate ebenfalls in Zürich aufgehalten und zu den Helferinnen von Julius Motteler gehört.

Die „bedeutsamsten Züge“ der „Internationalen Gewerksgenossenschaft“ waren für Clara Zetkin: „die zielklare Erkenntnis von der Notwendigkeit der gemeinsamen Organisation und des gemeinsamen Kampfes der Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts; die Würdigung der Frau als einer voll gleichberechtigten, aber auch gleichverpflichteten Mitstreiterin im Klassenkampf; der ausgesprochen proletarisch, international gerichtete Charakter der Bewegung, die rein von jeder bürgerlich-frauenrechtlerischen Beimengung war; die feste, sichere Zielsetzung: die sozialistische Gesellschaft. Dadurch unterscheidet sich dieser Versuch, die Frauen des Proletariats auf dem Bodes des Klassenkampfes zusammenzuschließen, wesentlich von den späteren Berliner Bestrebungen ...“<sup>13</sup>

Auch wenn sich die „Internationale Gewerksgenossenschaft“ bereits 1873 nach nur vier Jahren aufgelöst und ihr Aktionsradius im wesentlichen auf die sächsischen Textilgebiete beschränkt hatte, blieb für Clara Zetkin „die gesamte proletarische Frauenbewegung Deutschlands ... bis zum imperialistischen Weltkrieg die Erbin und Testamentvollstreckerin der Internationalen Gewerksgenossenschaft“.<sup>14</sup> Andere Wurzeln und Erfahrungen blieben ebenso wie die vielfältigen Organisationsbemühungen der Arbeiterinnen, die immer wieder wie die Initiatorinnen selbst ein Opfer der Verfolgung aufgrund der frauendiskriminierenden Bestimmungen des Vereinsrechts wurden, in ihrer „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland“ ausgeblendet.

Dies gilt auch für die „Berliner Bestrebungen“, die Clara Zetkin mehrmals tadelte, ohne näher auf deren Aktivitäten einzugehen oder ihre Kritik über den pauschalen Feminismusvorwurf hinaus zu konkretisieren. Indem sie über die Vor-

12 Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, 1. Fassung 1906, 2. Fassung 1928, erstmals veröffentlicht in Berlin (DDR) 1958, S. 143.

13 Clara Zetkin, ebenda, S. 142.

14 Clara Zetkin, ebenda, S. 146.

kämpferinnen der deutschen Arbeiterinnenbewegung schreibt „gestorben, verdorben, zerstreut“<sup>15</sup>, erweckt sie den falschen Anschein, dass Quellen für eine detailliertere Darstellung nicht vorhanden seien. Zwar erwähnt sie die beiden 1893 und 1898 von Emma Ihrer verfassten Schriften<sup>16</sup>, in denen erstmals versucht wurde, die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung festzuhalten, und die bis heute eine wichtige Grundlage für deren Aufarbeitung darstellen, aber die dort vorhandenen Informationen fanden ebenso wenig Eingang in Clara Zetkins Geschichte der proletarischen Frauenbewegung wie die Autobiografie von Ottilie Baader<sup>17</sup>, die sich seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in der Arbeiterinnenbewegung engagierte hatte und als „Zentrale Vertrauensfrau“ von 1900 bis 1908 als deren Vorsitzende für ganz Deutschland fungierte. Nicht einmal ihre eigenen Erinnerungen hat Zetkin einfließen lassen.

Und während Clara Zetkin immer wieder die aus ihrer Sicht falschen Ansätze der Berliner Arbeiterinnen anprangert, fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit der Frauenfeindlichkeit der Arbeiterbewegung in ihrer 1928 verfassten Schrift völlig. Dass sie in dieser Hinsicht ansonsten kein Blatt vor den Mund nahm, belegen viele andere Quellen. In Zetkins „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung“ bleibt unerwähnt, dass die Arbeiterinnen bis 1908 nur selten die Wahl hatten, ob sie sich gemeinsam mit den Männern oder autonom in Frauenzusammenhängen organisieren wollten. Verhindert wurde dies vom Politikverbot für Frauen durch das Vereinsrecht und die Sozialistengesetze ebenso wie durch die mangelnde Bereitschaft der Männerorganisationen, Frauen aufzunehmen, sei es dass sie befürchteten, dann ebenfalls aufgrund des Vereinsrechts verboten zu werden, oder weil sie die Organisation von Frauen prinzipiell ablehnten.

Auch da, wo nach der Beschlusslage Frauen Mitglied werden durften, wie zum Beispiel in der 1890 gegründeten „Generalkommission der Gewerkschaften“, dem ersten Dachverband der freien Gewerkschaften in Deutschland, sah die Praxis häufig anders aus. Der „Verband der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Steindruckgewerbe“, der seit 1898 von Paula Thiede geleitet wurde und der sich nicht nur für Frauenrechte engagierte, sondern auch zahlreiche Selbsthilfeangebote für Arbeiterinnen unterhielt, war die Ausnahme, die die Regel bestätigte.

Zwar konnten 1891 die Forderungen nach Gleichberechtigung und Frauenwahlrecht erstmals im Programm der SPD verankert werden.<sup>18</sup> Doch was tat die SPD für deren praktische Verwirklichung? Dass der Parteivorsitzende Bebel 1895 das Frauenwahlrecht im Reichstag beantragte, war eine einmalige Aktion. Selbst den Internationalen Frauentag, der, von Clara Zetkin initiiert, dieser Forderung Nachdruck

15 Clara Zetkin, ebenda, S. 119.

16 Siehe Emma Ihrer: Die Organisation der Arbeiterinnen; dies.: Arbeiterinnen im Klassenkampf, Hamburg 1898.

17 Siehe Ottilie Baader: Ein steiniger Weg. Erinnerungen einer Sozialistin, Berlin 1921, 3. Auflage Bonn 1979.

18 Auf die ausdrückliche Befürwortung der Erwerbstätigkeit von Frauen war verzichtet worden, weil diese Position als nicht mehrheitsfähig galt.

verleihen sollte, konnten die deutschen Sozialdemokratinnen wiederholt nur gegen die Widerstände ihrer Genossen und des Parteivorstandes organisieren.

Mit dem Vorwurf des Feminismus und dem angeblich mangelnden politischen Interesse der Frauen haben Männer immer wieder von ihren eigenen Vorbehalten gegenüber einer gemeinsamen politischen Arbeit mit den Frauen ebenso abgelenkt wie von ihrer nur selten vorhandenen Bereitschaft, Interessen und Forderungen der Frauen ernst zu nehmen und in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen. Und leider haben sich auch immer wieder Frauen vor diesen Männer-Karren spannen lassen. Vorhandene Interessengegensätze zwischen den Geschlechtern wurden dabei verschleiert. Oder will jemand ernsthaft in Abrede stellen, dass Männer davon profitieren, wenn Frauen sich alleine um Haushalt und Kinder kümmern? Dass diese Aspekte bei der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiter(innen)bewegung berücksichtigt werden, ist Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer eine gemeinsame Basis für ihre Emanzipation finden. Ohne Befreiung der Frauen gibt es keinen Sozialismus, oder, wie es schon Karl Marx, wenn auch etwas patriarchal, so doch treffend formuliert hat: „Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Hässlichen eingeschlossen).“<sup>19</sup>

19 MEW, Bd. 32, S. 583.



SABINE LICHTENBERGER

## **„... Der Vortrag machte auf die ganze Versammlung einen mächtigen Eindruck“.**

### **Zur Rede Clara Zetkins in Wien am 21. April 1908\***

Clara Zetkin gehörte zu den faszinierendsten Persönlichkeiten der sozialistischen Frauenbewegung. Ihre Teilnahme an internationalen Konferenzen stärkte die nationalen Frauenbewegungen und brachte wichtige Impulse. Das gilt auch für ihre Teilnahme an der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Wien (19. – 20. April 1908) und für ihr anschließendes Referat im Favoritner Arbeiterheim am 21. April 1908 – ein historisches Ereignis, das völlig in Vergessenheit geraten ist.

Wien, am 21. April 1908: Im Arbeiterheim Favoriten im zehnten Wiener Gemeindebezirk füllt sich der Versammlungssaal. Clara Zetkin, die als Delegierte an der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz teilgenommen hatte, hat sich bereit erklärt, im Anschluss an die Konferenz eine öffentliche Rede zu halten. Die Arbeiter-Zeitung berichtete darüber: „In einer massenhaft besuchten Veranstaltung sprach heute im Favoritner Arbeiterheim Genossin Zetkin über *Frauenfrage und Sozialismus*. In einem zweistündigen glänzenden Vortrag legte sie die wirtschaftlichen Ursachen klar, die in allen Schichten der Frauen das Streben nach der Rechtsgleichheit und gleichen Entwicklungsmöglichkeiten beider Geschlechter erzeugen, und zeigte, wie es auch hier wieder der Sozialismus ist, der auch diesem Teil der geknechteten Menschheit den Weg zur vollen Menschenwürde weist. Der Vortrag machte auf die ganze Versammlung einen mächtigen Eindruck.“<sup>1</sup> Die folgende Darstellung soll den politischen Rahmen und die Akteurinnen der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz skizzieren und einen kurzen Ausblick auf die weitere Entwicklung geben.

### **Die Konferenz**

Die Erste österreichische sozialdemokratische Frauenkonferenz fand 1898 statt. Ihr Ergebnis war die Gründung des „Frauenreichskomitees“ als „beratendes, richtungs- und zielgebendes Organ für die Zwecke der Arbeiterinnenbewegung“.<sup>2</sup> Die Zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz fand 1903 statt, die Dritte fand schließlich am 19./20. April 1908 im Favoritner Arbeiterheim statt. Sie wurde um 10:30 Uhr vormittags von Anna Boschek (1874-1957), dem ersten weiblichen

\* Wortlaut im Dokumententeil dieses Bandes.

1 Arbeiter-Zeitung. XX. Jg., Nr. 111. Wien, Mittwoch, 22. April 1908, S. 2.

2 [http://www.renner-institut.at/frauenakademie/sd\\_frgesch/sd\\_frgesch.htm](http://www.renner-institut.at/frauenakademie/sd_frgesch/sd_frgesch.htm), Stand: 23.11.2007.

Mitglied der Reichskommission der Freien Gewerkschaften Österreichs, eröffnet. Insgesamt sind über 90 Genossinnen und Genossen erschienen, darunter zahlreiche Teilnehmerinnen aus den österreichischen Kernländern und aus anderen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie etwa aus Böhmen und Mähren. Der Großteil der Teilnehmerinnen stammte aus Wien. Zu ihnen zählten neben Anna Boschek sozialdemokratische Politikerinnen und Gewerkschafterinnen wie Emmy Freundlich (1878-1948), Amalie Seidel (1876-1952), Gabriele Proft (1879-1971), Theresia Schlesinger (1863-1940) und Adelheid Popp (1869-1939). Sie gehörten im Jahr 1919 zu den ersten Frauen, die aufgrund des neuen Wahlrechtes in der konstituierenden Nationalversammlung, dem späteren Parlament, vertreten waren.<sup>3</sup> Für den sozialdemokratischen Abgeordnetenverband waren Engelbert Pernerstorfer (1852-1918), für die sozialdemokratische Parteivertretung Abgeordneter Jakob Reumann (1853-1925) und für die Landesparteivertretung Johann Pölzer (1872-1934) anwesend. Daneben hat eine große Anzahl von Gästen aus dem In- und Ausland, unter ihnen Clara Zetkin als Vertreterin der Frauenorganisation Deutschlands, an der Konferenz teilgenommen.<sup>4</sup> Begrüßungstelegramme kamen vom englischen Arbeiterinnenbund in London, vom Sozialdemokratischen Frauenverein von Nordamerika in New-York, vom Schweizerischen Arbeiterinnenverband in Bern, von der polnischen sozialdemokratischen Frauenorganisation in Schlesien, von anderen internationalen und österreichischen Organisationen und von gewerkschaftlich organisierten Betrieben in Österreich.<sup>5</sup> Nach der Wahl des Präsidiums und der Mandatsprüfungskommission hielt Clara Zetkin die Begrüßungsansprache. „Ihre herzlichen schwesterlichen Worte eroberten ihr die Sympathien der Genossinnen sofort“, hieß es in der Arbeiterinnen-Zeitung.<sup>6</sup> Im Laufe der Konferenz meldete sich Zetkin zu Wort, sie sprach zum Thema Frauenwahlrecht und zur Frage der Arbeiterinnen-Presse.<sup>7</sup>

## Die Themen und Forderungen

Schwerpunktthemen der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz waren, wie schon angedeutet, Fragen um die organisatorische Struktur und die Frage nach der Er kämpfung des Frauenwahlrechts. Denn trotz der von Victor Adler verfassten Prinzipienklärung des Hainfelder Parteitages (30. Dezember 1888 – 1. Jänner 1889) weigerten sich viele sozialdemokratische Organisationen und gewerkschaftliche Fachvereine, Frauen als Mitglieder aufzunehmen.<sup>8</sup> Die Dritte sozial-

3 Siehe dazu Gabriella Hauch: Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933. (Studien zur Kultur- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 7): Wien 1995, S. 101ff.

4 Siehe Arbeiter-Zeitung, XX. Jg., Nr. 110, Wien, Dienstag, 21. April 1908, S. 1.

5 Siehe ebenda.

6 Siehe Arbeiterinnen-Zeitung, 17. Jg., Nr. 9, Wien den 28. April 1908, S. 5.

7 Siehe ebenda, S. 3.

8 Siehe Susanne Feigl: Politikerinnen in Wien 1848-2000, o. O., o. J., S. 20 f.

demokratische Frauenkonferenz beschloss die Zusammenfassung aller bis dahin entstandenen sozialdemokratischen Arbeiterinnen-Vereine zur „Freien politischen Frauenorganisation“, „... die die Genossinnen befähigen solle, die Agitation viel kräftiger auszugestalten“.<sup>9</sup> In diesem Zusammenhang stand die Befürchtung, „... dass dadurch die gewerkschaftlichen Organisationen geschädigt werden könnten“.<sup>10</sup> „... [V]on den Genossinnen des Frauenreichscomités wurden aber diese Befürchtungen sofort mit dem Hinweis darauf zerstreut, dass selbstverständlich diese freien Organisationen nur dort gegründet werden sollen, wo diese Gefahr eben nicht besteht, und dass sich die Genossinnen der hohen Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation vollauf bewusst sind.“<sup>11</sup> Die Frauenorganisation stand zunächst weiterhin außerhalb der Sozialdemokratischen Partei. 1909 gestand sie den Genossinnen eine „Freie politische Frauenorganisation“ zu und anerkannte die Frauenkonferenz als selbständiges Parteiorgan. Auf dem Parteitag 1919, ein Jahr nach der Gründung der Ersten österreichischen Republik, wurde die sozialdemokratische Frauenbewegung in die Gesamtpartei integriert.<sup>12</sup>

Zentrales Thema der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz 1908 war die Frage nach der Er kämpfung des Frauenwahlrechtes in Österreich. Ergänzend sei hier angeführt, dass bereits seit Beginn der 1890er Jahre die österreichische Innenpolitik im Zeichen des Kampfes der Arbeiter- und Arbeiterinnenschaft um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht stand. 1905 erreichte der Wahlrechtskampf mit einer Großdemonstration von 250.000 Arbeiterinnen und Arbeitern vor dem Wiener Parlament seinen Höhepunkt. 1906 wurde der Forderung mit einer Generalstreikdrohung der Freien Gewerkschaften Nachdruck verliehen. Am 14. Mai 1907 fanden die ersten demokratischen Wahlen statt, allerdings blieben Frauen bis 1918 weiterhin ausgeschlossen. Obwohl die Forderung nach dem Frauenwahlrecht für die sozialdemokratischen Frauen an oberster Stelle stand, war ihnen in den Jahren 1906/07 bewusst, dass zunächst „... nur ein Männerrecht“<sup>13</sup> erkämpft werden konnte. Erst 1918 wurde in Österreich das Frauenwahlrecht eingeführt. Bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 konnten erstmals auch Frauen wählen und kandidieren.

Zum Frauenwahlrecht gab es bei den österreichischen und den Genossinnen aus anderen Ländern im Jahr 1908 unterschiedliche Auffassungen. Hintergrund war die Haltung Victor Adlers, des Begründers der österreichischen Sozialdemokratie, und der österreichischen Genossinnen und Genossen zur Erlangung des Männer- bzw. des Frauenwahlrechtes in Österreich, die auf heftige internationale Kritik stieß. Denn obwohl sich auf der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart im Jahr 1907 die Mehrheit der Delegierten für den An-

9 Arbeiter-Zeitung. XX. Jg., Nr. 110. Wien, Dienstag, 21. April 1908, S. 1.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

12 Siehe Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, S. 101ff.

13 Arbeiter-Zeitung. XX. Jg., Nr. 107. Wien, Freitag, 17. April 1908, S. 3.

trag aussprach, für ein allgemeines Wahlrecht zu kämpfen und nicht zuerst für das Männerwahlrecht und dann für das Frauenwahlrecht, wurde in Österreich eine andere Richtung eingeschlagen. Für sie stand als erster Schritt die Erlangung des Wahlrechtes für Männer im Vordergrund und dann erst als nächster Schritt das Frauenwahlrecht.<sup>14</sup>

Zum vorangegangenen österreichischen Wahlrechtskampf äußerte sich Clara Zetkin auf der Tagung durchaus kritisch: „Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir damals die Taktik, die sie beobachteten, nicht billigten, aber davon abgesehen, mussten wir die hohe moralische und geistige Kraft bewundern, die sie da gezeigt haben. Da hat es in Deutschland niemanden gegeben, der nur einen Augenblick vergessen hätte, welche Fülle von Begeisterung, Mut und [welche] revolutionäre Tatkraft Sie gerade in diesem Wahlrechtskampf gezeigt haben. Es ist für uns sehr wichtig, dass wir uns an dem Beispiel dieser Bürgertugend erheben und stärken, denn bei uns beginnt nun auch ein Kampf für das Wahlrecht, der von der größten Bedeutung für ganz Deutschland sein wird, der Kampf um das preußische Wahlrecht ...“.<sup>15</sup> Sie meinte aber gleichzeitig: „Ihre Begeisterung und ihre Tatkraft und Ihre revolutionäre Kühnheit, die bereit war, alles zu wagen, die sich an dem erhabenen Beispiel der russischen Revolution [1905-1907] entflammt hatte, soll uns immer ein Beispiel sein, dass wir auch in diesem Kampfe sowohl kühles Wägen als kühnes Wägen zu vereinigen imstande seien wie sie“.<sup>16</sup>

Daneben wurde auf der Konferenz noch eine Reihe sozialpolitischer Forderungen diskutiert und in das Forderungsprogramm aufgenommen, wie die Forderung nach der Ausdehnung der Krankenversicherung auf Heimarbeiterinnen, auf landwirtschaftliche Arbeiterinnen und Dienstbotinnen, und die Einführung der Angehörigenversicherung.<sup>17</sup> 1908, ein Jahr nach der Einführung des Männerwahlrechts in Österreich, waren sich die Teilnehmerinnen der Konferenz allerdings bewusst, dass für die Arbeiterinnen, „... solange sie nicht selbst politische Rechte haben, die sozialdemokratischen Abgeordneten die einzigen Vertreter ihrer berechtigten Forderungen“<sup>18</sup> im österreichischen Reichsrat sind. Daher erwartete die Frauenkonferenz „... aber auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten, dass sie jederzeit den Arbeiterinnen- und Mutterschutz durch ihre parlamentarische Wirksamkeit in entschiedener Weise vertreten und fördern werden“.<sup>19</sup> Die spätere Wiener Gemeinde- und Nationalrätin Emmy Freundlich machte unter anderem auf der Konferenz auf die hohe Säuglingssterblichkeit in den Wiener Arbeiterbezirken aufmerksam. Als Gründe dafür nannte sie die katastrophalen Wohnverhältnisse, die Unterernährung und die Arbeitsüberlastung der Mütter. „Die Arbeit-

14 Siehe Feigl, *Politikerinnen in Wien*, S. 63 ff.

15 *Arbeiter-Zeitung*. XX. Jg., Nr. 110. Wien, Dienstag, 21. April 1908, S. 2.

16 *Ebenda*.

17 *Siehe Arbeiterinnen-Zeitung*, 17. Jg., Nr. 9. Wien, 28. April 1908, S. 5.

18 *Ebenda*.

19 *Ebenda*.

rinnen bringen heute meist die Kinder zur Welt, nicht um eine Freude an ihnen zu haben, sondern um die Friedhöfe damit zu bevölkern“<sup>20</sup>, meinte sie und forderte daher Wöchnerinnen- und Mutterschutz und das Nachtarbeitsverbot für Frauen, Forderungen, die erst 10 Jahre später umgesetzt werden konnten.

## **Ausblick**

Am 12. November 1918 wurde vor dem Wiener Parlament die Republik Deutschösterreich ausgerufen. Erstes Staatsoberhaupt wurde Karl Renner (1870-1950) als Staatskanzler der provisorischen Regierung. Der erste Außenminister wurde Otto Bauer (1881-1938), eine Funktion, die eigentlich Victor Adler hätte übernehmen sollen (er starb einen Tag vor Ausrufung der Republik Deutschösterreich). Ferdinand Hanusch (1866-1923), einer der beiden Vorsitzenden der Reichskommission der Freien Gewerkschaften und Staatssekretär für soziale Verwaltung in den ersten Regierungen der Republik Österreich, schaffte innerhalb kurzer Zeit richtungweisende Gesetze, von denen viele auf Jahrzehnte ihre Bedeutung behalten haben, wie etwa das Heimarbeitsgesetz (12. Dezember 1918), das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche in gewerblichen Betrieben (14. Mai 1919), das Arbeiterurlaubsgesetz (30. Juli 1919), das Gesetz über den Achtstundentag (17. Dezember 1919). Am 12. November 1918 wurde das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich verabschiedet, in dem das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts festgelegt wurde. Die ersten demokratischen Wahlen fanden 1919 statt.

20 Arbeiter-Zeitung. XX. Jg., Nr. 112. Wien, Donnerstag, 23. April 1908, S. 3.

## Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern

Auf der I. Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen 1907 in Stuttgart mit 58 Delegierten aus 15 Ländern war Clara Zetkin zur Sekretärin des neu geschaffenen Internationalen Frauensekretariats gewählt worden. Gleichzeitig wurde die von ihr redigierte Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ zum internationalen Publikationsorgan bestimmt. Aus dieser ihrer leitenden Funktion in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung erwuchsen vielfältige internationale Kontakte.

In Vorbereitung der 3. Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Wien 1914 hatte Clara Zetkin am 5. Dezember 1913 an die ausländischen Korrespondentinnen ein Zirkular geschickt, in dem sie u.a. Vorschläge zur Tagesordnung machte und anregte, Berichte über das Frauenwahlrecht in Finnland, Norwegen und den USA zu geben.<sup>1</sup> Mitten in die letzten Vorbereitungen hinein brach der Erste Weltkrieg aus. An Thorwald Stauning in Dänemark schrieb sie am 20. August 1914: „Natürlich kann aus unserer geplanten Frauenkonferenz nichts werden. Ich hatte alle Korrespondentinnen durch ein Zirkular benachrichtigt, das konnte nicht expediert werden. Ein großer Teil der Vorbereitungsarbeit soll jedoch nicht umsonst gewesen sein.“<sup>2</sup> Clara Zetkin wollte ihre Funktion weiter nutzen, um nationale und internationale Aktionen gegen den Krieg, für den Frieden zu organisieren. Dazu suchte sie den Kontakt zu schweizerischen, zu italienischen und holländischen Sozialistinnen. „Ihre Karte“, schrieb sie am 2. September 1914 an Heleen Ankersmit, „war mir mehr als eine große Freude, ein Lichtblick, der die Zukunft aufglänzen ließ. Sie können sich nicht vorstellen, wie schwer das Leben jetzt äußerlich und innerlich für unsereinen ist. Leider machen es die Verhältnisse unmöglich, dazu zu schreiben, was zu sagen wäre.“<sup>3</sup>

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ergaben sich für den Friedenskampf neue Bedingungen und Anforderungen. Wer wie Clara Zetkin auf antimilitaristischen und internationalistischen Positionen stand und weiter konsequent gegen den Krieg kämpfen wollte, stand vor der Frage, was zu tun sei, nachdem die Führer der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nichts zur Organisation des Friedenskampfes unternahmen, sondern durch ihre Burgfriedenspolitik objektiv die Kriegsführung unterstützten. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie untersagten im Interesse des Burgfriedens jegliche Massenaktionen für den

1 Siehe Christel Wickert: Ein Dokument zu Clara Zetkins Vorbereitungen der 3. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, geplant für August 1914 in Wien, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Berlin, H. 3/1985, S. 325-329.

2 Zit. nach ebenda, S. 326f.

3 Zit. nach Wilhelm Eildermann: Unveröffentlichte Briefe Clara Zetkins an Heleen Ankersmit, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Berlin, H. 4/1967, S. 668.

Frieden. Zugleich stimmten sie mit in die Lüge vom Verteidigungskrieg gegen das zaristische Russland ein.<sup>4</sup> Über die meisten Korpsbezirke war sofort nach Kriegsbeginn der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden, der den Militärbefehlshabern diktatorische Gewalt einräumte. Dazu gehörten die Presse- und Versammlungszensur, Briefzensur, Eingriffe in den Handel, insbesondere in die Lebensmittelverteilung, sowie das Einsetzen von Stand- und Kriegsgerichten. Der entschiedene Kampf gegen den imperialistischen Krieg wurde infolgedessen außerordentlich erschwert.<sup>5</sup>

Clara Zetkin sah ohne Illusionen, dass der Prozess einer Mobilisierung von Massen zum aktiven Friedenskampf kompliziert und widerspruchsvoll sein wird. Bei Rosa Luxemburg in Berlin hatten sich am Abend des 4. August 1914 die führenden linken Sozialdemokraten Franz Mehring, Julian Marchlewski, Hermann Duncker, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer und Hugo Eberlein getroffen, um die neue Situation zu erörtern. An mehr als 300 oppositionelle Sozialdemokraten erging ein Aufruf zu einer Beratung. So heftig aber wirkte noch der Schock des Kriegsbeginns und der Fraktionsentscheidung für die Bewilligung der Kriegskredite, dass der Appell ohne Erfolg blieb. Allein von Clara Zetkin kam eine Antwort, sie lehnte die vorgeschlagene Protesterklärung gegen die Kreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jedoch ab. Sie verurteilte deren Zustimmung zu den Kriegskrediten und schätzte zugleich ein: „An der Haltung der Fraktion ändert der Protest nichts mehr, er bliebe eine rein persönliche Kundgebung, die jetzt von niemand verstanden würde, nur zeigte, dass wir völlig isoliert in der Luft stehen und wie klein und ohnmächtig wir sind. Doch wichtiger wäre die Wirkung für später. Der Protest würde unseren eigenen Flügel vollständig sprengen – d.h. innerhalb der Massen, ich denke nicht an die Führer – und würde uns die spätere Auseinandersetzung auf lange hinaus verlegen. Wir müssen jetzt von unserer Richtung zusammenhalten, was sich zusammenhalten lässt. Wie sich die Dinge entwickeln, lässt sich nicht übersehen. Wir müssen uns den breitesten Zusammenhang mit den Massen sichern.“<sup>6</sup> Clara Zetkin überwand schnell ihre Niedergeschlagenheit und suchte über die Aufklärung in der „Gleichheit“, über die Reaktivierung der Sozialdemokratie von unten, über die Zusammenarbeit mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring, über strenge Disziplin gegenüber internationalistischen Verpflichtungen aus den Kongressen von Stuttgart 1907, Kopenhagen 1910 und Basel 1912, über Abgrenzungen von jedweder Halbheit und über die Wiederherstellung der internationalen Verbindungen ihren Bei-

4 Siehe Lothar Wieland: Die Verteidigungslüge. Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen 1998.

5 Siehe Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 1. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, Berlin 1968, S. 412-436.

6 Zit. nach Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse, Berlin 1957, S. 97f. Siehe auch Hugo Eberlein: Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914, in: UTOPIE kreativ, Berlin, H. 174, April 2005, S. 356, 358. Siehe auch Beitrag von Ottokar Luban in diesem Band.

trag zur Erneuerung der II. Internationale oder zu einem Neubeginn zu leisten. Diese Entwicklungsprozesse überlagerten und durchkreuzten sich längere Zeit.<sup>7</sup>

Im Oktober 1914 forderten die Sozialistinnen Großbritanniens in einer Botschaft ihre Schwestern in den anderen Ländern zum Kampf für dauernden Frieden auf. In ihrem Antwortschreiben versicherte Clara Zetkin als internationale Frauensekretärin den englischen Genossinnen die Treue der sozialistischen Frauen aller Länder. Sie wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursachen und den Charakter des Weltkrieges als allseitigen imperialistischen Eroberungskrieg und wies darauf hin, dass das Eintreten für den Frieden die nächste große gemeinsame Aufgabe aller Sozialistinnen sei. Dieser Gedanke wurde von Clara Zetkin in einem Aufruf von Mitte November 1914 noch bestimmter und eingehender begründet: Sie forderte zu planmäßigem und kraftvollem Wirken für den Frieden auf. Im Aufruf hieß es: „Wohl sind wir Frauen fast in allen Ländern nur geringen Rechtes, doch nicht ohne soziale Macht. Nützen wir jedes Fünkchen dieser Macht, von der Geltung unseres Wortes und unseres Wirkens im vertrauten Kreise der Angehörigen und Freunde bis zu unserem Einfluss in der Öffentlichkeit, den diese waffenstarrende Zeit gesteigert hat. Nützen wir alle Mittel der Rede und Schrift, der Betätigung einzelner und des Zusammenwirkens vieler, die uns in den verschiedenen Ländern zu Gebote stehen. Uns kann dabei das Tosen der chauvinistischen Strömung nicht verwirren oder schrecken, auf der geschäftskundige Prozentpatrioten, machtgierige Eroberungspolitiker und gewissenlose Demagogen sich treiben lassen. Gerade angesichts dieser Strömung reden wir laut von den Kulturwerten, die alle Nationen zum Menschheitserbe beigesteuert haben, von der Notwendigkeit einer großen internationalen Gemeinschaft der Völker.“<sup>8</sup> In Deutschland untersagten die Zensoren die Veröffentlichung des Aufrufs in der „Gleichheit“, er wurde illegal als Flugblatt verbreitet.

Die Verweigerung der Bewilligung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 im Reichstag durch Karl Liebknecht wirkte auf die Kriegsgegner wie ein Fanal.<sup>9</sup> „Wie oft habe ich Ihnen schon im Geist dankbar und erfreut die Hand gedrückt für Ihr mutiges Auftreten“, schrieb Clara Zetkin am 12. Dezember 1914 an Liebknecht. „Schließlich sagte ich mir auch, es gäbe etwas Wichtigeres und Notwendigeres, als Ihnen in der Verschwiegenheit eines Briefes zu versichern, was Sie doch von Anfang an gewusst haben: meine große Freude darüber, dass Sie als würdiger Sohn Ihres Vaters gehandelt haben, des unvergesslichen ‚Soldaten der Revolution‘. Ich wollte in der ‚Gleichheit‘ offen aussprechen, was sogar unter der jetzi-

7 Siehe Agnes Blänsdorf: Die Zweite Internationale und der Krieg. Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914-1917, Stuttgart 1979, S. 67; Horst Lademacher (Hrsg): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenzen. 2 Bände., The Hague/Paris 1967; Jürgen Rojahn: Um die Erneuerung der Internationale: Rosa Luxemburg contra Pieter Jelles Troelstra. Zur Haltung der radikalen Linken in Deutschland nach dem 4. August 1914, in: international review of social history, Assen 1985, Part 1.

8 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Band I, Berlin 1957, S. 637/638.

9 Siehe Annelies Laschitzka unter Mitwirkung von Elke Keller: Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982, S. 238ff.



gen Situation meines Dafürhaltens ausgesprochen werden konnte, aber die Behörden haben mir wieder einmal einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Generalkommando hat die ganze ‚Politische Rundschau‘ verboten, sogar den Titel ... Letzten Endes trifft die Schuld daran gar nicht die Behörden, sondern die Partei. Die Handhabung der Pressezensur bleibt ein Monument der Schande. Die Situation hätte sich gar nicht so entwickeln können, wenn die Sozialdemokratie von Anfang an den Kampf dagegen aufgenommen hätte. Zumal wäre es jetzt die elementare Pflicht gewesen, im Reichstag darüber zu reden. Aber es kommt noch ein anderes dazu. Die überpatriotische Haltung von reichlich 9/10 unserer Partei- und Gewerkschaftspresse ist ein starker Anreiz für die Behörden, von dem opponierenden Teil die gleiche hundedemütige Gesinnungstüchtigkeit zu fordern. Das um so mehr, als sie wissen, dass die opponierenden Blätter von den führenden Instanzen nicht gedeckt, sondern mindestens im stillen gemißbilligt werden.“<sup>10</sup>

Es verdichteten sich die Bestrebungen nach internationaler Verständigung der linken Sozialistinnen. In einem Appell und Brief an Clara Zetkin im November 1914 hatte Ines Armand im Namen der Redaktion der russischen Frauenzeitschrift „Rabotniza“, der unter anderen auch Nadeshda Krupskaja angehörte, die Einberufung einer internationalen Frauenkonferenz gefordert. Im Appell wurde festgestellt, dass „der gegenwärtige Krieg, eine der größten sozialen Krisen, die es jemals gegeben hat, mit seinen Schlägen das trifft, was den Frauen am teuersten ist, und deshalb eine starke Triebkraft bilden und die Arbeitermassen aufwiegeln muss“. Die linken Sozialistinnen sollten „der Bewegung der arbeitenden Frauen besondere Aufmerksamkeit widmen und alle Anstrengungen unternehmen, um sie in den Kampf gegen jegliche Erscheinung des Chauvinismus, gegen jegliche nationale Blöcke, in den Krieg gegen den Krieg, in den Krieg, der eng mit dem Bürgerkrieg und der sozialen Revolution verbunden“<sup>11</sup> sei, einzubeziehen. „Wir wären glücklich“, schrieb I. Armand an Clara Zetkin, „Sie in diesen schweren und unruhigen Zeiten, da sich viele Sozialdemokraten, selbst bewährte Leute, vom Sozialismus lossagen, wieder auf ihrem Posten zu finden. Wie gern würden wir Ihnen die Hand drücken!...Meinen Sie nicht, dass es sehr nützlich wäre, eine inoffizielle Konferenz der linken Sozialistinnen einzuberufen?“<sup>12</sup> Mit dem Vorschlag einer Frauenkonferenz wandte sich auch Alexandra Kollontai an Clara Zetkin.<sup>13</sup> Clara Zetkin unterstützte die Idee. Am 2. Januar 1915 antwortete sie I. Armand und wies darauf hin: „Sie sind sehr unvorsichtig gewesen, indem Sie über diese Angelegenheit sehr freimütig geschrieben haben. Ihr Brief ist von den Militärbehörden geöffnet und gelesen worden. Zwischen Deutschland und dem Aus-

10 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden SAPMO-BArch), Nachlass Clara Zetkin NY 4005/86, Bl. 2/3.

11 Rohentwurf eines Appells der Redaktion der „Rabotniza“ an die Sozialistinnen zum Zusammenschluss der linken Elemente und zur Einberufung einer internationalen Frauenkonferenz, in: Pawel Podljaschuk: Inessa. Ein dokumentarischer Bericht über das Leben der Ines Armand, Berlin 1987, S. 323/324.

12 Zit. nach ebenda, S. 185.

13 Siehe Arnold Reisberg: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung, Berlin 1966, S. 139.

land sind nur unverschlossene Briefe in deutscher Sprache erlaubt. Und es gibt Anzeichen, die annehmen lassen, dass meine Korrespondenz besonders überwacht wird. Sie müssen also konspirativ schreiben. Ich werde Ihnen einen unverschlossenen Brief schicken, in dem ich Ihre Idee einer Konferenz als völlig undurchführbar zurtückweise. Wundern Sie sich nicht darüber, Sie werden den Grund begreifen. Wenn Sie über die Konferenz schreiben, so sprechen Sie von ihr als einer Familienfeier, einem Konzert oder einer Vergütungsreise. Schicken Sie mir bald eine Karte, in der Sie mir mitteilen, dass Sie gesund sind, was bedeutet, dass Sie diesen Brief erhalten haben.<sup>14</sup> Nach Auffassung Clara Zetkins sollten die Frauen „entscheidenden Einfluss auf die Vorbereitung der Gründung einer III. Internationale durch Wahrung der sozialistischen Prinzipien und ihrer Anwendung in der Praxis der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ihrer Länder und auch mittels der engen und beständigen Verbindung zwischen den Sozialistinnen im internationalen Maßstab“ erweisen. „Viele von ihnen sind sich noch nicht klar darüber geworden, wem sie sich anschließen, viele wagen keine bestimmte Aussage, und andere werden es direkt ablehnen, an einer Konferenz allein der ‚Radikalen‘ teilzunehmen.“<sup>15</sup> Nach Auffassung der Bolschewiki sollten an der Konferenz nur Internationalistinnen teilnehmen, die sich gegen die Zustimmung zu Kriegskrediten und gegen die Burgfriedenpolitik wandten. Sie plädierten für eine Konferenz nur der linken sozialistischen Frauen.<sup>16</sup>

Clara Zetkin teilte diese verengte Sicht nicht. Zu einer geplanten Konferenz von Sozialisten neutraler Staaten in Kopenhagen im Januar 1915 schrieb sie in einem Brief an Heleen Ankersmit: „Wichtiger als alles, was günstigenfalls die Regierungen der neutralen Staaten unter dem Einfluss der sozialistischen Parteien für den Frieden tun können, bleiben die Massenaktionen breiter Volksschichten, namentlich in den kriegführenden Staaten. Meiner Ansicht nach müssen wir alles unterstützen und fördern, was eine Friedensaktion herbeiführen und verstärken könnte, ohne Illusionen über evtl. Erfolg. Diese Friedensaktionen werden zum großen Teil Vorarbeit für die Zukunft sein. Unsere Aufgaben werden gerade da anfangen, wo die Weisheit der Kopenhagener Konferenz aufhört. Ich kann mich der Befürchtung nicht erwehren, dass sie weniger den Zweck haben soll zu klären, als vielmehr zu vertuschen und ein Generalpardon für die sozialistischen Kriegskreditbewilliger, Minister etc. herbeizuführen. Das ist, wodurch sie recht schädlich werden könnte. Soweit es sich um eine mögliche Friedensaktion handelt, wäre ihre Hauptaufgabe, die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder an ihre Pflicht zu mahnen, trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren, endlich entschiedene Friedensaktionen einzuleiten. Das liefe darauf hinaus, sie dazu zu verpflichten, den nationalistischen durch den internationalistischen Standpunkt zu ersetzen.“<sup>17</sup> Die „Gleichheit“ vom

14 Zit. nach Podljaschuk, Inessa, S. 184.

15 Zit. nach Reisberg, Lenin, S. 140.

16 Siehe ebenda, S. 141 und Dokumente zur internationalen sozialistischen Frauenkonferenz im Jahr 1915, in: Istoritscheskij archiv, Moskau, H. 3/1960, S. 106-125 (russ).

5. März 1915 berichtete über einen Aufruf aus Russland zum Kampf gegen den Krieg, der klipp und klar vom Standpunkt proletarischer Frauen geschrieben war und auf dessen Abdruck sie in der Ära des Burgfriedens verzichten musste.

Im Reichstag begannen in diesen Tagen die Debatten um die Bewilligung neuer Kriegskredite. „Aber wie die Dinge jetzt liegen“, schrieb Georg von Vollmar am gleichen Tag an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine, „wäre es gerade eine Todsstunde an der Partei und vor allem am deutschen Volk, wenn wir in bezug auf die Hauptsache irgendwelche Nachgiebigkeit zeigen würden. Sollte sich im Laufe der Reichstagsverhandlungen irgendwo auch nur der Anfang des Willens zur Änderung der Fraktionspolitik gegenüber dem Krieg oder eine Schädigung der Kriegführung durch thörichtes Friedensgeschrei zeigen, so muss der Fraktion mit aller Bestimmtheit erklärt werden, dass hier jede Nachgiebigkeit ein Ende hat und dass die der bisherigen Fraktionspolitik Treugebliebenen sich im Notfall bei einer gegenteiligen Stellungnahme der Fraktion oder irgend eines ihrer Mitglieder sich offen trennen würden.“<sup>18</sup> Zehn Tage später schrieb Vollmar erneut an Heine: „Der Bericht, durch den Sie mich freundlich über die Vorgänge in der Fraktion auf dem Laufenden halten, erweckt ja verschiedenartige Gefühle. Dass die Leute für die Niedertracht Liebknechts (wozu auch noch das Treiben von Rosa, Clara, Mehring kommt, von denen immer einer den anderen zu übertrumpfen sucht) so gar kein Verständnis haben sollen, ist um so merkwürdiger, als nach Ihrer Beobachtung die Stellung der Fraktion zur Verteidigung des Vaterlandes fest und unerschütterter ist. Aber schließlich ist letzteres die Hauptsache. Darüber muss freilich absolute Sicherheit bestehen, und wenn Sie mir sagen, dass bei Vielen die Angst besteht, dass die Einigkeit der Partei in Stücke gehen könnte, so kann das gerade als Sporn zum Festbleiben in der Verteidigungsfrage dienen, wenn sie nicht im Zweifel darüber bleiben, dass im Falle des Schwachwerdens der offene Bruch unvermeidlich wäre. Überrascht hat mich Ihre Mitteilung, dass der Parteiausschuss in der gegenwärtigen Lage die Zustimmung zum Etat für zulässig erklärt habe... Wenn Sie mir schreiben, dass die Regierung nichts dagegen hätte, wenn unsere Partei sich mit den Franzosen u. Engländern über die Friedensfrage in Verbindung setzen wollten, so mag ja das ganz nett aussehen, der Himmel behüte uns aber davor, dass wir uns einfädeln lassen und in der jetzigen Lage freiwillig auf dieses Eis gehen. Bei der Stimmung bei den ausländischen ‚Bruderparteien‘, und bei der Unfähigkeit des Parteivorstandes und seiner echt deutschen Waschlappigkeit gegenüber allem Ausländischen! Da müssen erst die Waffen unserer Heere eine feste Grundlage schaffen, auf der überhaupt verhandelt werden kann. Ich bitte Sie, gerade auch [für] diesen Punkt mit aller Energie den Daumen zu drücken und den Leuten nicht einen Augenblick über den Weg zu trauen!“<sup>19</sup>

17 Nach Eildermann, Unveröffentlichte Briefe, S. 670/671.

18 Georg von Vollmar an Wolfgang Heine, 5. März 1915, in: Bundesarchiv Berlin, Nachlass Wolfgang Heine, N 2111/4, Bl. 43.

19 Georg von Vollmar an Wolfgang Heine, 15. März 1915, in: Ebenda, Bl. 110-112..

Anlässlich der Abstimmung über die Kriegskredite kam es am 18. März 1915 zu einer Frauendemonstration vor dem Reichstag in Berlin, die etwa 200 Beteiligte zählte. „Wir wollen Frieden! Gebt uns unsere Männer, unsere Väter und Brüder zurück!“, schallte es den Mitgliedern des Reichstages entgegen. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wurden mit den Rufen empfangen: „Genossen, stimmt gegen die Kredite! Fordert sofortigen Frieden! Sagt die Wahrheit!“<sup>20</sup> Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnten die Kriegskredite ab, die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten stimmte wiederum zu, ein anderer, kleinerer Teil verließ den Sitzungssaal und entzog sich der Abstimmung. In der „Gleichheit“ vom 19. März 1915 schrieb Clara Zetkin zum Internationalen Frauentag 1915: „In welchem Lande auch immer die Sozialistinnen dieses Jahr die mühseligen, beladenen Proletarierinnen im Namen des internationalen Sozialismus sammeln: Der Friedenswille prägt den Charakter der Kundgebungen... Auch die brutalsten Kriegszustände sind ohnmächtig zu verhindern, dass Hunderttausende proletarischer Frauen mit glühender Seele in einem Wissen und Wollen dabei sind, wenn die Genossinnen in neutralen Ländern politisches Recht und das Ende des brudermörderischen Waffenganges der Völker heischen.“<sup>21</sup>

Zur Vorbereitung der Konferenz führte Clara Zetkin eine umfangreiche Korrespondenz mit Sozialistinnen in den kriegführenden und neutralen Ländern. Sie hielt mit ihnen und Freunden aus den sozialistischen Parteien persönliche Besprechungen. Sie versuchte anfänglich, die Konferenz mit Zustimmung des Büros der II. Internationale (ISB) und des deutschen Parteivorstandes einzuberufen. Als diese sich ablehnend verhielten, ging sie selbständig vor. Sehr unterstützt wurde sie von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie Willi Münzenberg, der gleichzeitig mit Vorbereitungen zu einer sozialistischen Jugendkonferenz beschäftigt war.

Ende Februar/Anfang März 1915 fuhr Clara Zetkin mit Wissen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nach Amsterdam, um Camille Huysmans vom ISB zu konsultieren. An Robert Grimm schrieb sie am 13. März 1915: „Von Karl und Rosa erhielt ich Bescheid, mich sofort zu einer Reise nach Holland zu rüsten. Huysmans hatte Nachricht gegeben, dass er eine ‚Reunion‘ von Vertretern aller kriegführenden Länder in die Wege geleitet hatte. Sie sollte bald nach der Londoner Konferenz im Haag stattfinden. Es sei sehr wichtig, dass dabei auch aus Deutschland die Opposition anwesend sei. Da K[arl] selbst als Soldat an die Scholle gefesselt ist, sollte ich mit R[osa] zusammengehen. Als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen könne ich auf Grund der bisherigen Erfolge, trotz des Kriegs international zu arbeiten, mit Fug und Recht Anspruch auf Zulassung erheben.“<sup>22</sup> Als Rosa Luxemburg einen Pass nach Holland beantragte, wurde

20 Zit. nach Siegfried Scholze: Der Internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriss und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart, Berlin 2001, S. 31/32.

21 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Band I, S. 666.

22 Clara Zetkin an Robert Grimm, 13. März 1915, zit. nach Jürgen Rojahn: Um die Erneuerung der Internationale, S. 123/124.

ihr erklärt, der Grund für den gewährten Haftaufschub sei wohl entfallen. Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg verhaftet, und Clara Zetkin musste allein nach Amsterdam reisen. Dort traf sie Huysmans nicht an, aber sie begegnete u. a. Mathilde Wibaut, Anton Pannekoek und Henriette Roland-Holst. „Das Resultat unserer Unterhaltung ist dies: die Holländer wollen an Huysmans herantreten und ihn veranlassen, recht bald einen abermaligen Versuch zu einer ‚Reunion‘ zu machen, die die Genossen aus den kriegführenden Ländern zusammenbringt. Sie soll in der Schweiz stattfinden und auf Vertreter der neutralen Staaten ausgedehnt werden. So zumal von der Schweiz, Holland und Italien. Ferner soll der Charakter der Zwanglosigkeit festgehalten werden, damit auch die Opposition an der ‚Reunion‘ teilnehmen kann.“<sup>23</sup> Gleichzeitig warnte Clara Zetkin: „Wir müssen auch den Schein einer Sonderorganisation meiden, weil die Massen eine solche Absplittierung nicht verstehen werden.“ Worauf es ankomme, sei die Zusammenfassung der oppositionellen Kräfte „in der Arbeit für ein bestimmtes Programm“.<sup>24</sup>

Karl Liebknecht hatte sie bereits am 9. März berichtet: „Alle Freunde zeigten das vollste Verständnis dafür, dass die Fraueninternationale Vorarbeit für das Zusammenwirken der großen Internationale leistet wie auch im Kampfe für den Frieden vorausgeht. Alle haben ihre Unterstützung zugesagt. Für unsere Frauenaktion sind die Aussichten sehr günstig, trotz des deutschen PV und V[ictor] Adlers. Ich habe mit den holländischen Genossinnen mehrere Sitzungen gehabt, und wir haben uns vollständig über das Wichtigste geeinigt. Zwei englische Genossinnen wollten trotz aller Gefahren zu einer Besprechung mit mir eigens nach A[msterdam] kommen, erhielten dann aber leider kein Schiff. Das Wichtigste ist, dass sie ihre vollständige Zustimmung und Mitwirkung grundsätzlich zugesichert haben, wenn ich die Führung übernehme und sie nicht irgendwelchen wohlmeinenden kleinen Gruppen überlasse. Wir waren der Ansicht, dass wir so rasch als möglich handeln müssen. Unsere internationale Zusammenkunft soll in der Schweiz am 26., 27. und 28. März stattfinden... Übrigens glaube ich, dass in Deutschland wie Österreich die offizielle Partei ihre ablehnende Haltung aufgibt, wenn sie sehen, dass sie sich damit nur vor der ganzen Internationale blamieren würden und doch nichts ändern können. Die Opferfreudigkeit holländischer Genossinnen hat bereits die finanziellen Mittel für die Konferenz zusammengebracht. Die erste und wichtigste Aufgabe ist natürlich die internationale Friedensaktion der Frauen. Dazu soll beschlossen werden: 1. Eine grundsätzliche Erklärung, die bestimmte Richtlinien festlegt, die Genossinnen aller Länder auffordert, möglichst einheitlich und gleichzeitig für den Frieden zu kämpfen und namentlich Friedensdemonstrationen nicht zu scheuen. 2. Ein agitatorisches Manifest an die Frauen aller Länder, das zur Massenverbreitung bestimmt ist. Die Agitation soll außerdem gefördert werden durch zwei kleine Broschüren, von denen die eine Zusammenstellung aller bisher bekannt gewordenen Solidaritäts- und Friedenskundgebungen der soziali-

23 Zit. nach ebenda, S. 124.

24 Zit. nach ebenda; S. 119.

stischen Frauen bringt, die andere soll einen Bericht von unserer Konferenz geben. Unsere Stellungnahme zum Frieden soll gipfeln in einer internationalen Friedensdemonstration, bei der die Vertreterinnen aller Länder sprechen. Der zweite Verhandlungsgegenstand der Zusammenkunft soll den Mitteln und Wegen gelten, in den allgemeinen Arbeiterorganisationen dem Nationalismus entgegenzuwirken und den Grundsätzen des internationalen Sozialismus Anerkennung zu verschaffen.“<sup>25</sup> Clara Zetkin teilte Luise Zietz, Sekretärin für Frauen im Parteivorstand der SPD, mit, „sie werde die internationale Frauenkonferenz einberufen mit dem Segen des Parteivorstandes oder auch ohne den Segen des Parteivorstandes, ja sogar mit dem Fluch des Parteivorstandes beladen“.<sup>26</sup> Diesen Brief händigte Zietz dem Parteivorstand aus. Auf der Rückreise von Amsterdam machte Clara Zetkin in Düsseldorf Station und besprach mit Peter Berten und einigen tüchtigen Genossinnen die Vorbereitung der Konferenz. In einem Schreiben bat sie Käthe Duncker die Delegierung für Berlin und Umgebung, Leipzig, Dresden und Hamburg in die Hand zu nehmen.

Die Beteiligung erfolgte in persönlicher Verantwortung ohne Mandat. Aus Berlin und Umgebung nahmen Käthe Duncker, Margarethe Wengels und Martha Arendsee, aus Düsseldorf Lore Agnes, aus Stuttgart Bertha Thalheimer und aus Frankfurt/Main Toni Sender teil. In ihren Erinnerungen berichtete Martha Arendsee, dass Clara Zetkin während der Konferenz gesundheitlich sehr leidend war. „Sie hatte starke Schmerzen an Händen und Füßen, die in Verbänden lagen, und sie konnte nicht die ganze Zeit an der Konferenz teilnehmen. Mir scheint, dass darunter auch unsere Verständigung mit ihr sehr gelitten hat. Ich entsinne mich nicht, dass die deutsche Delegation mit ihr eine gemeinsame Aussprache über unsere weitere Arbeit nach der Konferenz gehabt hatte. Wir sind nach der Konferenz aus konspirativen Gründen einzeln zurückgefahren.“<sup>27</sup> Insgesamt waren 25 Vertreterinnen aus England (4), Deutschland (7), Frankreich (1), Russland (6), Polen (1), Holland (3), Italien (1) und der Schweiz (2) auf der Konferenz anwesend.

Hauptgegenstand der Beratungen war der erste Punkt der Tagesordnung: Die internationale Friedensaktion der sozialistischen Frauen. Als zweiten Tagesordnungspunkt erörterte die Konferenz „die Notwendigkeit, in der allgemeinen Arbeiterbewegung gegen den Nationalismus anzukämpfen und für den internationalen Sozialismus zu wirken“<sup>28</sup>, wie Zetkin bereits im Brief vom 9. März 1915 an Karl Liebknecht angekündigt hatte.

Die „Berner Tagwacht“ veröffentlichte am 3. April 1915: 1. Den Wortlaut des auf der Konferenz beschlossenen Manifestes gegen den Weltkrieg, das auch in an-

25 SAPMO-BArch, NY 4001/44, Bl. 64-67.

26 SAPMO-BArch, Erinnerungen an Martha Arendsee, SgY 30/0017, Bl. 20; siehe auch Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Nachdrucke. Hrsg. von Dieter Dowe, Bd. 1, Berlin-Bonn 1980, S. 151.

27 SAPMO-BArch, SgY 30/0017, Bl. 22.

28 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914-1945, Band 1, Juli 1914-Oktober 1917, Berlin 1958, S. 122.

deren Zeitungen neutraler Staaten zum Abdruck kam und in Deutschland als Flugblatt illegal verbreitet wurde; 2. die von der Konferenz beschlossene Resolution zur Kriegsfrage; 3. einen Artikel der Redaktion über die Konferenz und 4. einen von Clara Zetkin verfassten offiziellen Verhandlungsbericht der Konferenz. Ein gedrucktes Protokoll der Konferenz existiert meines Wissens nicht.<sup>29</sup>

In ihrer Rede erklärte Clara Zetkin: „ Wir müssen einig sein in unserem Auftreten. Wir müssen die Massen zur Aktion führen. Aber wir müssen unzweideutig sein, da auf uns die Kritik der eigenen Götter wartet. Warum fordern wir den Frieden? Wie sollen wir ihn erreichen? Welche soll unsere Taktik sein? Gräueltat des Krieges. Wir müssen uns für die Aktion einigen. Was unsere Stellungnahme zum Kriege anbetrifft, ist sie in unserer Resolution ausgesprochen. Aber wir müssen uns folgendes klarmachen: Dieser Krieg ist eine Frucht des Kapitalismus. Dieser Krieg ist eine Anschauungslektion. Der Krieg zerstört die schöpferische Kraft und die Produkte dieser Kraft. Anstatt den Soz[ialismus] sehen wir den Nationalismus auf dem soz[ialistischen] Banner geschrieben. Die Gegensätze des Kapit[alismus] bestehen darin, dass das Prolet[ariat] jetzt sich zum Diener, Henkersknecht seines Herren, seines Ausbeuters gemacht hat. Welche sind unsere Kräfte? Was ist der Krieg? Was sollen wir machen in der Internat[ionale] des Prolet[ariats]? Wir haben das Schwergewicht darauf zu legen, dass wir nicht [nur] die Interessen der Gegenwart sondern auch die der Zukunft sehen. Was unsere Grundsätze anbetrifft, so dürfen wir nicht vergessen, dass wir vor uns die Frauenmassen haben, an die wir uns mit der Forderung des Friedens wenden. Gegen die Regierung, über den Kopf der Regierung müssen wir unsere Ideen in die Frauenmassen tragen. Frauen, die rechtlos sind, aber Kraft zur Tätigkeit haben. Sie sind jetzt eine Macht geworden, und sie müssen diesen Willen zur Macht besitzen, wenn sie den Frieden erreichen wollen. Wir müssen diese Macht zur Tätigkeit wecken. Die Konf[erenz] muss die Anregung zur Aktion geben. Wir müssen Aufrufe, Flugblätter verbreiten. Wir müssen den Frauen klar machen: genug mit dem Dulden, mit der Demut. Solange sie nicht handeln, werden sie keine Macht werden. Wir können uns nicht einflüstern lassen von den offiziellen Zeilen der Partei, abzuwarten bis der geeignete Moment zur Aktion kommen wird. Nieder mit der Durchhaltetheorie. Nie wird der Frieden kommen, indem wir nicht revolutionär handeln werden! Wir müssen den Frieden sofort verlangen, ehe der Krieg den letzten Mann an die Schlachtbank geführt hat. Wir müssen gegen die Kreditbewilligung, gegen den Ministerialismus usw. auftreten. Wir müssen den Kampf gegen den Krieg und gegen die herrschende Klasse aufnehmen. Für den Frieden in den Straßen mit Masenkundgebungen, die Idee des Friedens wird in die Schützengräben durchdringen. Die breitesten Arbeitermassen müssen sich in den soz[ialistischen] Reihen um die Forderung des Friedens vereinigen. Schon die Stuttgarter Resolution for-

29 In den mir 1988 von der Historikerin Katja Haferkorn (1927-1989), einer bekannten Forscherin über Clara Zetkin, überlassenen Unterlagen fand ich handschriftliche Aufzeichnungen über die Rede von Clara Zetkin auf der Berner Frauenkonferenz, die hier erstmals vorgestellt werden.

dert die schleunigste Unterbrechung des Krieges, falls ein solcher ausbrechen wird... Dieselbe Resolution war durch die Kopenhagener und Baseler Kongresse befestigt, und wir müssen diese Resolution ins Leben rufen.“<sup>30</sup>

Die unter Führung von N. Krupskaja und I. Armand stehende Gruppe der Bolschewiki legte einen von W. I. Lenin ausgearbeiteten Resolutionsentwurf vor, der eine scharfe Verurteilung der Politik der sozialdemokratischen Parteien enthielt, sie als Verrat am Sozialismus kennzeichnete und die Losung aufstellte: Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zum Sturze des Kapitalismus. „Wenn die Arbeiterin die Zeit des Leidens“, wurde im Entwurf argumentiert, „die die Epoche der imperialistischen Kriege mit sich bringt, abkürzen will, dann muss ihr Streben nach Frieden umschlagen in Empörung und Kampf für den Sozialismus. Nur durch die revolutionäre Bewegung der Massen, durch die Verstärkung und Verschärfung des sozialistischen Kampfes, wird die Arbeiterin ihr Ziel in diesem Kampf erreichen. Somit ist es ihre vornehmste Pflicht, die gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen zu unterstützen und den Burgfrieden zu brechen durch den Kampf gegen die Kriegskredite, gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, durch Unterstützung und Propagierung der Soldatenverbrüderung in den Schützengräben der Schlachtfelder, durch die Bildung illegaler Organisationen überall dort, wo die Regierung die verfassungsmäßigen Freiheiten aufgehoben hat, und schließlich durch die Gewinnung der Massen für die Teilnahme an Kundgebungen und revolutionären Bewegungen.“ Es gelte, „diesen Kampf unverzüglich aufzunehmen, ihn international zu organisieren und... wie Liebknecht den Nationalismus [zu] bekämpfen und einen revolutionären sozialistischen Kampf [zu] führen.“ Es seien „in den fortgeschrittensten Ländern Europas die objektiven Bedingungen für die sozialistische Produktion schon herangereift“, so „dass die gesamte Bewegung in eine neue Phase eintritt, dass der gegenwärtige Weltkrieg ihnen neue und ernste Verpflichtungen auferlegt, dass ihre Bewegung der Vorbote einer allgemeinen Massenaktion sein kann, die der ganzen sozialistischen Bewegung einen neuen Aufschwung verleiht und die Stunde der endgültigen Befreiung näherrücken lässt. Wenn die Arbeiterinnen bei der Organisierung von Demonstrationen und revolutionären Kundgebungen die Initiative ergreifen und dabei mit dem Proletariat Hand in Hand gehen, kann das zum Auftakt einer neuen Ära des proletarischen Kampfes werden, in deren Verlauf das Proletariat in den fortgeschritteneren Ländern den Sozialismus erringt und in den zurückgebliebenen Ländern – die demokratische Republik.“<sup>31</sup> Der Resolutionsentwurf forderte den Kampf gegen die eigene Partei, die Agitation in den Schützengräben und die Gründung einer illegalen Organisation. Was die Friedensaktion der Frauen anlangte, so wurde betont, dass sie vor allem ein Glied in

30 Russländisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (kirill. RGASPI), Moskau, Fonds 340, Verz. 2, Akte 15, Bl. 5/6.

31 Entwurf einer Resolution für die internationale sozialistische Frauenkonferenz, in: W. I. Lenin: Über die Kommunistische Internationale, Berlin 1969, S. 27/28.



der Kette des revolutionären Kampfes zu sein habe und mit revolutionären Mitteln geführt werden müsse.

Dieser Resolutionsentwurf wurde einzig von der polnischen Delegierten unterstützt.

„Der Antrag“, berichtete Angelica Balabanowa, „versetzte die Konferenz in eine dramatische Lage... Das höchst Dramatische der Situation bestand nun darin, dass eine historische Tat – die eine öffentliche internationale Kundgebung während eines Weltkrieges zweifellos war – zu scheitern drohte... Die Gefahr lag darin, dass die Antragstellerinnen gegen die Resolution Clara Zetkins stimmen wollten, dadurch wäre den Gegnern die Gelegenheit gegeben worden zu behaupten, Einstimmigkeit sei unmöglich zwischen Vertretern kriegführender Nationen, sie mochten noch so sozialistisch sein. Dadurch wäre der Wert der ganzen Konferenz zunichte gemacht worden, mehr noch, ihr Zustandekommen hätte nur geschadet. Alle Delegierten waren sich des Ernstes der Situation bewusst, vor allem Clara Zetkin, die das Wort ergriff, um die Minderheit zu bewegen, für die Resolution der Mehrheit zu stimmen... Clara Zetkins Aufregung steigerte sich im selben Maße, in dem sie ihr Werk scheitern sah... Die Konferenz wurde unterbrochen. Clara Zetkin, tief erschüttert, am ganzen Leibe zitternd, begab sich mit den Delegierten der Minderheit ins Nebenzimmer“ – wo sich W. I. Lenin befand<sup>32</sup> – „nach einer Stunde erschien sie wieder. Ein Weg hatte sich doch gefunden: die Minderheit erklärte sich bereit, der allgemeinen Resolution zuzustimmen, wenn ihre Erklärung ins Protokoll der Konferenz aufgenommen würde. Die Situation war gerettet, die Kundgebung... einstimmig angenommen.“<sup>33</sup> Martha Arendsee schrieb darüber in ihren Erinnerungen: „Nach Claras Meinung durfte die Resolution sich nicht über die einzelnen Maßnahmen äußern. Die Massen würden kein Verständnis dafür haben, sie müssten Schritt für Schritt durch die Praxis zu der nötigen Einstellung und Aktion geführt werden. Die Resolution sollte Massen mobilisieren, und die Verbreitung würde durch den bolschewistischen Text aufs äußerste erschwert und gefährdet“ und würde deshalb aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt. „Die Engländerinnen betonten stark, nicht zustimmen zu können, weil eine solche Resolution den Verhältnissen in ihrem Lande gar nicht entsprechen und ganz unverständlich sein würde.“<sup>34</sup>

Keine Rednerin ließ einen Zweifel darüber, dass das im Entwurf der Bolschewiki verurteilte Verhalten einzelner sozialistischer Parteien auch von ihrer eigenen persönlichen Überzeugung gebilligt werden könne. Allein, so führten sie übereinstimmend aus, die Friedenskonferenz der Frauen sei nicht der Ort für eine Auseinandersetzung, und sie sei kein Tribunal. Sie habe nur eine Aufgabe: eine zielklare und kraftvolle einheitliche internationale Friedensaktion der Genossinnen in die Wege zu leiten.

32 Siehe Willi Gautschi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich – Köln 1973, S. 118-121.

33 Angelica Balabanowa: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927, S. 101; siehe auch Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 141-145.

34 SAPMO-BArch, Erinnerungen von Martha Arendsee, SgY 30/0017, Bl. 42.

Die Resolution, die angenommen wurde, war von der englischen und holländischen Delegation zusammen mit Clara Zetkin vorgelegt worden. Sie verurteilte die Losung der Vaterlandsverteidigung, forderte zum Kampf für den Frieden im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel auf. „Die aus dem tiefsten Leid des Krieges geborene Friedenssehnsucht der Frauen, namentlich der Proletarierinnen, müssen sie als klaren, bewussten Friedenswillen zur Geltung bringen. Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz ruft daher die Sozialistinnen, die proletarischen Frauen aller Länder auf, keine Zeit und keine Gelegenheit zu versäumen und alle vorhandenen Mittel und Wege zu nutzen, um dieser Auffassung entsprechend zu wirken. Ohne Furcht vor Hindernissen und Verfolgungen haben sie durch Massenkundgebungen jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewusstsein und ihren Friedenswillen zu bekunden. Der jetzige Krieg weist mit dem Kampfe für den Frieden den Frauen eine gewaltige geschichtliche Aufgabe zu. Wenn sie begriffen und erfüllt wird, kann dies von der größten Tragweite für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und das Ringen für den Sozialismus werden... Die Friedensaktion der sozialistischen Frauen muss Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordens sein. Sie muss einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationale.“<sup>35</sup>

Das Manifest der Berner Frauenkonferenz „Frauen des arbeitenden Volkes“ wurde von einer Kommission entworfen, der u.a. Angelica Balabanowa, Käthe Duncker und Martha Arendsee angehörten. Am Manifest arbeitete ebenfalls der Schweizer Sozialist Robert Grimm, der sich um die Organisation der Konferenz verdient gemacht hatte, mit. Das einstimmig angenommene Manifest rief alle Frauen des arbeitenden Volkes auf, ihren Protest gegen den Krieg zu erheben. Es schloss mit den Worten: „Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern. Nur der einig Wille dieses Volkes kann dem Morden Einhalt gebieten. Der Sozialismus allein ist der künftige Menschheitsfriede! Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatomben von Menschen opfert! Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!“<sup>36</sup> Clara Zetkin ließ das Manifest von einem anwesenden deutschen Rechtsanwalt mit der Bitte prüfen, ob in demselben etwas gegen das deutsche Strafrecht Verstoßendes gefunden werden könne. Ohne Voreingenommenheit könne man nichts finden, es wäre aber nicht dagegen geschützt, dass unter den jetzt gegebenen besonderen Verhältnissen eine andere Auslegung Platz greifen könnte. Als Mittel, die den Frauen zu Gebote stünden, kamen nach Clara Zetkin in Betracht: Versammlungen,

35 Ebenda, Nachlass Clara Zetkin, NY 4005/107. Wortlaut siehe in: [www.bundesarchiv.de/aktuelles/aus\\_dem\\_archiv/galerie/00\\_180/index.htm](http://www.bundesarchiv.de/aktuelles/aus_dem_archiv/galerie/00_180/index.htm). Zur Auseinandersetzung mit den Bolschewiki, siehe Clara Zetkin an Mathilde Wibaut, September 1922, im Dokumententeil dieses Bandes.

36 Ebenda; siehe auch Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Hrsg. von Florence Hervé, Berlin 2007, S. 81-85.

37 Siehe Bericht von Clara Zetkin über die Frauenkonferenz, in: Dokumente und Materialien (Anm. 28), S. 121. Dort auch der Wortlaut des Manifests, S. 125-127.

Presse und Propaganda unter den Frauen von Person zu Person, aber nicht die Einwirkung auf die unter der Fahne stehenden Männer. Das Flugblatt zu den Truppen zu bringen und Friedenspropaganda mit revolutionären Mitteln zu betreiben, wie es die Delegierten der Bolschewiki forderten, wäre gefährliche Spielerei und wurde ausdrücklich abgelehnt.<sup>37</sup>

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland entfaltete Clara Zetkin eine breite illegale Propaganda gegen den Krieg, sehr zum Missfallen von Parteivorstand und Parteiausschuss der deutschen Sozialdemokratie. Per Beschluss verurteilten in einer gemeinsamen Sitzung der Parteiausschuss und der Parteivorstand am 7. April 1915 die Abhaltung der Frauenkonferenz. Clara Zetkin sei eigenmächtig und ohne Zuständigkeit vorgegangen. Die in Bern beschlossenen Dokumente zeigten, dass diese Kundgebung eine Farce sei, da sie das Privatvergnügen einiger Genossinnen gewesen wäre. Die Parteiinstanzen verboten die Verbreitung der Beschlüsse und Materialien der Berner Frauenkonferenz. Es wurde gefordert, dass der Parteivorstand mehr Einfluss auf die Redaktionsführung der „Gleichheit“ nehme.<sup>38</sup> Am 15. April 1915 notierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David in seinem Kriegstagebuch zum Erscheinen der Zeitschrift „Die Internationale“: „Das ist die offene Kampfansage der Luxemburg, Mehring, Liebknecht, Ströbel usw. Das ist gut. Nun müssen die offiziellen Parteiinstanzen den Handschuh aufnehmen... Jetzt wäre Schonung ein schwerer Fehler. Mögen sie absplintern. Massen dürfen sie nicht mitreißen... Klara Zetkin betreibt die Friedensaktion und die beginnende proletarische Revolution zu gleicher Zeit. Sie ist auch nachgerade völlig unzurechnungsfähig geworden.“<sup>39</sup>

In einem Bericht zur Stimmung und Lage der Bevölkerung an den Berliner Polizeipräsidenten vom 17. Mai 1915 wurde konstatiert, dass sich radikale Frauengruppen gebildet haben, „die in allen Schichten der Bevölkerung weiter Propaganda für den Frieden zu machen suchen. Zu welchen Mitteln diese Hetzer ihre Zuflucht nehmen, zeigt das Ende vorigen Monats hier zur Verbreitung gelangte Flugblatt ‚An die Frauen des arbeitenden Volkes‘, welches seinen Ursprung einer im März d. J. in Bern abgehaltenen internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, an der auch die bekannten radikalen Genossinnen Zetkin, Stuttgart, sowie Wengels, Arendsee und Fahrenwald, Berlin, teilgenommen haben, verdankt. Vertraulich ist ferner in Erfahrung gebracht worden, dass die hiesigen radikalen Frauengruppen, deren Hauptführer mit anscheinend der bekannte radikale Genosse Pieck aus Steglitz ist, wiederum zur Eröffnung des Reichstages am 18. Mai eine Frauendemonstration vor bzw. in dem Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes planen, ähnlich der am 18. März stattgefundenen. Durch diese radikalen Führer werden die Massen, die an und für sich nicht für derartige Veranstaltungen sein würden, aufgewiegelt und mitgerissen. Dass hierdurch die Stimmung für den Krieg in

38 Siehe Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, (Anm. 26), S. 150-159.

39 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearb. von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, S. 120/121.

den breiten Volksschichten immer mehr herabgedrückt wird, ist infolgedessen ebenfalls auf die Hetzereien dieser Genossen zurückzuführen.“<sup>440</sup>

Mit Genugtuung schrieb Clara Zetkin am 22. April 1915 an den Bremer linken Sozialdemokraten Alfred Henke: „Gewiss gehören Sie zu denen, die sich über unsere internationale Frauenkonferenz gefreut haben. Auf was es uns ankommt, ist, ihre Arbeit fruchtbar zu machen. Die deutschen Delegierten, die an ihr teilgenommen haben, erstatten in geschlossenen Sitzungen der weiblichen Mitglieder Bericht. Überall, wo solche Versammlungen bisher stattfanden, waren sie außerordentlich wirksam. Es wäre gute Gelegenheit, dass für Bremen und Umgebung demnächst solche Versammlungen organisiert werden könnten. Genossin Bertha Thalheimer spricht in einigen großen Orten Thüringens, namentlich aber auch im Braunschweiger Kreise, sowie auch in der Stadt Braunschweig selbst. Sie kommt also sehr nahe bis zu Ihrem Agitationsbezirk. Ich möchte Ihnen daher dringend empfehlen, dass Sie auch für Bremen und Umgebung einige solche Frauenversammlungen organisieren.“<sup>441</sup> Bereits am 29. April 1915 teilte Clara Zetkin an Robert Grimm mit, dass der deutsche Parteivorstand die Dokumente der Berner Frauenkonferenz in einem Rundschreiben vom 23. April 1915 an die Vorstände der Bezirks- und Landesvorstände unter Bann gelegt hat, der direkt wie eine Denunziation wirken kann.<sup>42</sup> „Natürlich lassen wir uns durch den Bann nicht von der Verbreitung des Aufrufs abhalten...Täglich kommen Anfragen, Wünsche, Bestellungen. Es haben schon sehr viele Versammlungen und Konferenzen stattgefunden, in denen über die Berner Tagung berichtet wurde. Überall stellen sich die Genossinnen und viele Genossen auf den Boden ihrer Beschlüsse...Die Opposition wächst, und je mehr das zum Ausdruck kommt, mit um so größerer Brutalität und Skrupellosigkeit sucht der P[artei]-V[orstand] zu bremsen... Kurz, fast überall zeigt sich eine erfreuliche Gärung der Geister.“<sup>443</sup>

Die Bolschewiki veröffentlichten die Dokumente der Berner Frauenkonferenz in ihrer Zeitschrift „Sozial-Demokrat“ vom 1. Juni 1915. In der Beilage erschien ein Artikel von W. I. Lenin mit dem Titel „Über den Kampf gegen den Sozialchauvinismus“, in dem er die Frauenkonferenz bewertete. Er charakterisierte ihre Ergebnisse abschätzig als Aufguss bzw. Verhöhnung des Baseler Kongresses von 1912. Die jetzigen sozialdemokratischen Parteien und ihre Vorstände seien zu einer ernsthaften Kurskorrektur der Politik nicht imstande. „Auf der Konferenz stießen zwei Weltanschauungen zusammen, zwei Auffassungen vom Krieg und von den Aufgaben der Internationale, zwei Taktiken der proletarischen Parteien. Die eine Ansicht: Es ist kein Zusammenbruch der Internationale erfolgt, es liegen

40 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-1918. Bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 61.

41 Archiv der sozialen Demokratie Bonn, Abteilung I, NL Alfred Henke, Nr. 43.

42 Siehe Dokumente und Materialien (Anm. 28), Reihe II, 1914-1945, Band 1, S. 157-161.

43 Zit. nach Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz. II. Korrespondenz, The Hague/Paris 1967, S. 55/56.

keine tiefen und ernsthaften Hindernisse für die Rückkehr vom Chauvinismus zum Sozialismus vor, es gibt keinen starken inneren Feind in Gestalt des Opportunismus, dieser hat keinen direkten, unzweifelhaften, offensichtlichen Verrat am Sozialismus begangen. Daraus die Schlussfolgerung: Wir wollen niemanden verdammen, wir werden denen Amnestie erteilen, wir werden uns auf den Rat beschränken, den Kurs mehr nach links zu nehmen und die Massen zu Demonstrationen aufrufen. Die andere Ansicht über alle hier erwähnten Punkte ist absolut entgegengesetzt. Es gibt nichts Schädlicheres und Verhängnisvolleres für die proletarische Sache als die Weiterführung der innerparteilichen Diplomatie gegenüber den Opportunisten und Sozialchauvinisten... Die Frauenkonferenz durfte nicht den Scheidemann, Haase, Kautsky, Vandervelde, Hyndman, Guesde und Sembat, Plechanow usw. helfen, die Arbeitermassen einzuschläfern, sie musste umgekehrt die Massen aufrütteln und dem Opportunismus entschlossen den Krieg erklären. Nur dann hätte das praktische Ergebnis nicht in der Hoffnung auf eine Besserung der genannten Führer bestanden, sondern in der Sammlung der Kräfte für einen schweren und ernsten Kampf... Ein Teil der deutschen Delegierten scheute vermutlich vor einer eindeutigen Resolution aus Erwägungen zurück, die sich ausschließlich auf das Entwicklungstempo des Kampfes gegen den Chauvinismus innerhalb einer einzigen, nämlich ihrer eigenen Partei beziehen.<sup>44</sup> Lenin sah Clara Zetkin auf der Berner Konferenz kritisch und verächtlich als eine Vertreterin des „Zentrums“, die pazifistische Halbheiten und Allgemeinplätze verbreitet habe. An Karl Radek schrieb er vor dem 5. August 1915: „Zetkin und Co. jedoch, die *alles* in der Hand hat (Zeitungen, Zeitschriften, Verbindungen zur ‚Berner Tagwacht‘, die Möglichkeit, in die Schweiz zu fahren usw.), hat im Verlaufe von 10 Monaten *nichts* zur Vereinigung der internationalen Linken getan. Das ist eine Schande!... Die Linken in Deutschland begehen einen historischen Fehler, wenn sie unter dem Vorwand, dass ‚sie das Produkt einer Gärung unter den Massen sind‘ (sie = Clara Zetkin, Laufenberg, Borchardt, Thalheimer, Käte Duncker!!! Haha!), ablehnen ... mit einer Prinzipienerklärung aufzutreten. *Für* die Verstärkung der ‚Gärung unter den Massen‘ sind eine linke Deklaration und ein linkes Programm notwendig. *Angesichts* einer solchen Gärung sind sie notwendig. *Für* die Umwandlung der ‚Gärung‘ in ‚Bewegung‘ sind sie notwendig. *Für* die Verstärkung der ‚Gärung‘ in der verfaulenden Internationale *sind sie notwendig*. Und zwar sofort!!!“<sup>45</sup>

Die Auswertung der Beschlüsse der Berner Frauenkonferenz hat jedoch in Deutschland in bedeutendem Maße dazu beigetragen, die Opposition gegen den Parteivorstand zu stärken, viele Frauen politisch reifer zu machen und schrittweise eine Massenbewegung gegen den Krieg zu entwickeln.<sup>46</sup> Wegen der Verbreitung

44 W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, Berlin 1972, S. 193-196.

45 W. I. Lenin: Briefe, Bd IV, August 1914-Oktober 1917, Berlin 1967, S. 112/113.

46 Siehe Ursula Herrmann: Sozialdemokratische Frauen in Deutschland im Kampf um den Frieden vor und während des ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin, 3/1985, S. 213-230;

der Dokumente der Berner Konferenz – ungefähr 200.000 Exemplare des Manifestes waren als Flugblatt illegal verteilt worden – wurde Clara Zetkin Ende Juli 1915 verhaftet und unter Anklage wegen Hoch- und Landesverrats gestellt, nachdem sie bespitzelt worden war. Clara Zetkin übernahm die Verantwortung für den Inhalt der Dokumente, nicht aber für deren Verbreitung. Als Belastungsmaterial wurden ein Brief von ihr an Heleen Ankersmit, ihr Artikel zum Kampf für den Frieden in der Zeitschrift „Die Internationale“ und das Rundschreiben des Parteivorstandes an die Bezirks- und Landesvorstände vom 23. April 1915 vorgelegt. In Letzterem hatte der Parteivorstand die Parteimitglieder vor der Resolution und dem Manifest der Berner Konferenz gewarnt, da diese Kundgebungen unstreitig dem Staatsanwalt Veranlassung geben würden, wegen Hochverrats einzuschreiten. Entschieden bestritt Clara Zetkin in den Vernehmungen, dass die Frauen durch das Flugblatt zu Taten der Gewalt aufgereizt werden sollten, und sie erklärte: „Für mich war die Beteiligung der Frauen an der Friedensbewegung und ihr Vorgehen gerade eine Bedingung für den friedlichen Charakter einer Massenbewegung für den Frieden, weil ich es für ausgeschlossen hielt, dass die Regierung irgend eines Landes die friedlichen Kundgebungen der Frauen mit gewaltsamen Mitteln unterdrücken könne. Eine Aufreizung zu einer Revolution für den Frieden lag uns umso ferner, als sie gänzlich außerhalb unseres Machtbereichs lag... Außerdem widerspricht es meiner ganzen Auffassung, dass eine Revolution sich machen lasse... Ich will nochmals darauf hinweisen, dass in Bern ein russischer Antrag, ‚der revolutionäre Mittel forderte‘, von mir persönlich bekämpft und von der Konferenz abgelehnt worden ist.“<sup>47</sup>

Zusammen mit Clara Zetkin waren weitere 17 Genossinnen und Genossen verhaftet worden. Zetkins Anwalt Hugo Haase stellte im September 1915 wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes einen Haftentlassungsantrag. Nach Stellung einer Kaution, die J.H.W. Dietz übernahm, wurde Clara Zetkin am 12. Oktober 1915 aus der Haft entlassen, aber sie wurde weiter streng polizeilich überwacht. Der Haftbefehl und die Verschonung mit Untersuchungshaft gegen Sicherheitsleistung blieben nach einem Urteil des Reichsgerichtes vom Januar 1916 bestehen, da Clara Zetkin mit der Verbreitung des Flugblattes „Frauen des arbeitenden Volkes“ „als Deutsche während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges vorsätzlich der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zugefügt“<sup>48</sup> habe. Die Nachricht von der Verhaftung Clara Zetkins hatte im In- und Ausland eine Protestbewegung ausgelöst.<sup>49</sup> „Schmerz und gleichzeitig Drang zum Protest

Siegfried Scholze: Zur proletarischen Frauenbewegung in den Weltkriegsjahren 1914-1917, in: BzG, H. 6/1973, S. 986-998; Gabriele Schumacher: Die Entwicklung der Stuttgarter Linken im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die „Burgfriedenspolitik“ der Opportunisten (1914 1917), Diss. A, Berlin 1987, S. 84-87.

47 SAPMO-BArch, Nachlass Clara Zetkin, NY 4405/10, Bl. 32/33. Die Akte enthält insgesamt neun Vernehmungsprotokolle. Das Protokoll der Aussage Clara Zetkins vom 30. Juli 1915 siehe in: Dokumente und Materialien (Anm. 28), S. 198-200.

48 Ebenda, Bl. 44/45.

erfüllt uns“, hieß es in einem Offenen Brief des Internationalen Frauensekretariats an Clara Zetkin im August 1915, „da die internationale Solidarität der sozialistischen Frauen, die sich in Dir personifiziert, angetastet worden (ist). Sorge und Liebe für Deine Person, die wir achten und lieben lernten, erfüllt uns, wenn wir an Deine zarte Gesundheit denken, aber auch Deinen starken Geist und unerschütterliche Energie.“<sup>50</sup> Zetkins Verhaftung zeuge davon, dass die Regierung die Friedensbewegung fürchtete.

In einem Brief an Heleen Ankersmit vom 16. Mai 1917 resümierte Clara Zetkin: „Im Frühjahr 1915 waren alle Verbindungsfäden in der großen Internationale zerrissen. Ihr Banner lag am Boden. Alle Versuche zur Belebung waren gescheitert. Da konnten, da mussten wir Frauen vortreten und zeigen, dass der internationale Gedanke bei uns lebendig und tatkräftig geblieben war. Unsere Konferenz war die erste Kundgebung für die Grundsätze des internationalen Sozialismus und, über das grundsätzliche Bekenntnis hinaus, der Entschluss zu gemeinsamer Tat.“<sup>51</sup>

49 Siehe Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1989, S. 281/282.

50 Russländisches Staatsarchiv für politische und soziale Geschichte, Moskau, Fonds 340, Verz. 2, Nr. 77, Bl. 1.

51 Zit. nach Eildermann: Unveröffentlichte Briefe, S. 685/686.

MIRJAM SACHSE

## **„Ich erkläre mich schuldig.“ Clara Zetkins Entlassung aus der Redaktion der „Gleichheit“ 1917**

Abschiednehmen fällt schwer – wer weiß das nicht. Aber wer könnte sich hinein versetzen in die Redakteurin einer politischen Frauenzeitschrift, die nach 25 Jahren gezwungen wird, ihr Lebenswerk aufzugeben? Noch dazu in einer Zeit persönlicher Schicksalsschläge<sup>1</sup> und politischer Krisen. Wer könnte sich vorstellen, in dieser Situation nicht zu resignieren, sondern alle Kraft aufzubringen, um trotzig ein „Jetzt erst recht“<sup>2</sup> auszurufen? Clara Zetkin tat es – schweren Herzens zwar, aber auch festen Willens, getreu ihrer politischen Gesinnung weiterzumachen – an anderer Wirkungsstätte, aber für dieselbe Sache.

Es war das folgende von Friedrich Ebert (1871-1925) im Auftrag des Parteivorstandes verfasste Schreiben, das Zetkin im Mai 1917 erreichte und ihre sofortige Entlassung aus der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ enthielt.

„Berlin SW. 68, den 16. Mai 1917.

Frau Klara Zetkin-Zundel  
Lindenstraße 3. Wilhelmshöhe bei Degerloch.

Schon vor längerer Zeit ist uns mitgeteilt worden, dass Sie nicht mehr Mitglied unsrer Parteiorganisation sind. Nun sind Sie Mitglied der Partei „Unabhängige Sozialisten“[d.i. USPD] und bekleiden ein hervorragendes Vertrauensamt in dieser Partei. Sie stellen außerdem die Ihnen von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anvertraute Redaktion der Gleichheit in den Dienst der neuen Partei. Das hat mit Recht in weiten Kreisen unsrer Partei Widerspruch hervorgerufen, ist auch unvereinbar mit den Interessen der Sozialdemokratischen Partei, deren Organ die Gleichheit ist.

Wir sind deshalb gezwungen, auf Ihre weitere Redaktionstätigkeit für die Gleichheit vom heutigen Tage an zu verzichten, ebenso auf die weitere Tätigkeit Ihres Hilfsredakteurs und Ihrer Redaktionssekretärin.

Das bisher bezogene Gehalt wird Ihnen bis 30. September 1917 von der Firma J.H.W. Dietz Nachf., Stuttgart, monatlich ausgezahlt werden. Ihrem Hilfspersonal wird das Gehalt bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist weiter bezahlt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

I.A. gez.: Fr. Ebert<sup>3</sup>

1 Zetkins Söhne Maxim (1883-1965) und Konstantin (1885-1980) und ihr Ehemann Georg Friedrich Zundel (1875-1948), der sich zudem in jenem Jahr von ihr getrennt hatte, waren als Soldaten eingezogen worden.

2 In: Frauen-Beilage der Leipziger Volkszeitung, Jahrgang 1, Nummer 1, 29.6.1917, S. 2.



Zetkins vorläufige Antwort war ebenfalls nüchtern, knapp und enthielt anscheinend keinerlei persönliche Anrede:

„Ihr Brief vom 16. d. ist am 18. d. hier eingetroffen. Ich habe seinen Inhalt zur Kenntnis genommen und verzichte auf eine Auseinandersetzung mit Ihnen, zu der Ihr Schreiben und Vorgehen Anlaß geben könnte. Klara Zetkin.“<sup>4</sup>

Es scheint, als räumte Zetkin kampflos das Feld. Der Schein trügt. Zetkin, der noch nicht einmal die Gelegenheit gegeben wurde, sich von ihren Leserinnen zu verabschieden und die Situation zu erklären, brauchte zunächst eine neue Plattform. Sie wurde ständige Mitarbeiterin der von der „Leipziger Volkszeitung“<sup>5</sup> eigens für sie eingerichteten „Frauen-Beilage“<sup>6</sup> und verfasste auf Bitten der Redaktion einen Abschiedsartikel.<sup>6</sup> In diesem bezog sie ausführlich Stellung zu den vermeintlichen Gründen ihrer Entlassung und zeichnete zugleich ein Bild von den Umständen, unter denen sie bis zuletzt versucht hatte, die „Gleichheit“-Leserinnen zu Kriegsgegnerinnen zu erziehen.

Wenn Zetkin in diesem Abschiedsartikel schreibt, der „Wirkungskreis als Redakteurin der ‚Gleichheit‘“ sei ihr von „heute auf morgen“ entzogen worden, erweckt es den Anschein, sie sei von der Entscheidung des Parteivorstands überrascht worden. Dem war nicht so. Bereits die Entlassung von Luise Zietz (1865-1922) aus dem Parteivorstand am 15. Februar 1917, die erfolgt war, weil diese sich zur USPD bekannt hatte<sup>7</sup>, hätte Zetkin eine Warnung sein müssen. Es ist davon auszugehen, dass – auch wenn sie nicht in den entscheidenden Parteiausschuss-Sitzungen anwesend war – Zetkin über die dortigen Vorgänge infor-

3 Ebenda.

4 Ebenda. Betroffen waren der Koredakteur Edwin Hoernle (1883-1952) und die Redaktionssekretärin Johanna Buchheim. Hoernle, seit März 1915 für die „Gleichheit“ tätig, befand sich zur Zeit seiner Entlassung als Soldat an der Front.

5 Diese Frauenbeilage erschien von Juni 1917 bis März 1919.

6 Clara Zetkin: Klara Zetkins Abschied von der „Gleichheit“. In: Frauen-Beilage der Leipziger Volkszeitung, vom 29.6.1917. Bereits am 19. Juni hatte Zetkin im Hauptblatt der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel mit dem Titel „An die sozialistischen Frauen aller Länder!“ veröffentlicht, in dem sie ihre Entlassung aus der Redaktion der „Gleichheit“ bekannt gab und damit ihren Verlust als Organ der sozialistischen Fraueninternationale. Siehe in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Bd. 1: Juli 1914 - Oktober 1917, Berlin 1958, S. 647-649.

7 Zetkin rief daraufhin die „Gleichheit“-Leserinnen zu Solidaritätsbekundungen für Zietz auf. Siehe: Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie, in: „Die Gleichheit“ vom 16.3.1917.

8 Robert Dißmann (1878-1926) hatte dafür plädiert, Zetkin und Karl Kautsky (1854-1938) zu den Ausschussdebatten um die „Gleichheit“ und die „Neue Zeit“ einzuladen (siehe Protokoll des SPD-Parteiausschusses vom 7. und 8.4.1915, S. 67f.). Dies wiederholte er in der Sitzung Ende Juni 1915 in Form eines Antrages, doch dieser wurde als „erledigt erklärt, nachdem der Vorsitzende [Ebert] zugesichert hat, dass bei Verhandlungen, welche die ‚Gleichheit‘ und die ‚Neue Zeit‘ betreffen, die Vertreter der Redaktionen eingeladen werden sollen“ (Protokoll des SPD-Parteiausschusses vom 30. Juni und 1. Juli 1915, S. 83 u. 104). Dies war nicht passiert. Zetkin war nicht das einzige Opfer der Pressepolitik des SPD-Parteivorstandes. Es mussten auch die oppositionellen Redaktionsmitglieder des „Vorwärts“ und Karl Kautsky als langjähriger Redakteur der „Neuen Zeit“ weichen. Siehe Protokolle des SPD-Parteiausschusses vom 7. und 8.4.1915, vom 30. Juni und 1. Juli 1915, vom 28. und 29.10.1915, vom 18. und 19.4.1917, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, 1912 bis 1921. Nachdrucke hrsg. von Dieter Dowe, 2 Bände, Berlin-Bonn 1980, Bd. 1.

miert war.<sup>8</sup> Sie scheint ihre Informationen vor allem aus dem „Vorwärts“ bezogen zu haben, denn in dem „Gleichheit“-Artikel „Partei Vorstand und Parteiausschuss gegen die grundsätzliche Haltung der ‚Gleichheit‘“<sup>9</sup> zitierte sie nach diesem die entsprechenden Passagen des Parteiausschuss-Protokolls. Schließlich deutete die gesamte Kriegssituation auf das hin, was kommen würde. Zetkin schrieb in ihrem Abschied: „Die Umwandlung der Gleichheit aus einer freien Dienerin des internationalen Sozialismus in die gehorsame Magd der Vorstandspolitik stand drohend am Horizont von dem Augenblick an, wo es sich herausgestellt hatte, dass die Massen der Parteigenossenschaft zu unklar, schwach und willenlos, zu wenig in der Tiefe ihres Wesens vom internationalen Sozialismus erfasst waren, um sich zielsicher, mutig und opferbereit der Politik der Umlerner entgegenzustemmen.“<sup>10</sup>

Die heikle Situation war Zetkin also stets bewusst gewesen. Schließlich konnte sie – vollkommen desillusioniert – auch nicht die Augen davor verschließen, dass die „Gleichheit“ ihre Hauptaufgabe – „die Klärung und Vertiefung des sozialistischen Empfindens und Denkens der proletarischen Frauen“<sup>11</sup> – nur unzureichend erfüllt hatte. Dies war wohl für sie die größte Enttäuschung von allen.

Was waren die vermeintlichen Gründe für Zetkins Entlassung? Welche Umstände verbargen sich hinter der offiziellen Begründung, ihre Mitgliedschaft in der USPD – einer Partei engagierter *Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen* – sei mit ihrer Stellung als Redakteurin der „Gleichheit“, sei mit den Interessen der Sozialdemokratie unvereinbar?

Zetkin hatte von 1914 an – unbeeindruckt von den vom Parteivorstand herausgegebenen Warnungen an die Parteipresse<sup>12</sup>– die „Gleichheit“ weiterhin getreu ihrem internationalen Auftrag als Organ der sozialistischen Fraueninternationale gestaltet und eine sehr kritische Position gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie, den „Umlernern“, eingenommen. 1915 organisierte sie am Parteivorstand vorbei die Berner Frauenfriedenskonferenz und nahm sogar eine Haftstrafe für die Verteilung des dort entstandenen Flugblattes in Kauf. Hätte dem Parteivorstand also nicht ohnehin klar sein müssen, dass eine so prinzipientreue Genossin wie Clara Zetkin sich nicht ohne Weiteres auf einen nationalistischen Kurs würde einschwören lassen? Es gibt zwei Ebenen – eine formelle und eine informelle –, auf denen sich Zetkins Entlassung erklären lässt. Sie selbst schrieb in ihrem „Abschied von der Gleichheit“ (Anm. 6): „Auf dem Grunde der organisatorischen Formfragen, mit denen der Vorstand sein Vorgehen zu rechtfertigen sucht, liegt als Kern meiner Maßregelung der unüberbrückbare Gegensatz grundsätzlicher Ueberzeugung von dem, was seit Kriegsausbruch Pflicht und Ehre den Bekennern des internationalen Sozialismus gebieten.“

9 Siehe „Die Gleichheit“ vom 11.5.1917.

10 Klara Zetkins Abschied von der „Gleichheit“ (Anm. 6).

11 Ebenda.

12 Siehe Rundschreiben des SPD-Parteivorstandes vom 31.7.1914 an Redaktionen der Parteipresse, in: Protokoll des SPD-Parteiausschusses 1916, S. 37.

Ungeachtet jeder Opportunität und Parteilinie hatte sich die Führerin der proletarischen Frauenbewegung und Redakteurin der „Gleichheit“ weiterhin um eine internationale und damit antimilitaristische Gesinnung ihrer Leserinnen bemüht. So lag es in der Art der Umstände, dass jeder Anti-Kriegs-Artikel der „Gleichheit“ zugleich ein Anti-SPD-Artikel sein musste, und Zetkin verfasste diese – soweit es die Zensur durch die Militärbehörden zuließ – in ihrem „Abschied“ im gewohnt polemischen Stil: „Ich erkläre mich schuldig, dass die Gleichheit sich vom ersten Augenblick an, wo die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Grundsätze des Sozialismus als hinderlichen Ballast über Bord warf, in bewusstem Gegensatz zu der entsprechenden ‚Neuorientierung‘ gestellt hat. Ich erkläre mich schuldig, dass die Gleichheit die Mehrheitspolitik mit steigender Schärfe kritisiert und bekämpft hat – soweit Schärfe des geistigen Kampfes unter den heutigen Zuständen möglich ist –, je mehr meiner Ueberzeugung nach diese Politik von dem granitnen Felsen der sozialistischen Grundsätze abirrte und sich zwischen den wandelnden Dünen bürgerlicher Auffassungen verlor; [...]“

Die nationalistische Wende in der SPD-Politik, die Bewilligung der Kriegskredite und damit die Befürwortung des deutschen Kriegseintritts hatten für Zetkin als Sozialdemokratin 1914 ein abruptes Ende bedeutet. In ihrem persönlichen Zwiespalt zwischen Partei- und Gesinnungsdisziplin siegte die Gesinnung. Im „Abschied“ schrieb sie: „Mein Herr war und ist der gewaltige, zeit- und menscheitsumspannende Gedanke des internationalen Sozialismus. Ihm fühlte ich mich verantwortlich in jeder Minute meines Wirkens und vor einem strengeren Tribunal als jedem Parteitag: vor meinem Gewissen.“

Zetkin sah keine Alternative zu ihrem Handeln: „Würde ich anders gehandelt haben, so hätte ich meine Grundsätze als internationale Sozialistin verleugnen, meiner Vergangenheit, meinem Lebenswerk, meinem Wesen ins Gesicht schlagen müssen. Ich wäre mir unwürdig des Namens als Sozialistin erschienen, unwürdig des Vertrauens breiter proletarischer Massen und der führenden Stellung, die ich in der sozialistischen Arbeiterbewegung, namentlich aber in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung inne hatte.“ (Ebenda)

Indem Zetkin an dieser Stelle auf ihre offizielle Position als Sekretärin der sozialistischen Fraueninternationale verweist, stellt sich die Frage, ob ihr der Parteivorstand tatsächlich die Redaktion der „Gleichheit“ so einfach hatte entziehen dürfen – war doch „Die Gleichheit“ ein offizielles internationales Organ. Die Antwort ist schnell gegeben, denn „Die Gleichheit“ war seit 1901 offizielles Frauenorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und durch deren Parteikasse, nicht etwa durch die sozialistische Fraueninternationale, finanziert worden. Diese Abhängigkeit musste Zetkin auch in ihrem „Abschied“ bitter feststellen: „Allerdings: der Name der Gleichheit wird von dem Organ weitergeführt. [...] Also ermöglicht es das bürgerliche Eigentumsrecht, das damit die ‚Enteignung geistiger Arbeit‘ durch die brutale Geldgewalt besiegelt.“

Zetkins „Verbrechen“, dessen sie sich für schuldig erklärt hatte, war es aber nicht nur, den Krieg, den Burgfrieden und die SPD kritisiert zu haben. Sie hatte den „Gleichheit“-Leserinnen darüber hinaus neue politische Alternativen zur aktuellen Situation vorgestellt und sie zum aktiven Widerstand gegen die Kriegspolitik aufgerufen.

Die erste Alternative war eben jene USPD, die sich von einer oppositionellen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD zu einer neuen Partei entwickelt und im April 1917 konstituiert hatte. Für Zetkin war es kein Zufall, dass die „Austreibung der Redaktion“ der „Gleichheit“ durch die SPD gerade dann zur Tat wurde, als die Opposition sich „unter dem Gebot der Notwehr [...] organisatorisch zusammenschließen begann“ („Abschied“). Der Umstand, dass Zetkin nicht mehr ihre Parteimitgliedsbeiträge an die SPD zahlte, ja tatsächlich Mitglied der neuen Partei wurde, gab dem Parteivorstand die erwähnten „organisatorischen Formfragen“ in die Hand, die ihre Entlassung rechtfertigten.<sup>13</sup> Wenn auch der SPD-Vorstand ihr in seinem Entlassungsschreiben vorwerfen konnte, „die Redaktion der Gleichheit in den Dienst der neuen Partei“ gestellt zu haben, konnte er ihr jedoch nicht vorwerfen, den „Gleichheit“-Leserinnen *konkret* den Parteaustritt und die Mitgliedschaft in der USPD empfohlen zu haben, – auch wenn dies für jene aus den Artikeln herauszulesen war.

Die zweite Alternative präsentierte Zetkin den Leserinnen vor allem in Gestalt der Februarevolution 1917 in Russland, über deren Entwicklung sie in der ständig erscheinenden Rubrik „Für den Frieden“<sup>14</sup> informierte und über die sie in ihrem „Abschied“ schrieb: „Mitten unter uns ist die zu Fleisch und Blut verkörperte Geschichtsauffassung getreten, dass die Menschen die Geburtshelfer einer neuen Zeit sein können. Im Osten Europas ist der Tag angebrochen. Dort findet in schöpferischer Tat jener seine Macht, der gewaltiger als der waffenklirrende Imperialismus nicht den Tod bringt, sondern neues, höheres Leben: der Sozialismus.“

Eine solche revolutionäre Morgenröte sehnte Zetkin auch für das deutsche Proletariat herbei.

Wie standen nun die Leserinnen zu der konsequenten antimilitaristischen Haltung der „Gleichheit“? Eine Frage, die ebenso schwer zu beantworten ist wie die nach der Rezeption der „Gleichheit“ überhaupt. Selbst der SPD-Parteiausschuss war sich erstaunlicherweise nicht ganz einig darüber, ob er die allgemeine Wirkung der „Gleichheit“ auf die Leserinnen als sehr schwach oder aber als ungeheuer gefährlich einschätzen sollte.<sup>15</sup> Tatsächlich gab es Leserinnen, die die mehrheitssozialdemokratische Meinung in der „Gleichheit“ stärker vertreten wissen wollten und entsprechend empörte Leserbriefe an die „Gleichheit“-Redaktion schickten.<sup>16</sup> Manche hielten diese Leserinnenbriefe für „bestellte Arbeit“<sup>17</sup>, und

13 Siehe Protokoll des SPD-Parteiausschusses vom 18. und 19.4.1917, S. 21-22 (Anm. 8).

14 Diese Rubrik erschien regelmäßig seit Oktober 1914.

15 Siehe die bereits angeführten Parteiausschuss-Protokolle (Anm. 8).

vermutlich war dies auch Zetkins Meinung. Sie selbst wollte aber nur „aussprechen, was ist“, und so wurden auch diese Leserinnenbriefe in der „Gleichheit“ veröffentlicht – direkt neben denjenigen Zuschriften, die Zetkin und Zietz in ihrer Haltung unterstützten.<sup>18</sup>

Diese Kritik mancher Leserinnen und Zetkins USPD-Mitgliedschaft waren es, die es dem Parteivorstand ausreichend gerechtfertigt erscheinen ließen, Zetkin der „Gleichheit“-Redaktion zu entheben. Dies umso mehr, da seiner Meinung nach der Rückgang der Abonnementzahlen daraus resultierte. Der Parteivorstand und der Parteiausschuss sahen es mit dem Rückgang der Abonnements als erwiesen an, dass sich die Mehrheit der Leserinnen nicht mehr in der von Zetkin oppositionell geführten „Gleichheit“ wiedererkannte, sich also nicht gut von ihr vertreten fühlte. Doch ein Rückschluss von der Höhe der Abonnements auf die Haltung der Leserinnen würde meiner Meinung nach das Interesse der Mehrheit der „Gleichheit“-Leserinnen für Politik deutlich überschätzen – einen solchen bewussten Boykott hätten die meisten Abonentinnen nicht von sich aus durchgeführt.

So sah es auch Zetkin, die sich bereits vor ihrer Entlassung zu jenem Vorwurf, sie allein habe den Schwund der Abonnements zu verantworten, wie folgt geäußert hatte: „Er [der starke Rückgang des Abonnementsstandes] steht nicht nur in Zusammenhang mit dem erheblichen Verlust der Partei an weiblichen Mitgliedern; er ist nicht nur zum Teil auch eine Folge der drückenden wirtschaftlichen Not, die zum Sparen mit jedem Pfennig zwingt. Er ist mit darauf zurückzuführen, dass fast unmittelbar nach Kriegsausbruch mehrere große Gewerkschaften sich durch ihre finanziellen Verpflichtungen zu sozialer Fürsorge gezwungen sahen, die Verabfolgung der ‚Gleichheit‘ an ihre weiblichen Mitglieder einzustellen.“<sup>19</sup>

Der Krieg und die durch ihn bedingte schlechte Finanzlage der Arbeiterfamilien spielte von Beginn an eine entscheidende Rolle bei der Abwärtsentwicklung der Abonnementzahlen. Außerdem beklagte Zetkin die schädigende Konkurrenz durch die 1916 gegründete „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“<sup>20</sup> und schrieb: „Die Einengung des Leserkreises nahm naturnotwendig zu, als das ‚Gewerkschaftliche Frauenblatt‘ gegründet wurde.“<sup>21</sup> Doch nur die finanzielle Misere der

16 Siehe Elise Jensen: Für die Mehrheitspolitik, in: „Die Gleichheit“ vom 27.4.1917; Josephine Siloff: Gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“, in: „Die Gleichheit“, vom 13.4.1917.

17 Siehe Leipziger Volkszeitung, Nr. 284 vom 19.12.1916.

18 Siehe Olga Gerlinger: Für die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“, in: „Die Gleichheit“ vom 16.2.1917; Genossinnen in Harzburg, Bündheim und Schleweke: Gegen die Maßregelung der Genossin Zietz, in: „Die Gleichheit“ vom 13.4.1917; Stellungnahme der Königsberger Genossinnen zur Maßregelung der Genossin Zietz und zur Haltung der „Gleichheit“, in: „Die Gleichheit“ vom 27.4.1917.

19 Parteivorstand und Parteiausschuss gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“ (Anm. 8).

20 Diese wurde bald wegen einer zu hohen Kostenbelastung eingeschränkt und dann schließlich direkt nach der „Gleichheit“ 1923 eingestellt. Richebächer sieht darin eine wohl durchdachte Taktik, was aber m.E. nicht erklärt, warum die Gewerkschaften die Zeitschrift nicht bereits nach dem erfolgreichen Redaktionswechsel 1917 eingestellt hatten (siehe Sabine Richebächer: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Hamburg 1982, S. 286).

21 Parteivorstand und Parteiausschuss gegen die grundsätzliche Haltung der „Gleichheit“, S. 110.

Arbeiterhaushalte und der Parteiorganisationen und die Konkurrenz können den massiven Abonnementsverlust nicht ausreichend begründen. Zetkin sah ihn als Ergebnis einer „systematische[n] Hetz- und Wühlarbeit einflußreicher Genossen“. Einzelne Vereinsvorstände hätten das Obligatorium sogar eigenmächtig, d.h. über den Kopf der betroffenen weiblichen Mitglieder hinweg, aufgehoben.<sup>22</sup> Tatsächlich waren es demnach andere, die für die Leserinnen der „Gleichheit“ die Entscheidungen trafen und bewusst die „Gleichheit“-Abonnements in den Keller stürzen ließen.<sup>23</sup> Verschärft wurde diese Situation dadurch, dass zudem viele von Mehrheitssozialdemokraten geführte örtliche Parteiorganisationen ihre Hilfe bei der Verbreitung der „Gleichheit“ verweigerten. Diese Art von taktischer Sabotage ließ Zetkin schließlich in ihrem Abschiedsartikel schreiben: „Es war die Bedeutung und der Ruhm der Gleichheit, dass ihr Name mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch ein Programm war, über das niemand im unklaren sein konnte. Es wird ihre dauernde Ehre bleiben, dass sie diesem Programm treu im Kampfe gegen den Imperialismus gefallen ist, wenn auch nicht unter ‚offenem Hieb in offener Schlacht‘. Gefallen, nicht erlegen.“

Das Verhalten des Parteivorstandes war also nicht ganz so makellos und lediglich durch Formalia bedingt, wie er es erscheinen lassen wollte. Er hatte vor allem dahingehend nicht fair gekämpft, als er den Rückgang der „Gleichheit“-Abonnements allein Zetkin und ihrer politischen Überzeugung anlasten wollte. Tatsächlich gab es einen Zusammenhang, aber nicht in der Art und Weise, wie es der Parteivorstand die Öffentlichkeit glauben machen wollte. Wäre es eine bewusste Abkehr der Leserinnen gewesen, so hätte die Entlassung Zetkins den Abonnementschwund aufhalten müssen. Da der Rückgang aber nicht nur Resultat des Boykotts durch die Gewerkschaften, sondern vor allem eine Auswirkung der kriegsbedingten wirtschaftlichen Notsituation der Proletarierinnen war, sollte auch eine neue, parteilinientreue Redaktion zunächst kaum etwas daran ändern. Erst nach Ende des Krieges konnte sich die „neue“ „Gleichheit“ wieder erholen – und das auch nur marginal.<sup>24</sup>

Clara Zetkin verlor ihr Lebenswerk nicht „unverschuldet“. Obwohl des Risikos stets bewusst, konnte sie nicht anders handeln – dem „Sozialismus verpflichtet“, schrieb sie in ihrem „Abschied“. Sie war nun einmal Sozialdemokratin. Und auch angesichts ihrer zukünftigen Position innerhalb der USPD und später der KPD ist der Einschätzung Tânia Puschnerats zuzustimmen, dass Zetkin, auch als sie die Sozialdemokratie verließ, Sozialdemokratin blieb – „so wie sie die Sozialdemokratie verstanden hatte“<sup>25</sup> [hervorgehoben von mir]. Stellt sich nur immer wieder die Frage: Warum blieb angesichts der Nagelprobe des Ersten Weltkrieges die Sozialdemokratie nicht die, die sie vor diesem war?

22 Siehe ebenda.

23 „Die Gleichheit“-Abonnements während des Ersten Weltkrieges: 1914 = 124.000; 1915 = 46.500; 1916 = 35.500; 1917 = 19.000.

24 „Gleichheit“-Abonnements nach Ende des Krieges: 1918 = 28.000; 1919 = 33 000; 1920 = 13.000; 1921 = 25.000; 1922 = 33.000; 1923 = 22.000.

25 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin – Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie. Essen 2003, S. 74.

## Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe 1914-1918

Die Persönlichkeit Clara Zetkins ist in einigen Biographien – insbesondere im Vergleich zu Rosa Luxemburg – von den Historikern mit negativen Attributen versehen worden. So schreibt Peter Nettl in seiner Rosa Luxemburg Biographie von den „geistigen Grenzen Zetkins, deren politische Urteile emotional gefärbt und oft geradezu sentimental waren“.<sup>1</sup> Die Clara Zetkin Biographin Tânia Puschnerat bezeichnet sie als „marxistische Theoretikerin epigonalen Ranges“, die „trotz ihrer exponierten Positionen und ihres hohen Kaderranges ... im Unterschied zu Rosa Luxemburg und Karl Kautsky jedoch eher den Durchschnittstypus der linken Politikerin, den der Basis näheren Parteisolddaten (repräsentierte)“.<sup>2</sup> Demgegenüber hat Gilbert Badia wohl die ausgewogenste und differenzierteste Charakterisierung Clara Zetkins geliefert, indem er u. a. sowohl die eigenständige, entschiedene, prinzipientreue Haltung wie auch die argumentative, dialogbereite, in schwierigen Situationen den politischen Diskurs mit den politischen Freundinnen und Freunden suchende Vorgehensweise herausgestellt hat.<sup>3</sup> Diese Beurteilung Badias bestätigt sich, wenn man anhand einiger ihrer Briefe untersucht, auf welche Art und Weise sie in dem sich um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Leo Jogiches gebildeten politischen Freundeskreise, ab April 1915 Gruppe Internationale, ab Mitte 1916 Spartakusgruppe genannt, mitwirkte und Einfluss ausüben versuchte.

Als die Gruppierung um Rosa Luxemburg am Abend des 4. August 1914 ca. 300 Telegramme an linke Funktionäre schickte mit der Bitte, einer Protesterklärung gegen die Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion zuzustimmen, lehnte Clara Zetkin nach Beratung mit den linken Stuttgarter SPD-Funktionären Friedrich Westmeyer und Artur Crispian dies in einem Brief vom 5. August ab. Interessant ist ihr Hauptargument: „Wir müssen uns den breitesten Zusammenhang mit den Massen sichern. In der gegebenen Situation erscheint der Protest mehr als beau geste [schöne Geste] der Persönlichkeit wie als politische Aktion....Es ist berechtigt und schön zu sagen: alles verloren, außer der Ehre. Wenn ich meinem Empfinden folgen wollte, so hätte ich mit tausend Freuden ein Ja telegraphiert. Aber wir müssen jetzt mehr als je kühl denken und handeln.“<sup>4</sup>

1 Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln, Berlin 1965, S. 443.

2 Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Ein Biographie, Essen 2003.

3 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 289.

4 Clara Zetkin an Rosa Luxemburg und Franz Mehring, 5.8.1914, in: Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse, Berlin 1957, S. 97f., Zitat: S. 98.

Trotz der Veröffentlichung dieses Briefes durch Jürgen Kuczynski im Jahre 1957 wird diese Stellungnahme Zetkins sowohl in den Biographien über Rosa Luxemburg von Peter Nettl (1967) und von Annelies Laschitzka (1996) nicht erwähnt, sondern der Bericht von Hugo Eberlein mit der irrtümlichen Angabe wiedergegeben, Clara Zetkin hätte als einzige Angeschriebene ihre Zustimmung zur Protesterklärung geschickt.<sup>5</sup> In den Clara Zetkin-Biographien wird das Schreiben vom 5. August 1914 nicht nur von Luise Dornemann,<sup>6</sup> sondern erstaunlicherweise auch von Badia und Puschnerat vollständig übergangen, obwohl Zetkins Brief außer bei Kuczynski auch in Darstellungen zur Geschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg von Fritz Klein (1968) bzw. zur Vor- und Gründungsgeschichte der KPD von Heinz Wohlgemuth (1968) zitiert bzw. erwähnt wird.<sup>7</sup>

Doch schon in den folgenden ersten Kriegsmonaten beteiligte sich Clara Zetkin wieder an zwei öffentlichen Aktionen des Luxemburg-Kreises: Mitte September 1914 an einer gemeinsamen Erklärung in sozialistischen Zeitungen des neutralen Auslandes, unterzeichnet von R. Luxemburg, K. Liebknecht, F. Mehring sowie Zetkin, und Ende Dezember 1914 an getrennten Schreiben dieser vier Linken zum Jahreswechsel an die englische Parteizeitung „Labour Leader“, jeweils mit einer – wegen des Belagerungszustandes vorsichtig formulierten – Distanzierung von der Politik der SPD-Parteiführung.<sup>8</sup>

Vor allem nutzte Clara Zetkin ihre Positionen als Chefredakteurin der „Gleichheit“ und als Sekretärin des Frauensekretariats der Sozialistischen Internationale für eine Propagierung der linken Positionen. Trotz Zensur agitierte sie in der „Gleichheit“ gegen die Burgfriedenspolitik der SPD-Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes und organisierte unter den schwierigen Kriegsbedingungen trotz des Widerstandes der Parteiführungen eine internationale sozialistische Frauenkonferenz. Die 25 Sozialistinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Italien, den Niederlanden, Polen, Russland und der Schweiz verabschiedeten auf der Tagung in Bern vom 26. bis 28. März 1915 nach teils kontroverser Debatte eine Erklärung zur Lage in der internationalen Arbeiterbewegung auf der Basis der Vorkriegsbeschlüsse der Sozialistischen Internationale und ein Friedensmanifest.<sup>9</sup> Damit war Dank der Initiative Clara Zetkins zum ersten Mal nach Kriegsausbruch ein internationales Treffen der Sozialdemokratie zustande gekommen, das auch Vertreterinnen der sich bekämpfenden Staaten einschloss, die sich zu einem ge-

5 Siehe Hugo Eberlein: Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914, in: UTOPIE kreativ, Berlin, H. 174, April 2005, S. 355-362, hier S. 357/358.

6 Siehe Luise Dornemann: Clara Zetkin. Leben und Wirken, Berlin 1979.

7 Siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin 1968, S. 460; Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1914 bis 1918. Überblick, Berlin 1968, S. 48.

8 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Juli 1914-Oktober 1917, Berlin 1958, S. 31, S. 77-84.

9 Badia: Clara Zetkin, S. 141-145. Zu Einzelheiten der Berner Konferenz: siehe den Beitrag von Eckhard Müller in diesem Band.



meinsamen Bekenntnis zur Politik der Sozialistischen Internationale zusammenfanden und einen an alle Arbeiterinnen der kriegführenden Staaten gerichteten Friedensappell beschlossen.

In der bisherigen Forschung nicht erwähnt wurde Clara Zetkins Rolle als „Mutmacherin“ bei der Führung des Luxemburg-Kreises, z. B. im März 1915, als von dieser Gruppierung die Vorbereitung für eine linksradikale theoretische Zeitschrift „Die Internationale“ schon weit gediehen war, aber durch die Einberufung Liebknechts als Armierungssoldat am 7. Februar und die Verhaftung Luxemburgs am 18. Februar 1915 stark beeinträchtigt worden war. Wie Zetkin am 13. März 1915 an Robert Grimm, den Redakteur der linken „Berner Tagwacht“, schrieb,<sup>10</sup> nahm sie trotz Krankheit auf ihrem Weg nach Holland den Umweg über Berlin. „Es erwies sich, dass meine Anwesenheit in B[erlin] sehr nützlich war. Einmal, um genaue Information zu erhalten, dann, um das Bedrücktsein schneller zu überwinden. Ich vertrat die Auffassung, dass wir durch R[osa]s Verhaftung keinen unserer Pläne zerschmettern lassen durften. Gewiss wird ohne Rosa vieles weniger glänzend und schneidig sein, jedoch die Hauptsache bleibt, dass es gemacht wird. Unsere Losung muss sein: Nun erst recht! Besonders für Franz [Mehring] tat solche Entschlossenheit gut. Er hielt schon die ganze Zeitschrift [Die Internationale] für verloren.“

Zetkin informierte Grimm, dass am 14. März eine Konferenz der Opposition in Berlin zur Errichtung einer „Zentralstelle zur raschen und zuverlässigen Information“ stattfinden solle, um „einen inneren Zusammenhalt zwischen den Genossen der verschiedenen Bezirke herbeizuführen, bei Vermeidung des Scheins, dass eine Sonderorganisation bestünde ... , weil die Massen eine solche Zersplitterung nicht verstehen werden“. Dabei setzte sich Zetkin für eine programmatische Zusammenfassung der Opposition ein mit einem einzigen Programmpunkt: „kämpfen für den Frieden, um die Kräfte des Proletariats wieder für den internationalen Klassenkampf frei zu setzen“.

Die Opposition in solchen Städten und Regionen wie Dresden, Hamburg, Niederrhein mit Düsseldorf dränge auf eine Zusammenfassung der Kräfte. Auch in Berlin wachse die Opposition in den Wahlkreisorganisationen. Zetkin lehnte unklare Positionen ab. „Es darf keine Verkleisterung und Vertuschung geben, wie sie so manches sanftlebende Fleisch gern hätte.“

Dieser Brief zeigt, wie Clara Zetkin, zu einer Zeit, als ihre Kräfte dazu noch reichten, schnell und situationsgerecht die Initiative ergriff, wie sie realistisch, entschieden und zugleich prinzipientreu die Lage beurteilte und entsprechend politisch handelte.

Obwohl Clara Zetkin im weit entfernten Stuttgart wohnte und arbeitete, hatte sie häufige briefliche und persönliche Kontakte zu ihrer Freundin Rosa Luxemburg und zu den weiteren engeren Gesinnungsgenossen dieses Kreises in Berlin,

10 Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Sammlung Robert Grimm, Supplement I, Mappe N-Z, unp. Dieser Brief liegt m. W. bisher nicht gedruckt vor.

wohnte bei ihren Aufenthalten in der Reichshauptstadt bei Parteisitzungen (hauptsächlich der Kontrollkommission) stets bei Rosa, wie diese sie auch mehrfach in Stuttgart besuchte. Zuletzt besuchte Clara im Mai 1915 zusammen mit Mathilde Jacob Rosa im Berliner Gefängnis. Anfang Juni 1916 konnten sich die beiden Freundinnen bei einem mehrtägigen Besuch Rosas in Stuttgart zum letzten Mal persönlich austauschen.

Ab Ende Juli 1915 war Clara Zetkin für 2½ Monate inhaftiert und danach wegen der daraus resultierenden dauerhaften gesundheitlichen Schwächung in den Folgejahren in ihren Wirkungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigt. In den Briefen Rosa Luxemburgs kommt während der Kriegs- und Revolutionszeit wiederholt die starke Besorgnis über den schlechten Gesundheitszustand Clara Zetkins zum Ausdruck.<sup>11</sup> Dass dies eine reale Grundlage hatte, zeigen acht ärztliche Gutachten aus den Jahren 1916 bis 1918 in den Untersuchungsakten des Verfahrens gegen Clara Zetkin u. a., worin immer wieder die Verhandlungsunfähigkeit Zetkins wegen schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigung bescheinigt wird.<sup>12</sup> Reisen nach Berlin waren ihr daher in diesen Jahren bis März 1919 nicht mehr möglich. Nachdem ab Sommer 1916 viele führende Spartakusmitglieder zeitweilig oder sogar bis Kriegsende inhaftiert oder zur Armee eingezogen und die verbleibenden Zentrale-Mitglieder vollständig überlastet waren, kam ein ausführlicher offener politischer Gedankenaustausch mit Clara Zetkin über die nächsten Jahre – zumindest bis Frühjahr 1918, wahrscheinlich aber bis November 1918 – nicht mehr zustande. In ihren Briefen an Mathilde Jacob, die sie in regelmäßigen Schreiben, wegen der Briefzensur meist in einer konspirativen Tarnsprache, über die politische Sicht der Spartakusführung wenigstens andeutungsweise zu informieren versuchte, bat Zetkin immer wieder – vergeblich – um politische Stellungnahmen des Leiters der Spartakusgruppe Leo Jogiches.<sup>13</sup> Obwohl sie gelegentlich von Helfern und Sympathisanten der Spartakusgruppe aus Berlin wie Sophie Liebknecht, Martha Rosenbaum und Eduard Fuchs besucht wurde, die Botschaften und unzensurierte Briefe vermittelten, fühlte sich Clara Zetkin im starken Maße isoliert.

Doch als sie im Sommer 1917 die Haltung der Spartakusführung zur Boykottierung einer internationalen sozialdemokratischen Friedenskonferenz in Stockholm vollständig missbilligte, nutzte sie die Gelegenheit, durch eine Vertrauensperson ihre Stellungnahme mit einem Schreiben vom 1. Juli 1917 an Franz Mehring nach Berlin mitzuschicken, um damit Einfluss auf die anderen Spartakusführer auszuüben.<sup>14</sup> Sie kritisierte die Haltung der Spartakusführung, an die-

11 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion: Annelies Laschitza/Günther Radczun, Berlin 1984, S. 116 (30. April 1916), S. 128 (3. Juli 1916), S. 415 (14.11.1918), S. 419 (24. November 1918).

12 Russländisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte [RGASPI], Moskau, Fonds 528, Verzeichnis 2, Akte 360, Bl. 198, 199, 216 f., 218, 228, 251, 253; ebenda, Akte 362, Bl. 40 f., 43.

13 Siehe Ottokar Luban: Die „innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen“. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Jg. 29 (1993), H. 4, S. 434-436.

ser Konferenz auf keinen Fall teilzunehmen. Sie erwarte nichts von den Verhandlungen der Sozialdemokraten verschiedener Länder in der Art der Mehrheitssozialdemokraten bzw. der Unabhängigen. Dennoch hätten die Spartakusdelegierten eine wichtige Aufgabe. „Unsere Vertreter müssten ... der Opposition grundsätzliche Klarheit und Wucht geben, ihre Richtung & Ziel festhalten, ihr Rückgrat sein... Wir müssen klären & vorantreiben, die ‚reinliche Scheidung‘ zum inneren Abschluss bringen. Nicht wegen der Führenden oder richtiger: der Geschobenen. Nein, gewiss nicht! Sondern wegen der Massen, die mit den modernen Umlernern oder mit den zahmen Oppositionellen gehen. Lediglich auf die muss es uns ankommen, wenn wir politisch kämpfen & nicht propagieren wollen... Ich finde, unsere [Spartakus-]Freunde begehen den alten Fehler weiter, dem wir unsere bittere Erfahrung & Enttäuschung verdanken. Sie rechnen nicht mit der Psyche der Arbeitermassen, namentlich der deutschen Arbeitermassen, & diese Psyche ist auch ein geschichtlicher Faktor ... Die Ereignisse haben bewiesen, dass der Deutsche das passivste, unpolitischste aller ‚sozialen Tiere‘ ist... Aber gerade weil dem so ist, müssen wir mit einer langsamen, schmerzlichen Aufklärungs- & Erziehungsarbeit rechnen ... Je kleiner noch unsere Zahl & je geringer unsere Mittel, umso notwendiger, dass wir jede Gelegenheit nützen, um zu den Massen zu reden. Ich spreche gern von einer guten, sauberen Tribüne, womöglich rot drapiert, mit Tannengrün geschmückt. Aber der Ort macht nicht das Wort. Wenn es nicht anders sein kann, dann steige ich auf einen Misthaufen und harangiere [Rede halten] die Leute von dort.“<sup>15</sup> Diese Worte Clara Zetkins sprechen für sich und benötigen keine Erläuterung. Ob sie darauf eine Antwort erhalten hat, ist nicht bekannt. Aber Jogiches und Luxemburg blieben bei ihrer Position, an der „großen“ Stockholmer Konferenz nicht teilzunehmen. Da die Konferenz nicht zustandekam, spielte diese Ablehnung nicht die geringste Rolle in der weiteren Diskussion. Dagegen beteiligte sich die Spartakusgruppe Anfang September 1917 mit 2 Delegierten (Käte Duncker und Eduard Fuchs) an der 3. Konferenz der Zimmerwalder Bewegung in Stockholm.

Ihre Eigenständigkeit bewies Clara Zetkin auch in ihrer Haltung zur Politik der bolschewistischen Regierung in Russland. In einer ausführlichen Stellungnahme an eine interne USPD-Reichskonferenz, die am 11. und 12. September 1918 in Berlin stattfand, äußerte sie einerseits ihre persönliche, subjektive Ablehnung der Repressionspolitik der bolschewistischen Regierung, rechtfertigte aber andererseits die Maßnahmen der bolschewistischen Genossen – auch den „Massenterror“ – mit den besonderen Schwierigkeiten im revolutionären Russland.<sup>16</sup> Dagegen lehnten

14 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde [SAPMO], NY 4005, Nr.90, Bl. 27-34 (Kopie vom Original), Bl. 21-26 (Klarschrift). Die folgenden Angaben nach der Klarschrift.

15 Ebenda, Bl. 24-26.

16 Siehe Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden, und Briefe, Redaktion: Katja Haferkorn, Berlin 1977, S. 75-115, hier: S. 93 f., S. 97 f., S. 101; Bericht des Vertreters der Bolschewiki Stutschka über die Konferenz, in: Prawda, Nr. 255, 24.11.1918, S. 1, Sp. 4-7; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1975, S. 41.

nicht nur Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, sondern auch weitere Mitglieder der Spartakusführung die Anwendung und Propagierung des revolutionären Terrors durch die bolschewistische Regierung ab, wie die Sekretärin der Internationalen Sozialistischen Kommission der Zimmerwalder Bewegung Angelica Balabanowa nach einem Besuch in Berlin Mitte Oktober 1918 nach Moskau berichtete.<sup>17</sup>

Bei der Trennung der Spartakusgruppe von der USPD und der Gründung einer linksradikalen Partei spielte für Clara Zetkin nach dem 9. November 1918 nach wie vor die Aufrechterhaltung der Verbindung zu den Massen die entscheidende Rolle. Im Brief vom 17. November 1918 an Rosa Luxemburg machte sie trotz des ehrlichen Wunsches nach einem intensiven Gedankenaustausch deutlich, dass sie ggf. auch eine Trennung von Rosa Luxemburg und den anderen Spartakusführern hätte in Kauf nehmen müssen, wenn diese sich zu einer sofortigen Parteigründung entschlossen hätten, wie dies August Thalheimer und Fritz Rück ihr irrtümlich gemeldet hatten. Zetkin präzisierte gegenüber Luxemburg ihren Standpunkt: „Die Aufgabe der Internationalen [Spartakusgruppe] ist es, die Massen voranzutreiben zu grundsätzlicher Erkenntnis und revolutionärer Kühnheit. Mit der USP[D], soweit diese revolutionär auftritt, ohne sie und gegen sie, wenn sie darauf verzichtet... Möglich, sogar wahrscheinlich, dass die Trennung unvermeidlich wird. Aber dann sollen wir sie vollziehen unter den Umständen, die unserer Einwirkung auf die Massen am günstigsten sind, Umstände, die die Trennung aus einer Frage mehr oder minder großer Organisationen zur Sache größerer proletarischer Massen machen würden... wir würden uns [im Falle einer sofortigen Trennung] bei unserer notorischen Schwäche an führenden Menschen und Mitteln den Zugang zu den Massen erheblich erschweren... So bin ich der Ansicht, dass wir mit unbeugsamer grundsätzlicher Kritik zunächst in der USP[D] bleiben.“<sup>18</sup> Charakteristisch für Zetkins Argumentation ist ihre Auffassung, die sich wie ein roter Faden durch alle ihre Briefe zieht, dass von dem jeweiligen politischen Bewusstseinsstand der proletarischen Massen ausgegangen werden muss, dass die Führung zu den Massen nicht verloren gehen darf und dass eine wahrscheinlich lang andauernde schwierige Aufklärung und Erziehung zum Sozialismus erforderlich sein wird.

In Bezug auf die Parteigründung teilten Rosa Luxemburg und die Spartakusführung Ende November, Anfang Dezember 1918 noch Clara Zetkins Meinung. Aber kurz vor Weihnachten 1918 entschloss sich die Zentrale des Spartakusbundes – wenn auch halbherzig und noch leicht schwankend – zur Gründung einer eigenen linkssozialistischen Partei. Offensichtlich ist Clara Zetkin über diesen Entschluss nicht vor der Gründungskonferenz informiert worden. Denn der Stuttgarter Teilnehmer des KPD-Gründungsparteitages Jacob Walcher erinnerte

17 Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], Nr. 36/2006, S. 115-125, hier: S. 121.

18 Clara Zetkin an Rosa Luxemburg, 17.11.1918, in: Hermann Weber: Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin, in: Archiv für Sozialgeschichte, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, XI. Bd./1971, S. 433.

sich später: „Sie war mit Rosa und Leo der Meinung, dass die Gründung der KPD erst nach dem USPD-PT. [Parteitag] stattfinden solle. Aus Verärgerung über die Wahl des ungünstigen Zeitpunktes hielt sie sich formal einige Zeit fern. In der Sache war sie natürlich stets mit allen Gn. [Genossen] prinzipiell einig.“<sup>19</sup> Walchers Aussage im letzten Satz muss insofern relativiert werden, als Zetkin in einem Brief von Anfang Januar 1919, der nicht erhalten geblieben ist und sich nur aus Luxemburgs Antwortschreiben vom 11. Januar 1919 erschließt, sowohl den Zeitpunkt wie den Verlauf und die Ergebnisse der Gründungskonferenz schwer kritisiert haben muss.<sup>20</sup>

Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 ließ diese Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund treten. Doch schloss sich Zetkin nicht der Ende Januar 1919 sich aus Teilen der lokalen USPD neu konstituierenden KPD-Gruppe in Stuttgart an, sondern verblieb in der USPD und wurde auf der Liste dieser Partei am 12. Januar 1919 in den Landtag von Württemberg gewählt.<sup>21</sup> Aber bereits am 29. Januar 1919 erklärte sie in einem Brief an Mathilde Jacob, dass sie sich auf dem nächsten USPD-Reichsparteitag von dieser Partei lossagen werde.<sup>22</sup> Diesen Entschluss verwirklichte Clara Zetkin Anfang März auf dem Parteitag in Berlin, als sie in einer programmatischen Rede ihre Trennung von der Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie verkündete. Ob – wie verschiedentlich in der Sekundärliteratur ohne Anführung jeglichen Belegs angegeben<sup>23</sup> – dieses zweimonatige Verbleiben in der USPD in Absprache mit Leo Jogiches geschah, der die Führung der KPD nach der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts übernahm, lässt sich aus den vorhandenen zeitgenössischen Quellen nicht belegen, liegt aber durchaus nahe, da Jogiches wie Zetkin die KPD-Gründung für verfrüht hielt.<sup>24</sup>

Es bleibt die Frage, ob Zetkin bei einem Umzug aus Stuttgart nach Berlin, den sie insbesondere nach dem 9. November 1918 mehrfach in Erwägung gezogen hatte, aber wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht realisieren konnte, größeren Einfluss auf die Entscheidungen der Spartakusführung hätte ausüben können, und zwar sowohl in Bezug auf die Haltung zur Politik der Bolschewiki wie auch in der Frage einer linkssozialistischen Parteigründung. Darüber kann nur spekuliert werden.

19 SAPMO, NY 4127, Nr. 68, Bl. 269 (Brief Jacob Walchers an Karl Bittel vom 9.3.1966).

20 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, S. 426-427.

21 Siehe Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit einig zu bleiben, Esslingen 1983, S. 200, S. 208.

22 Siehe SAPMO, NY 4005, Nr.79, Bl. 25 (Klarschrift).

23 Siehe Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II. Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 1960, S. XIII (Einleitung); Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S. 110; Puschnerat: Clara Zetkin, S. 211.

24 Siehe Clara Zetkin an Lenin, 25.1.1921, in: Ruth Stoljarowa/Peter Schmalfuß (Hrsg.): Briefe Deutscher an Lenin, 1917-1923. Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung im Briefwechsel mit Lenin. Mit einem Anhang, Berlin 1990, S. 213; Einleitung von Hermann Weber, in: Hermann Weber: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993, S. 34.

HARTMUT HENICKE

## **Clara Zetkin: „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“.**

### **Theoretisch-methodische Anmerkungen**

Arbeiterbewegungsgeschichte wird von der offiziösen akademischen Geschichtsschreibung größtenteils ignoriert. Dies ist aus ideologischer Sicht verständlich, nicht nur weil das kommunistische Gesellschaftsmodell historisch versagt hat, sondern auch die Begriffe Sozialismus/Kommunismus diskreditiert hat. Dessen ungeachtet vermittelt die Geschichte der Arbeiterbewegung und deren Geschichtsschreibung nicht nur unverzichtbare Erfahrungen, sondern darüber hinaus auch wichtige noch nicht aufgearbeitete Erkenntnisse zur Ökonomie-, Sozial-, Politik-, Ideologie- und Kulturgeschichte von aktuellem strategischen Wert. Auch wenn der heutige Geschichtsrevisionismus mit Vehemenz jeder revolutionären Tradition gestalterisches Potential absprechen will,<sup>1</sup> wird sich deshalb seriöse Wissenschaft künftig wieder daran erinnern, dass die Antworten der sozialistischen Bewegung auf die Grundfragen der Zeit nicht ignoriert werden können. Sozialismus als Bewegung und Theorie war, ist und bleibt Bestandteil der gesellschaftlichen Realität, solange seine Voraussetzung, die Ökonomie des Kapitalismus, existiert.

Clara Zetkin ist in mehrfacher Hinsicht von Erkenntnisinteresse für die historische Bewertung der Arbeiterbewegungsgeschichte. Sie war Teil des engeren Führungszirkels der deutschen Linken. Sie war die engste Freundin Rosa Luxemburgs und gehörte zu deren Nachlassverwaltern. Sie war die graue Eminenz der Stuttgarter Linken, eines der wichtigsten linken Zentren Deutschlands (1907-1919). Sie war jene der „alten Garde“ der marxistisch orientierten Sozialdemokraten und deutschen Linken, die die Bewegung im letzten und ersten Drittel des 19. und 20. Jahrhundert mitgeprägt hat. Und so hat sie auch das Ergebnis der Weltkriegsrevolution in Russland und Deutschland mehr als eine Dekade miterlebt und bewertet.

Gegen Ende der Nachkriegskrise, als sich der große Traum von der Weltrevolution als Illusion erwies, griff Clara Zetkin 1922 mit ihrer Streitschrift „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“<sup>2</sup> in eine Auseinandersetzung ein, die bis heute die Diskussion beherrscht. Bei aufmerksamer Betrachtung dieser Diskussion fällt auf, dass sie nur im Bereich des politischen Überbaus Erscheinungen des Problems spiegelt und die Auseinandersetzung um dessen sozialökonomisches Wesen anderen Wissenschaftsdisziplinen überlässt. So wird immer

1 Siehe Domenico Losurdo: Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen, Köln 2007.

2 Siehe Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922.

wieder zwischen einem demokratischen menschlichen und einem autoritären dogmatischen Kommunismus unterschieden. Diese Unterscheidung wird auch auf die Exponenten dieser beiden wahrgenommenen ideologischen Richtungen Rosa Luxemburg und Lenin übertragen. Und je nach politischem Bedürfnis wird dann die Schublade der roten Rosa oder die der andersdenkenden Freiheitsgöttin gezogen. Und hinsichtlich der Person Lenins wird darüber debattiert, ob er der Steigbügelhalter Stalins war<sup>3</sup> oder der hehre Bolschewik, dessen Tragik am Ende seines Lebens in der Erkenntnis seines Scheiterns lag.<sup>4</sup>

Inzwischen ist jedoch auch unter Linken unstrittig, dass der Oktoberrevolution nicht mehr der Charakter einer Leitrevolution wie der französischen von 1789 zugesprochen werden kann.<sup>5</sup> Demgegenüber bleibt sogar im bürgerlichen Lager immerhin ihr Charakter als Modell nachholender Modernisierung zumindest im 20. Jahrhundert ebenso unbestritten.<sup>6</sup> Unter diesem Blickwinkel verdient nicht zuletzt auch die Rezeption Rosa Luxemburgs in Asien, insbesondere in China Aufmerksamkeit.<sup>7</sup> Denn die Mutation einer kommunistisch geführten Volksrevolution über eine zunächst parteidiktatorisch gelenkte staats- und privatkapitalistische Ökonomie mit anschließender langer opferreicher voluntaristischer Periode hin zum autoritär gestalteten Staats- und Privatkapitalismus ist ein Modernisierungszyklus, den Russland, abgesehen von der letzten Phase, als Modell vorgegeben hat.

Die aktuelle, von ihrem Beginn im Europa der Weltkriegsrevolutionen in Raum und Zeit weit entfernte Diskussion hat inhaltlich mit der frühen Auseinandersetzung um die Revolution in Russland ein gemeinsames Thema – den Anschluss spätindustrialisierter Gesellschaften mit vorkapitalistischen Strukturen an das bestimmende technologische Niveau und die Demokratisierung der Gesellschaft, so wie sie von den dominierenden politischen Gestaltungskräften verstanden wird. Seit Kolumbus fand die Menschheit dafür keinen anderen Weg als Kolonialismus und seit Peter dem Großen autoritäre Gewalt. Insofern dürften Politik und Wissenschaft diese Frage im 21. Jahrhundert noch stärker beschäftigen als im letzten. Aus diesem Grunde verdienen die theoretisch-methodischen Aspekte der Auseinandersetzungen um das unvollendete Manuskript von Rosa Luxemburg und um deren Revolutionserfahrungen nach wie vor die größte Aufmerksamkeit. Denn wie in den Jahren 1917 bis 1922/23 ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts die

3 Siehe Hélène Carrère d'Encausse: Lenin, München-Zürich 2000; Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2000.

4 Siehe Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001; Tilman Spengler (Hrsg.): Lenins letzte Tage. Eine Rekonstruktion von Alexej Chanjutin und Boris Rawdin, Berlin 1994.

5 Siehe Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Herausgegeben, eingeleitet kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz, Berlin 1997.

6 Siehe Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa. In einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. 1990, 1992, S. 57-64.

7 Siehe Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs, Berlin 1998, S. 103-117; Narihiko Ito/Theodor Bergmann/Stefan Hochstadt/Ottokar Luban (Hrsg.): China entdeckt Rosa Luxemburg, Berlin 2006.

Frage nach den politischen und ökonomischen Strukturen, in denen die Modernisierung tradierter Gesellschaften ohne den historischen Hintergrund der früh industrialisierten Staaten erfolgen soll, von größtem Interesse. Und nicht weniger Unsicherheit als zu Beginn der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Bewegung herrschte, bewegt heute Ökonomen, Soziologen und Historiker bei der Einschätzung des chinesischen Modernisierungsweges.

Aber auch der sich profilierende südamerikanische Indiosozialismus sowie die Widersprüche und Konflikte des afrikanischen Weges in die Zukunft seit dem Zusammenbruch des Kolonialsystems werfen Fragen auf, die bereits mit dem ersten Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution erstmals und seit dem immer wieder in der Praxis gestellt wurden. Alle diese Fragen lassen sich auf einen Nenner bringen: Wie viel Kapitalismus mit allen politischen und sozialen Negativfolgen ist notwendig, um die vorkapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart in sozial gerechte, demokratisch organisierte und ökologisch arbeitsteilig global wirtschaftende soziale Systeme überzuführen, und wie viel Diktatur ist notwendig, um diesen Kapitalismus zu bändigen? Aus dieser Frage lassen sich gleichwohl ihre scheinbar moralischen und ideologischen Aspekte extrahieren, so dass diese Frage am Ende auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie und nach dem Primat reduziert werden kann. Denn gemessen am neoliberalen globalen Turbokapitalismus kann Sozialismus nichts anderes bedeuten, als die rationale Gestaltung der Ökonomie im Interesse von Mensch und Natur und nicht im Interesse einer zahlenmäßigen Minderheit, deren Reichtum ökonomisch sinnlos geworden ist.

### **Ideologisches Schisma als Reflex sozial-ökonomischer Transformationsprozesse**

Ideologische, politische und organisatorische Strukturen sind Ausdruck der subjektiven Spiegelung der Realität und des Willens, diese Realität im Interesse von sozialen Gruppen, Klassen zu gestalten. Dabei entstehende Gegensätze und Konflikte wurzeln in unterschiedlichen Interessen und Optionen. Und welches Interesse oder welche Handlungsoption am Ende der historischen Notwendigkeit entspricht, kann immer erst retrospektiv beurteilt werden. Das gilt auch für die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts mit ihren Richtungskämpfen. Diese sind der markanteste Ausdruck für die historische Notwendigkeit, Konsequenzen aus der über die nationalen Grenzen hinaus gewachsenen Ökonomie des Kapitalismus zu ziehen. Weltkrieg, Revolution und Diktatur in der Dimension des 20. Jahrhunderts sind soziale Erscheinungen, die ein organisches Ganzes bilden und auf die ökonomischen Sachzwänge des imperialistischen Kapitalismus zurückgehen. Die Konzepte der verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, einen Ausweg aus diesen Sachzwängen zu finden, entsprangen keinen illusionären Uto-



pien, sondern wurzelten in den Realitäten der Zeit. Sie waren rationale Alternativen zur Politik der Herrschenden und zur Wirtschaftsweise der Unternehmerklasse.

Die Linke mag, wie Ernst Nolte meint, eine anthropologische Größe in der Geschichte sein<sup>8</sup>, deren Pendant, der Staat, nur im Falle seiner Schwäche gegenüber der Linken von den Rechten<sup>9</sup> gestützt wird. Doch die Linke des 20. Jahrhunderts war alles andere als eine anthropologische Größe. Sie war der subjektive Träger eines Modernisierungskonzepts, dessen Realisierungschancen, zumindest was seine materielle Grundlage anbelangte, eine tatsächliche Alternative war. Und weil dem so war und weil sich tradierte Vorstellungen in der eigenen sozialen und politischen Bewegung zugunsten des Beharrungskonzepts der Rechten kanalisieren ließen, konnten sich die Linken nicht durchsetzen. Doch ihr Versuch, unter den historischen Verhältnissen der Weltkriegsrevolution diese Alternative zu realisieren, ist als Lösungsansatz für die Probleme des 20. Jahrhunderts nicht uninteressant. Man kann in diesem Zusammenhang zu Beginn des 21. Jahrhunderts getrost auf Begriffe wie Sozialismus oder Kommunismus verzichten, wenn man den rationalen Kern linker Politik und Ökonomieangebote beschreiben will. Und selbst der Begriff Revolution, so sehr er im Gegensatz zum Begriff Krieg als antiquiert erscheint, muss nicht inflationär gebraucht werden, wenn es gilt, das Konzept der Linken zu verstehen. Denn zeitgenössische Begriffe der politischen und ideologischen Auseinandersetzung definieren noch nicht den tatsächlichen sozialen Charakter revolutionärer Politik. Und die Usurpation der Macht durch Kommunisten bedeutet noch keine proletarische Revolution auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die im Marx'schen Sinne Sozialismus werden sollte. Auch Kommunisten waren das 20. Jahrhundert hindurch nicht davor gefeit, sich ein falsches Bild von sich selbst zu machen. Das gilt insbesondere auch für die historische Bewertung der Oktoberrevolution in Russland.

Die Fundamentalkritik Paul Levis an der Entwicklung der bolschewistischen Revolution nach dem Scheitern der Weltrevolution unter Berufung auf Rosa Luxemburgs Breslauer Manuskript zur Russischen Revolution bildete nicht nur den Auftakt einer Diskussion über die Perspektiven der proletarischen Revolution in Russland und generell. Sie war auch Ausgangspunkt neuer Differenzierungs- und Spaltungsprozesse innerhalb der kommunistischen Bewegung, die den Charakter eines neuen großen Schismas innerhalb der Arbeiterbewegung annahmen. Die von Rosa Luxemburg in ihrem Breslauer Manuskript angeführten Sachzwänge, die die Revolutionspolitik der Bolschewiki bestimmten und von ihr in ihrer Konsequenz als revolutionsgefährdend charakterisiert wurden (Agrarpolitik, Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Brester Frieden, Diktatur), waren in ihrem Wesen auch nach dem Bürgerkrieg und dem Sieg über die Invasionstruppen nicht beseitigt.

Die von Paul Levi mit Recht kritisierte Putschtaktik eines maßgebenden Teils der KI-Führung war ein Ausdruck des Zwanges, den notwendigen internationalen

8 Siehe Ernst Nolte: Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler, München 2006, S. 251.

9 Siehe ebenda, S. 268.

Charakter der Revolution in Russland zu sichern. Und auch die NÖP war der Unmöglichkeit geschuldet, die sozialistische Revolution in einem von Krieg und Bürgerkrieg ausgebluteten Agrarland zu gestalten. Russlands ökonomisches Problem war nicht der Kapitalismus, sondern dessen Unreife. Diese Dialektik hatte Paul Levi in ihrer Komplexität nicht begriffen. Dennoch lag seine Kritik an der NÖP, an der Außenpolitik der von Moskau gesteuerten KI und seine Warnung vor der subjektiven Unreife des russischen Volkes für eine von den Bolschewiki geprägte Räterediktatur/-demokratie auf der gleichen Linie, wie die einstigen Warnungen Rosa Luxemburgs vor der Deformation dieser Revolution im Falle ihrer Isoliertheit. Nicht ohne Grund empfahl Annelies Laschitza, die zur Geschichte der Auseinandersetzung um das Luxemburg-Manuskript 1990 detaillierte Aufklärung gegeben hat, seinerzeit eine unvoreingenommene Erschließung des Anliegens Paul Levis.<sup>10</sup>

Der Streitschrift Clara Zetkins gegen Paul Levi kommt deshalb in diesem Zusammenhang ein zentraler Stellenwert zu. Sibylle Quack,<sup>11</sup> Klaus Kinner<sup>12</sup>, Tânia Puschnerat<sup>13</sup>, Jörn Schütrumpf<sup>14</sup> und andere<sup>15</sup> haben aufschlussreich den historischen Hintergrund des Zustandekommens der Schrift von Clara Zetkin erhellt. Deshalb kann dieser vorausgesetzt werden. Florence Hervé, die Tânia Puschnerat Fehlurteile, Fehleinschätzungen und Irrtümer vorwirft,<sup>16</sup> geht selbst nicht auf das konkrete Problem ein. Das gilt auch für Gilbert Badia<sup>17</sup>, der andererseits ausführlich den Gegensatz Clara Zetkins zur KPD-Führung beschreibt. Somit steht eine kritische Wertung des Beitrages Clara Zetkins in dieser Auseinandersetzung immer noch aus. Im folgenden kann dafür nur eine Anregung gegeben werden, indem einige theoretisch-methodische Aspekte benannt werden.

Clara Zetkins Polemik gegen Levi bestimmte jahrzehntelang die parteioffizielle Argumentation der kommunistischen Geschichtsschreibung, wenn es galt, die Übereinstimmung Rosa Luxemburgs mit Lenin zu beweisen. Dennoch kann der Zetkinschen Polemik nicht von vornherein ein apologetischer Charakter unterstellt werden. Clara Zetkin, die wie Paul Levi zu den Kritikern der kommunistischen Putschtaktik gehörte, war zweifellos anders als Paul Levi der Revolution in

10 Siehe Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 7-32.

11 Siehe Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi/Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, 1983, S. 162-176.

12 Siehe Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern, in: Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Hrsg. Klaus Kinner/Helmut Seidel, Berlin 2002, S. 305-317.

13 Siehe Tânia Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen 2003, S. 235-275.

14 Siehe Jörn Schütrumpf: Unabgegotenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, Heft 150, 2003, S. 230ff.

15 Siehe Hermann Weber: Vorwort zu Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein/Leonid G. Babicenko/Fridrich I. Firsov und Aleksandr Vatlin, Berlin 2003, S. 19-34.

16 Siehe Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 8.

17 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin, Berlin 1994.

Russland verbunden. Offensichtlich prägten sie die Erfolge der fünfjährigen Revolution stärker als ihn, woraus sich ihr historischer Optimismus ergab, nicht zuletzt deshalb, da einige Bedenken Rosa Luxemburgs durch die Praxis widerlegt waren. Selbst Lenin schien die historische Situation 1922 zumindest verbal nach außen anders zu beurteilen als noch bei Abschluss des Brester Friedens. Unter Beachtung aller Umstände der Entstehung der Zetkinschen Streitschrift gegen Paul Levi und vor allem der Nähe der letzten „Aufrechten“ zu ihrer ermordeten Gefährtin, fällt es somit schwer, Tânia Puschnerat zuzustimmen, dass sich die alternde Clara Zetkin der letzten Autorität ihrer Generation, Lenin, unterworfen habe und ihre Schrift Ausdruck ihrer „Bolschewisierung“ sei.<sup>18</sup> Tânia Puschnerat relativiert selbst ihr Urteil, indem sie auf Clara Zetkins Zorn verweist, dass sich Levi anmaßend zum geistigen Erbe Rosa Luxemburgs emporhebt.<sup>19</sup> Aber auch nicht verletzte Eitelkeit oder Selbstüberhöhung motivierten Clara Zetkins Schärfe gegen Paul Levi, den die ranghöhere und marxistisch gebildete Sozialistin schätzte. Unzweifelhaft richtete sich ihre Polemik gegen tatsächliche Mängel der Argumentation Paul Levis, die vor allem in dessen undifferenzierter Sicht auf die Leninsche Konzessionspolitik (NÖP) zum Ausdruck kommt. Paul Levi war gewiss kein Frontenwechsel auf die Seite des Kapitals vorzuwerfen, wie ihm in der folgenden ideologischen Auseinandersetzung unterstellt wurde. Mit seiner Argumentation gegen die NÖP machte er sich selbst zu einem Fundamentalkritiker der Ökonomie des Kapitalismus, die jedoch in der damaligen historischen Situation weder strategisch vernünftig, noch so von Rosa Luxemburg vertreten wurde.

### **Bürgerlicher und sozialistischer Revolutionszyklus im Verständnis der Linken**

Rosa Luxemburg ging in ihrer Begründung der Ziele des Spartakusbundes und erst recht in ihrem Resümee nach der Niederlage der deutschen Revolution davon aus, dass der Übergang in eine sozialistische Gesellschaft noch nicht das Nahziel der von den Linken geführten Revolution sein konnte. Ihrer Ansicht nach war dieser Übergang ein längerer historischer Prozess der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital auf allen Ebenen, sowohl in den Unternehmen wie auch in den zentralen und kommunalen Vertretungskörperschaften. Dieser Prozess schloss sowohl die in der Erfahrung auch von Niederlagen begründete intellektuelle und moralische Qualifizierung des Proletariats für die politische und ökonomische Beherrschung des Produktionsprozesses ein, wie auch die endliche Entscheidung für die Anerkennung der Notwendigkeit der Führungsrolle der Linken. Insofern stand Rosa Luxemburg zufolge die Diktatur des Proletariats im Sinne einer Mehrheitsdiktatur am Ende dieses gewaltigsten Bürgerkrieges der Weltge-

<sup>18</sup> Siehe Puschnerat, Clara Zetkin.

<sup>19</sup> Siehe Dies. ebenda, S. 275.

schichte und nicht an ihrem Anfang.<sup>20</sup> Rosa Luxemburgs verkürzte Revolutionsperspektive bezog sich allein auf die Annahme des Beginns dieses epochalen Umgestaltungsprozesses.

Ihre Vorstellungen von den verschiedenen historischen Formationenübergängen bedürfen insgesamt noch einer gründlicheren Auswertung. Dies zeigt sich besonders akzentuiert im Zusammenhang mit ihren Ansichten zum Formationswechsel Kapitalismus/Sozialismus. In dieser Frage steht auch der präzise Vergleich mit Lenin noch aus. Selbst wenn es scheint, als kritisierte Rosa Luxemburg Lenin und andere, den Sozialismus nach der Machteroberung per Ukas einführen zu wollen,<sup>21</sup> so beweist gerade die aus dem historischen Epochenvergleich und der Erfahrung mit der Revolution entwickelte Strategie Lenins<sup>22</sup> und nicht zuletzt die von Paul Levi kritisierte NÖP, dass Lenin den Entwicklungsaspekt dieses Formationswechsels ähnlich sah wie Rosa Luxemburg. Vor allem bewies Lenin in der konkreten revolutionären Praxis, dass er mehr als Rosa Luxemburg bereit war, der spontanen revolutionären Bewegung nachzugeben und, wenn es die Situation erforderte, das Revolutionsprogramm zu ändern. Der Unterschied zwischen Luxemburg und Lenin dürfte vorwiegend in der Machtfrage und damit der Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz einer längeren historischen Phase der Diktatur bestanden haben. Aber auch dieser Unterschied resultierte mehr aus den Sachzwängen des konkret-historischen Verlaufs der Revolution in Russland als in Lenins theoretischem Verständnis. Und dieser Aspekt tangierte in keiner Weise beider Übereinstimmung hinsichtlich der Räte als Machtinstrument des Proletariats anstelle der Konstituante. Nicht ohne Grund thematisierte Clara Zetkin die prinzipielle Übereinstimmung Luxemburgs mit Lenin in dieser Frage in ihrer Streitschrift so sehr akzentuiert.

Den Linken ist im Nachhinein von der kommunistischen Geschichtsschreibung das Defizit unterstellt worden, keine Übergangsstrategie von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution entwickelt zu haben. Eine solche Revolutionsstrategie und Taktik hätten erst die Kommunisten vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Faschismus entwickelt, deren krönender Abschluss das Programm der antifaschistisch-demokratischen Revolution für Deutschland gewesen sein soll. Diese Feststellung trifft nicht den Kern des Problems, weil diese Strategie unter der Voraussetzung der Spaltung der Arbeiterbewegung entwickelt wurde, aber auch den Linken ein Maximalprogramm unterstellte, wie sie es gar nicht verstanden. Der vorstehend beschriebene Prozesscharakter der sozialen Revolution im Verständnis Rosa Luxemburgs beweist vielmehr, wie sehr im Verständnis der theoretischen

20 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: RLGW, Bd. 4, a.a.O., S. 444, 445, 447, 450, 451.

21 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, ebenda, S. 360.

22 Siehe Dietrich Beyrau: Die bolschewistische Revolution 1917-1921, in: Peter Wende (Hrsg.): Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 190-207; Wolfgang Küttler: Bürgerliche Revolutionen in der Epoche des Imperialismus, in: Revolutionen der Neuzeit 1500-1917, Berlin 1982, S. 415-421; Maria Anders/Wolfgang Küttler: Die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland 1905-1907, ebenda, S. 473-496; Lutz-Dieter Behrendt/Wolfgang Küttler: Februarrevolution und Doppelherrschaft in Russland 1917, ebenda, S. 557-579.

Köpfe der Linken die soziale Revolution als epochaler Prozess gesehen wurde. Vor dem Hintergrund der zum Primat einer jeden Revolution hochstilisierten Machtfrage konnte diese Differenziertheit der Revolutionsauffassung nicht thematisiert werden. Proletarische Revolution bedeutete einmalige Machteroberung der kommunistischen Partei und deren Erhalt um jeden Preis. Ungeachtet des sozialökonomischen Inhaltes der Revolution wurde darin ihr sozialistischer Charakter gesehen. Doch dies war der Kardinalfehler der sog. marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie, weil damit jede Minderheiten-Diktatur, die vorgab, im proletarischen Interesse zu handeln, legitimiert wurde.

Im Unterschied zum bürgerlichen Revolutionszyklus schloss Rosa Luxemburg in ihren historischen Vergleichen in diesen auch die Revolutionen der frühen Neuzeit (niederländische und englische Revolution) mit ein; die Linken gingen dennoch nicht von einer mehrhundertjährigen Perspektive aus. Auch wenn Linke und Bolschewiki die soziale Revolution als den gewaltigsten Bürgerkrieg begriffen, den die Welt je gesehen hat, wäre ein Parallelvergleich zwischen bürgerlichem und sozialistischem Revolutionszyklus unsinnig gewesen, weil mit einem derartigen Verständnis keine weltkriegsmüden Massen für die proletarische Revolution zu begeistern gewesen wären. Dies war ohnehin mit eines der wichtigsten subjektiven Probleme der Revolution, und nicht zuletzt darin bestand der positive Saldo des reformistischen Flügels.

In Anbetracht der Reife der sozialökonomischen Verhältnisse für die Sozialisierung der Produktionsmittel in den früh industrialisierten Ländern mussten die Linken nicht mehr davon ausgehen, dass der sozialistische Revolutionszyklus eine zeitliche Dimension wie der bürgerliche annehmen würde. Die Umwälzung vom Feudalismus zum Kapitalismus im alten Europa war die bis dahin einzige Transformation einer Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft. Allein die Urbanisierungswelle im 11. und 12. Jahrhundert schuf mit den okzidental Städten jene freien, vom Landesherrn unabhängigen Körperschaften, in denen sich mit dem Patriziat ein Bürgertum und mit den von der Fron befreiten Bauern eine für den Markt rationalwirtschaftende kleinbürgerliche Klasse entwickeln konnte,<sup>23</sup> die im Verlauf von Reformation und Dreißigjährigem Krieg dem Absolutismus an die Macht verhalf, der wiederum die ursprüngliche Kapitalakkumulation beförderte, so dass der Übergang zur Manufaktur- und Industrieproduktion möglich und im Gefolge der Aufklärung auch die bürgerliche Machtübernahme notwendig wurde.

Die Expansion des Kapitalismus auf der Grundlage der großen Industrie und des konzentrierten und zentralisierten Kapitals über die nationalen Grenzen hinaus führte mit dem Weltkrieg zur ersten großen Kapitalverwertungskrise, die den Linken die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise kenntlich machte. In dieser Tatsache sahen sie den Ausgangspunkt eines neuen Revolutionstyps, der zugleich der letzte sein würde. Auf dem Gründungsparteitag der Kommunisti-

23 Siehe Hans-Ulrich Wehler: Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 174.

schen Partei Deutschlands revidierte Rosa Luxemburg deshalb die nach 1848 von Marx und Engels verlängerte Revolutionsperspektive. Ihre Feststellung „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“<sup>24</sup> bezog sich auf deren unmittelbare Revolutionserwartung von 1848. Die Revision der Marx’/Engels’schen verlängerten Revolutionsperspektive nach 1848 bedeutete jedoch nur die Anerkennung der materiellen Voraussetzungen für die soziale Revolution, nicht jedoch deren Realisierung als nächsten Schritt. Der sozialistische Inhalt der Revolution und die mehrheitsgestützte Macht der Linken konnte nur das Endergebnis der begonnenen Revolution sein. Rosa Luxemburg bezeichnete diese Revolution nicht von ungefähr als „Todesringen zweier Welten“.<sup>25</sup> In diesem Ringen musste das Proletariat die moralische und intellektuelle Qualifikation für die Beherrschung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erwerben. Auch in dieser Frage stimmte Rosa Luxemburg mit Engels „Einleitung’ zu Karl Marx’ Klassenkämpfe in Frankreich“ von 1895 grundsätzlich überein, der da meinte: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.“<sup>26</sup> So übernahm Rosa Luxemburg, auch wenn sie Engels „Einleitung“ wegen ihrer Entstehungsgeschichte unbegründet als Geburtsurkunde des parlamentarischen Kretinismus wertete,<sup>27</sup> die wesentlichste theoretische Anregung für ihre Auffassung von der sozialistischen Revolution gerade von Friedrich Engels.

## **Imperialismus, Weltkrieg, Zusammenbruch und Alternative – Transformation unterschiedlicher Formationen**

Zwei Entwicklungsstränge verlangten seit Beginn des 20. Jahrhundert eine strategische Neuorientierung der sozialistischen Arbeiterbewegung: zum einen die Revolutionen in Russland und China mit ihrer Ausstrahlung auf Europa, den Orient und Asien; zum anderen der zum Weltkrieg treibende Imperialismus der kapitalistischen Ökonomie. Aus diesen Chancen und Notwendigkeiten ergab sich für die sozialistische Arbeiterbewegung der immer akuter werdende Handlungsbedarf. Ging es während der Revisionismusdebatte noch um unterschiedliche akademische Antworten zwecks Überwindung dogmatischer Krisen- und Zusammenbruchsvorstellungen, wurzelnd in vulgärer Marx-Rezeption des 19. Jahrhunderts, wiesen die Massenstreik-, Budgetbewilligungs- und Imperialismusdebatten bereits auf die zunehmenden praktischen Erfordernisse der Anpassung an veränderte Politikbedingungen hin. Mit den großen internationalen Vorkriegskrisen wurde

24 Rosa Luxemburg: Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung, in: RLGW, Bd. 4, S. 496.

25 Dies.: Nationalversammlung oder Räteregierung?, ebenda, S. 464.

26 Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx’ „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (1895)], in: MEW, Bd. 22, S. 523.

27 Siehe Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation, in: RLGW, Bd. 4, S. 492.

der politische Druck auf die Arbeiterbewegung immer stärker. Die sozialistischen Parteien der II. Internationale waren zunehmend gezwungen, die Lösung der sozialen Frage im nationalen Rahmen im Kontext mit der Zuspitzung der weltpolitischen Situation zu begreifen.

Die nunmehr imperialistisch wirkende kapitalistische Ökonomie riss abrupt und gleichzeitig sowohl den demokratischen früh industrialisierten Westen, das Europa der noch bestehenden Ancien régimes wie auch die vorkapitalistischen Gesellschaften des Ostens in den Strudel der Weltkriegsgefahr. Die logische Schlussfolgerung und die praktische Konsequenz dessen konnte nur die Orientierung auf globale Veränderungen sein, die sich aus dem Zusammenwirken der verschiedenen revolutionären Bewegungen ergeben würden. Die Weltkriegsgefahr und der Weltkrieg selbst wurden ungeachtet der unterschiedlichen Imperialismusinterpretationen von den Linken als Zusammenstoß konkurrierender nationaler Imperien begriffen. Die Entwicklungsperspektive vom polyzentrischen Imperialismus zum globalen Imperium wurde zwar von Hilferding und Kautsky ausgehend von illusorischen Prämissen bereits antizipiert, aber die Realität bestätigte die Lenin-/Luxemburgischen Ansichten über die Friedensunfähigkeit des Imperialismus und damit über die Kriegsursachen. Die Kriegsschuldfrage war in den Augen der Linken objektiv wie subjektiv der entscheidende Faktor für ihren Fundamentalismus, und die Krieg hervorbringenden Sachzwänge der Ökonomie des Imperialismus ließen in ihren Augen keine andere als eine sozialistische Alternative zu.

Es steht außer Frage, dass sich die Erkenntnis dieser Logik nicht geradlinig durchsetzte. Die neue Entwicklung war zu vielfältig und kompliziert, als dass nur eine theoretische Option möglich war. Demzufolge ist es nur allzu verständlich, dass sich innerhalb der II. Internationale verschiedene Richtungen herausbildeten, die um adäquate Antworten stritten und sich dabei entfremdeten. Betrachtet man die verschiedenen Konzepte im Focus des Weltkrieges, fällt es schwer, der reformistischen Richtung mit ihrem Konzept des organischen Hineinwachsendens in den Sozialismus und der Einschätzung der zeitgenössischen Revolutionen als Nachholerevolutionen französischen Typs zuzustimmen. So unrealistisch wie unter Berücksichtigung des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismusmodells das Weltrevolutionskonzept der Linken zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch erscheinen mag, es war die einzige revolutionäre Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Und dieser Revolutionsstrategie lagen die ökonomischen Voraussetzungen zugrunde, worauf noch einzugehen ist. So revolutionsromantisch das Konzept der Weltrevolution auch schien – und Clara Zetkin fand in ihrer Streitschrift gegen Paul Levi die wohl blumenreichste Charakteristik der Situation am Ende des Krieges<sup>28</sup> –, so sehr wirkten Imperialismus und Weltkrieg als Katalysator dieses Prozesses, der nur mit politischen Mitteln kanalisiert werden konnte und wurde.

28 „Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter und Bauern in Russland unter der entschlossenen Führung der Bolschewiki, mit der Aufrichtung der Diktatur der Schaffenden in der Räteordnung daseibst glühte die Weltrevolution auf. Es schien, dass ihre Lohe sich reißend rasch über den Erdball wälzen müsste.

Die Idee einer europäischen Revolution, ausgelöst durch eine Bauernrevolution in Russland, ging auf die Verständigung zwischen Karl Marx und Vera Sassulitsch zurück. In seinem Vorwort zur russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests bejahte Marx eine solche Möglichkeit und sah in diesem Zusammenhang die russische Dorfgemeinde als Schnittstelle zwischen vorkapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft.<sup>29</sup> Hier wurde zum erstenmal ein gedachtes, aber nicht unwahrscheinliches Modell des Problems der parallelen Transformation zweier historisch unterschiedlicher Formationen in eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation erörtert – ein Gedanke, der in der heutigen globalen Welt eine faszinierende Wirkung haben kann.

Friedrich Engels war es, der im Zusammenhang mit der Herausbildung der europäischen Bündnisysteme und dem Wettrüsten sieben Jahre später den Zusammenhang von europäischem Krieg und europäischer Revolution herstellte.<sup>30</sup>

Hervorhebenswert ist der Beitrag der Linken zur Weiterentwicklung dieser Gedanken und zu deren politischer Umsetzung. Die europäische Linke begann bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Erkenntnis des Wesens der imperialistischen Weltpolitik eine Antikriegsstrategie zu entwickeln und in den Resolutionen der II. Internationale festzuschreiben, die in geradliniger Kontinuität zur bolschewistischen Revolution führte. Diese Strategie enthielt die auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress 1907 unter maßgeblichem Einfluss von Lenin und Rosa Luxemburg gegebene Empfehlung, einen bevorstehenden Weltkrieg mit allen Mitteln zu bekämpfen und, im Falle seines Ausbruchs, eine in seinem Gefolge entstehende Krise im Interesse der Überwindung der bestehenden kapitalistischen Macht- und Gesellschaftsstrukturen auszunutzen.<sup>31</sup> Auch die Nachfolgekongresse in Kopenhagen 1910 und Basel 1912 adaptierten diese Resolutionen erneut. Von der Mehrheit der großen Parteien der II. Internationale wurde dieser Resolutionsteil jedoch als Worthülse behandelt und mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 über Bord geworfen.

Allein die europäische Linke, die sich nach Kriegsausbruch in Zimmerwald 1915 und Kienthal 1916 formierte und von der pazifistischen Richtung der sozia-

Flackerten nicht mehr und mehr ihrer Feuerzeichen empor? Der militärische Zusammenbruch der Zentralmächte; die sinnenfällige Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft in allen Ländern; die Umwälzung in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie; der Umsturz des kaiserlichen Deutschen Reiches. Nach der Höhe der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, nach der Bedeutung, der politischen Schulung und Organisation und den Leiden seines Proletariats deuchte die Annahme nicht verwegene Phantasterei, dass hier der Umsturz zur ganzen, zur proletarischen Revolution werden, und dass diese die Arbeiter Westeuropas zum Befreiungskampf rufen müsste.“ (Clara Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 3.)

29 Siehe Karl Marx: [Brief an V.I. Sassulitsch], 8.3.1881; ders.: [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch], in: MEW, Bd. 19, S. 242, 384 ff.; Karl Marx/Friedrich Engels, [Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“], in: MEW, Bd. 19, S. 296.

30 Siehe Friedrich Engels: Einleitung zu Borkheims „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten“, in: MEW, Bd. 21, S. 350-351.

31 Siehe Hartmut Henicke: Entscheidung für den Frieden. Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart 1907. In: Bilder aus der Kaiserzeit. Historische Streiflichter 1897-1917, Leipzig-Jena-Berlin, 1985, S. 128-137.



listischen Antikriegsopposition abgrenzte, bekannte sich nicht nur wegen der Logik des Imperialismus zu dieser Strategie, sondern war auch bereit, dieser Logik mittels praktischer Politik zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>32</sup> Die weitgehendste Konsequenz dieser Politik praktizierte Lenin mit seiner kompromisslosen Zustimmung zum Frieden von Brest-Litowsk. In dieser politischen Frage stand Lenin hoch über Rosa Luxemburg. Rosa Luxemburg, die zu diesem Zeitpunkt trotz des Kriegseintritts der USA und der Einsicht, dass dieser Friede den „Widerstand und den Kriegswillen der Ententeländer bis zum Weißglühen“<sup>33</sup> treiben werde, verstand nicht, dass gerade darin die Garantie der deutschen Revolution lag. Die Kriegsniederlage Deutschlands an der Westfront, die absolute Desavouierung der Generalität, der ihr hörigen Monarchien, die Kriegsmüdigkeit der Truppen und des Hinterlandes sowie der zu erwartende Diktatfrieden waren die Revolutionsgarantie in Deutschland, und wie die Geschichte zeigt, hatte sich Lenin nicht geirrt. Brest-Litowsk war der Einsatz Lenins für die mit Recht erwartete Weltrevolution, und viele Memoiren und Dokumentationen spiegeln dies.<sup>34</sup> Da Lenin 1918 keine militärischen Voraussetzungen hatte, die Revolution nach Westen zu tragen, musste er Russland dem Deutschen Reich ausliefern, um die Alliierten zum Sieg zu treiben. Im Verständnis Lenins war die Revolution in Russland der Weltrevolution unterzuordnen. Dass auch Lenin in der verzweifelten Situation der Friedensverhandlungen mit den Deutschen nicht nur kühl kalkulierte, sondern bis zum bitteren Ende dieser Verhandlungen auch zweifelte,<sup>35</sup> dürfte verständlich sein.

Die angestrebte Umwandlung des Weltkrieges in die Weltrevolution war auch der Grund, warum sich die Antikriegsopposition spalten musste. Die Linke konnte keinen pazifistischen Frieden auf der Grundlage des Vorkriegsstatus akzeptieren, weil mit einem solchen Frieden kein einziges Problem gelöst worden wäre.

## **Die Folgen der Isoliertheit der russischen Revolution – Diktatur und Gegenrevolution**

Die Botschaft des umstrittenen unvollendeten Manuskripts Rosa Luxemburgs „Zur russischen Revolution“ ist alles andere als eine ihr bis heute unterstellte Bol-

32 Siehe hierzu ausführlich Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien, 1964.

33 Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie, a.a.O., S. 387.

34 Siehe u.a. Eduard Stadler: Weltkrieg-Welttragödie-Weltbolschewismus. Vortrag gehalten am 14. Februar im großen Saal des „Rheingold“, Berlin, in: Dr. Eduard Stadler: Die Weltkriegs-Revolution. Vorträge, Leipzig 1920, S. 113-133; ders.: Diktatur der sozialen Revolution, Leipzig 1920, S. 66-73; Bruno Brehm: Das war das Ende, München 1933, S. 54; Theodor Kroeger: Brest-Litowsk und die Folgen des bolschewistischen Weltbetrugs, Berlin 1937, S. 255, 270; Werner Hahlweg: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk 1918 und die bolschewistische Weltrevolution, in: Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, Heft 44, Münster 1960, S. 54.

35 Siehe Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001, S. 568-584.

schewismuskritik. Eine solche Wertung ist schlicht falsch, weil sie in keiner Weise den Sinn des Breslauer Manuskripts erfasst. Wenngleich es als die Geburtsurkunde der Diffamierung Lenins, der Bolschewiki und der bolschewistischen Revolution missbraucht worden ist und nicht ohne Grund missbraucht werden konnte, ist diese Schrift, gemessen an Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Organisationsauffassung 1904<sup>36</sup> und ihren Äußerungen zum Terror im Winter 1918,<sup>37</sup> eine Hymne auf die Bolschewiki. Auch wenn Rosa Luxemburg darin wie an keiner anderen Stelle jenen „Kommunismus“ genannten Gesellschaftstyp antizipiert hat, der im 20. Jahrhundert die Hälfte des planetaren Territoriums und die zahlenmäßige Mehrheit der Menschheit erfasst hatte, besteht der wahre Sinn dieser Schrift in der Würdigung der bolschewistischen Handlungsbereitschaft, die die Sozialisten des Westens vermissen ließen. Berechtigterweise stellte Clara Zetkin die Frage: „Ist denn der Charakter, der Inhalt, sind denn die Werturteile von Rosa Luxemburgs Kritik tatsächlich danach, dass die Bolschewiki vor ihr zittern müssten wie vor den Posaunen des jüngsten Gerichts?“<sup>38</sup> Und mit Recht verwies sie darauf, dass allein die Fehlinterpretation dieser Schrift und ihr Missbrauch durch den ideologischen Gegner diese Wirkung haben soll.

Keineswegs zweitrangig, aber primär als Warnung an das deutsche und westeuropäische Proletariat gedacht, sind Rosa Luxemburgs Prognosen hinsichtlich der Sachzwänge und Perspektiven einer isolierten bolschewistischen Revolution zu verstehen. Damit unterstrich sie akzentuiert wie in keiner anderen ihrer Schriften den internationalen Charakter der Weltkriegsrevolution und die Gefahr der Entstehung eines Gesellschaftstyps mit diktatorischen Herrschaftsformen im Gefolge der Isoliertheit der russischen Revolution. Wegen der denkbaren Möglichkeit eines blanquistischen Putsches hatte auch Eduard Bernstein bereits 1899 die Gefährlichkeit einer Diktatur von Clubrednern und Literaten vorweg genommen, die der Arbeiterbewegung nicht zu wünschen sei.<sup>39</sup> Beide, Eduard Bernstein wie Rosa Luxemburg, gingen davon aus, dass Diktatur des Proletariats auf einem unterentwickelten sozialen Niveau nicht möglich ist, und ihre Karikatur nur Deformation und schlimmere Diktatur bedeuten kann als ein zeitgenössischer Polizeistaat. Die ersten Erfahrungen mit den konkreten Auswirkungen der bolschewistischen Diktatur veranlassten Bertrand Russel 1920 in diesem Zusammenhang zu der Äußerung: „Mein Einwand ist nicht, dass der Kapitalismus weniger schlecht sei, als die Bolschewisten glauben, sondern dass der Sozialismus weniger gut ist, nicht in seiner besten Form, sondern in der einzigen Form, in der er wahrscheinlich durch den Krieg herbeigeführt werden würde.“<sup>40</sup> Solche Warnun-

36 Siehe Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: RLGW, Bd. 1,2. Halband, Berlin 1972, S. 422-444.

37 Siehe Rosa Luxemburg: Ein gewagtes Spiel, in: RLGW 4, S. 412; Was will der Spartakusbund?, ebenda, S. 443, 448.

38 Clara Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 11

39 Siehe Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Nach der ersten Auflage, Stuttgart 1899, Berlin 1991, S. 206.

gen und Befürchtungen dürfen nicht unterschätzt oder als gegenrevolutionäre Propaganda diffamiert werden.

Als profunde Kennerin des Werkes Rosa Luxemburgs ließ auch Clara Zetkin nicht eine einzige relevante Frage zum Thema Demokratie, Terror und ökonomische Rückständigkeit aus. Ihre Anspielung auf die angeblich gegen die Bolschewiki gerichtete Terrorkritik Rosa Luxemburgs während der deutschen Revolution und die präzise Bezugnahme auf die entsprechenden Äußerungen Rosa Luxemburgs<sup>41</sup> sind argumentativ nicht nur offensiv, sondern erwecken mitunter den Eindruck, als wolle Zetkin ihre eigene Polemik gegen Levi entkräften oder zumindest entschärfen. Die konkreten Grausamkeiten, Schwierigkeiten, Widersprüche und Konflikte der russischen Revolutionsentwicklung werden von Zetkin an keiner Stelle ihrer Schrift bagatellisiert. Sie beweisen, dass auch die Linke trotz aller Revolutionsbegeisterung seit 1917 nicht die Augen vor dem in der Zurückgebliebenheit Russlands sowie Krieg und Bürgerkrieg begründeten Chaos, Anarchie, Gewalt und sich ausbreitenden Bürokratie verschloss oder die bolschewistische Revolution beschönigte. Wiegt das Eingeständnis der Probleme der russischen Revolution nicht die Beschreibung des bolschewistischen Gegensteuerns auf und ist sie damit nicht die wirkliche Botschaft Clara Zetkins im Sinne ihrer ermordeten Freundin und der stillen Übereinstimmung mit Paul Levi?

Um zu beantworten, ob sich Clara Zetkin in den dramatischen Auseinandersetzungen im zeitlichen Grenzbereich zwischen dem Ende der Nachkriegsrevolutionen und der Neustrukturierung des imperialistischen Kapitalismus Lenin unterwarf, ihren Anteil an Rosa Luxemburgs Erbe gegen Levi verteidigte oder um Überwindung ihrer eigenen Zweifel rang, bietet eine der vielen beiläufigen aber nicht ausgeloteten Überlegungen im Kapitel VII „Um die bolschewistische Agrarpolitik“ den Schlüssel zum besseren Verständnis. Dort charakterisierte Clara Zetkin die bolschewistische Revolution als Projekt, das „ohne Beispiel dasteht in der Geschichte, das Werk von Jahrhunderten anderer Länder und anderer Zeiten in wenige Jahre zusammendrängt“.<sup>42</sup> Nun sind Zitate am allerwenigsten für wissenschaftliche Beweisführungen geeignet, und niemand anderes als Paul Levi musste sich von Clara Zetkin diese Kritik gefallen lassen. Doch hier geht es nicht um Silbenstecherei, sondern um eine der wichtigsten Fragen des theoretischen und praktischen Sozialismus seit den 1880er Jahren – den formationstheoretischen Aspekt der Revolution in Russland und damit aller nachholenden Modernisierungsrevolutionen außerhalb des nordatlantischen Raumes.

Mit dieser ihrer Feststellung wich Clara Zetkin diametral von Rosa Luxemburgs Position ab, die diesbezüglich eindeutig bekannte: „In Russland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden.“<sup>43</sup> Die Frage, ob die bolschewistische Oktoberre-

40 Bertrand Russel: Die Praxis und Theorie des Bolschewismus, Darmstadt 1987, S. 53f.

41 Siehe Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 99.

42 Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 159.

volution Modellcharakter hatte, wurde von Rosa Luxemburg in ihrem Breslauer Manuskript eindeutig verneint. Sie tat dies zu einem Zeitpunkt, da die russische Revolution noch und nicht schon wieder isoliert war. Die sich daraus ergebende Schlussfolgerung war der Sache nach jedoch dieselbe. Denn Rosa Luxemburg begriff wie jeder andere marxistisch gebildete Sozialist, dass der Sozialismus in Russland unter den Bedingungen der imperialistischen Einkreisung nicht zu machen war. Diese Erkenntnis gründete sich bei ihr im Gegensatz zu allen reformistischen Theoretikern nicht auf die „Eunuchenweisheit, dass Russland ein Agrarland und kapitalistisch noch nicht gar gekocht sei“<sup>44</sup>, sondern auf den wichtigeren Aspekt der fehlenden Revolutionsbereitschaft des westeuropäische Proletariats. Nach dem Scheitern der Weltrevolution hatte sich an den wesentlichsten Gründen für Rosa Luxemburgs Urteil nichts geändert. Die zentrale Frage war nicht, ob Russland als rückständige Agrargesellschaft für die sozialistische Revolution reif war, sondern ob das westeuropäische Proletariat die russische Revolution als Initialzündung dieser Revolution begreifen und danach handeln würde.

Bemerkenswert an Clara Zetkins Argumentation war der Hinweis auf die Potentiale der russischen Dorfgemeinde für die kommunistische Großproduktion.<sup>45</sup> Damit sprach sie sehr wohl jene wesentliche Seite der russischen Formationsentwicklung an, die Thema des Gedankenaustauschs zwischen Vera Sassulitsch und Karl Marx gewesen war. Clara Zetkin verzichtete jedoch auf den von Marx gegebenen Hinweis der Notwendigkeit der materiellen Unterstützung durch die hochentwickelten Industriestaaten. Stattdessen argumentierte sie an der zentralen Fragestellung Rosa Luxemburgs und Paul Levis vorbei und schwenkte damit tatsächlich auf eine Positionen, die selbst Lenin so akzentuiert noch nicht vertrat. Denn auch Lenin war bis zur NÖP keineswegs der Überzeugung, dass das überwiegend agrarische Russland mit seinen, wenn auch beachtlichen, industriellen Inseln unter den Bedingungen einer schwachen Bourgeoisie, der Kriegszerstörungen und des Boykotts der Westmächte seine vorkapitalistischen, asiatisch geprägten Strukturen in Richtung Sozialismus aus eigener Kraft überwinden könnte und dies noch dazu in einem kurzen historischen Zeitraum.

Mit der NÖP korrigierte Lenin zweifellos unter dem Zwang der Verhältnisse den sozialistischen Vorstoß der Oktoberrevolution. Der Oktoberumsturz und die Dekrete vom 26. Oktober 1917 bedeuteten noch keineswegs den sozialistischen Inhalt dieser Revolutionsphase. Nicht einmal die Auflösung der Konstituante und die Zementierung der bolschewistischen Einparteiendiktatur verdienen diese Charakteristik. Ihren formal sozialistischen Inhalt erhielt die russische Revolution erst unter dem Druck der spontanen Enteignungen mit dem Dekret über die Nationalisierung der gesamten Großindustrie am 28. Juni 1918.<sup>46</sup> Mit dieser Maßnahme

43 Rosa Luxemburg, Zur Russischen Revolution, RLGW, Bd. 4, S. 365.

44 Rosa Luxemburg: Die russische Tragödie, RLGW, Bd. 4, S. 391.

45 Siehe Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 159.

machte sich Lenin entgegen seinen strategischen Absichten wie schon mit den Dekreten über den Boden und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zum Gefangenen der spontanen anarchischen Volksbewegung. War die Enteignung des Großgrundbesitzes und in der Wirkung auch die nationale Selbstständigkeit *bürgerlich*-demokratischen Inhaltes, worin die Hauptsorge Rosa Luxemburgs bestand, schoss die Bewegung mit den Fabrikenteignungen – von Lenin ungewollt – über das notwendige radikal-demokratische Ziel der Revolution hinaus. In Russland wurden damit zum Schaden der Wirtschaft die bescheidenen Anfänge des Kapitalismus, den es zunächst, wenn auch durch betriebliche Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle eingeschränkt, zu entwickeln galt, liquidiert.

Es gelang Lenin immerhin, mit der nunmehr tatsächlich formal sozialistischen Revolution den Führungsanspruch der Bolschewiki in der KI zu begründen. Denn mit dem bis dahin bürgerlichen Charakter der russischen Revolution wäre ihm dies schwerlich möglich gewesen. Mit der NÖP korrigierte Lenin den Kriegskommunismus des Bürgerkrieges und trug damit den ökonomischen Gesetzen der Marktwirtschaft Rechnung, denen sich auch ein von Kommunisten beherrschtes staatskapitalistisches System auf niedrigstem Produktivkraftniveau bei Strafe des Unterganges nicht entziehen konnte.

Während Paul Levi, wenn auch von falscher Prämisse ausgehend, das tatsächliche formationstheoretische Problem aufwarf, polemisierte Clara Zetkin defensiv, indem sie wiederum die objektive und subjektive Unreife der russischen Verhältnisse für den Sozialismus eingestehen und auf die bolschewistischen Endzielabsichten verweisen musste.<sup>47</sup> Wie weit sich Clara Zetkin vom theoretischen Erbe Rosa Luxemburgs entfernt hatte, beweist ihre Begründung der Leninschen Politik, die in ihrer Logik nichts anderes als das Eingeständnis der von Rosa Luxemburg warnend prognostizierten Erziehungsdiktatur bedeutete. „Eine winzige Minderheit, klar in ihrer Erkenntnis von Richtung und Ziel der geschichtlichen Entwicklung, kühn in ihrem Wollen, grenzenlos in ihrer Hingabe, ruft in glühendem, stürmischem Schöpferdrange in das gärende, wogende Chaos von Neuem und Altem, Vergehendem und Keimendem: Es werde! Sie unterfängt sich, eine Welt zu stürzen und eine neue zu bauen im Widerspruch zu der Unreife der erdrückenden Mehrzahl der Menschen im Lande. Wird ihre Kraft aushalten, Dinge und Menschen zu formen, bis wachsende erweckte, entscheidende Massen aus geknetetem Ton der Geschichte zu bewussten Gestaltern der Geschichte, zu Mitgeschöpfern neuen gesellschaftlichen Lebens werden? Das ist die schicksalsschwere Frage, um die es in der russischen Revolution geht. Und nicht bloß für die Bolschewiki, auch nicht bloß für Sowjet-Rußland, sondern für das Weltproletariat, die Menschheit.“<sup>48</sup> Dieses Glaubensbekenntnis bedarf als Kommentar nur der Schluss-

46 Siehe Michael Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Staatssozialismus, 1996, S. 134.

47 Siehe Clara Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung, S. 132-144.

48 Ebenda, S. 141.

folgerung ihrer ermordeten Freundin: „...einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgebeten, um den Reden der Führung Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.“<sup>49</sup> Clara Zetkin hätte sich den ersten Teil ihrer Schrift, in dem sie in unzähligen Zitaten Rosa Luxemburgs Stellung zu Konstituante und Räten beschreibt, um deren Übereinstimmung mit Lenin zu beweisen, sparen können. Am Ende verfiel sie in ihrer eigenen Argumentation, die in ihrer Logik die Bedenken Rosa Luxemburgs und Paul Levis stützte.

Rosa Luxemburgs Warnungen vor der Fehlentwicklung einer vom Westen isolierten russischen Revolution wurde nach 1989 von der Linken als kühne Voraussicht der Deformation des staatlich organisierten Sozialismus verstanden. Doch das Breslauer Manuskript und die Terrorkritik während der deutschen Revolution waren im Kontext mit der Kritik Rosa Luxemburgs am Leninschen Organisationskonzept mehr. Der theoretisch-methodische Gehalt dieser Schlussfolgerungen Rosa Luxemburgs ermöglicht die Erkenntnis der Evolution von sozialökonomischen Strukturen in der Epoche der Großindustrie, die von Marx als modifizierte orientalische bzw. slawische im Gegensatz zur antiken und germanischen Form vorkapitalistischer Produktionsformen bezeichnet wurde.<sup>50</sup> Denn die Frage, die sich aus der dem Weltkrieg folgenden Entwicklung ergibt, ist die nach dem Charakter der Sowjetgesellschaft und der von ihr in ihrem Einflussbereich geprägten Gesellschaften. Als Variante der Modernisierung rückständiger Gesellschaften, wie sie von der nichtmarxistischen Soziologie und Geschichtsschreibung verstanden wird, kann sie durchaus erklärt werden. Doch dieses Verständnis trifft noch keine Aussage über den sozial-ökonomischen Inhalt dieses Gesellschaftstyps. Von marxistischer Seite wird bis heute an der Auffassung von einer frühen, unreifen, deformierten sozialistischen Gesellschaft festgehalten. Trotzki's Auffassung von der Übergangsgesellschaft<sup>51</sup> kommt vielleicht am ehesten der Wirklichkeit nahe. Doch als Übergangsgesellschaft wurde der Sozialismus ohnehin seit Marx verstanden, und so führt dieser Erklärungsversuch wieder zum Ausgangspunkt der Frage.

Sinnvoller für die Charakteristik der Entwicklung der russischen Revolution erscheinen die Kriterien, die Rosa Luxemburg gestützt auf Friedrich Engels' politisches Testament für die Bewertung der russischen Revolution zugrunde gelegt hat.

49 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, RLGW, Bd. 4, S. 362.

50 Siehe Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858, Anhang 1850-1858, Berlin 1974, S. 394, 396-397.

51 Siehe Leo Trotzki: Verraten Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? (1936), Essen 1997.

Engels charakterisierte 1895 die soziale Revolution als Majoritätenrevolution in Abgrenzung zur bürgerlichen Minoritätenrevolution und hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung des subjektiven Faktors neben der ökonomischen Reife der Gesellschaft hervor.<sup>52</sup> Mit der Charakterisierung der sozialen Revolution als Majoritätenrevolution unterstrich Engels noch einmal akzentuiert den demokratischen Charakter der Diktatur des Proletariats, wobei hinsichtlich des aktuellen Erkenntniswertes der Begriff des Proletariats in der Postindriegesellschaft völlig dahingestellt bleiben kann. Es geht um den sozialen Träger der Lohnarbeit, die als dialektischer Antipode in einem antagonistischen Verhältnis zum Kapital steht. Es ist geradezu auffällig, wie sehr sich Rosa Luxemburg während der deutschen Revolution in der Auseinandersetzung mit der Frage des Terrors auf diese Überlegungen von Engels stützt.

Obleich Clara Zetkin in den ersten fünf Kapiteln ihrer Streitschrift sich mit Rosa Luxemburgs Ansichten dazu auseinandersetzt, reduziert sie diese vereinfachend auf die Zustimmung Rosa Luxemburgs zu den Räten und zur revolutionären Gewalt und verzichtet darauf, den Terror als revolutionäre Gewalt der bürgerlichen Minderheitenrevolution zu charakterisieren, wie das Rosa Luxemburg getan hat.<sup>53</sup>

Rosa Luxemburgs Bewertung korrespondiert mit der Charakteristik der bolschewistischen Revolutionspolitik. Rosa Luxemburg begriff und äußerte in ihrem Breslauer Manuskript, dass ohne die Revolution in den früh industrialisierten Staaten die russische Revolution in eine Diktatur abgleiten musste, deren sozialer Inhalt unmöglich kommunistisch sein konnte.<sup>54</sup> In dieser Schlussfolgerung bestand der von Clara Zetkin hinterfragte Zündstoff des unvollendeten Manuskripts. Diese Frage konnte nach dem Ende der revolutionären Krise von kommunistischer Seite nicht mehr offensiv thematisiert werden, ohne den Charakter der bolschewistischen Revolution als sozialistische Leitrevolution zu verneinen. Mit der berechtigten und von Rosa Luxemburg frühzeitig geübten Kritik am Charakter der bolschewistischen Revolution begann das zweite große Schisma innerhalb der Arbeiterbewegung nach der Revisionismusdebatte. Seiner Bedeutung nach war dieses Schisma innerhalb der kommunistischen Bewegung nicht weniger relevant.

Ein Defizit der Warnungen Rosa Luxemburgs, aber auch der Kritik Paul Levis erleichterte es Clara Zetkin, das Problem pragmatisch entsprechend im Interesse des kommunistischen Machterhalts zu verarbeiten. Rosa Luxemburg blieb der Nachwelt eine positive Schlussfolgerung, eine Alternative zur Deformation des Bolschewismus im Falle des Scheiterns der Weltrevolution schuldig. Ihre einzige Antwort auf das Problem lautete, die russischen Erfahrungen nicht zu verallgemeinern und „als Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung“<sup>55</sup> zu emp-

52 Siehe Friedrich Engels, Einleitung, MEW, Bd. 22, S. 513-515.

53 Siehe Rosa Luxemburg: Ein gewagtes Spiel, RLGW, Bd. 4, S. 412; Was will der Spartakusbund? ebenda, S. 443.

54 Siehe ebenda, S. 333-334.

fehlen. Auch Paul Levi bot außer der Empfehlung, das Problem öffentlich zu diskutieren, keine Lösungsvorschläge an. Da eine Umkehr unter den konkret-historischen Bedingungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum möglich war, konnte diese erst am Ende des 20. Jahrhunderts erfolgen, als eindeutig und unwiderruflich klar war, dass das Sowjet-Modell keine Entwicklungspotentiale besaß. Zu diesem Zeitpunkt aber hatten sich diese Entwicklungspotentiale weiter nach Asien verlagert, wo ein neuer Modernisierungszyklus auf einem höheren Produktivkraftniveau begann. Welche formationsspezifischen Besonderheiten die Entwicklungen in China und Indien hervorbringen, wird die Zukunft zeigen. Denn spätestens seit den Ölkrisen der 1970er Jahre, die den Anfang vom Ende des auf fossilen Energieträgern basierenden Kapitalismus<sup>56</sup> einleiteten und das sowjetische Modernisierungsmodell sogar in den Konkurs zwangen, ist erkennbar, dass dem extensiven Wachstum auch natürliche Grenzen gesetzt sind.

55 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, RLGW, Bd. 4, Berlin 1983, S. 364.

56 Siehe Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2005.



## Clara Zetkin und die Rote Hilfe

Gertrud Alexander (1882-1967), Freundin und Kampfgefährtin Clara Zetkins, fasste die Bedeutung der Revolutionärin für die Rote Hilfe mit folgenden Worten zusammen: „Clara Zetkin fühlte sich ganz als Sachwalter der sozialen Gerechtigkeit gegenüber allen Unterdrückten und Ausgebeuteten, ... gleich welcher Nation sie sein mochten. Als ein solcher Anwalt der vom Kapitalismus Ausgebeuteten und Entrechteten und der vom Faschismus Gegeißelten und Bedrohten, als Anwalt der Opfer imperialistisch-faschistischer Mordgier wirkte Clara Zetkin auch für die MOPR (IRH), deren Mitbegründer und Vorsitzende sie vom ersten Tag ihres Bestehens an war. [...] Wenn die MOPR heute eine Millionenvereinigung der Proletarier des Erdballs ist, internationale Kampf- und Hilfsorganisation der Werktätigen, lebendiges Denkmal der Schicksalsgemeinschaft aller Ausgebeuteten und Geknechteten des Weltkapitals, so ist das zum größten Teil Clara Zetkins Werk. Der Geist der Internationalität ist mit dem Namen Clara Zetkin eng verknüpft – ihr Ruf erging stets an Millionenmassen und wurde von ihnen gehört“.<sup>1</sup>

Da die Rote Hilfe einen wesentlichen Raum in den letzten zwölf Lebensjahren Clara Zetkins eingenommen hat, fragt man sich, warum dieses Thema in der wissenschaftlichen Literatur nur selten aufgegriffen wurde. Entscheidende Informationen enthält die Dissertation Sonja Buchmanns.<sup>2</sup> Einige wichtige Ergänzungen dazu finden sich in der Dissertation von Gudrun Partisch.<sup>3</sup> Der Artikel von L. G. Babitschenko<sup>4</sup> befasst sich direkt mit dem Thema. Der in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv verwaltete Clara-Zetkin-Nachlass<sup>5</sup> bietet mit dem Briefwechsel Clara Zetkins mit Jelena Stassova und Wilhelm Pieck wesentliche Informationen. In den biographischen Darstellungen von Gertrud Alexander über Wilhelm Pieck bis zu Florence Hervé wird die Arbeit Clara Zetkins für die Rote Hilfe dagegen oft nur am Rande erwähnt.<sup>6</sup> Hier

- 1 G. G. L. Alexander: Clara Zetkin als internationale Kämpferin. Maschinenschriftl. Manuskript; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, in der Folge SAPMO-BArch, NY 4005-17, Bl. 46-118, hier Bl. 47.
- 2 Siehe Sonja Buchmann: Clara Zetkins Wirken in der internationalen proletarischen Solidaritätsbewegung 1921 bis 1933, Leipzig, Diss. 1987, 156 S.
- 3 Siehe Gudrun Partisch: Zur frauenpolitischen Tätigkeit Clara Zetkins in den Jahren 1923 bis 1933, Leipzig, Diss. 1978, 287 S.
- 4 Siehe L. G. Babitschenko: Clara Zetkin und die Internationale Rote Hilfe in: BzG, Heft 3/1977, S. 371-382.
- 5 Siehe SAPMO-BArch, NY 4005.
- 6 Gertrud Alexander, eine der ersten Biographinnen, erwähnt in ihrer zum 70. Geburtstag Clara Zetkins erschienenen Biographie „Clara Zetkins Leben und Werk“ die Rote Hilfe überhaupt nicht. Eine stark erweiterte Fassung von 1933, aus der eingangs zitiert wurde, geht zwar auf die Rote Hilfe ein, wurde aber niemals gedruckt. In Wilhelm Piecks biographischer Skizze „Clara Zetkin. Leben und Kampf“, Berlin 1948, 48 S., gibt es immerhin eine pauschale Würdigung ihrer Leistungen in der Solidaritätsorganisation, aber eine detaillierte Darstellung ihrer Rolle in der Roten Hilfe und ihrer Auseinandersetzungen in der Organisation finden wir hier

werden vor allem ihre Verdienste um die proletarische Frauenbewegung gewürdigt, sie erscheint als konsequente Revolutionärin, die in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit von der Gründung der II. Internationale bis zum Jahr 1933 eine herausragende Rolle gespielt hat. Auch in den ausgewählten Reden und Schriften<sup>7</sup> finden sich nur wenige direkte Nachweise ihrer Tätigkeit für die Rote Hilfe. Band II, der die Zeit von 1918 bis 1923 umfasst, enthält einige Publikationen Clara Zetkins, die thematisch die Arbeit der Roten Hilfe betühren, jedoch keine von der Roten Hilfe selbst herausgegebenen Schriften. Ähnliches gilt für den Band III, der lediglich den Aufruf zur Rettung der Scottsboro-Boys und Auszüge aus der Broschüre zum zehnten Jahrestag der Internationalen Roten Hilfe (IRH) enthält. Versuche, sich dem Thema über Darstellungen zur Geschichte der Roten Hilfe zu nähern, ergaben ebenfalls wenig Wertbares. Immerhin taucht in Nikolaus Brauns' sehr ausführlicher Arbeit zur Geschichte der Roten Hilfe in Deutschland<sup>8</sup> vielfach der Name Clara Zetkins auf, zusammenhängende Ausführungen zu ihrer Rolle in der Roten Hilfe gibt es jedoch hier wie in anderen einschlägigen Darstellungen leider nicht.

Es war kein Zufall, dass die Wahl zur Vorsitzenden der Roten Hilfe auf Clara Zetkin fiel, besaß sie doch gerade für diese Funktion ausgezeichnete Voraussetzungen. Seit sie 1889 auf der Gründungsversammlung der II. Internationale die internationale Arena betreten hatte, war sie mit ihren Bemühungen um die Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung, mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau und mit ihrem unermüdlichen Auftreten gegen Militarismus und Krieg, um nur einige ihrer Tätigkeitsfelder zu nennen, zu internationalem Ansehen gelangt. Friedrich Engels hatte sie geschätzt, mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht war sie freundschaftlich verbunden gewesen, eine besonders enge, herzliche Beziehung hatte sie zu Rosa Luxemburg, und auch mit Lenin verband sie eine hohe gegenseitige Wertschätzung. Sie war eine außerordentlich erfolgreiche Rednerin.<sup>9</sup> Nach ihrem etwas verunglückten Start auf diesem Gebiet 1886 in Leipzig sprach sie noch auf zahllosen Versammlungen. Die Lafargues hatten sie „etwas pathetisch“ genannt, und tatsächlich erscheinen einem heutigen, nüchter-

nicht. Luise Dornemann, die sich immerhin noch auf persönliche Gespräche mit Claras Sohn Maxim stützen konnte, behandelt in ihrer zu DDR-Zeiten weit verbreiteten und auch heute noch in vielen Passagen durchaus lesenswerten Biographie (Clara Zetkin. Leben und Wirken. 8. Aufl. – Berlin 1985, 562 S.) die Rote Hilfe nur auf wenigen Seiten und verweist darauf, dass „Clara Zetkins Tätigkeit auf diesem Gebiet wie so manche andere ihrer Aktivitäten in ihren Einzelheiten noch zu erforschen“ ist (S. 516). Erwartungsgemäß beschränken sich die Ausführungen von Tânia Puschnerat (Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, 463 S.) zur Roten Hilfe auf wenige Seiten, und auch Gilbert Badias Biographie (Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, 319 S.), die in vielerlei Hinsicht eine neue Sicht auf Clara Zetkin eröffnete, widmet ihrer Tätigkeit für die Solidaritätsorganisation ganze drei Seiten. Die unlängst erschienene Arbeit von Florence Hervé: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. (Berlin 2007, 146 S.) war ohnehin nicht so angelegt, dass dort Platz für längere Ausführungen über die Rote Hilfe gewesen wäre.

7 Siehe Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften. Band II, III, Berlin 1960.

8 Siehe Nikolaus Brauns: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Organisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938), Bonn 2003, 345 S.

9 Siehe Dorothea Reetz: Clara Zetkin als sozialistische Rednerin, Leipzig 1978, 80 S.

nen Leser ihre Sätze manchmal ein wenig überzogen. Ihre Reden entsprachen auch keineswegs Tucholskys Ratschlägen für einen guten Redner. Ihre Sätze waren lang, reich an Attributen und Nebensätzen. Sie schreckte auch vor kühnen Wortschöpfungen nicht zurück, man denke nur an die „revolutionszitternde Bourgeoisie“, den „kampffliehenden Opportunismus“ oder den „pestenden Kadaver des Kapitalismus“. Sie prägte übrigens auch die Bezeichnung „Sanitätskorps der proletarischen Revolution“ für die Rote Hilfe. Dennoch, Clara Zetkin wusste mit ihrer leidenschaftlichen Art die Zuhörer zu begeistern und zu überzeugen, wie viele Zeitgenossen bezeugten. Schließlich wusste sie auch, wovon sie sprach, kannte sie doch Verfolgung, Elend und Solidarität aus eigenem Erleben. Positiv für ihre internationale Funktion wirkten sich nicht nur ihr solides theoretisches Wissen und die reiche, jahrzehntelange Erfahrung in der Arbeiterbewegung aus, sondern auch die Tatsache, dass sie mehrere Fremdsprachen beherrschte. Auf dem Leipziger Lehrerinnenseminar hatte sie die Lehrbefähigung für Französisch, Englisch und Italienisch erworben, das Exil in Frankreich hatte ihre französischen Sprachkenntnisse so vervollkommen, dass sie Dolmetscherdienste leisten konnte. Schließlich ist auch bekannt, dass sie so viel Russisch sprach, um eine Begrüßungsrede in dieser Sprache zu halten.

Natürlich gab es auch Faktoren, die gegen die Übernahme einer solchen Aufgabe, wie es der Vorsitz der Internationalen Roten Hilfe war, sprachen. Clara Zetkin war mit Funktionen überlastet. Zeitweilig oder ständig in der in Frage kommenden Zeit war sie Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Vorsitzende des Frauensekretariats der KI, Vorsitzende der Internationalen Arbeiterhilfe, Herausgeberin der „Kommunistin“, Mitglied der Zentrale der KPD und Mitglied des Reichstags, Funktionen, die jede für sich einen gesunden Menschen völlig ausfüllen konnten. Aber Clara Zetkin war nicht gesund, und das wäre eigentlich ein kaum zu widerlegender Hinderungsgrund für diese Aufgabe gewesen. Schon das Exil in Frankreich hatte Raubbau an ihren Kräften und ihrer Gesundheit bedeutet. Körperliche Zusammenbrüche wiederholten sich in immer engeren Zeitabständen. Sie litt unter Herz- und Kreislaufschwäche, Nierenversagen und dem zunehmenden Verlust der Sehkraft. Sie war so geschwächt, dass sie kaum noch stehen konnte und mehrfach zu Veranstaltungen auf einem Stuhl hereingetragen werden musste. Konnte sie unter diesen Voraussetzungen eine so hohe Verantwortung übernehmen? Clara Zetkin stellte sich mit eisernem Willen dieser Aufgabe.

Ihr Weg in der Roten Hilfe begann schon vor der Übernahme ihrer ersten Funktion, als sie 1920 im Deutschen Reichstag eine Amnestie für die revolutionären politischen Gefangenen forderte. Als im Frühjahr 1921 die Verfolgung revolutionärer Kämpfer Massencharakter annahm, entschloss sich die kommunistische Bewegung, Rote-Hilfe-Komitees zur Unterstützung der politisch Verfolgten und ihrer Angehörigen ins Leben zu rufen. Dem im Juni 1921 gebildeten Zentralkomitee der Roten Hilfe gehörte Clara Zetkin an. Diese erste Form der Roten Hilfe

in Deutschland erwies sich jedoch angesichts der umfangreichen Aufgaben als unzureichend, zudem wurde sie im November 1923 zusammen mit der KPD verboten. Nach Aufhebung des Verbots am 1. März 1924 begann auch die Rote Hilfe, sich zu reorganisieren. Damals war Clara Zetkin, wie Nikolaus Brauns unter Berufung auf Wilhelm Pieck mitteilt,<sup>10</sup> noch Mitglied des Zentralkomitees und gemeinsam mit Wilhelm Pieck Vorsitzende der Roten Hilfe Deutschlands. Auch Gilbert Badia verzeichnet sie in seiner biographischen Chronik<sup>11</sup> im Februar 1924 als Präsidentin der Roten Hilfe Deutschlands. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 wurde begonnen, die Rote Hilfe als Mitgliederorganisation aufzubauen. An der Führung dieser Organisation war Clara Zetkin jedoch nicht mehr beteiligt, wie ein Dokument aus dem Russländischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte belegt. Auf Anfrage der Internationalen Roten Hilfe teilte Wilhelm Pieck dem Exekutivkomitee der IRH mit: „Wir schicken Euch hiermit die Zusammensetzung des Zentralkomitees der Roten Hilfe Deutschlands: [...] Vorsitzender: Wilhelm Pieck (gleichzeitig als Vertreter der Zentrale der KPD), Emil Vettermann, Hauptkassierer, Gerhard Obuch, Leiter der juristischen Zentralstelle [...]“<sup>12</sup> Der Name Clara Zetkin taucht hier nicht mehr auf. Immerhin belegt ihr Nachwort zu dem 1924 erschienenen Bändchen „Der württembergische Lockspitzelsumpf“ ihre Verbindung mit der deutschen Rote-Hilfe-Organisation und ihre Teilnahme an deren Aufklärungsarbeit.

Clara Zetkin selbst aber war schon im Begriff, die Führung der im November 1922 gegründeten Internationalen Roten Hilfe zu übernehmen. Wann sie Vorsitzende bzw. Präsidentin der IRH, beide Begriffe tauchen in offiziellen Dokumenten auf, wurde, darüber gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Im Nachruf des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe<sup>13</sup> heißt es zum Beispiel: „Seit den ersten Tagen des Bestehens der Roten Hilfe bis zu den letzten Tagen ihres Lebens war sie mit uns, stand an der Spitze unserer Organisation.“ In einem Artikel zum 5. Jahrestag der IRH „Fünf Jahre Kampf“ von A. Kerin liest man: „Nach den durchgeführten Vorarbeiten wurde die Internationale Rote Hilfe am 30. November 1922 gegründet und als erster Vorsitzender Gen. Marchlewski, als zweite Vorsitzende Clara Zetkin gewählt.“<sup>14</sup> Wilhelm Pieck sah sie dagegen sowohl in seinem Nachruf<sup>15</sup> als auch in der Zetkin-Biographie<sup>16</sup> seit 1924 an der Spitze der internationalen Solidaritätsorganisation. Das entscheidende Dokument hat meines Erachtens L. G. Babitschenko aufgefunden und in der BzG publiziert. Er schreibt: „Der Beschluss über die Bestätigung als Vorsitzende des Exekutivkomitees der

10 Siehe Brauns, Schafft Rote Hilfe, S. 25.

11 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 311.

12 Russländisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte, Fonds 538, Verzeichnis 3, Akte 426.

13 Clara-Zetkin ruft euch! MOPR, 1933, Nr. 7, S. 2-4, hier S. 3.

14 A. Kerin: Fünf Jahre Kampf. MOPR, 1928, Nr. 3, S. 3-6, hier S. 4.

15 Siehe Wilhelm Pieck: Clara Zetkin ruft. Machinenschriftl. Manuskript. SAPMO-BArch, Ny 4005-17, Bl. 187-242, hier Bl. 239.

16 Wilhelm Pieck: Clara Zetkin, Berlin 1948, 48 S., hier S. 44.

IRH wurde auf der gemeinsamen Sitzung des Sekretariats des EKKI und des Sekretariats des Exekutivkomitees der IRH am 10. Juni 1925 gefaßt. [...] Am 12. November 1925 nahm Clara Zetkin das erste Mal unmittelbar an der Arbeit des Exekutivkomitees der IRH teil. Bis zu ihrem Tode verblieb sie in dieser Funktion. Der Weltkongress der IRH, November 1932, bestätigte sie letztmalig als Präsidentin dieser Organisation.“<sup>17</sup>

Wie und in welchem Maße führte sie tatsächlich die Internationale Rote Hilfe? Dabei ist ein Blick in die Struktur der IRH hilfreich. Das höchste Organ der Internationalen Roten Hilfe war der Kongress. Er wählte das Exekutivkomitee und dieses wiederum das Präsidium. Zur Lösung der Tagesaufgaben wurde ein Sekretariat gebildet. Darüber hinaus verfügte die IRH über einen umfangreichen Apparat mit Sekretären zu einzelnen Fachfragen, für bestimmte geographische Regionen, für Finanzen, Verwaltung usw. Mit all dem hatte Clara Zetkin als Präsidentin kaum etwas zu tun. Hier führte in bewährter Weise die Vizepräsidentin Jelena Stassowa Regie. Tatsächlich hätte Clara Zetkin auch kaum in die Alltagsarbeit eingreifen können, weil sie vielfach in Krankenhäusern, zur Kur und einen Teil dieser Zeit in Birkenwerder bei Berlin weilte. Wie weit sie von der täglichen Arbeit der IRH entfernt war, mögen einige Beispiele zeigen. 1930 wendet sich Clara an die Exekutive der IRH mit der Bitte, zwischen der RHD und der Internationalen Hilfsvereinigung zu vermitteln. Ist das nicht die Position einer Außenstehenden? Als sie eine englische Frauendelegation empfangen soll, fragt sie vorher bei Stassowa an, welche Themen sie ansprechen soll.<sup>18</sup> Kennzeichnend ist auch, dass das EKKI der IRH 1931 beschließt, dass Clara Zetkin die IRH auf dem Weltkongress der IAH vertreten soll.<sup>19</sup> Clara Zetkin übte ihre Führungsaufgabe wohl mehr dadurch aus, dass sie die Gesamtverantwortung für die Internationale Rote Hilfe, für ihre inhaltliche Ausrichtung wahrnahm, so weit das ihr Gesundheitszustand zuließ. An Kongressen, Konferenzen und Tagungen des Exekutivkomitees konnte sie nur selten teilnehmen und musste sich häufig auf Grußworte beschränken. Kurt Schilde, der übrigens Clara Zetkin bis zur Übernahme des Vorsitzes der IRH als Stellvertreterin Marchlewskis sah, schreibt dazu: „Ob die schwerkranke und fast erblindete, meist in Moskau lebende Multifunktionärin ...tatsächlich die Leitung der IRH ausübte, darf bezweifelt werden.“<sup>20</sup> Der Beschränkung auf eine sporadische und repräsentative Rolle widersprechen nicht nur die Wesensart Clara Zetkins, sondern auch die Aussagen von Zeitgenossen, die aus nächster Nähe ihren Einsatz für die IRH miterlebten. Gertrud Alexander berichtet: „Von den ersten Tagen des Bestehens der Roten Hilfe stand Clara Zetkin an ihrer Spitze. Wenn

17 L. G. Babitschenko: Clara Zetkin und die Internationale Rote Hilfe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1977, H. 3, S. 371-382, hier S. 372.

18 Siehe Brief Clara Zetkins an Jelena Stassowa, Archangelskoje, 21.8.1928. SAPMO-BArch, NY 4005-96, Bl. 178.

19 (Schreiben der Exekutive der IRH an Clara Zetkin, Berlin), 23.9.1931 – SAPMO-BArch, NY 4005-96, Bl. 211.

20 Sabine Hering/Kurt Schilde (Hrsg.): Die Rote Hilfe, Opladen 2003, 326 S., hier S. 59.

sie einer Sache angehörte, so bedeutete das für Clara, auch für die Greisin Clara, nicht einfach passive Ehrenpräsidentschaft. Mitgliedschaft bedeutete für sie stete revolutionäre Bereitschaft. In der Tat gab es keine große internationale Kampagne der Roten Hilfe, an der Clara sich nicht als ihre ständige Vorsitzende aktiv beteiligt hätte.<sup>421</sup> Berichte über Clara Zetkins Alltag bestätigen diese Aussage. Unermüdlich war sie bestrebt, sich aktuell zu informieren und zu den Aufgaben und Problemen der Roten Hilfe Stellung zu nehmen. Wenn es möglich war, repräsentierte sie die IRH, schrieb Gruß- und Neujahrsbotschaften, empfing Delegationen oder herausragende Persönlichkeiten aus Politik und Kultur und trat selbst auf Versammlungen und Tagungen auf. Da das aber ihr desolater Gesundheitszustand nur noch selten gestattete, schrieb sie. Sie verfasste Broschüren oder schrieb Einleitungen zu Publikationen der Roten Hilfe. Zahlreiche Artikel in Zeitungen und Zeitschriften bezeugen ihre Aktivität für die Solidaritätsorganisation, mit der sie zum Beispiel die Sacco-und-Vanzetti-Kampagne, die Aktionen zur Rettung der Scottsboro-Boys und vor allem den Kampf gegen den Faschismus unterstützte. Ihre Artikel finden wir in der „Roten Fahne“ und in der „Internationalen Pressekorrespondenz“, häufig aber auch in Zeitschriften der RHD wie „Tribunal“ oder „Der Rote Helfer“ und besonders in „MOPR“, dem Organ der Internationalen Roten Hilfe.

Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war unter anderem geprägt von zahlreichen inneren Auseinandersetzungen. Clara Zetkin war in diese Auseinandersetzungen verwickelt und hat mit ihren Positionen mehrfach harsche, bisweilen auch im Ton verletzend Kritik erfahren. Unter diesen Umständen war es nur eine Frage der Zeit, dass auch eine der kommunistischen Bewegung so nahe stehende Organisation wie die Rote Hilfe in diese Kämpfe hineingezogen wurde. Ein Teil der Führung der Roten Hilfe Deutschlands hatte sich der 1928 gegründeten KPD/Opposition angeschlossen. Dazu gehörte der Sekretär der RHD, Jacob Schlör. Die KPD-Führung fürchtete, dass die RHD ganz unter den Einfluss der KPD/Opposition geraten könnte, und erwirkte, dass die RHD Jacob Schlör und seine Gesinnungsgenossen, darunter mehrere Bezirkssekretäre der RHD, ausschloss. Die Ausgeschlossenen fanden sich in der Internationalen Hilfsvereinigung zusammen, einer Organisation, die 1923 als Ersatzorganisation für die verbotene RHD unter dem Namen Hilfsverein für notleidende Frauen und Kinder politischer Gefangener gegründet worden war. 1930 wandte sich die Internationale Hilfsvereinigung an die RHD mit dem Vorschlag, die beiden Organisationen zu vereinen. Clara Zetkin unterstützte diesen Vorschlag. Sie setzte sich in Briefen an Jelena Stassowa und Wilhelm Pieck dafür ein und trat an die Exekutive der IRH und Jelena Stassowa persönlich mit der Bitte heran, in diesem Fall zu vermitteln. Clara Zetkins Hauptargument war der Hinweis auf die Überparteilichkeit der Roten Hilfe und den Nutzen, den die namhaften Persönlichkeiten des Hilfsvereins für die Einheitsfront haben könnten.

21 G. G. L. Alexander, Clara Zetkin, Bl. 101.

Alle ihre Bemühungen waren jedoch vergeblich, ja zeitweise war, zumindest vortübergehend, eine deutliche Abkühlung ihres herzlichen Verhältnisses zu Wilhelm Pieck und Jelena Stassowa die Folge. Aus heutiger Sicht zeichnet sich ab, dass das an diesem Fall deutlich gewordene Verständnis einer breiten Einheitsfront gerade im Kampf gegen den Faschismus der Roten Hilfe sehr gedient hätte.

Wenn man sich fragt, welche Akzente Clara Zetkin in ihrer Arbeit für die Rote Hilfe gesetzt hat, dann muss man zunächst vorausschicken, dass sie in ihren Artikeln und bei Reden auf Veranstaltungen bestimmter Organisationen zumeist nicht nur organisationsspezifische Fragen behandelte. Sie sprach auf Frauenversammlungen auch über die internationale Solidarität, auf Veranstaltungen der Roten Hilfe über die Politisierung der Frauen und auf beiden über die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront. Insofern konnten sich die in ihrer Tätigkeit für die Rote Hilfe gesetzten Akzente kaum von den allgemeinen Schwerpunkten ihrer politischen Arbeit unterscheiden. Dennoch möchte ich auf einige Punkte eingehen, die beim Lesen von Clara Zetkins Texten besonders auffallen.

Eine zentrale Rolle nimmt die Frage der Einheitsfront ein. Ausgehend von dem Gedankengang, dass sowohl Erfolge im Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse ebenso wie die Abwehr von Kriegsgefahr und Faschismus und schließlich die sozialistische Revolution nur erfolgreich sein können, wenn sie von den Massen getragen werden, wendet sich Clara immer wieder der Frage zu, wie die Werktätigen überzeugt und aktiviert werden können. Hier nun spielt die Herstellung der Einheitsfront eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Clara Zetkin den Begriff „proletarische Einheitsfront“ gebrauchte und in ihren Mittelpunkt die organisierte Arbeiterbewegung stellte, diese Einheitsfront aber keineswegs nur auf die Arbeiter beschränkte, sondern auch Angestellte, Intellektuelle, Bauern und andere Schichten einbezog. In der Roten Hilfe sah sie über die konkrete Hilfe für politische Gefangene und ihre Angehörigen hinaus eine gute Möglichkeit, Menschen für die Einheitsfront zu gewinnen. So heißt es zum Beispiel in dem von ihr verfassten Neujahrsgruß der Roten Hilfe vom Januar 1928: „Unter den Speeren des kämpfenden Proletariats sammeln sich zahlreicher und zahlreicher alle, denen die Begriffe Freiheit, Kultur, Menschlichkeit mehr sind als tönende Worte oder Sprungbretter für Eitelkeit und einträgliche Posten. Zu der Vorhut und den Kerntruppen der klassenbewussten Proletarier stoßen soziale Schichten, deren Lebensunterhalt und Lebenswürde durch die Herrschaft des Trustkapitals vernichtet werden, stoßen Einzelpersönlichkeiten, die ihre Sehnsucht nach einem pflichtgemäßen, emportragenden Lebensinhalt in der bürgerlichen Ordnung nicht verwirklichen können. Viele von ihnen finden in der überparteilichen Roten Hilfe ein Arbeitsfeld, auf dem ihr Sehnen und Wollen in selbstloser Gemeinschaftsbetätigung fruchtbar wird.“<sup>22</sup>

22 Clara Zetkin: Neujahrsgruß, 1.1.1928, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Berlin 1960, S. 354-357, hier S. 355.

Besonderes Augenmerk richtete Clara Zetkin auf die Einbeziehung der Frauen in die Arbeit der Roten Hilfe. In den speziellen Aufgaben der Solidaritätsorganisation wie der Betreuung politischer Gefangener und ihrer Angehörigen, in der Arbeit in Kinderheimen und ähnlichem sah sie besonders für Frauen geeignete Aufgaben. Über die Tätigkeit in der Roten Hilfe versprach sie sich eine stärkere Einbeziehung der Frauen in den allgemeinen politischen Kampf. Unter ihrer Führung beschloss die IRH 1928 Richtlinien zur Arbeit unter den Frauen<sup>23</sup>, die unter anderem die stärkere Beteiligung am Funktionärsapparat der Roten Hilfe, die Benennung spezieller Funktionäre für die Frauenarbeit und die Organisation von Frauenhilfskomitees vorsah.

Sehr am Herzen lag Clara die Herstellung solidarischer Beziehungen zwischen den Werktätigen der Sowjetunion und den Proletariern des Westens. Schon seit den Leipziger Jugendjahren hatte sie ein besonderes Verhältnis zu den Russen. Ihre Freundin Warwara führte sie nach Sankt Petersburg, in Leipzig lernte sie russische Emigranten kennen, darunter auch Ossip Zetkin, ihren Lebenspartner im Pariser Exil. In Paris erfuhr sie die solidarische Unterstützung russischer Revolutionäre. Nun kam hinzu, dass Russland das Land der siegreichen sozialistischen Revolution war, in das Clara Zetkin alle Hoffnungen setzte. Begeistert bereiste sie Sowjetrußland und wurde nicht müde, die Errungenschaften der neuen Ordnung in leuchtenden Farben zu schildern. In dem Bündnis zwischen den Werktätigen der Sowjetunion und des Westens sah sie nicht nur eine wesentliche Voraussetzung, der Gefahr von Faschismus und Krieg zu begegnen, sondern auch die Möglichkeiten, die noch im Kapitalismus lebenden Arbeiter und ihre Verbündeten für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Clara Zetkin sah einzelne Erscheinungen und Persönlichkeiten in der Sowjetunion durchaus kritisch. Gilbert Badia hat in seiner Zetkin-Biographie zum Beispiel ausführlich über die „private, beinah geheime“ Feindschaft zwischen Clara Zetkin und Stalin geschrieben und sie mit Zitaten aus ihrer Korrespondenz belegt.<sup>24</sup> Wie erklärt es sich aber, dass der Tenor ihrer Reden und Artikel dennoch ein unbedingtes Ja zur Oktoberrevolution und zur Sowjetunion war? Zweifellos war Clara Zetkin von der sozialistischen Perspektive der Sowjetunion überzeugt. Für die Internationale Rote Hilfe spielte zudem eine große Rolle, dass der Geist des proletarischen Internationalismus in der Sowjetunion lebendig war. Die sowjetische Sektion war die größte innerhalb der IRH. Von den 1932 gezählten 13,8 Millionen Mitgliedern gehörten 5,6 Millionen der MOPR der UdSSR an. Die Hilfsaktionen der Internationalen Roten Hilfe wurden zum nicht geringen Teil mit den Geldern der sowjetischen Werktätigen finanziert. Zudem genoss Clara Zetkin in der Sowjetunion eine ganz außergewöhnliche Popularität, man sah in ihr die

23 Siehe Richtlinien für die Arbeit der IRH unter den Frauen. MOPR, 1928, H. 6/7, S. 47/48.

24 Siehe Badia, Clara Zetkin, S. 245-262. Badia beruft sich auf Charles Rappoport: „Sie hasste (Stalin) am Ende ihres Lebens (dies vertraute sie mir 1927/28 an).“ Badia zitiert nach Charles Rappoport: *Une vie révolutionnaire, 1882-1940*, Paris 1991, S. 108.



Symbolfigur des proletarischen Internationalismus. Vergessen sei schließlich auch nicht, dass die Sowjetunion ihr immer wieder Behandlung ihrer Krankheiten, Kur-aufenthalte und schließlich auch Asyl bot.

In die Einheitsfront, die Clara vor allem als Einheitsfront von unten betrachtete, bezog sie stets die sozialdemokratischen Arbeiter ein. Zugleich griff sie scharf die offizielle Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an. Vielfach wird in ihren Arbeiten an das Versagen fast aller sozialdemokratischen Parteien bei Ausbruch des I. Weltkriegs und an die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs unter einer sozialdemokratischen Regierung erinnert. Hinzu kamen die antisowjetische Haltung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Regierungen und die Beschlüsse über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einer der oben erwähnten Parteien mit der Mitgliedschaft in der Roten Hilfe, die Clara Zetkins Haltung bestimmten und verständlich machten.

Würde man eine Statistik erarbeiten, welche Themen in den Veröffentlichungen der Roten Hilfe am meisten vorkommen, dann hätte der Faschismus in dieser Aufstellung sicher einen Spitzenplatz. Wir finden zahlreiche Analysen des Faschismus, Berichte über faschistische Gräueltaten, Chroniken der faschistischen Bewegung und vor allem Aufrufe zum antifaschistischen Kampf. Clara Zetkin hatte daran einen gehörigen Anteil. Schon 1923 hatte sie im Auftrag der Kommunistischen Internationale eine Analyse und eine Definition des Faschismus erarbeitet<sup>25</sup>, von der Gilbert Badia schreibt, dass die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen den Faschismus erfolgreicher hätte sein können, wenn sie sich an die Zetkinsche Definition gehalten hätte.<sup>26</sup> Dass ihre Formulierung aber nicht ohne Wirkung auf die Zeitgenossen blieb, zeigt zum Beispiel die inhaltlich sehr ähnliche Formulierung, die Henri Barbusse einige Jahre später in einem Artikel für die Zeitschrift MOPR fand.<sup>27</sup> Ob nun tatsächlich, wie Clara Zetkin schrieb, der Faschismus die Strafe dafür war, dass das Proletariat Westeuropas nicht die in Russland eingeleitete Revolution aufgegriffen und weitergeführt hat, mag dahingestellt sein. Wichtig erscheint mir, dass sie in den Trägern des Faschismus „nicht eine kleine Kaste, sondern breite soziale Schichten, Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen“, sah und dass man den Kampf gegen den Faschismus nicht

25 Siehe Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht aus dem erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 20.6.1923, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S. 699-728, hier S. 690.

26 Siehe Badia: Clara Zetkin, Berlin 1994, S. 9. Siehe auch den Beitrag von Wolfgang Beutin in diesem Band.

27 Henri Barbusse: Es muss ein antifaschistischer Kongress einberufen werden. MOPR, 1928, Nr. 8, S. 4-6. Barbusse schrieb auf S. 5: „Was ist Faschismus? Das ist im Wesentlichen eine Kampfformation, die sich den offiziellen und ‚gesetzlichen‘ Machtmitteln zur Wahrung eines gegebenen sozialen Zustandes hinzugesellt. Der Faschismus bietet die Möglichkeit, um gestützt auf gewisse Elemente der Großbourgeoisie, zum anderen auf gewisse kleinbürgerliche Massen, die in ihrem Wirtschaftsleben von den Schwierigkeiten der Gegenwart und von Krisen bedroht sind (welchen Elementen sich ein Sammelsurium aller zu habenden Elemente hinzugesellt), eine heftige Offensive gegen die tatsächlich gegebenen und die möglichen Fortschritte der Arbeiterklasse vom Stapel zu lassen...“

nur militärisch, sondern vor allem politisch und ideologisch führen müsse. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus zieht sich wie ein roter Faden durch die meisten ihrer Schriften für die Rote Hilfe, fehlt aber erstaunlicher Weise in ihrer letzten großen Arbeit „Werk und Weg der Internationalen Roten Hilfe“, die 1932 in Berlin erschien. Ihre letzte Publikation, der Aufruf zur Internationalen Hilfswoche der IRH im Juni 1933<sup>28</sup>, galt wieder dem antifaschistischen Kampf.

Trotz Krankheit und körperlicher Schwäche setzte Clara Zetkin in der Arbeit für die Rote Hilfe unermüdlich ihre Autorität, ihre große revolutionäre Erfahrung und ihren Kampfesmut ein. Sie bestach durch ihre Hartnäckigkeit, unbequem für Freund und Feind, sie war nicht frei von Irrtümern, aber wo auch immer Clara Zetkin „irrte oder Fehler in ihren Beschlüssen beging, immer jedoch geschah es aus der von revolutionärem Willen getragenen Überzeugung, der Komintern und der Partei praktisch zu helfen, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen“. So jedenfalls formulierte es Wilhelm Pieck in seinem Glückwunsch zu ihrem 75. Geburtstag.<sup>29</sup> In der Roten Hilfe propagierte Clara Zetkin nicht nur internationale Solidarität, sie praktizierte sie auch. Den Aufstieg der Internationalen Roten Hilfe zur Millionorganisation verdankt die Arbeiterbewegung nicht zuletzt ihrem Wirken.

28 Siehe Clara Zetkin: Unterstützt den heldenmütigen Kampf der deutschen Arbeiter gegen den blutigen Terror des Hitlerfaschismus! Aufruf zur internationalen Hilfswoche der IRH, 17.-25.6.1933, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 617-619.

29 Wilhelm Pieck: Glückwunsch an Clara Zetkin zum 75. Geburtstag, SAPMO-BArch, NY 4005-6, Bl. 10.

WOLFGANG BEUTIN

## **„Dieses weltgeschichtliche Ringen geht um das ganze Kulturerbe der Menschheit.“ – Kultur, Intellektuelle und Proletariat in Clara Zetkins Gedankenwelt\***

Linke Parteien sind immer auch  
Erinnerungsgemeinschaften an die Kämpfe  
und an das Ethos der Vorgängergenerationen.  
*Oskar Lafontaine, in: Politik für alle (2006), S. 123*

### **Ihre Größe als Theoretikerin**

Clara Zetkins umfangreiches schriftstellerisches Werk bezeugt die Mannigfaltigkeit ihrer Interessen, die Breite ihres Wissens sowie ihr vorzügliches politisches Denken in seiner verlässlichen Fundierung. Es dokumentiert ihre theoretische Arbeit, die sie auf vielen wichtigen Gebieten leistete, zugleich in ihrer Tiefe wie in ihrer brillanten Formulierung. Wendet man sich ihrer Gedankenarbeit zu – es genügt schon ein Ausschnitt daraus –, so erweist sich ihre Größe als Theoretikerin sofort, hier wie auf den übrigen Feldern, auf denen sie tätig wurde. Größe, woran messbar? An der Präzision, mit der Clara Zetkin die komplexesten Sachverhalte erfasst; an der historischen Bewusstheit, mit der sie die gravierenden Probleme ihrer Gegenwart aus den Problemstellungen der Vergangenheit abzuleiten versteht; an der immer wieder bestätigten Sorgfalt ihrer Zusammenschau, mit der sie akute Entwicklungen auf disparat erscheinenden Gebieten in ihrem tatsächlichen Konnex aufweist; an ihrer Fähigkeit, aus der Analyse politischer Zustände und kultureller Zusammenhänge die Notwendigkeit einschneidender Veränderungen zu begründen, von denen die unterdrückten und benachteiligten Klassen Abhilfe zu erwarten haben.

In ihren Darlegungen, nicht in ihren allein, aber in ihren besonders hervorstechend scheint mir dabei eine Eigentümlichkeit zu sein, die man vielleicht als argumentativen Multilateralismus bezeichnen könnte: die Fähigkeit der Autorin, jedes Ding von mehreren, oft sehr unterschiedlichen Seiten zu betrachten und zu würdigen, oder aus jeder angemessenen Perspektive (multiperspektivisch).

Zwischen einer heutigen Leserschaft und der Entstehungszeit ihrer Texte liegt allerdings eine erhebliche Zeitspanne, ein Jahrhundert, etwas mehr oder weniger,

\* Der folgende Text wurde am 30. Juni 2007 beim Kolloquium „Clara Zetkin in unserer Zeit“ in Berlin vorgelesen, das der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE anlässlich des 150. Geburtstags von Clara Zetkin veranstaltete (Siehe Geschichtskorrespondenz Nr. 3/13. Jg., Juli/August 2007, S. 20-27.) Der Beitrag erschien auch im Themenheft „Revolution“ der Zeitschrift „Topos“, H. Nr. 28, Neapel 2007, S. 103-118.

mindestens dreiviertel Jahrhundert. Wie nun die von Clara Zetkin erwogenen gesellschaftlichen Faktoren, Vorgänge und Entwicklungen im Verlauf der Jahrzehnte Modifikationen und sogar starken Wandlungen unterlagen, nicht sämtlich in ihrem Wesenskern, doch aber entschieden in ihrer Erscheinung, unterlagen auch ihrer aller Bezeichnungen bedeutender Veränderung, so dass der Begrifflichkeit der Autorin gelegentlich der Hauch des Altväterischen anhaftet („Geistesarbeiter“). Linguistisch formuliert: Eine Anzahl ihrer Lexeme wirkt inzwischen leicht archaisch konnotiert. Fast immer zudem wird die Leserschaft genötigt sein, bei den in Zetkins Texten verwendeten Grundbegriffen diejenigen historischen Prozesse mitzudenken, die das von ihr gesichtete Ganze der Welt auffällig umgestaltet haben, in einiger Hinsicht radikal (Terminologie wie: „Proletariat, Kommunismus, Kapitalismus“).

### **Faschismus als „Strafe“ für eine stockende Revolution**

Gegenwärtig droht der Republik abermals Gefahr vom Faschismus, von einem ‚Neo-‘ oder neuen Faschismus, mit dessen Neuheit es allerdings so weit her kaum ist. In ihrer Rede vom März 1923: „Der Kampf gegen den Faschismus“, also einer sehr frühen, aber bis heute aktuellen, daher diskutierenswerten Analyse, legte Clara Zetkin die Ursprünge und Wesenszüge des damaligen Faschismus dar, der in Italien bereits ein Jahr an der Macht war.

In unseren Tagen deutet in der Bundesrepublik ein professoraler Autor, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein rechtsradikaler Propagandist, die Verbrechen des NS-Regimes als Taten, die auf Vorgänge in der Sowjetunion antworten, die das Muster bereitgestellt hätte. Für diese Bezeichnung gab es ein Vorbild, über welches Clara Zetkin berichtete.

Seit 1917 leiteten, wie sie schreibt, vor allem die „reformistischen Sozialdemokraten“ jegliches politische Verbrechen aus der russischen Revolution ab, die sie als „Ausgangspunkt aller terroristischen Erscheinungen der Gegenwart“ diffamierten. „Für sie ist der Faschismus nichts als Terror, Gewalt, und zwar bourgeois Reflex der Gewalt, die von Seiten des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgegangen ist oder die ihr angedroht wird. ... Als ob kein imperialistischer Raubkrieg gewesen wäre und keine Klassendiktatur der Bourgeoisie existierte!“ Aber voll berechtigter Empörung wies Clara Zetkin die Schmäherung der russischen Revolution zurück: Der Faschismus sei „keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, dass das Proletariat sich kämpfend erhob“. Umgekehrt werde ein Schuh daraus: „Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat.“<sup>1</sup>

1 Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hrsg. von Katja Haferkorn/Heinz Karl, Leipzig 1974, S. 293.

So erscheint als eine „Wurzel“ des Faschismus „das Stocken, der schleppende Gang der Weltrevolution infolge des Verrates der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung“.<sup>2</sup>

Jetzt kommt Zetkins Multilateralismus zum Zuge. So sei der Faschismus: „der stärkste, der konzentrierteste, ... der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie“.<sup>3</sup>

Umfassend historisch betrachtet, im Zusammenhang der Wandlungsprozesse der Produktionsweisen und der ihnen zuzuordnenden Ideologie analysiert, ist er zugleich „ein Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und ein Symptom der Auflösung des bürgerlichen Staates“.<sup>4</sup>

Drittens, unter Bezugnahme auf die Affinität von einem Anteil des Proletariats zu ihm: Die faschistische Massenbasis<sup>5</sup> sei keineswegs nur „eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen“.<sup>6</sup> Es müsse nämlich begriffen werden, dass er „eine zündende, mitreißende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben ...“.<sup>7</sup>

Nun fällt ihr Blick auf eine weitere Facette der Faschismusproblematik: den Anteil der Intellektuellen. Sie gibt eine historische Übersicht in drei Stufen.

Zunächst schufen die Kapitalisten „auch auf dem Gebiete der Kopfarbeit ein Massenangebot von Arbeitskräften ..., um damit Schmutzkonzurrenz zu entfesseln und die Löhne, pardon Gehälter, zu drücken“. Rekrutierten aus diesen Kreisen „der Imperialismus und der imperialistische Krieg viele ihrer ideologischen Vorkämpfer“, so erlebten seither „all diese Schichten den Bankrott ihrer Hoffnungen auf den Krieg“.<sup>8</sup>

Anschließend daher Stufe 2: „Ein großer Teil der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten, bürgerlichen Intellektuellen hatte die Kriegspsychologie durch eine gewisse Sympathie für den reformistischen Sozialismus ersetzt. Sie erhofften vom reformistischen Sozialismus dank der ‚Demokratie‘ eine Weltwende.“<sup>9</sup>

Dies waren die Schichten, die seit längerem der Idee der Reform huldigten. Die Hoffnung darauf war seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts speziell unter bürgerlichen Intellektuellen hochgeschwungen. In der Literaturgeschichte war es die Ära des Naturalismus. Deutschland sah ein erstaunliches „Auftauchen sozialer

2 Ebenda, S. 297.

3 Ebenda, S. 292.

4 Ebenda, S. 295.

5 Bei Clara Zetkin dafür der zu Missverständnissen führende Begriff „der Träger des Faschismus“, ebenda, S. 293.

6 Ebenda, S. 293.

7 Ebenda, S. 295f.

8 Ebenda, S. 296.

9 Ebenda, S. 297.

Reformer verschiedenster Spielarten: Kathedersozialisten, Bodenreformer, Pazifisten, Ethiker, Neu-Malthusianer. Sexualreformer usw.“ Aller gemeinsames Kennzeichen war, dass die meisten hiervon „mit einem Male die soziale Frage entdecken und unter ihr die Riesengestalt des kämpfenden Proletariats, das sich revolutionär zu bewegen beginnt. Die Stellung der Intellektuellen zwischen den Klassen, ihre Zwitterstellung zwischen den beiden großen Klassen der Gesellschaft, die sich zur Generalabrechnung zwischen Arbeit und Kapital rüsten, lässt die Reformer als Prediger der Klassenversöhnung auftreten.“<sup>10</sup>

Doch das Resultat der Erwartungen, die breite Kreise in Deutschland auf den sozialen Reformismus, auf die Reform als Prinzip, die Lebensreformbewegung gesetzt hatten? „Diese Erwartungen sind bitter enttäuscht worden. Die Reformsozialisten treiben eine sanfte Koalitionspolitik, deren Kosten zusammen mit den Proletariern und Angestellten die Beamten, Intellektuellen, Klein- und Mittelbürger jeder Art zahlen.“<sup>11</sup>

Daher dann Stufe 3: In den Köpfen der Leute wirtschaften der Reformsozialismus, die Reform, die Lebensreform rapide ab. „Die Intellektuellenkrise zeitigte eine besondere Folge: die Politisierung der Intellektuellen. Wir erleben gegenwärtig in allen kapitalistischen Ländern eine starke Politisierung des Kleinbürgertums und damit der Intellektuellen, eine Politisierung, wie wir sie bis jetzt noch nicht gekannt haben. Die Intellektuellen treten aus dem Gebiete der Sozialreform und betreten den Boden des politischen Kampfes.“ Der „stärkste Ausdruck“ dafür sei der Faschismus, zu dessen Massenbasis das Kleinbürgertum zahlenmäßig bedeutend beitrage, darunter die Intellektuellen; sie seien „auch zumeist die Schöpfer seiner Ideologie. Diese ist eine Fortsetzung der imperialistischen Ideologie, verquickt und aufgeputzt mit nationalen und sozialen Zutaten.“<sup>12</sup>

Noch ein Aspekt, den Zetkin heranzführt: der soziologische. Sie warnt davor, den Faschismus lediglich als Bewegung von Übeltätern und Verbrechern zu betrachten. Man müsse einsehen, „dass die Gewalthaufen der Faschisten nicht ausschließlich zusammengesetzt sind aus Kriegsrohlingen, aus Landsknechtsnaturen, denen der Terror Genuss ist, aus käuflichen Lumpen. Wir finden in ihnen auch die energischsten, entwicklungsfähigsten Elemente der betreffenden Kreise.“<sup>13</sup> Die „Intellektuellenfrage“ schreie uns „entgegen aus der Seelennot von Zehntausenden und aber Zehntausenden, die in den Nöten dieser Zeit das frühere Ideal, eine sie tragende innere Kraft verloren haben und nicht mehr imstande sind, ihr persönliches Erleben und Leiden im Zusammenhang mit dem großen geschichtlichen

10 Ebenda, S. 364. Ein Blick nach Frankreich: Hier entstanden gleichzeitig „bürgerliche Parteien und Parteichen, die sich demokratisch-sozialistisch, radikal-sozialistisch oder irgendwie benennen, nur das Wort ‚sozialistisch‘ muß dabei sein“ (ebenda, S. 365). Zur Erinnerung: ... wie noch bei der Namensgebung der – geschickt auf den Erfolg ihrer Täuschung rechnenden – faschistischen Partei, nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland.

11 Ebenda, S. 297. NB.: Gegenwärtig heißt so etwas nun ‚große Koalition‘, nur dass über die Sanftheit von deren Ausplünderungsmethoden noch einmal nachgedacht werden müsste.

12 Ebenda, S. 371.

13 Ebenda, S. 325.

Geschehen zu begreifen und aus ihm Lebensenergie zu gewinnen“. „Tausendköpfige Massen strömten dem Faschismus zu. Er wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte. Und was sie alle nicht erhofften von der revolutionären Klasse des Proletariats und vom Sozialismus, das erhofften sie als Werk der ‚tüchtigsten, stärksten, entschlossensten, kühnsten Elemente‘ aller Klassen, die zu einer Gemeinschaft zusammengefasst werden müssen. Diese Gemeinschaft ist für die Faschisten die Nation. Sie wähen, dass der ernste Wille, sozial ein Neues, Besseres zu schaffen, machtvoll genug sei, alle Klassengegensätze zu überbrücken.“<sup>14</sup>

Ein Sub-Aspekt: Differenzierung innerhalb des Faschismus. Nach der sozialen Zusammensetzung „seiner Truppen“ schließe der Faschismus auch Personen ein, „die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können“; doch schon seien „die revolutionären Elemente im Faschismus von den reaktionären Elementen überflügelt und gefesselt“ worden;<sup>15</sup> (Aussage aus dem Jahre 1923, aufgrund der italienischen Ereignisse.) Sobald es sich zeige, „dass das Proletariat selbst darauf verzichtet, die Revolution weiterzuführen“, schlagen sich „die breiten Massen der Faschisten dahin . . . , wo die meisten ihrer Führer von Anfang an – bewußt oder unbewußt – standen: auf die Seite der Bourgeoisie“.<sup>16</sup>

Insgesamt lieferte Clara Zetkin ihre eigene spezifische Theorie zur Entstehung des Faschismus, die stark auf sozialpsychologischen Kategorien aufbaut. Die Anwendung auf heute ist unschwer zu machen: Der Faschismus kriert sich keinesfalls selber, er ist die Folge einer auf halbem Wege steckengebliebenen Revolution, einer Revolution, die von ihren Trägern am Wege liegen gelassen wurde, wie es in Deutschland Tradition hat.<sup>17</sup>

14 Ebenda, S. 353.

15 Ebenda, S. 299.

16 Ebenda, S. 300.

17 In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts missverstanden die Bevölkerungsmassen der alten Bundesrepublik die Parole „Mehr Demokratie wagen!“ in der Weise, als wäre sie aus dem Munde derer da oben eine Selbstermunterung, nun einmal dem Volke ein Plus an Demokratie zu konzedieren, während es selber, das Volk, solch Zugeständnis bloß entgegenzunehmen brauchte. Jedoch jenes „Mehr Demokratie wagen!“ hätten die Massen aus eigenem umsetzen, sie hätten die vollziehende Kraft selber sein müssen. Die Vision der „blühenden Landschaften“, die in den neuen Bundesländern als gebrochenes Versprechen eines früheren Bundeskanzlers unvergessen ist, auch sie war von der Bevölkerung allenfalls in eigener Regie realisierbar, nur im entschlossenen Ankampf gegen die skrupellosen Überbringer leerer Zusagen. Wer bloß abwartete, dass die da oben die blühenden Landschaften alsbald hervorzaubern würden, wie einstmal in der alten Bundesrepublik angeblich ein dicker, schwarzer Mann mit Zigarre das ‚Wirtschaftswunder‘, dem verblieb eine einzige Perspektive: in die Röhre zu gucken. – Was ist in weiten Kreisen der Bevölkerung verloren gegangen? Die grundlegende Einsicht, die Clara Zetkin mit den besten Autoren ihrer Ära teilte, z. B. mit dem von ihr überaus geschätzten Epiker Wilhelm Raabe, der schrieb: die Gegenwart sei die Ära, „wo die bewegende Kraft in die Massen zurückfällt“ (in: Raabe, Die Leute aus dem Walde, 1861, S. 62). Die Bedingung lautete, man musste sich des Charakters der Ära bewusst werden, „des Zeitalters der Revolution“ (derselbe, Die Chronik der Sperlingsgasse, 1854, S. 55). Aus alledem resultiert für die demokratische Bewegung, wie seit zweihundert Jahren, so auch heute noch, die Aufgabe, die einstmal Heinrich Heine in die Wort fasste: „Wenn wir es dahin bringen, dass die große Menge die Gegenwart versteht . . .“ (Heine, Französische Zustände, Vorrede, 1832). Und im 21. Jahrhundert? Clara Zetkins Worten ist die deutliche Mahnung zu entnehmen: Was von Vorgänger-Generationen am Wege liegen gelassen wurde, wäre aufzuheben und weiter zu tragen (nicht nur olympische Flammen können den Erdball umrunden), weiter zu entwickeln.

## Kultur in absteigender Entwicklungslinie

Ideologische Fragen sind eine Kategorie kultureller Fragen, wie die Ideologiekritik eine Kulturtechnik in der Reihe kultureller Techniken. Entsprechend bildeten für die Theoretikerin Clara Zetkin in Verbindung mit den kulturellen Problemen im engeren Sinne auch die ideologischen immer einen Gegenstand ihrer gründlichen Analyse. So befasste sie sich in Reden und Aufsätzen auch mit der nationalen Frage und dem Patriotismusproblem, mit der Frage des Antimilitarismus und Pazifismus, mit der Frauenfrage und anderen relevanten Themen. Beispielsweise erkannte sie die Nähe der – bürgerlichen – Frauenrechtsbewegung zum Friedenskampf. Sie hatte selber miterlebt, wie „frauenrechtlerische Pazifistinnen im Kampfe gegen den Krieg eine Überzeugungstreue, einen opferbereiten und hingebungsvollen Mut, politische Eigenschaften bewiesen, die jene schwankenden, wankenden, führenden Sozialisten tief beschämten ...“<sup>18</sup> Sie diskutierte Fragen der Erziehung, vor allem der Allgemein- und Fachbildung, der Volksschule, der sozialistischen Kindererziehung und Jugendbewegung. Sie vermerkte: „Die absteigende Entwicklungslinie der Volksbildung endet im Sumpfe der kapitalistischen Pressekorruption.“<sup>19</sup>

Dieser versuchte Clara Zetkin mit ihren eigenen Zeitschriftgründungen entgegenzuwirken, besonders mit der berühmten „Gleichheit“, die sie in dem vergleichsweise langen Zeitraum von 25 Jahren erscheinen ließ (1892-1917). Die übrige sozialdemokratische Presselandschaft im Weltkrieg schien ihr die Greuel der bürgerlichen noch zu überbieten: „Von den 91 Organen unserer Parteipresse, von den vielen Gewerkschaftsblättern ist die erdrückende Mehrzahl durch und durch nationalistisch, ja chauvinistisch, und nicht wenige übertreffen an mordspatriotischer Gesinnungstüchtigkeit die anständigeren und besonnenen bürgerlichen Blätter.“<sup>20</sup>

Zum Umkreis kultureller Themen im engeren Sinne, mit denen Clara Zetkin sich ihr Leben lang auseinandersetzte, gehören: Kultur allgemein, primär unter dem Gesichtspunkt der Beziehung des Proletariats zur Kultur; die Verantwortung der ‚Kulturträger‘ (hinüberspielend in die „Intellektuellenfrage“); sowie die spe-

18 Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Clara Zetkin an Mathilde Wibaut 1922, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. III/2007, S. 110.

19 Zetkin, Zur Theorie und Taktik, S. 381. (... was aktuell der Ergänzung bedürfte:) ... um erst heute auf der Talsohle anzulangen, bei der Prägung der Menschen durchs Fernsehen, dessen Gewaltige sich nicht genug tun können, auf allen Wellen die Abendsendungen mit Morden, Tötungsdelikten und Verbrechen aller Art anzufüllen. – Und das ist auch ein Verbrechen.

20 Brief an Heleen Ankersmit, 3.12.1914, in: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, Bd. 1, S. 641). – Siehe die ganz ähnliche Stellungnahme Karl Liebknechts zur sozialdemokratischen Presse im Weltkrieg: „... die bedenklichsten Erscheinungen – Chauvinismus, Annexionssucht, Harmoniedudelei, bedingungslose Solidarisierung mit den Todfeinden des Proletariats von gestern und morgen, die plötzlich in einer trüben Einigkeitsphrasen-Hochflut zu Busenfreunden von heute umgewaschen wurden“ (zit. bei: Kurt Schneider, Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen, in: Klaus Kinner (Hrsg.): Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung, Leipzig 2006 (Texte zur politischen Bildung, H. 36), S. 39-59; hier: S. 43.



zifische Rolle der Kunst und der Wissenschaft. Hier reichte ihre Kompetenz immerhin bis in die Feinheiten der Literatur- und Theaterkritik.<sup>21</sup>

In ihren Überlegungen zum Verhältnis von Kultur und Proletariat ging sie von einem unbestreitbaren Faktum aus, welches gering modifiziert bis in die Gegenwart erhalten blieb: Soweit es an ihnen lag, enthielten die Machteliten den abhängigen Klassen und Schichten die Kultur schlicht vor. Das führt zu der Frage: „Wo hat das Vaterland ihnen an der Tafel geistiger Kultur gedeckt?“<sup>22</sup> Was eigne dem Proletarier von „den Schätzen der Wissenschaft und Kunst, dem blühenden Reichtum der Kultur? Nicht einmal so viel, dass Millionen ihre Muttersprache richtig sprechen, geschweige denn schreiben lernen!“<sup>23</sup> Deshalb erkannte Clara Zetkin: „... dem proletarischen Klassenkampf bleibt es vorbehalten, das Vaterland und seine Kultur aus dem Monopol einer kleinen Minderheit in die Heimat und den Besitz aller zu verwandeln.“<sup>24</sup>

Der Blick in die Geschichte zeigte ihr, das es einstmals Zeiten gab, als die Bourgeoisie vom Freihandel schwärmte, da träumte sie „den Traum von der Interessensharmonie, der Brüderlichkeit der Völker des Erdballs, den Traum vom ewigen Frieden“ (Anspielung auf Kants Schrift von 1795). „In der Atmosphäre der wirtschaftlichen Entwicklung, welche den nationalen Markt zum Weltmarkt weitete, näherten sich die Völker einander, Kultur empfangend und Kultur spendend, Wissenschaft und Kunst wurden international, eine weltbürgerliche Gesinnung begann zu erblühen, deren Vorkämpfer die erlauchtesten Dichter und Denker der Nationen waren.“<sup>25</sup> Inzwischen kehrte sich dies alles um. „Der Kampf aller wider alle, den die kapitalistische Ordnung innerhalb jeder einzelnen Nation entfacht, behauptet auch für die Beziehungen der Nationen untereinander sein Existenzrecht und prägt ihren Charakter.“<sup>26</sup> Die Nationalisten-Chauvinisten stellten es so hin, als wäre die deutsche Nationalkultur original aus germanisch-deutschen Quellen entsprungen. Clara Zetkin ließ in der Schwebe, „was in dem sogenannten nationalen Kulturgut des deutschen Volkes wirklich deutsch und was eine Frucht der Auswirkung internationaler Kultur ist. Ich habe es immer als einen der größten Vorzüge der Entwicklung in Deutschland betrachtet, dass auf kulturellem Gebiet – wie auch auf anderen Gebieten – die reichsten befruchtenden Anregungen aus den verschiedensten Perioden der Geschichte, aus den verschiedensten Ländern, von den verschiedensten Kulturen übernommen worden sind, dass die sogenannte deutsche Kultur in hervorragendem Maße auch vom Leben, vom Geiste der Internationalität befruchtet und entwickelt worden ist.“<sup>27</sup>

21 Siehe ihre Porträts von Autorenpersönlichkeiten wie etwa Schiller, Fritz Reuter, Freiligrath, Ibsen und Björnson bzw. ihre Besprechungen von deren Werken, in: Clara Zetkin: Über Literatur und Kunst, hrsg. von Emilia Zetkin-Milowidowa, Berlin 1955.

22 Zetkin, Zur Theorie und Taktik, S. 210.

23 Ebenda, S. 236.

24 Ebenda, S. 211.

25 Ebenda, S. 215.

26 Ebenda, S. 215f.

Die Befreiung der Kultur aus nationalistischer Verengung, ihre Umwandlung vom Eigentum der herrschenden Bourgeoisie zum Allgemeingut, würde einer der Effekte der proletarischen Revolution sein. Dabei hatte sie als Beispiel die russische Revolution vor Augen und „welches gewaltige Werk“ diese „gerade auf dem Gebiete der Kulturarbeit geleistet hat. Die russische Revolution ist ein Kulturträger, eine Kulturmacht ...“<sup>28</sup>

Solange aber das Seitenstück dazu in Deutschland und international fehle, schreite die Verelendung der hiesigen Kultur voran. „Wie groß war der Kulturge-nuss der Angestellten, der Beamten, der Lehrer usw. ...? ... Dem Künstler, dem Kunstgewerbler blieb es verwehrt, freie Schöpfungen erstehen zu lassen ... Der Gelehrte war außerstande, faustischen Wissens- und Forschungstrieb ungehemmt zu stillen ...“ Naturwissenschaftler mussten sich „vor allem in den Dienst der Wirtschaftstechnik stellen“.<sup>29</sup> In all diesem greifbar werde „die Krise der geistigen Arbeit selbst in der bürgerlichen Gesellschaft“ weltweit; mit Kennzeichen wie diesen: „die Vernachlässigung, die Verelendung, ja Verwüstung der wissenschaftlichen Forschungsanstalten“; es verfallen „die wissenschaftlichen Museen, die Bibliotheken, die Sammlungen, ... auch der wissenschaftliche Verlagsbuchhandel geht zurück“.<sup>30</sup> „Die Wissenschaft spaltet sich in kleine Einzelgebiete ...“<sup>31</sup> „Die Geisteswissenschaften werden erheblich hinter die Naturwissenschaften zurückgestellt.“<sup>32</sup> Auch sei heute „die bürgerliche Kultur trotz staunenswerter Fortschritte im einzelnen außerstande, die Ergebnisse von Natur- und Geisteswissenschaften in organischer Synthese zu einer Weltanschauung zu verknüpfen, die mit dem Leben verbindet und sich als soziale Energie entwickelt“.<sup>33</sup> Mit dem Niedergang aller kulturellen Bereiche und zugleich der ökonomischen Schlechterstellung der meisten darin Tätigen verrät die Bourgeoisgesellschaft selber die Kulturaufgabe, die sie sich anmaßt: „Indem die kapitalistische Ordnung die leibliche Existenz von Zehntausenden geistiger Arbeiter verneint, verneint sie auch ihre Aufgabe als Förderin des kulturellen Lebens, als Trägerin und Schützerin des sozialen Fortschritts.“<sup>34</sup>

## **Intellektuelle im Kriegsdienst und als Opfer der Kriegsfolgen**

In ihrem grundlegenden Referat von 1924: „Die Intellektuellenfrage“ wies sie die Mitschuld der Majorität der Intellektuellen am Weltkrieg 1914/18 nach: „Die In-

27 Ebenda, S. 415, vgl. auch S. 245.

28 Ebenda, S. 115.

29 Ebenda, S. 237.

30 Ebenda, S. 373.

31 Ebenda, S. 375.

32 Ebenda, S. 376.

33 Ebenda, S. 377.

34 Ebenda, S. 381.

tellektuellen tragen mit den Schwer- und Finanzkapitalisten zusammen in allen Ländern das Höchstmaß der Verantwortung für das Wettrüsten, für den Ausbruch und für die Dauer des Weltkrieges. Wenn es neben den Großbourgeois, neben den reformistischen Sozialverrätern Leute gibt, die von oben bis unten mit dem Blut des vierjährigen Mordens bedeckt sind, so sind es die Intellektuellen, die das ‚größere Vaterland‘ predigten. Sie haben als Träger des imperialistischen Gedankens jene Massenbetörung, jene Massenbeschwindlung herbeigeführt, die das Wettrüsten aller sogenannten Kulturnationen ermöglicht hat. Sie haben jene verhängnisvolle Massenpsychose geschaffen, unter deren Einfluss der Krieg jahrelang durchgehalten werden konnte.“ Indessen „eine geschichtliche Notwendigkeit“ erzwang, dass die Weltkriegsfolgen am schwersten unter anderem „die Schicht der Intellektuellen“ trafen. Keine der Mächte, „für deren Triumph sie beteten und fluchten, blieb als Sieger des Weltkrieges zurück“, denn als einziger Sieger standen die Großbürger aller Länder da, und als Verlierer sowohl in den siegreichen wie in den besiegten Staaten die Proletarier und die Kleinbürger, „damit auch die Geistesarbeiter“. Angesagt war im Junktum mit der „Pauperisierung des Proletariats“ die „Expropriation des Klein- und Mittelbürgertums“. „Unter dem Zusammenwirken dieser Faktoren hat sich das Los der Intellektuellen erheblich verschlechtert. Ihre Lage ist zu einer Notlage im brutalsten Sinne des Wortes geworden. Ihre äußeren Kennzeichen sind: die Unsicherheit, das Schwanken, die Unregelmäßigkeit der Beschäftigung und des Einkommens; lange Zeiten völliger Erwerbslosigkeit; das Sinken des Verdienstes, wenn nicht in allen Ländern und für alle Berufe absolut, so wenigstens überall im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung; die Notwendigkeit, von einem Beruf zu einem andern überzugehen, häufig den Beruf aufzugeben, für den sich der Intellektuelle sehr lange vorbereitet hat; der Zwang zu Arbeit und zum Erwerb neben dem Hauptberuf, zur Arbeit in der Fabrik, im Handel, im Bau-, im Schankgewerbe, kurz auf den verschiedensten Gebieten, nur nicht auf dem Gebiete geistiger Arbeit ...“<sup>35</sup> Der Geistesarbeiter bleibe mithin „unüberbrückbar getrennt von der Bourgeoisie durch seine Rolle als Kleinwarenverkäufer oder Verkäufer der Ware Arbeitskraft ... Die Sorge um das Stück Brot macht ihn genauso unfrei wie den Proletarier der Handarbeit. Die Ausbeutung, die Knechtschaft, die er erfährt, ist nichts anderes als eine besondere Seite der Ausbeutung und Knechtschaft jeder Art Arbeit durch das Kapital.“<sup>36</sup> Den

35 Ebenda, S. 367f. Dass sich Intellektuelle gegenwärtig immer noch auf das fatale Geschäft der Massenbetörung, Massenbeschwindlung, Erzeugung von Massenpsychose verstehen, erwies ein Ereignis des Jahres 1999, der Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien, als sie in den Aggressorländern ihren Lakaiendienst für die Herren der Kriege verrichteten, in Deutschland die Größtkopfen des Metiers, vielfach Ausgezeichnete à la Nobelpreisträger Grass und Prinz-von-Asturien-Preisträger Habermas. (Vgl.: vom Verf. der vorliegenden Ausführungen drei Texte in bezug auf die Stellungnahme vieler Intellektueller zum Angriffskrieg auf Jugoslawien, in: Der Terror des Krieges. Der Überfall auf Jugoslawien und die Eroberung Südosteuropas, hrsg. von Hans-Rüdiger Minow/Stephan Eggerdinger, München 2000.) Doch trotz allem Maulaufreißen zugunsten der angreifenden Schlagetots, trotz allem Rackern intellektueller Tonangeber zugunsten des Abbruchs des ‚Sozialstaats‘ kämpft tagtäglich eine erkleckliche Anzahl von Kulturschaffenden mit Erwerbslosigkeit, Verdienstabenkung usw., auch gegenwärtig wieder.

Geknechteten in seiner Naivität mag es verwundern. Aber seine Herren wissen von einer moralischen Verpflichtung ihm gegenüber nichts, auch nichts davon, ihm etwa den Dienst im Kriege oder seine Mitwirkung bei der Verschrottung des Sozialstaats extra zu entgelten. Ja, die ‚power elites‘ entlohnen die Intelligenzschicht nicht einmal „nach dem Maße ihrer geschichtlichen Bedeutung für ihre Klassenherrschaft“.<sup>37</sup> Es ist einfach die Art ihres Umgangs – mit Domestiken.

Eine „verschlechterte Lage der Intellektuellen entstand“, als die bürgerliche Gesellschaft „nicht mehr imstande war“ – oder glaubte, nicht länger imstande zu sein –, „den Geistesarbeitern auf Grund ihrer Berufstätigkeit eine soziale Lage zu sichern, die ihrer seitherigen ‚standesgemäßen‘ Lebenshaltung entsprach“.<sup>38</sup> So springen die Machteliten mit dem Angehörigen der Intelligenz um, weil dieser in völliger Vergessenheit der Forderung seines „höheren Interesses“ dahinlebt. Welcher Forderung? „Sein höheres Interesse fordert es, dass er an der Seite des Proletariats den Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Produktion und der bürgerlichen Klassenherrschaft führt.“<sup>39</sup>

### **„Händler mit gangbaren geistigen Waren“**

... sind nicht allein die Verleger, die Theaterintendanten und Vermittler aller Art. Sämtliche Kulturschaffenden seien dies! „Ohne Rücksicht auf ‚Volksgemeinschaft‘ und ‚Vaterland‘ verwandelte der Kapitalismus die Intellektuellen aus Mehrern der deutschen Kulturwerte in Händler mit gangbaren geistigen Waren.“<sup>40</sup> Und verfeinden sich diese mit derselben kapitalistischen Gesellschaft, die sie so erniedrigt? Im Gegenteil, sie fühlen sich ihr dennoch „stark und fest verbunden“.<sup>41</sup> Die Ursache dafür erläutert Clara Zetkin in einem historischen Exkurs.

Die Intellektuellen entwickelten sich als eine besondere geistige Schicht, „deren Typus der einseitig ausgebildete Fachmensch ist, wie er den Bedingungen der kapitalistischen Produktion mit ihrer Arbeitsteilung entspricht und der atomistischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft mit ihrer Trennung der sozialen Funktionen“. In ihrer Frühzeit war die Bourgeoisgesellschaft auf „die umfangreichste und entscheidende Mitwirkung der Geistesarbeiter“ angewiesen, wollte sie die Produktion „über die Schranken der feudalen Wissenschaft hinausheben“. Ferner bedurfte sie „der Intellektuellen auch für ihre politischen, ihre sozialen Herrschaftszwecke. Nur mit ihrer Hilfe ist es ihr möglich geworden, auf der Grundlage der sich entwickelnden neuen Produktionsverhältnisse den ideologi-

36 Ebenda, S. 356.

37 Ebenda, S. 359.

38 Ebenda, S. 363.

39 Ebenda, S. 356.

40 Ebenda, S. 237.

41 Ebenda, S. 356.

schen Überbau der feudalen Gesellschaft in den der bürgerlichen Gesellschaft umzugestalten.<sup>442</sup>

Da die Intellektuellen mit alledem gewöhnt wurden, die Begleitmusik zur kapitalistischen Umwandlung der Gesellschaft zu machen, unternahmen sie vergleichbare Anstrengungen, als die Epoche des Imperialismus vor der Tür stand. „Wie Intellektuelle früher die Schöpfer der bürgerlichen, die Schöpfer der nationalen Ideologie gewesen waren, so stellte nun ihre jüngere Generation die Schöpfer der Ideologie des Imperialismus, Klopffechter dilettantischer Rassentheorien, die alle Widersprüche und Greuel der Kolonialpolitik rechtfertigten; Intellektuelle wurden die fanatischsten Agitatoren und Organisatoren des Imperialismus, die grausamsten praktischen Vertreter der Ausbeutung und Knechtschaft der Völker in den kapitalistischen Kolonien und Halbkolonien.“<sup>443</sup>

Weshalb ist es nicht umgekehrt, und woran liegt es, dass die geistigen Arbeiter in ihrer mehrfachen Erniedrigung nicht „in der leidenschaftlichsten Weise die bürgerliche Gesellschaft“ bekämpfen?<sup>444</sup>

Clara Zetkin spürte den Ursachen nach, weshalb dies nicht der Fall ist. Am Beginn steht eine Erkenntnisverweigerung: „Die Intellektuellen sträuben sich gegen die Erkenntnis, die der Anfang zu ihrer Emanzipation ist. Sie weisen sie schroff ab und verschließen sich gegen die richtige Wertung der revolutionären Aufgabe des Proletariats, als dessen Bundesgenossen sie kämpfen müssen.“<sup>445</sup> Sie sah die Intellektuellen in drei Ränge gesondert:

Einen obersten, wo thronende Vertreter der Intelligenzschicht „in der Pose von Herrenmenschen auf die leidenden, ausgebeuteten Proletarier als auf Herdentiere“ hinabschauen,<sup>46</sup> wobei sie, um die Sichtweise der Groß-Intellektuellen zu verdeutlichen, eine Antithese Nietzsches aufgreift.

Zweitens. „Die breite Schicht der Geistesarbeiter, die noch in mittel- oder kleinbürgerlichen Verhältnissen lebte und nun hinabgeschleudert worden ist in die Tiefe einer proletarischen Existenz, beginnt den Zusammenhang zwischen ihrer Knechtschaft und der Macht der Besitzenden zu ahnen“. Diese öffnet sich solcher Erkenntnis jedoch nur widerwillig und bevorzugt es, „noch den Wahn“ fortzuträumen, „dass sie eine besondere, bevorzugte Kaste“ sei.<sup>47</sup>

„Unterhalb dieser beiden Schichten gab es eine dritte Gruppe von Geistesarbeitern, die weder Glück noch Stern hatten, die unaufhörlich an der Grenze des Lumpenproletariats hin- und herwanderten und sehr häufig in diesem versanken.“<sup>448</sup>

42 Ebenda, S. 356f.

43 Ebenda, S. 366.

44 Ebenda, S. 382.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 Ebenda.

48 Ebenda, S. 361.

Jetzt wieder Zetkins Multilateralismus: Sicht des Proletariats. Auf der anderen Seite sei auch dessen Verhältnis zu den Intellektuellen keineswegs einheitlich. Hier vielleicht Bewunderung wegen des Wissens des Intellektuellen, seiner Geistigkeit, seiner Manieren. Dort Hass, weil der Proletarier in ihm den „Kommandierenden, Antreiber und Aufpasser“ erblickt, sogar den „Gendarmen, Schergen und Richter“, und zum Hass noch überdies Verachtung, weil der geistige Arbeiter der Mann sei, „der dank seinem Wissen und Können den Kapitalisten erfolgreich bekämpfen könnte“, es aber aus Feigheit und Dünkel unterlässt.<sup>49</sup>

Weiterer Aspekt: die Zukunft. Sollte es bei dieser Lage der Dinge bleiben? Konnte nicht die Intelligenzschicht auf Seiten der Arbeiter in den Klassenkampf einbezogen werden? Musste die Arbeiterklasse die Widerstrebende nun zum Gefecht etwa tragen? – Zunächst käme es darauf an, dass die Schicht der Geistesarbeiter künftig dennoch erlerne, ihren wahren Feind zu erkennen und nach dem Bundesgenossen, der bereitstünde, zu fragen.

Ferner: Rekapitulation der Notwendigkeiten der Politik der Kommunisten, der Politik ihrer eigenen Partei. Oder – aus ihrer Sicht – was tun „wir“?

„Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, mit den Massen und für die Massen lediglich für unser politisches und wirtschaftliches Programm zu kämpfen.“ Ohne Zweifel, „die politischen und wirtschaftlichen Forderungen“ darin seien vordringlich. Aber es sind nicht die einzigen. Gleichzeitig solle den Massen der „Gehalt des Kommunismus als Weltanschauung“ übermittelt werden. „Geschieht das, so wird unsere Bewegung Wurzeln fassen in allen sozialen Schichten, zumal auch unter den bürgerlichen Intellektuellen, die zufolge der geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahre unsicher geworden sind in ihrem Denken und Wollen, die die alte Weltanschauung verloren, ohne im Wirbelsturm der Zeit bereits eine neue, feste Weltanschauung gefunden zu haben.“ Sie suchen. „Lassen wir die Suchenden nicht zu Irrenden werden.“<sup>50</sup> Dazu benötige die kommunistische Partei, wie eine spezifische Literatur für eine jede Schicht der Mittelklassen, so auch „eine eigene Literatur für die Arbeit unter den Intellektuellen“.<sup>51</sup>

Aus alledem Zetkins Fazit: „Die Intellektuellenfrage enthüllt sich letzten Endes als die Krise der geistigen Arbeit und der Kultur selbst in der bürgerlichen Gesellschaft. Sie kündigt uns, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht länger Hüterin, Fortentwicklerin ihrer eigenen Kultur sein kann.“ Damit sei die Intellektuellenfrage eben keine Frage der Intellektuellen mehr, auch keine Frage mehr nur der bürgerlichen Gesellschaft, sondern „wird zu einer Frage des Proletariats“.<sup>52</sup> Nicht „der soziale Gegensatz zwischen der Hand- und Kopfarbeit“ bestimme in letzter Instanz „die wirtschaftliche Lage und die soziale Stellung der Intellektuellen“. Er sei „nur sekundärer und vorübergehender Art“. Determinierend hingegen „der Ge-

49 Ebenda, S. 382f.

50 Ebenda, S. 326.

51 Ebenda, S. 327.

52 Ebenda, S. 354.

gensatz zwischen Besitz und Mensch, zwischen Kapital und Arbeit“. Der Geistesarbeiter lebe entweder als „sogenannter ‚freier Berufstätiger‘, als Verkäufer von ‚Waren‘ ähnlich wie der Kleinhandwerker“, oder aber er trete als „Gehaltsempfänger“ wie der Proletarier auf den Markt „als Verkäufer seiner einzigen Ware, der Arbeitskraft, um im Dienste von Kapitalisten, im Dienste ihres Staates für die bürgerliche Kultur zu fronden“.<sup>53</sup>

Nochmals fällt der Blick auf den Umgang der Kommunisten mit dem Intellektuellen, heute und künftig. Geht dieser, über seinen eigenen Schatten springend, endlich doch mit ihnen, so müssen die Kommunisten in dem „Bundesgenossen von heute“ bereits „würdigen und heranzuziehen suchen den Bundesgenossen, den wir nach der Eroberung der Macht in dem Intellektuellen haben können“.<sup>54</sup> Indessen zum damals gegebenen Zeitpunkt (1924)? Da war selbst das Stichwort „Bundesgenosse“ in Deutschland eher nur ein Vorgriff auf die Zukunft, wie sie zu erhoffen war, denn bestehende Tatsache. Man hatte sich also zu bescheiden: „Die Kommunisten müssen ihre Werbearbeit unter den geistigen Arbeitern darauf beschränken, Mitkämpfer für die großen politischen Aktionen zu gewinnen, unter Umständen auch Bundesgenossen für einen Aktionsblock. Mit aller Entschiedenheit ist eine Überschwemmung der kommunistischen Parteien mit Intellektuellen zurückzuweisen.“<sup>55</sup> Für eine solche Warnung gab es gute Gründe: „Während des Kampfes um die Macht wird das Proletariat wieder und wieder erfahren, welch schwankende, unsichere Bundesgenossen die Intellektuellen im allgemeinen sind.“<sup>56</sup>

### **Mit der Arbeit auch die Kunst befreien!**

Wie ihre Kampfgefährtin Rosa Luxemburg erwies sich Clara Zetkin als Kunstliebhaberin und gewiefte -kennnerin und -kritikerin. Sie war mit den zeitgenössischen Avantgarde-Strömungen, unter dem Begriff Moderne zusammenfassbar (Naturalismus, Expressionismus etc.), ebenso vertraut wie mit den rückwärts gewandten Richtungen (z. B. der ‚Heimatkunst‘), die auch als Antimoderne klassifizierbar sind. Wie allgemein auf dem Felde der Kultur näherte sie sich dem Phänomen Kunst bevorzugt auf dem Wege historischer Ableitung.

Kunst sei „eine alte, urwüchsige geistige Lebensäußerung der Menschheit“. „Wie das Denken, ja, vielleicht noch früher als das abstrakte Denken, hat sich der Drang nach künstlerischem Schaffen an der Tätigkeit, der Arbeit des primitiven Menschen entwickelt, und zwar an der gesellschaftlichen Arbeit.“<sup>57</sup> Es sei „lei-

53 Ebenda, S. 354f.

54 Ebenda, S. 384.

55 Ebenda, S. 389.

56 Ebenda, S. 390.

57 Ebenda, S. 335f.

denschaftliches Begehren nach künstlerischem Genießen und Schaffen zu allen Zeiten in den frondenden und beherrschten Gesellschaftsschichten lebendig gewesen“. Aber: „Solange die beherrschten Klassen sich ihres Gegensatzes zu den Herrschenden nicht klar bewusst sind, nicht danach trachten, ihn aufzuheben, können sie auch für die Kunst keine neuen gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, keinen neuen, weitreichenden Inhalt schaffen.“ Dies gelinge ihnen erst unter der Bedingung, dass sie selber „einen eigenen geistigen Lebensinhalt bekommen; ... erst dann wird ihr Einfluss auf das künstlerische Kulturerbe der Menschheit zu einem selbständigen und dabei wirklich fruchtbaren, zu einem entscheidenden. ... Immer wieder sind es aus Knechtschaft zur Freiheit drängende Massen, die die Kunstentwicklung aufwärts- und vorwärtstragen, aus denen die Kraft erwächst, Perioden des Stillstandes, ja, des Verfalls in der Kunst zu überwinden.“ So wäre es auch ein Irrtum, wollte man „im proletarischen Klassenkampf nur das Begehren nach Füllung des Magens sehen. Dieses weltgeschichtliche Ringen geht um das ganze Kulturerbe der Menschheit, es geht um die Möglichkeit der Entfaltung und Betätigung vollen Menschentums für alle.“ Das Proletariat werde sich „nicht aus der Nacht und Not der Fabriken drängen, ohne sich mit seinem eigenen Kunstsehnen und der Kunst unserer Zeit auseinanderzusetzen“.<sup>58</sup>

An einer „klassischen Tat der Politik“ liest Clara Zetkin ab, welcher Anstoß von dieser ausgehen kann, so dass sich eine neue Kunst herausbildet. Solche Tat war die Französische Revolution. „Die sozialen Kämpfe dieser Zeit haben aber in entscheidender Weise die Weiterentwicklung der Kunst beeinflusst; in Frankreich selbst und nicht zum wenigsten in Deutschland.“ Habe hierzulande die Bourgeoisie auch nicht den politischen Sieg errungen, schlug sie aber doch „ihre Emanzipationsschlacht auf dem Gebiet der Philosophie und Kunst, die sich zu klassischer Blüte erhoben“.<sup>59</sup>

Sie äußert ihre Überzeugung, „dass die soziale Revolution, welche mit der Arbeit auch die Kunst befreit, das Werk des kämpfenden Proletariats sein muss“. Dessen energisches Ringen, welches „Bresche nach Bresche in die bürgerliche Ordnung legt“, würde – und darin besteht eine Parallele zur Französischen Revolution – „neuen künstlerischen Entwicklungsmöglichkeiten die Wege“ bahnen, die Kunst verjüngend „durch einen neuen Gedankeninhalt, der über das geistige Leben der bürgerlichen Ordnung hinausreicht und künftiges Menschheitsleben ist“.<sup>60</sup> Solange der sozialen Revolution in Deutschland kein Erfolg vergönnt sei, entstehe nur „Afterkunst“ „als einträgliches kapitalistisches Unternehmen“. „Die bürgerliche Gesellschaft schafft aber auch die Abnehmer der Afterkunst in Gestalt abgestumpfter, genießenwollender Parvenus oben und der Unbildung breiter Massen unten.“<sup>61</sup>

58 Ebenda, S. 340f.

59 Ebenda, S. 335.

60 Ebenda, S. 340f.

61 Ebenda, S. 378.



Wohl bedürfe die Epoche einer „Renaissance der Kunst“. Unter der Bürgerherrschaft könne es sie allerdings nicht geben. Sie würde nämlich wahrhaft „erst jenseits ihrer möglich, auf jener Insel der Seligen, der sozialistischen Gesellschaft“.<sup>62</sup>

Clara Zetkin weiß, dass eine jede „emporstrebende Klasse ... ihre künstlerischen Vorbilder auf den Höhepunkten der früheren Entwicklung“ suche. Einstmals habe die Renaissance an die griechische und römische Antike angeknüpft. Wo werde künftig aber der Sozialismus anknüpfen? – „Bei aller Würdigung der künstlerischen Anregungen und Ausdrucksmittel, um welche die zeitgenössischen Kunstströmungen das künstlerische Erbe bereichern, wird darum die Kunst der Zukunft für ihre Wegweiser über sie hinweg zur klassischen Kunst des Bürgertums greifen. Der Sozialismus ist die konsequente Weiterentwicklung und Umbildung des weltbürgerlichen Liberalismus, der ihr geistiger Gehalt war. Seine Kunst – um so zu reden – wird auch die Fortbildung der großen, klassischen bürgerlichen Kunst sein, die das Geschöpf dieses liberalen Gedankens gewesen ist. ... Friedrich Engels hat das stolze Wort gesprochen, dass die deutsche Arbeiterklasse die Erbin der klassischen Philosophie ist. Sie wird in dem aufgezeigten Sinne auch die Erbin der klassischen Kunst ihres Landes sein.“<sup>63</sup>

62 Ebenda, S. 346.

63 Ebenda, S. 344f.

## Clara Zetkin gegen Ausgrenzungen in KI und KPD Mitte der 20er Jahre

Clara Zetkin, seit 1878 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (ab 1890 SPD) engagierte sich Zeit ihres Lebens für die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung, ihrer internationalen Aktionseinheit und Geschlossenheit im Kampf gegen den weltweiten Kapitalismus und sah im Ringen um die Gleichberechtigung der Frauen national wie international ihr Hauptfeld. Früh hatte sie über ihre Lebensgemeinschaft mit Ossip (Josef) Zetkin, dem sie 1882 nach Paris ins Exil folgte, auch Kontakte zur revolutionären russischen Emigration. Sie gehörte zu den Mitbegründern der Zweiten Internationale 1889 und war Initiatorin der Internationalen Sozialistischen Frauenbewegung, die im August 1907 von der im Rahmen des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses tagenden ersten Frauenkonferenz geschaffen wurde und deren Sekretärin sie bis 1917 war.<sup>1</sup>

Trotz der faktischen Selbstaflösung der II. Internationale bei Kriegsausbruch war sie aktiv gegen den Krieg an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und berief im März 1915 in Bern eine Frauenkonferenz der kriegführenden Länder gegen den Krieg ein.<sup>2</sup> Das führte u.a. von Ende Juli bis Oktober 1915 zu einer Untersuchungshaft in Karlsruhe wegen Landesverrats, aus der die fast Sechzigjährige dank internationaler Proteste und der Kaution des sozialdemokratischen Verlegers J. H. W. Dietz befreit werden konnte.

1916 war sie an der Gründung der Gruppe Internationale, der späteren Spartakusgruppe, beteiligt, und im April 1917 zählte sie zu den Mitbegründern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Damit rief sie den entschiedenen Widerstand der SPD-Parteiführung unter Friedrich Ebert hervor, der ihren Rücktritt als Frauensekretärin im Parteivorstand der SPD durchsetzte und sie als Redakteurin der von ihr seit 1891 edierten Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ absetzte, was sie schwer traf.<sup>3</sup>

Ihre Hoffnungen auf einen grundlegenden revolutionären Umbruch im Gefolge der von ihr begeistert aufgenommenen Revolution in Russland 1917 erfüllten sich angesichts der Niederlage der deutschen Novemberrevolution 1918 nicht, und die Ermordung ihrer Freunde Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und später Leo Jogiches verwundete sie schwer. Engagiert kämpfte sie in der USPD und hielt als erste gewählte Frau am 29. Januar 1919 eine Rede in der Verfassungebenden Landesversammlung Württembergs.

1 Siehe den Beitrag von Gisela Notz in diesem Band.

2 Siehe den Beitrag von Eckhard Müller in diesem Band.

3 Siehe den Beitrag von Mirjam Sachse in diesem Band.

Clara Zetkin trennte sich von der USPD nach deren Parteitag im März 1919 und schloss sich der jungen KPD an. In deren Auseinandersetzung mit den anti-parlamentarisch orientierten Linksradikalen brachte sie sich bewusst und couragiert ein, und sie begrüßte deren Abspaltung auf dem 2., illegal abgehaltenen Parteitag in Heidelberg (20.-23.10.1919).<sup>4</sup>

Gemeinsam mit dem damaligen Vorsitzenden der KPD Paul Levi zog Clara Zetkin in den Reichstag ein, dessen Abgeordnete sie bis 1933 blieb. Zugleich wurde sie in die Zentrale der KPD gewählt (bis 1924) und war von 1927 bis 1929 erneut Mitglied der KPD-Führung. Entsprechend ihrem jahrzehntelangen herausragenden Engagement für die Emanzipation der Frauen ging sie völlig in dieser Arbeit auch in der KPD und in der Komintern auf. Ab 1920 leitete sie das Westeuropäische Internationale Frauensekretariat mit Sitz in Berlin (bis 1925), edierte die Zeitschrift „Kommunistische Fraueninternationale“ und war von 1921 bis 1933 Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI).

In der KPD wie davor in der SPD und in der USPD gehörte Clara Zetkin in ihrer politischen Parteitätigkeit wiederholt zu verschiedenen Flügeln. Obwohl sie die Entwicklung in Sowjetrußland, der späteren Sowjetunion, prinzipiell befürwortete, artikulierte sie ihre Kritik gegenüber den ideologisch verbrämten Maßregeln der Komintern und der sie dominierenden KPR(B). Klar sprach sie sich – auch unterstützt von Lenin – 1921 gegen die so genannte Offensivstrategie Sinowjews und der damaligen KPD-Führung wie auch gegen die KI-Linie bezüglich der Spaltung der italienischen SP aus. Mit den beiden Vorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig sowie Adolph Hoffmann hatte sie im Februar 1921 – noch bevor Levi sein kontrovers diskutiertes Werk „Wider den Putschismus“ publiziert hatte – ihr Führungsmandat aus Protest niedergelegt, schloss sich aber nicht der im September 1921 gegründeten Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft an. Ihr ange drohter Parteiaustritt wurde u.a. durch Lenins Intervention verhindert, und sie hoffte auf Korrektur des verhängnisvollen Kurses, indem sie sich in die Parteiarbeit insbesondere für die Gleichberechtigung der Frauen und in die Arbeit der entstehenden Rote Hilfe-Komitees stürzte. Clara Zetkin sah über allem Unfertigen, Widersprüchlichen und faktisch Kleinem das eigentlich Große, die Vision einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg befreiten Welt; die Einheit der Unterdrückten gegen die Unterdrücker galt ihr als unabdingbar. Ihr couragiertes Eintreten für die Vereinigung von KPD und linkem USPD-Flügel im Dezember 1920 (4.-7.12.1920), für die Einheit in Frankreich während ihres illegalen Aufenthalts auf dem Parteitag der französischen Sozialisten (SFIO) in Tours (25.-30.12.1920), dem Gründungsparteitag der Französischen Kommunistischen Partei (FKP), waren Beweise für die Richtigkeit ihrer Wert- und Zielvorstellungen und ihrer Ansichten über die einzuschlagende Taktik.

4 Siehe Marcel Bois/Florian Wilde: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: JBzG, H. II, Mai 2007, S. 33-46.

Nachdem sie schwerkrank vom IV. Weltkongress der Komintern (5.11.-5.12.1922) nach Deutschland zurückgekehrt war, engagierte sie sich ab Januar 1923 stark in der KPD gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung und ihre Folgen 1923. Trotz akuter Beschwerden reiste sie im Juni 1923 zur Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI, wo sie eine prägnante Rede gegen den aufkommenden Faschismus und für die notwendige Einheit im Kampf der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Gefahr hielt.<sup>5</sup>

Widerstrebend unterzog sie sich danach einem Kuraufenthalt im kaukasischen Kurort Sheljesnowodsk. Angesichts der komplizierten Informationsbedingungen jener Zeit saugte sie – bei aller Kritik (auch im Rückblick) an der Märzaktion 1921– Meldungen über die Entwicklung in Deutschland gierig auf und hoffte auf eine revolutionäre Entwicklung.

Das Scheitern des „deutschen Oktober“ 1923<sup>6</sup>, das den Sturz Brandlers und seine vierjährige Verbannung nach Moskau nach sich gezogen hatte, heizte die innerrussischen Machtkämpfe nach dem politischen Tode Lenins in bislang nicht gekannter Weise an. Als Augenzeugin verfolgte Clara Zetkin diese verhängnisvolle Entwicklung und schrieb emotional zutiefst betroffen den hier veröffentlichten Brief vom 9. Januar 1924 an Jelena Stassowa.<sup>7</sup> In einem dringlichen Brief an Grigorij Sinowjew hatte Clara Zetkin bereits am 25. November 1923 gebeten, sie detailliert und möglichst sofort über alles zu informieren und sie an den Sitzungen des EKKI bei Themen zu Deutschland teilhaben zu lassen.

Jedoch wurden die Kritik der ZK-Mehrheit der KPD an den Thesen der russischen Parteiführung zur deutschen Frage und der Antrag der deutschen Mehrheitsdelegation, sofort eine Präsidiumssitzung des EKKI zur deutschen Frage einzuberufen, de facto ignoriert: Seitens des russischen Machtzentrums in RKP(B) und EKKI um Sinowjew und Stalin war die Weiche schon gestellt worden und die Lösung der sogenannten deutschen Frage nur Teil der sich anbahnenden Entscheidung im Machtkampf in der russischen Partei nach dem Tode Lenins.<sup>8</sup>

Das ZK der RKP(B) stempelte in seinem Versuch der Konfliktlösung – basierend auf einem stillschweigenden Kompromiss zwischen Trotzki und Sinowjew – Radek zum „Sündenbock“ für die deutsche Niederlage. Der in jener Zeit eher zur Mittelgruppe gehörende Wilhelm Pieck, der den Brief von 12 führenden Mitgliedern der Gruppe an das EKKI vom 8. Dezember 1923 unterstützt hatte, warnte bei kritischer Haltung zu Brandler und Thalheimer sehr deutlich vor einem Linksruck der KPD unter Ruth Fischer.<sup>9</sup> Trotzki, der Neurath gegenüber seine Radek unter-

5 Siehe Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des EKKI, 20.6.1923, in: CZ/ARS. Bd. II, Berlin 1960, S. 689-729. Siehe auch den Beitrag von Wolfgang Beutin in diesem Band.

6 Siehe Harald Jentsch: Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005.

7 Siehe im Dokumententeil dieses Bandes.

8 Siehe Dokumente, in: Deutscher Oktober 1923: Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, hrsg. von Bernhard B. Bayerlein/Leonid G. Babitschenko/Friedrich I. Firsov/Aleksandr Vatlin, Berlin 2003, S. 387ff., S. 406ff., S. 412f.

stützende Haltung beschrieb, bekannte offen, dass er „Brandler im russischen Zentralkomitee persönlich in Schutz genommen habe, denn ich war immer gegen die Politik der Sündenböcke“.<sup>10</sup> Auch Clara Zetkin wandte sich gegen eine derartige Politik und sympathisierte sogar partiell mit der linken Opposition in der KPD. Unmissverständlich wandte sie sich aber gegen die Tendenz um Ruth Fischer und Arkadij Maslow in der KPD-Führung, die nach Aussage von Paul Frölich in seinem Vorwort zum Buch über Clara Zetkin von 1927, „eine Panikstimmung“ in der Partei erzeugte „und die Partei in die ernste Gefahr der Isolierung brachte. Rücksichtslos bekämpfte sie [Clara Zetkin] die Leute, die jetzt als Schädlinge aus der revolutionären Bewegung ausgestoßen sind und die es wagten, eine Zetkin als ‚Opportunistin‘ zu verdächtigen und zu schmähen.“<sup>11</sup>

Die nach „links“ schwenkende KPD-Zentrale, in der der von Sinowjew protegierte Fischer-Maslow-Flügel kurzzeitig dominierte, hatte im Februar 1924 im Kampf gegen den als rechte Abweichung klassifizierten (von Trotzki und Radek gestützten) Brandler-Flügel die „Bolschewisierung der europäischen Parteien“ mit deutlicher Rückendeckung durch Sinowjew zur unmittelbaren Hauptaufgabe proklamiert. Vom V. Weltkongress der Komintern wurde das im Juli 1924 zur Generallinie der kommunistischen Bewegung erklärt. Bezeichnend war, dass die eigentliche Entmachtung der Brandler-Führung zugunsten einer Kombination des linken Flügels um Ruth Fischer, Maslow, Thälmann und der Mittelgruppe um Ernst Meyer in den Beratungen der deutschen Delegation bei der KI und dem Politbüro der RKP(B) im Januar 1924 vor der Präsidiumstagung des EKKI (11.-19. Januar) beschlossen worden war! Letztendlich war das nur Reflex des eskalierenden innerrussischen Machtkampfes, wo erste Anzeichen eines Wandels in der Korrelation der auseinanderbrechenden Troika Stalin-Sinowjew-Kamenew im Kampf gegen Trotzki sichtbar wurden.

Clara Zetkin, Heinrich Brandler, August Thalheimer und Jakob Walcher wurden vom 9., illegal tagenden, Parteitag der KPD im April 1924 in Offenbach und Frankfurt am Main „folgerichtig“ nicht mehr in die Zentrale der KPD gewählt.

In einer kritischen Reflexion ihrer Nichtwahl schrieb sie am 23. April an Jelena Stassowa u. a., dass „es mich wirklich nicht (lockt), mit meinem Namen gewisse Leute u. ihre parteizerrüttende Politik zu decken. Und dann bin ich herzlich froh, dass ich mehr Aussicht habe, literarisch mehr und besser arbeiten zu können.“<sup>12</sup>

Dennoch war sie angeschlagen und die Niederlage der revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse 1923 war ihr wie schon die Niederlage in der Novemberrevolution 1918/19 sehr nahe gegangen. Sie war aber, auch bedingt durch ihre sehr angeschlagene Gesundheit, nicht mehr unmittelbar in die Auseinander-

9 Siehe SAPMO-BArch, RY 5/I/6/3/128, Bl.115.

10 Trotzki an Otto Neurath, Büyükdada, den 14.6.1932, in: Trotskii Collection (T), Houghton Library, Harvard University, 9380. Otto Neurath (1882-1945), österreichischer Philosoph und Ökonom, u. a. aktiv während der Münchener Räterepublik 1919.

11 Paul Frölich: Alles für die Revolution. Aus Leben und Werk der Kämpferin Clara Zetkin, Berlin 1927, S. 14.

setzungen involviert und konnte deshalb die einsetzende Stalinisierung der Parteien der KI und insbesondere der KPD nur schwer verstehen. Der sich nunmehr ausprägende Parteityp mit seinem Anspruch auf Wahrheits- und Meinungsmonopol bis hin zur Diffamierung der parteiinternen Auseinandersetzungen als ideologische Abweichungen musste mit den individuellen Normen, Werten und Zielen solcher Persönlichkeiten wie Clara Zetkin zwangsläufig kollidieren. Sie war die große alte Kämpferin, die trotz ihrer persönlichen gesundheitlichen Situation es immer noch vermochte, Menschen zu mobilisieren. Dennoch ordnete sie ihre kritische Haltung einer im Wesentlichen parteiloyalen Grundhaltung unter – im Namen der sozialistischen Vision.

Das suchte sie ihrer Freundin Jelena Stassowa in einem Brief aus dem Kaukasus vom 27. August 1924 zu erklären: „Liebe, ich sitze hier so abgeschnitten von der Welt, aber die Gefühle u. Gedanken lassen sich nicht abschneiden, & die sind draußen, weit fort vom schönen Kaukasus. ... Nie ist sie [die Partei] weniger gefürchtet & geachtet gewesen als jetzt, schwächer & unfähiger, gestaltend vorwärtstreibend einzugreifen. Und die Situation schreit nach *der* rev. Partei. Und nicht nur die K.P.D. [ist] schwach, die Kom. Intern. als Ganzes ist an Einfluss & Sympathie in der Welt unzweifelhaft ärmer geworden. Das ist das Entscheidende, was mich hindert, wenn ich öffentlich, laut Kritik üben möchte. Die Kom. Intern. muss ihren alten Zauber für die Massen wiedergewinnen, aber ihre Politik in den einzelnen Sektionen entfernt die Massen.“<sup>13</sup>

Das war wohl auch der entscheidende Grund dafür, dass die KPD-Führung zwar versuchte, Clara Zetkin zielgerichtet zu instrumentalisieren, zum anderen aber bemüht war, ihre Wirkungsflächen einzugrenzen, wie z. B. bei der Aufstellung der KPD-Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl 1925.

Die im Dokumententext dieses Bandes wiedergegebenen zwei Briefe Clara Zetkins an Jelena Stassowa aus dem Jahr 1924 zeigen, dass sie die sich vollziehenden Machtkämpfe in der russischen Partei wie auch in den Reihen anderer Komintern-Sektionen in Grundrissen erkannte, sie kritisch reflektierte, aber nur ohnmächtig ihre Verzweiflung an enge Vertraute zum Ausdruck zu bringen vermochte.

Zugleich stürzte sich die Mittsechzigerin ungeachtet ihrer stark angeschlagenen Gesundheit in die viel Kraft fordernde politische Arbeit im Rahmen der Internationale Roten Hilfe, der Frauenarbeit, der Tätigkeit als EKKI-Mitglied und als Reichstagsabgeordnete. Die Sowjetunion wurde bis zum Tode 1933 Clara Zetkins Heimat. Bei aller ungebrochen geübten Parteiloyalität und Vertrauen in den Aufbau des Sowjetstaates konnte sie zu den vom Stalinisierungsprozess der Komintern und ihrer Sektionen ausgehenden offenkundigen Ausgrenzungen und Diffamierungen nicht schweigen. Ihre innerparteiliche Kritik blieb aber bewusst intern, weil es ihr trotz alledem um das Größere – die Verwirklichung der Idee – ging.

12 SAPMO-Barch, NY 4005/96, Bl. 120f.

Sie sah den erbitterten Kampf des ZK und seines Apparates gegen die russische Vereinigte Linksoption nach der Entmachtung Trotzki. Die Weichen wurden wie gewohnt in Moskau gestellt. Die KPD zeigte sich, wie Clara Zetkin im September 1927 feststellte, „als schwach und unfähig“ und war geprägt von „Herausbildung kleiner Kliken, persönliches Intrigieren, Gegeneinanderarbeiten“. Präzis charakterisierte Zetkin in diesem Zusammenhang Thälmann: „Verhängnisvoll macht sich dabei geltend, dass Teddy kenntnislos und theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahnsinn grenzt und der Selbstbeherrschung mangelt. .... So wankt Teddy hin und her zwischen Anfällen einer richtigen Einschätzung der Lage und ihrer Konsequenzen und Anfällen tobender Abwehr dagegen und kann sich in Widerspruch zu sich selbst jeden Tag anders einstellen.“<sup>14</sup>

Das latente Spannungsgefühl in der Partei förderte wesentlich Überlegungen in der ausgegrenzten Linksoption im Umfeld der KPD, eine programmatische und organisatorische Alternative konstituieren zu müssen, um die KPD und die KI von innen wie von außen zu reformieren. Doch war der marxistische Meinungspluralismus schon liquidiert, die Komintern-Sektionen weitestgehend dagegen immunisiert worden; sogenannte „Abweichungen“ und ihre Kategorisierung als „Ismen“ potenzierten sich. Die Konstituierung des Lenin-Bundes 1927 markierte sowohl für die KPD-Führung um Thälmann als auch für das EKKI ein latentes Konfliktpotential. Aber unter dem Druck der dominanten sowjetischen Delegation in der KI wurde ein erneuter „Linksruck“ eingeleitet, der die Ausschaltung der sogenannten Rechten in den Reihen der Komintern implizieren musste, da deren Hilfsdienste bei der nunmehr abgeschlossenen Ausgrenzung der Linksoption nicht mehr benötigt wurden.

Wie in der Praxis der KI nach Lenins Tod üblich geworden, regelten Geheimabsprachen zwischen der sowjetischen Delegation und den betreffenden Delegationen der Sektionen noch im Vorfeld der eigentlichen, politikentscheidenden Beratungen die Vorgehensweise und Instrumentarien. So wurde im Frühjahr 1928 auch mit der deutschen Sektion verfahren.

Clara Zetkin sprach voller Entrüstung in ihrem Brief an Wilhelm Pieck vom 4. April 1928 von einem „wohl vorbereiteten Überfall, nichts als Kulisse für eine fix und fertige Abmachung. Die gefasste Resolution (zur Vorgehensweise gegenüber den „Rechten“ – der Verf.) wird die verhängnisvollsten Wirkungen haben und hat bereits begonnen, sie zu zeitigen. Sie revidiert die Linie des EKKI-Briefes und des Essener Parteitages<sup>15</sup> und wirft die innenpolitische Entwicklung in die Ära Fischer-Maslow-Scholem zurück.“ Zetkin lehnte strikt das „Abkommen“ vom 29. Februar 1928 ab und prognostizierte, dass es das „Erreichte gefährden

13 Ebenda, Bl. 156f.

14 SAPMO-BArch, RY 5/1/6/3/161, Bl. 18ff.

15 Gemeint sind der „Offene Brief des EKKI an die Mitglieder und Organisationen der KPD vom August 1925“ sowie der Essener Parteitag der KPD vom 2.-7.3.1927. Der Brief in: BZG, H. 6, 1991, S. 787/788.

und zerstören“ und „eine grundsätzliche Änderung des bisher verfolgten Kurses“ implizieren werde.<sup>16</sup> Gerade angesichts der innenpolitischen Verschärfung der Lage in Deutschland lähmte man die Partei erneut durch eine Ausgrenzungskampagne, nunmehr gegen die „Parteirechten“ um Brandler und Thalheimer, denen es 1928 endlich gelungen war, ihr Exil in Moskau zu beenden.

Die im Dokumententeil abgedruckten zwei Briefe von Clara Zetkin aus dem Jahre 1924 sind symptomatisch für die Konfliktlage von Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung im Kontext der als „Bolschewisierung“ apostrophierten Stalinisierung der Parteien/Sektionen der Kommunistischen Internationale. Die beiden Briefe sind Bestandteil einer umfänglichen Sammlung des Briefwechsels Clara Zetkins mit Jelena Dmitrijewna Stassowa (1873-1966) von 1922 bis 1933 mit insgesamt 230 Blatt im Nachlass Clara Zetkins in SAPMO-BArch. Jelena Stassowa war eine Mitstreiterin und Freundin von Clara Zetkin vor allem durch ihre teilweise enge gemeinsame Arbeit in den Strukturen der Roten Hilfe in Deutschland.<sup>17</sup>

16 SAPMO-BArch, NL 36/521, Bl. 97f.; Siehe auch in BzG, H. 6/1991, S. 787f.

17 Die unter dem Namen „Genossin Absolut“ agierende Jelena Stassowa wurde in einer adligen Familie in St. Petersburg geboren und wuchs dort auf. 1898 trat sie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SD-APR) bei. Im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wirkte sie ab Frühjahr 1921 in Deutschland im Zentralkomitee der Roten Hilfe unter dem Decknamen „Lydia Wilhelm“. Seit 1924 agierte sie als deren Geschäftsführerin und gehörte neben Clara Zetkin, die 1925 Präsidentin der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) wurde, zur Führung der RHD, die hohes Ansehen genoss. An der Seite Clara Zetkins wirkte sie nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion als stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und wurde nach dem Tode von Clara Zetkin deren Vorsitzende. U. a. war Jelena Stassowa seit 1924 eng mit Erich und Zenzl Mühsam befreundet. Nach Mühsams Tod lud sie Zenzl Mühsam persönlich aus dem Prager Exil nach Moskau ein, um ihr besser helfen zu können. Dieses ostentative Engagement für verfolgte ausländische Kommunisten ließ sie in den Blickwinkel Stalins geraten. Im November 1937 wurde sie abgesetzt.



## Über einen „Dreckbrief“ Clara Zetkins von 1927

Einen Brief von Clara Zetkin an den Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (KI) Nikolai Bucharin einen „Dreckbrief“ zu nennen, eine Entgleisung, wie sie Ernst Thälmann am 14. März 1928 auf einer Tagung des ZK der KPD entfuhr, war eher ungewöhnlich. Bei der Charakterisierung vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Gegner war man nicht zimperlich. Aber von Genosse zu Genosse?

Eine andere Entgleisung sorgte wenig später für Aufsehen im Apparat der KI wie in ihren nationalen Sektionen, den Kommunistischen Parteien der einzelnen Länder. Stalin platzte gegenüber dem Schweizer Komintern-Funktionär Jules Humbert-Droz in einer politischen Debatte, die kontroverse Ansichten scharf verdeutlichte, der Kragen. Er sagte: „Scheren Sie sich zum Teufel!“ Bucharin fragte bei dem Schweizer mehrfach nach, ob solche Worte wirklich gefallen waren. Es war an dem. Humbert-Droz kehrte wenig später entmutigt in sein Heimatland zurück. In einem Abschiedsbrief an den Gesinnungsgenossen, den sie als ähnlich Denkenden und mutig Handelnden kennen und schätzen gelernt hatte, schrieb Clara Zetkin im März 1929, nachdem die Auseinandersetzungen vorbei waren: „Ich werde mich völlig einsam und deplaziert fühlen in dieser Körperschaft, die sich aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt, ein Mechanismus, der den gewaltigen welthistorischen Sinn und Gehalt der russischen Revolution zu Spielvorschriften für Pickwickets-Klubs ummünzt.“<sup>1</sup>

Der Brief an den Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, um den es geht, ist mit 11. November 1927 datiert. Es war ein Geheimbrief, der per Boten überbracht wurde und dessen Inhalt dann doch als Gerücht einem größeren Personenkreis bekannt wurde. Geheimbriefe zu schreiben, war in der Komintern eine durchaus übliche Praxis. Clara Zetkin wollte wohl zumindest drei Stellen Einsicht in ihre Korrespondenz verwehren: Der Führung der KPD, den in Deutschland mehr oder wenig offen agierenden, eigentlich illegalen Emissären der KI-Führung und den neugierigen staatlichen deutschen Stellen.

Diese Geheimniskrämerei monierte das Mitglied des ZK der KPD Ernst Grube Monate später in seinem Diskussionsbeitrag auf der Tagung des ZK am 14. März 1928. In Bezug auf den Brief, um den es hier geht, brachte er auf der ZK-Tagung einen Beschlusssentwurf ein, in dem es heißt: „Dem Pol-Büro ist vor Monaten ein Brief der Genossin Zetkin übermittelt [worden], in dem die schwersten Angriffe

1 Brief Clara Zetkins an Jules Humbert-Droz, 25.3.1929, in: SAPMO-BArch, NY 4005/99.

gegen die jetzige Parteiführung enthalten sein sollen. Bis heute ist dem Plenum des ZK auch hiervon keine Mitteilung gemacht. Die Vorenthaltung solch wichtiger Vorgänge muss die Partei schädigen und die von der Gesamtparteimitgliedschaft gewünschte Normalisierung hemmen.“<sup>42</sup>

Ernst Thälmanns Zwischenruf: „Der Brief von Clara<sup>3</sup> Zetkin ist ein Dreckbrief, er richtet sich gegen das gesamte ZK.“<sup>44</sup>

Clara Zetkin war im Herbst 1927 nach Deutschland mit dem Auftrag entsandt worden zu prüfen, warum denn in der Führung der KPD die 1925 beschlossene „Konzentration der Kräfte“, sich gemeinsam energisch und zielstrebig auf die inhaltliche Arbeit zu konzentrieren, nicht zustande gekommen war, sondern (immer noch) die Diskreditierung anderer Ansichten in den eigenen Reihen viel mehr Zeit beanspruchte als der praktische politische Kampf. Offensichtlich war die Einheit des 1925 von der KI zusammengestellten so genannten Thälmann'schen Zentralkomitees alles andere als erfolgreich.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland, so beschrieb Clara Zetkin in dem Brief an Bucharin ihre Vorgehensweise, führte sie zunächst Einzelgespräche mit Mitgliedern der KPD-Führung, mehrere davon mit Ernst Thälmann. Sie nahm an Sitzungen des Politbüros und einer Tagung des ZK der KPD teil.

Hier sollen drei inhaltliche Elemente vorgestellt werden, die Clara Zetkin in ihrem Brief beschreibt.

1. Wie ist der derzeitige Zustand des Zentralkomitees als leitendes kollektives Parteiorgan einzuschätzen?

2. Was ist von Thälmann zu halten?

3. Was muss schleunigst geändert werden, um die Wirksamkeit des Zentralkomitees als leitendes kollektives Parteiorgan deutlich zu erhöhen – und zwar mit Ernst Thälmann an der Spitze?

Ich will die Zitate weitgehend unkommentiert in den Raum stellen. Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner und ich haben unsere Ansichten zu den damaligen Vorgängen in dem Buch „Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. die KPD am Scheideweg“ ausführlich dargestellt.<sup>5</sup>

Zu 1. Wie schätzt Clara Zetkin 1927 den Zustand des Zentralkomitees der KPD als leitendes kollektives Parteiorgan ein?

„Und die Z[entrale]? Sie ist ebenfalls ohne Vertrauen zu sich, zu ihrer Führung; ihrer Politik. Sie ist unklar, unsicher, schwankend, ratlos, pendelt hin und her zwischen Möchte-gerne und Kann-doch-nicht. Sie ist von Cliquentreibereien zersetzt und vergiftet und empfindet das Unhaltbare ihrer Position nach innen und außen.

2 Zit. nach Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Das Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003, S. 40-41, CD-Rom, Dokument 38.

3 Im Original Klara.

4 Elke Reuter u. a., Luxemburg oder Stalin, S. 41.

5 Siehe Elke Reuter u. a., Luxemburg oder Stalin. Darin der Brief Clara Zetkins an Bucharin vom 11.11.1927 im Wortlaut.

Der Grund dazu ist, daß es den meisten Mitgliedern der Z[entrale] fehlt an Kenntnissen – zumal auch über die Geschichte der Arbeiterbewegung –, an theoretischer Schulung, an politischen Fähigkeiten und politischem Instinkt, an Talenten der Darstellung und Überzeugungskraft und last not least – an Charakterfestigkeit. Allein je mehr diese Mängel an dem Einzelnen vorhanden sind, um so unerschütterlicher ist sein Glauben, daß er der ‚deutsche Lenin‘ sei. Er versucht seine Überlegenheit dadurch zu beweisen, daß er seine Nebenmänner in der Z[entrale] möglichst viel Dummheiten machen läßt, ja sie zu solchen provoziert. Ein wirklich kollektives Zusammenarbeiten gibt es nicht, kein Ausgleichen und Überwinden der Fehler und Schwächen der Einzelnen, dafür Herausbildung kleiner Cliques, persönliches Intriguieren, Gegeneinanderarbeiten. Die fraktionellen Reminiszenzen der Gegensätze von ‚links‘ und ‚rechts‘ sind nur noch welke Feigenblätter, nicht lebendige Kräfte.“

Zu 2. Was hält Clara Zetkin von Ernst Thälmann?

„Verhängnisvoll macht sich[...] geltend, dass Teddy [Thälmann] kenntnislos und theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahnsinn grenzt und der Selbstbeherrschung ermangelt. Er läßt daher seine guten proletarischen politischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten durch Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschbasen, Intriganten niedrigster Art. Maslow wurde durch Neumann abgelöst, an dessen Stelle scheinen nun Dengel, Schneller, Münzenberg getreten zu sein. Es wird dabei auf Teddys Ängste spekuliert, daß irgend jemand ‚linker‘ als er sein könne; und daß ‚Rechte‘ ihm als ‚Linkesten‘ die Führung entreißen wollen. Abgesehen von einigen Genossen in der Z[entrale] spielt zumal Maslow auf dieser Saite und mit Erfolg. So wankt Teddy hin und her zwischen Anfällen einer richtigen Einschätzung der Lage und ihrer Konsequenzen und Anfällen tobender Abwehr dagegen und kann sich in Widerspruch zu sich selbst jeden Tag anders einstellen.

Typisch dafür ist sein Verhalten zu der Rückberufung Augusts [Thalheimer]. Diese war vom Polbüro in Teddys Abwesenheit einstimmig beschlossen worden. Als Teddy zurückkam, lehnte er den Beschluß ab. Dengel und Schneller waren wohl von Anfang an nur mit halbem Herzen bei der Entscheidung gewesen. Sie fielen um und bestärkten Teddy in seinem Widerstand.“

(...)

„Eine große Rolle spielte dabei die Berufung auf einen Beschluß des Essener Parteitag<sup>6</sup> in Sachen Brandler-Thalheimer. Der Beschluß war schon damals eine überflüssige und schädliche Konzession an die offenen und heimlichen ultralinken Bundesbrüder Maslows in der Partei. Jetzt ist er politisch und sachlich unhaltbar geworden und ist nur ein Vorwand unklarer und charakterschwacher Elemente,

6 Der Essener Parteitag der KPD fand vom 2. bis 7. März 1927 statt.

daß die unabweisbar gewordene Konzentration der Kräfte in Wahrheit und Tat oben und unten nicht durchgeführt wird. Die Z[entrale] kann und darf den Beschluß nicht verschweigen, jedoch sie muß die sachlichen und politischen Gründe nachweisen, die trotz seiner [jetzt] Augusts [Thalheimer] rasche Rückführung fordern.<sup>7</sup> Doch auf einmal sah das Polbüro nur Hemmungen und Unmöglichkeit für die Durchführung des eigenen Beschlusses. Dieser war so gut wie erledigt. In dieser Situation hatte ich ein zweistündiges Gespräch mit Teddy. Es hinterließ einen überwiegend guten Eindruck. Zum Falle August [Thalheimer] vertrat Teddy wie ich die Auffassung, die Z[entrale] ‚müsse den Stier bei den Hörnern packen‘, kein Verschweigen der Essener Resolution, wohl aber Erklärung der Situation. ‚Die Rückberufung‘ ist eine Frage der Formulierung, der richtigen Worte, und die werden wir finden. Das war Teddys Meinung, und er schied mit der Mahnung an mich: ‚Tritt nur recht scharf auf‘. Am nächsten Tage in der Sitzung des Polbüros schwitzte zu meinem Erstaunen der gute Teddy nur Befürchtungen und unüberwindbare Hemmungen gegen den Beschluß, die einer glatten Ablehnung gleichkamen. Alle Helden der Konzentration fielen tapfer um.“

Zu 3. Was musste nach Meinung von Clara Zetkin schleunigst geändert werden, um die Wirksamkeit des Zentralkomitees der KPD als leitendes kollektives Parteiorgan deutlich zu erhöhen – und zwar mit Ernst Thälmann an der Spitze?

„Die Cliqueswirtschaft um Teddy und mit Teddy muß durch kollektives Zusammenarbeiten ersetzt werden. Teddy ist das Symbol revolutionärer proletarischer Führung der Partei, aber er selbst ist in der vorliegenden Situation kein Führer und kann kein Führer sein. Die kollektive Führung hat auf der Grundlage der Konzentration zu geschehen. Konzentration der Kräfte nicht bloß in der Z[entrale], vielmehr in allen leitenden und organisierenden Körperschaften der Partei von oben bis unten. Ganz abgesehen davon, daß A[ugust Thalheimer]s Rückkehr zur Durchführung des Kampfes mit der SPD und den Maslowiten eine sachliche, politische Notwendigkeit ist, bedeutet sie innen- und außenparteilich den Beweis, daß die Konzentration der Kräfte keine papierene Phrase bleibt, sondern Tatsache wird. Sie wird das Signal sein für die Heranziehung weiterer tüchtiger Kräfte und die Gewinnung neuer. Die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß der Beschluß sabotiert wird. Deshalb ist unerlässlich, daß ihr auf der schleunigsten Durchführung besteht, unerschütterlich fest in der Sache, klug in der Form.

Sobald Jacob [Walcher] von den Ärzten freigegeben ist, muß er die tatsächliche Leitung der Gewerkschaftsarbeit erhalten. Das Gejammer, daß es keine Kräfte für diese Arbeit gebe, ist falsch. Jannack<sup>8</sup> in Remscheid-Solingen, Ehlers, Dantz

7 Die führenden Funktionäre der KPD Heinrich Brandler und August Thalheimer waren nach den Kämpfen im Herbst 1923 als Hauptschuldige an der Niederlage der KPD bezeichnet und in Moskau von 1924 bis 1928 festgehalten worden. Die Erlaubnis, zur politischen Arbeit nach Deutschland zurückkehren zu dürfen, wurde ihnen verwehrt. Im Sprachgebrauch der KI nannte man eine derartige, keineswegs ungewöhnliche Vorgehensweise „Kominternierung“.

8 Im Original: Jannak.

und andere in Bremen, Westermann in Hamburg, Schönbeck<sup>9</sup> und viele andere sogenannte ‚Rechte‘ sind geschulte, erfahrene und begabte Gewerkschafter.“

Es sei angemerkt, dass Clara Zetkin namentlich im Jahre 1928 noch mehrmals mutig und unzweideutig ihre von der Mehrheitsmeinung in KPD und Komintern abweichende Auffassung öffentlich kund tat.

Zwei Beispiele.

a) Clara Zetkin sprach sich gegen den Abschluss des Geheimabkommens zwischen KPD und KPdSU vom Februar 1928 aus und legte Wert darauf, dass ihr abweichender Standpunkt bekannt wurde.<sup>10</sup>

b) Clara Zetkin hielt den Ausschluss der so genannten Rechten aus der Kommunistischen Bewegung für falsch. Sie forderte statt dessen eine inhaltliche Auseinandersetzung über Grundfragen der Politik – wie etwa über den Kurs in der Gewerkschaftsarbeit.<sup>11</sup>

Diskutierenswert wäre es, der Frage nachzugehen, warum die oppositionelle Stimme Clara Zetkins ab 1929 kaum mehr zu hören war.

Dass auch nach dem ereignisreichen Jahr 1928 bei Clara Zetkin noch Widerborstigkeit und Nüchternheit in der Beurteilung des Gegebenen geblieben waren, belegen ihre Briefe aus den Jahren 1929-1933. U. a. konnte das Klaus Kinner mit einem Brief von Clara Zetkin an Maria Reese vom 4. Juni 1932 nachweisen.

In diesem Brief heißt es: „Ich bin mir keine Minute über Teddys Unzulänglichkeiten im Unklaren. Trotzdem stütze ich ihn persönlich... ich betrachte ihn als das persönlich verkörperte Symbol... der Partei, daß sie eine revolutionäre proletarische Politik treiben will. T. hat persönliche Eigenschaften für diese Aufgabe unter zwei Voraussetzungen: 1. Man darf ihn nicht selbstherrlich und größenwahnsinnig machen. 2. T. muß eine gute beratende Körperschaft zur Seite haben, der reifste Theoretiker, erfahrene Praktiker und charakterstarke Persönlichkeiten angehören und die ganz kameradschaftlich zusammenarbeitet, sie sollte nicht nach Fraktionsriecherei zusammengesetzt sein.“<sup>12</sup>

9 Im Original: Schoenebeck.

10 Siehe Elke Reuter u. a., Luxemburg oder Stalin, S. 55-59, CD-Rom, Dokumente 31 und 36.

11 Siehe ebenda, S. 149-156.

12 Siehe Bundesarchiv Koblenz. Kleine Erwerbungen, 379-1, Bl. 32. Zitiert nach K. Kinner: Die Avantgarde der Weltrevolution. Zur Identität und zum theoretischen Selbstverständnis der Kommunisten in KPD und Kommunistischer Internationale 1918/19 bis 1933, in: BZG, H. 3/1990, S. 338/339. Siehe auch Clara Zetkin an Maria Reese, in: UTOPIE kreativ 201/202, Juli/August 2007, S. 626-631, und im Dokumententeil dieses Bandes.

ROLF HECKER

## Clara Zetkin und Dawid Rjasanow auf den Spuren von Karl Marx

Uns allen ist das berühmte Foto vom Züricher Kongress der II. Internationale vom 12. August 1893 in Erinnerung, auf dem Clara Zetkin neben Friedrich Engels in einem Gartenlokal sitzt, gemeinsam mit den Familien Bebel und Bernstein. Engels traf gerade an diesem letzten Tag des Kongresses in Zürich ein und war über die Zusammenkunft hochofret. An Laura Lafargue schrieb er wenige Tage später über Clara Zetkin, dass sie eine „ungeheure Schaffenskraft“ und eine „leicht hysterische Begeisterung“ besitze, „aber [er] sie sehr gern“ habe.<sup>1</sup>



*Clara Zetkin mit Friedrich Engels und den Familien Bebel und Bernstein 1893 in Zürich<sup>2</sup>*

<sup>1</sup> Engels an Laura Lafargue, 21. August 1893, in: MEW, Bd. 39, S. 117.

<sup>2</sup> Foto: RGASPI, f. 528, op. 1, d. 428.

Die Bekanntschaft Clara Zetkins mit Engels, der jüngsten Marx-Tochter Eleanor Aveling und anderen herausragenden Vertretern der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts musste dazu führen, dass sich der russische Sozialdemokrat, Historiker, leidenschaftliche Archivar und Marx-Engels-Forscher Dawid B. Rjasanow an sie wandte. Er kam zum ersten Mal mit ihr wahrscheinlich 1890 in Zürich während eines kurzen Aufenthalts in Kontakt, woran sie sich vierzig Jahre später erinnerte.<sup>3</sup> Aber erst während Rjasanows zweiter Emigration im deutschsprachigen Raum von 1907 bis 1917 waren reguläre Kontakte zwischen beiden möglich, als er ebenfalls schon ein anerkanntes Mitglied der sozialdemokratischen Bewegung war. Leider sind nur wenige Dokumente überliefert, die über ihre Bezugspunkte auf Marx und das Moskauer Marx-Engels-Institut detailliert Auskunft geben können.

In die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fiel der 30. Todestag von Marx, der für eine Vielzahl von Aktivitäten der SPD Anlass war. Während sich Clara Zetkin agitationspolitisch mit „Karl Marx und sein Lebenswerk“ auf die Reise durch fünf Orte des Niederrheins begeben hatte,<sup>4</sup> war Rjasanow schon 1911 an der Diskussion eines Editionsplanes der Werke von Marx und Engels in Wien beteiligt und beauftragt worden,<sup>5</sup> eine zweibändige Auswahl von Marx-Engels-Schriften zur Herausgabe vorzubereiten. Mit ihr sollte erstmalig deren umfangreiche journalistische Publizistik aus den Jahren von 1852 bis 1862 erschlossen werden.<sup>6</sup>

Zehn Jahre später, 1923, fasste das Orgbüro des ZK der KPR (B) den Beschluss über eine russischsprachige Marx-Engels-Werkausgabe, mit deren Herausgabe das 1922 in Moskau gegründete Marx-Engels-Institut (MEI) unter Leitung von Rjasanow beauftragt wurde. Als zwei Jahre später auf dem V. Weltkongress der KI über die Edition einer historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe in deutscher Sprache entschieden wurde, galt es als sicher, dass Rjasanow mit Hilfe von Korrespondenten in Deutschland und weiteren Ländern die notwendige Materialgrundlage dafür schaffen werde, insbesondere die Möglichkeit erhalten würde, im SPD-Archiv den Marx-Engels-Nachlass zu kopieren. In den neu gebildeten internationalen Institutsbeirat wurden deutscherseits August Thalheimer und Clara Zetkin berufen.

Inwieweit Clara Zetkin in dieser Funktion als Beiratsmitglied an der Arbeit des Instituts Anteil nahm, konnte nicht ermittelt werden. Allerdings bestand eine große gegenseitige Wertschätzung, die sich vor allem anlässlich des 70. Geburts-

3 Siehe den Brief an Rjasanow zum 60. Geburtstag vom 13. März 1930 im Dokumententeil dieses Bandes.

4 Siehe Klara Zetkin: Karl Marx und sein Lebenswerk! Vortrag gehalten anlässlich seines 30. Todestages in fünf Orten des Niederrheins. Mit einem Anhang: Literatur über Marx und von Marx, Elberfeld [1913]. Neudruck, Hamburg 1983.

5 Siehe Götz Langkau: Marx-Gesamtausgabe – dringendes Parteiinteresse oder dekorativer Zweck? Ein Wiener Editionsplan zum 30. Todestag, Briefe und Briefauszüge, in: International Review of Social History, Jg. XX–VIII, Amsterdam 1983, S. 104–142.

6 Siehe Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. 1852–1862. Hrsg. von D. Rjasanow, Bd. I–II, Stuttgart 1917.

tages von Clara Zetkin 1927 und des 60. von Rjasanow 1930 ausdrückte. Zu Zetkins Jubiläum telegrafierte Rjasanow in den Kreml folgende Zeilen: „Der großen Erweckerin des Massenwillens der Proletarier in allen Ländern, der treuen Erbin marxistischen Geistes, der Schülerin und Freundin von Friedrich Engels sendet das Marx-Engels-Institut tiefgefühlteste Glückwünsche. Rjasanow.“<sup>47</sup>

1928 nahm Clara Zetkin an einigen Sitzungen der Kommunistischen Akademie teil. „Interessant und anregend“ war für sie die wissenschaftliche Diskussion zwischen „Professoren der Philosophie über mechanistische und dialektische Auffassung“ (gemeint ist die Debatte zwischen Skworzow-Stepanow und Deborin)<sup>8</sup> und das Referat Rjasanows über das Marx-Engels-Institut, in dem er über den weitgehenden Abschluss der Kopierarbeiten im Archiv der deutschen Sozialdemokratie sowie das Erscheinen des ersten MEGA-Bandes und des ersten russischen Werkbandes berichten konnte.<sup>9</sup> In dem Brief an ihren Sohn Konstantin (Kostia) vom 28. März 1928, in dem sie von diesem Ereignis berichtete, schrieb Clara Zetkin anerkennend: „Rjasanow ist ein großer Kämpfer und ganzer Kerl und hat tatsächlich Erstaunliches geschaffen.“<sup>10</sup>

Am 20. Februar 1929 wandte sich Rjasanow an die „hochverehrte Genossin“ mit der „unlängst erörterten Frage“ „Eleanors ‚Halbbruder‘ betreffend“. Am 28. Januar war Frederick Demuth in London gestorben, und Karl Kautsky hatte am 2. Februar Vermutungen über die Abstammung Demuths öffentlich geäußert.<sup>11</sup> Hier sollen und können nicht die ganze komplizierte Geschichte und die Legenden um den unehelichen Marx-Sohn ausgebreitet werden, sondern es soll auf Clara Zetkins Erinnerungsbeitrag hingewiesen werden, den sie auf Bitte von Rjasanow verfasste und der 1994 vollständig in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ abgedruckt wurde.<sup>12</sup> Rjasanow hatte zuvor in seinem Schreiben an Zetkin darauf hingewiesen, dass er „selbstverständlich bereit [sei], jeden

7 Telegramm, eingegangen am 5. Juli 1927, Russländisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte (fortan: RGASPI), Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 1706, Bl. 150. – Unter den deutschen Gratulanten waren der Deutsche Klub in Moskau, im Namen des Vorstandes unterzeichnet von Richard Sorge und namens der Kulturkommission von Fritz Wiest (ebenda, Bl. 2), und Heinrich Brandler, der aus Sotschi ein Telegramm in kyrillischen Buchstaben transliteriert sandte: „Wünsche lange Gesundheit und Arbeitskraft zum weiteren Kampf. Brandler“ (ebenda, Bl. 192). Das Exekutivkomitee der KI sandte ein vierseitiges Glückwunschsreiben (nicht auf Kopfbogen und nicht unterschrieben, ebenda, Bl. 49-52).

8 Siehe Wladislaw Hedeler: A. M. Deborin – eine biographische Skizze, in: Dawid B. Rjasanow und die erste MEGA (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderbd. 1), Hamburg 1997, S.219-33, bes. S. 226f.

9 Siehe Rolf Hecker: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928), Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderbd. 2, Hamburg 2000, S. 45, 92-99.

10 RGASPI, Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 715.

11 Karl Kautsky: Lenchen Demuth, in: Vorwärts (Berlin), 2. Februar 1929, Beilage. Er antwortete polemisch auf einen am 15. Januar 1929 in derselben Zeitung publizierten Aufsatz von Herbert Eulenberg mit dem gleichen Titel. In diesem Artikel schrieb Kautsky über Helena Demuths Sohn, hielt eine Vaterschaft von Marx für „durchaus unwahrscheinlich“ und vermutete, dass „ein für die Familie uninteressanter Fremder“ der Vater gewesen sei.

12 Heinrich Gemkow/Rolf Hecker: Unbekannte Dokumente über Marx' Sohn Frederick Demuth, in: BzG 1994, H. 4, S. 43-59, hier S. 54-59.



Vorbehalt, den Sie in Bezug auf die Verwendung Ihrer Mitteilungen machen werden, auf das strengste zu respektieren“.<sup>13</sup> Der Bericht lag dann – allerdings ohne eine Anweisung von Zetkin, sondern auf Geheiß von Stalin – zusammen mit weiteren Dokumenten in einem speziellen Dossier bis 1991 im Stalin-Fonds und nicht im Zetkin-Nachlass und war daher nicht zugänglich.

An Zetkins Bericht ist frappierend, wie präzise sich die damals 71-jährige an jahrzehntelang zurückliegende Erlebnisse erinnerte, sogar so konkret, dass sie die Gespräche in wörtlicher Rede wiedergeben zu können meinte. Ihre erste wichtige Aussage bestand in der Mitteilung über ihr einstiges – leider von ihr nicht datiertes – Gespräch mit Kautsky betreffs dieser „Angelegenheit“, das höchstwahrscheinlich dem Briefwechsel zwischen Bebel und Bernstein von 1898 zufolge, nach 1898 stattgefunden hatte, denn Bernsteins Fund des im Zetkin-Bericht erwähnten Marx-Briefes hätte bei dem 1898 noch nicht ganz überzeugten Bebel vermutlich alle Zweifel hinsichtlich Marx' Vaterschaft ausgeräumt.

Die zweite, sehr belangvolle Aussage betraf die Begegnung mit Frederick im Haus von Marx-Tochter Eleanor (Tussy) Anfang August 1896<sup>14</sup> und deren eindeutige Vorstellung Fredericks als ihren Halbbruder.<sup>15</sup> Drittens ist aufschlussreich, dass Zetkins moralische Verurteilung nicht der von Marx und Engels praktizierten Notlüge oder dem Seitensprung Marxens galt, sondern sie „die grobe Vernachlässigung des Kindes, das ohne Erziehung und guten Unterricht unter Fremden aufwuchs“, „unverzeihlich“ fand. Diese Empfindung und Haltung stimmten völlig mit jenen überein, die zuvor Eleanor Marx in den ersten Augusttagen 1895 und danach zeigte, nachdem Friedrich Engels auf seinem Sterbebett diese Tatsache eröffnet hatte.

Der 60. Geburtstag von Rjasanow war der Höhepunkt in seiner wissenschafts-politischen Laufbahn. So war er u. a. 1929 zum Akademiemitglied gewählt und aus Anlass seines Geburtstags mit dem Rotbannerorden der UdSSR ausgezeichnet worden.<sup>16</sup> Vier Wochen vor der offiziellen Feier am 18. März 1930 (der Geburtstag war am 10. dieses Monats) wandten sich die deutschen Mitarbeiter des Instituts Karl Schmückle und Kurt Nixdorf – beide unterlagen später den Stalinschen Repressalien, wurden verhaftet, zu Lagerarbeit verurteilt und letztlich 1938 bzw. 1937 erschossen – an Clara Zetkin mit der Bitte, dass sie einen Glückwunschbrief oder ein Telegramm aus diesem Anlass senden möge. Schmückle nutzte die Gelegenheit, Zetkin auf die aktuellen Arbeitsergebnisse aufmerksam zu machen: „Sie

13 RGASPI, Fonds 558, Verzeichnis 2, Akte 195, Bl. 17.

14 Nach dem Londoner Kongress der II. Internationale vom 27. Juli bis 1. August.

15 Yvonne Kapp erwähnt, dass einer ihr gemachten privaten Mitteilung zufolge Zetkin auch von Laura Lafargue über Fredericks Vater aufgeklärt worden sein soll (siehe Yvonne Kapp: Eleanor Marx. Vol. I: Family Life (1855-1883), London 1972, S. 297).

16 Siehe die Festschrift für Rjasanow: Na boevom postu [Auf dem Kampfposten], Moskva-Leningrad 1930, 654 S.; Ernst Czöbel: Rjasanow als Marxforscher (Zum 60. Geburtstag D. Rjasanows), in: Unter dem Banner des Marxismus, IV. Jg., Wien-Berlin, Juni 1930, S.401-417; Franz Schiller: Das Marx-Engels-Institut in Moskau, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus, hrsg. v. Carl Grünberg, Jg. XV, Leipzig 1930, S. 416-435.

haben gesehen, daß die Marx-Engels-Ausgabe nun energische Fortschritte macht. Ich nehme an, daß Ihnen der 2. Halbband von Bd. I und der 1. Band des Marx-Engels-Briefwechsels zugesandt worden ist; in wenigen Tagen kommt der 2. Briefwechselband heraus, in wenigen Wochen Bd. II (der junge Engels, mit neuen Materialien gegenüber der G. Mayerschen Ausgabe). Bd. III und IV (Bd. IV wird die ganze ‚Deutsche Ideologie‘ bringen) schreiten rüstig voran und sollen Oktober-November erscheinen. Gemäß den letzten Besprechungen mit dem ZK der deutschen und dem ZK der russischen Partei sind wir verpflichtet, noch in diesem Jahr drei Bände der *Volksausgabe* herauszubringen, das ‚Kapital‘ ist zu diesem Zweck bereits in Arbeit genommen. Hoffentlich wird auch Bd. III des ‚Archivs‘ erscheinen<sup>17</sup> [...] Arbeit gibt es bei uns nun also in Fülle.“<sup>18</sup> Zetkin war sicherlich dankbar für diese Informationen Schmückles, ging aber in Ihrem Telegramm und Grußschreiben nicht auf diese Einzelheiten ein.

Das knappe Telegramm sandte Zetkin am 10. März aus dem Berliner Reichstag an Rjasanow ins Marx-Engels-Institut. Der im Dokumententeils dieses Bandes erstmals vollständig abgedruckte sechsseitige maschinenschriftliche Brief Zetkins an den Jubilar vom 13. März 1930 ist mehr als eine Laudatio, er ist m. E. vor allem ihr eigenes politisches Bekenntnis zum Marxismus. Darin kommen vor allem folgende Gedanken zum Ausdruck:

- der „unverfälschte und unverkürzte“ Marx muss die Grundlage des historischen Materialismus sein;
- die Diktatur des Proletariats muss auf dem wissenschaftlichen Fundament der Marxschen Lehre beruhen;
- das Werden und Reifen des Kommunismus darf nicht damit verbunden werden, dass der theoretische Reichtum von Marx und Engels sowie der ihrer Vorläufer und Nachfolger „verloren, vergessen, entstellt und mißbraucht“ wird;
- der Nachlass von Marx und Engels muss frei von allen „Verzerrungen und Zutataten, von allen Verfälschungen und Verwässerungen“ sein;
- Persönlichkeit und Kollektiv stehen in Wechselbeziehung, die sich im Marx-Engels-Institut darin ausdrückt, dass dieses ein Kollektivwerk ist, aber zugleich das Werk Rjasanows.

Einige Formulierungen in dem Grußschreiben entsprachen wohl nicht dem Selbstverständnis der KI und besonders Stalins:

- So formulierte Zetkin, dass „am Sockel der wissenschaftlichen Aufbauarbeit“ der Name Rjasanows stehe – das war natürlich ein Affront gegen Stalin.

17 Das von Rjasanow begründete akademische „Marx-Engels-Archiv“ sollte Fragen der Geschichte des Marxismus, der Herausbildung und Entwicklung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus behandeln und neue, bisher unbekannte Aufsätze und Manuskripte von Marx und Engels vorstellen. Es sollte in deutscher und russischer Sprache, jedoch nicht parallel und nicht mit gleichem Inhalt erscheinen. Von der deutschen Ausgabe erschienen zwei Bände (1925 und 1927), während die russische Ausgabe von 1924 bis 1930 in fünf Bänden veröffentlicht wurde.

18 RGASPI, Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 1447, Bl. 1f.

- Weiterhin meinte sie, dass das praktische gesellschaftliche Leben es erfordere, täglich die Lehren des historischen Materialismus zu überprüfen und nicht durch „marxistisch tönende Terminologie und enge ökonomische und politische Formeln“ meistern zu wollen – eine Aufforderung, die sich m. E. sowohl an das ZK der deutschen, wie auch der russischen Partei richtete.

Zetkin ließ sich also nicht beirren in dem festen Glauben an die Sieghaftigkeit des Marxismus, trat sowohl für seine Unverfälschtheit ein wie für seine praktische Anwendbarkeit, wandte sich strikt gegen Dogmatisierung und Personenkult.

Gegenüber ihrem Sohn Maxim, der als Arzt in Moskau arbeitete, und dessen Frau Emilia (Mila) brachte Clara Zetkin schon am 20. März 1930 ihre Sorge zum Ausdruck, ob Telegramm und Brief bei Rjasanow pünktlich eingetroffen seien und ihm „etwas Freude gemacht haben“. Es sei ihr wegen ihres Gesundheitszustandes unmöglich gewesen, früher zu schreiben. Und wiederum hob sie hervor: „Ich schätze nicht nur seine großen Verdienste um den historischen Materialismus, auch seinen persönlichen Wert, trotz oder vielleicht gerade wegen seiner rauen Ecken und Kanten.“<sup>19</sup> Einen Monat später hatte sie die Gewissheit, dass ihre Schreiben an Rjasanow „unterschlagen worden sind“, wie sie wiederum Maxim und Emilia mitteilte. „Und das, obgleich der Brief meine alte unerschütterliche Verbundenheit mit der russischen Revolution, dem ersten Staat der proletarischen Diktatur und seinem gigantischen Aufbauwerk atmete.“<sup>20</sup> Und zugleich enthielt er eine massive indirekte Kritik an den innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Am 10. November 1930 berichtete Zetkin ihrem „geehrten, lieben Genossen und Freund Rjasanow“, dass zwei Briefe von Marx an Heinrich Heine aufgefunden worden seien.<sup>21</sup> Darüber sei zwar Willi Münzenberg informiert worden, der die Erlaubnis erhielt, sie als Faksimile in der Zeitschrift „Aufbau“ zu veröffentlichen, aber es sei ihr wichtig, Rjasanow selbst zu informieren, damit er geeignete Schritte unternehmen könne, um in den Besitz der Dokumente zu gelangen.<sup>22</sup> Das war die letzte Nachricht, die Rjasanow von Clara Zetkin bekam.

Am 12. Februar 1931 abends wurde Rjasanow per Telefon von Stalin in dessen Kabinett gerufen, noch in der Nacht begann die Durchsuchung des Marx-Engels-Institutes. Rjasanow wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Februar verhaftet. Er sollte nach seiner Ausweisung nach Saratow nicht wieder an seinen Schreibtisch im Marx-Engels-Institut zurückkehren.<sup>23</sup>

Anfang der 1930er Jahre wurde Zetkin mehrfach gedrängt, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. Der Redaktion der Zeitschrift „Pod snamenem marksizma“

19 Zit. nach Abschrift in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin (fortan: RLS), Archiv, Sign. 2007–XIV–2.

20 Brief vom 15. April 1930. Zit. nach Abschrift in: RLS, ebenda.

21 RGASPI, Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 430.

22 Näheres konnte dazu noch nicht ermittelt werden.

23 Jakow Rokitjanskij: Das tragische Schicksal von Dawid B. Rjasanow, in: Marx-Engels-Forschung im historischen Spannungsfeld (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1993), Hamburg 1993, S. 3-16.

(„Unter dem Banner des Marxismus“), wie wahrscheinlich auch anderen Bittstellern, erteilte sie jedoch eine Absage, da es ihr „Gesundheitszustand leider aus[schlieÙe]“.<sup>24</sup> Daher sind die beiden längeren Briefe an Rjasanow von 1929 und 1930 bedeutende Lebenszeugnisse von Clara Zetkin, und es wäre sicher angemessen, wenn sie in biografischen Darstellungen Erwähnung fänden und bei Ausgaben ihrer Schriften und Briefe berücksichtigt würden.

24 28. Juni 1932. RGASPI, Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 411.

MARCEL BOIS

## Clara Zetkin und die Stalinisierung von KPD und Komintern

Bis zu ihrem Tod im Juni 1933 war Clara Zetkin Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie gehörte mehrere Jahre der Zentrale (1919-23) bzw. dem Zentralkomitee (1927-29) an und vertrat die KPD von 1920 bis zur Machtübernahme der Nazis im Reichstag. Sie leitete über einen langen Zeitraum die Zeitschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“ und war Präsidentin der Internationalen Roten Hilfe.

Trotz dieser Funktionen war Zetkin in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine scharfe Kritikerin ihrer eigenen Partei. Zu Recht: Die KPD war zu dieser Zeit nicht mehr die Partei, der Zetkin zehn Jahre zuvor beigetreten war. Während in den Anfangsjahren innerparteiliche Demokratie und Kritik an sämtlichen Entscheidungen der Parteizentrale eine Selbstverständlichkeit waren, Oppositionelle bei Versammlungen ihre Positionen vertreten durften und Kontroversen offen in der Parteipresse ausgetragen wurden, stellte die KPD am Ende der Weimarer Republik eine entdemokratisierte, vom Apparat bürokratisch beherrschte Partei dar. Interne Diskussionen waren weitgehend unterbunden und politische Konflikte wurden nicht politisch, sondern organisatorisch „gelöst“. Oppositionelle erfuhren Repressionen, wurden mit Redeverbote belegt oder vom Zentralkomitee kurzerhand aus der Partei ausgeschlossen.

Mit diesem Wandel ging eine ideologische Erstarrung einher. Wurden in der Frühphase der KPD politische Positionen immer wieder aufs Neue geprüft und diskutiert, so verwandelten sie sich nun in Dogmen – wie Sigrid Koch-Baumgarten sehr pointiert beschreibt: „Marx, Engels, Lenin werden wie Religionsstifter verehrt, die kommunistische Agitation erscheint als Missionswerk“.<sup>1</sup>

Zudem vollzog die KPD Ende der 1920er Jahre einige gravierende taktische Kurswechsel. Bisher hatten Kommunisten in den Gliederungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) mitgearbeitet. Nun orientierte die Parteiführung auf die Spaltung der Gewerkschaften und baute mit der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) eigenständige Arbeitnehmerorganisationen auf.<sup>2</sup> Auch ihr Verhältnis zur SPD änderte sich. War sie in den Jahren zuvor durchaus zur Bündnisarbeit mit den Sozialdemokraten bereit – beispielsweise 1926 in der gemeinsamen Kampagne zur Fürstenenteignung – erklärte die Parteispitze die SPD 1929 zum „Hauptfeind“. Eine Zusammenarbeit mit ihr – auch gegen die immer stärker werdenden Nazis – lehnte sie ab. Zwar versuchte die KPD-

1 Sigrid Koch-Baumgarten: Einleitung, in Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 9-54, hier S. 39.

2 Siehe Flechtheim, KPD, S. 215-217.

Führung zeitweilig, einfache SPD-Mitglieder für eine „Einheitsfront von unten“ zu gewinnen, zu einer wirklichen Aktionseinheit mit der gesamten Partei inkl. deren Führung war sie jedoch nicht bereit.<sup>3</sup>

Hintergrund hierfür war ein sehr zweifelhaftes Verständnis des Phänomens Faschismus. Die KPD-Führung ging geradezu inflationär mit dem Begriff um. Bereits in den seit 1930 von Reichspräsident Hindenburg eingesetzten Präsidialkabinetten sah sie den Faschismus an der Macht.<sup>4</sup> Alle anderen Parteien bezeichnete sie pauschal als „faschistisch“: „Kampf gegen den Faschismus heißt Kampf gegen die SPD, genauso wie es Kampf gegen Hitler und die Brüningparteien heißt.“<sup>5</sup> Folgerichtig waren Sozialdemokraten für die kommunistische Parteiführung nichts anderes als „Sozialfaschisten“.

Clara Zetkin stand in fundamentaler Opposition zu dieser politischen Linie und zu der innerparteilichen Entwicklung. 1929 erklärte sie in einem Brief an einen russischen Genossen, dass sie die „Politik der Partei und insbesondere die Politik der jetzigen Zentrale entschieden missbillige, für schädlich, gefährlich halte“.<sup>6</sup> Einige Monate später verfasste sie ein Papier mit dem Titel „Zur Krise der KPD“, in dem sie der Parteiführung vorwarf, sich mit ihrer Politik von den Massen zu isolieren, politische Phrasen zu dreschen statt eine revolutionäre Taktik zu verfolgen, Dogmen zu vertreten und die Parteidisziplin zu missbrauchen, um innerparteiliche Gegner mundtot zu machen.<sup>7</sup>

Die Gewerkschaftspolitik kommentierte sie mit den Worten: „Objektiv wirkt sie sich geradezu als konterrevolutionäre Schädlingarbeit aus.“<sup>8</sup> Auch die „Sozialfaschismusthese“ kritisierte Zetkin aufs Schärfste und forderte stattdessen ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Nazis. Nach der Reichspräsidentenwahl 1932, bei der Adolf Hitler im zweiten Wahlgang mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten hatte, appellierte sie an Wilhelm Pieck: „Ich glaube, dass das Wahlergebnis auf das eindringlichste die Notwendigkeit einer echten und nicht bloß einer formalen Einheitsfront predigt.“<sup>9</sup>

3 Diese Orientierung ging so weit, dass die KPD-Führung unter dem Diktat des Exekutivkomitees der Komintern parallel zu den Nazis Aktionen gegen die SPD durchführte. So unterstützte die KPD im Sommer 1931 einen von der NSDAP und den Deutschnationalen initiierten Volksentscheid zur Auflösung der sozialdemokratisch geführten preußischen Landesregierung. Siehe Hermann Weber: Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S. 221-244, hier S. 229. Wie die vom ADGB herausgegebene „Gewerkschafts-Zeitung“ am 15.8.1931 feststellte, nahm die Mehrheit der kommunistischen Arbeiter an diesem Volksentscheid nicht teil.

4 Siehe Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History*, 10. Jg., 1965, S. 211-45, hier S. 236.

5 *Rote Fahne*, Berlin, vom 18.11.1931, hier zit. nach Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Dortmund 1996, S. 367.

6 Brief Clara Zetkin an Jossif Pjatnitski, 19.06.1929, in: Elke Reuter u.a. (Hrsg.): *Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation*, Berlin 2003, S. 151-153, hier S. 152.

7 Siehe Tânia Puschnerat: *Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie*, Essen 2003, S. 370f.

8 Brief Clara Zetkin an Maxim Zetkin und Emilie Milowidowa, 9.3.1931 (Abschrift), Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) bei der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, Bestand Clara Zetkin, 2007-XIV-2: Zetkin-Briefe.

Für die Fehlentwicklung in Deutschland machte Zetkin die Führung der Kommunistischen Internationale verantwortlich und kritisierte, dass dort „die Kommunistische Partei der Sowjetunion aus der führenden zur diktierenden Macht geworden“ sei. An anderer Stelle sprach sie von der „Diktatur der Allrussischen Partei“ über die anderen Kommunistischen Parteien.<sup>10</sup> Den sowjetischen Generalsekretär Stalin bezeichnete sie in einer ihrer unnachahmlichen Polemiken als „gehirnkrankes Weib in Männerhosen“.<sup>11</sup> So ist es, wie Astrid Hölscher formulierte, „Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet Stalin ihre Urne zur Beisetzung an der Kremlmauer trug [...]“.<sup>12</sup>

Im Gegensatz zu vielen anderen innerparteilichen Kritikern wurde Clara Zetkin jedoch nicht aus der KPD ausgeschlossen. Sie verblieb vielmehr in ihren vielfältigen Ehrenämtern und erhielt noch im März 1933 den Leninorden. Ihr 75. Geburtstag wurde 1932 – gegen ihren Willen – pompös von der Partei gefeiert. Bei der Reichstagswahl rangierte sie weiterhin an der Spitze der württembergischen Landesliste und eröffnete im August 1932 mit ihrer berühmt gewordenen Rede als Alterspräsidentin den Reichstag. Die „große, alte Dame“ war der KPD-Führung zu prominent, um sie einfach aus der Partei zu entfernen. Ihre Appelle an die Parteiführung verhallten jedoch ungehört, und ihre inhaltlichen Positionen durfte sie nicht öffentlich verbreiten. Vielmehr wurde sie „kaltgestellt“, indem man sie von allen wichtigen Entscheidungen fern hielt und ihr keine Möglichkeit gab, in der Parteipresse zu publizieren. Sie selber erkannte 1930: „[D]ie Presse der KPD wird nichts von mir veröffentlichen. Nicht bloß der ‚mangelnden Linie‘ wegen, auch weil mein Name nicht genannt werden darf.“<sup>13</sup>

## **System statt Fehleinschätzung**

Trotzdem hielt Clara Zetkin der KPD die Treue. Selbst als eine ganze Reihe prominenter Kritiker um Heinrich Brandler und August Thalheimer die KPD verließ, blieb sie Parteimitglied. Und obwohl sie der von Brandler und Thalheimer gegründeten Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) politisch sehr nahe stand, weigerte sie sich, diese öffentlich zu unterstützen. 1930 erklärte Zetkin in einem privaten Brief, dass alleine die Tatsache, in der Oppositionspresse zu schreiben „meinen Ausschluss aus der Partei wegen ‚Fraktionsmacherei‘ zur Folge haben“ würde.<sup>14</sup> Dies wollte sie vermeiden. Vielleicht hoffte sie darauf, dass sich die KPD

9 Brief Clara Zetkins an Wilhelm Pieck, 14.03.1932 (Abschrift), ADS Berlin, Bestand Clara Zetkin, 2007-XIV-2.

10 Zit. nach Puschnerat, Zetkin, S. 371f.

11 Ebenda, S. 374.

12 Astrid Hölscher: Unangepasst und dogmatisch, in: Frankfurter Rundschau, 20.8.2007, S. 10.

13 Brief Clara Zetkin an Maxim Zetkin und Emilie Milowidowa, 15.4.1930(Abschrift), ADS Berlin, Bestand Clara Zetkin, 2007-XIV-2.

14 Ebenda.

noch einmal wandeln würde. Hierfür spricht, dass Zetkin für die Entwicklung der Partei lediglich politische Fehleinschätzungen der KPD- bzw. der Kominternführung verantwortlich machte. Folgerichtig forderte sie von ihren Genossen „Charakterfestigkeit, die sich nicht vor Tagesgöttern und Tagesmoden beugt“, ein.<sup>15</sup> Heute wissen wir jedoch, dass hinter der vermeintlich falschen Linie nicht das persönliche Versagen einzelner Funktionäre, sondern ein ganzes System steckte: der aufkommende Stalinismus in der Sowjetunion.

In den Jahren nach der Oktoberrevolution vollzog die sowjetische Gesellschaft einen fundamentalen sozialen Wandel. Bürgerkrieg, Isolation und Dezimierung der Arbeiterklasse führten dazu, dass die Macht im Lande sukzessive von den ursprünglich demokratischen Organen der Arbeiterklasse, den Sowjets, auf die Kommunistische Partei überging. Gleichzeitig verschob sich in den Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb der Partei das Gewicht immer weiter zugunsten der Stalin-Fraktion – bis diese schließlich Ende der zwanziger Jahre jegliche Konkurrenz ausgeschaltet hatte. Die obere Parteibürokratie stieg schließlich zur – im Marxschen Sinne – neuen herrschenden Schicht in der Sowjetunion auf. Sie kontrollierte sowohl die Wirtschaft, als auch den Staatsapparat und vertrat eigene soziale Interessen.<sup>16</sup>

Diese Interessen waren denen eines Großteils der sowjetischen Bevölkerung gegenläufig. Deutlich wurde dies beispielsweise am ersten Fünf-Jahres-Plan von 1928-1933, der den Startschuss für eine ungeheure Industrialisierung des Landes gab. Stalin erläuterte das Ziel der Wirtschaftspolitik wie folgt: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen.“<sup>17</sup> Tatsächlich unternahm die Parteibürokratie alles, um den Prozess, den die industrialisierten Länder Mitteleuropas im 19. Jahrhundert über einen Zeitraum von Jahrzehnten durchliefen, so schnell wie möglich nachzuholen – mit schrecklichen Folgen für die Bevölkerung. Der Kommunist und Schriftsteller Viktor Serge meinte damals, bei der Betrachtung der Auswirkungen des ersten Fünf-Jahres-Planes käme „man nicht umhin, sich der Seiten des ‘Kapital’ zu erinnern, auf denen Marx den unerbitterlichen Mechanismus der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation beschreibt“.<sup>18</sup>

Dass die Industrialisierung vor allem dem Zweck diene, im wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenzkampf mit dem Westen zu bestehen, wird anhand ei-

15 Zit. nach Florence Hervé: Geliebt und gehasst: Clara Zetkin, in: Dies. (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 7-37, hier S. 16.

16 Siehe Mike Haynes: Russia. Class & Power 1917-2000, London-Sydney 2002; Tony Cliff: Staatskapitalismus in Russland. Eine marxistische Analyse, Frankfurt 1975. Eine Zusammenfassung findet sich unter: Tony Cliff: Staatskapitalismus in Russland, in: Marcel van der Linden (Hrsg.): Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus, Wien 2007, S. 61-82. Siehe auch: Marcel Bois und Jan Maas: Großer Aufbruch und tiefer Fall, in: marx21, Nr. 2, September 2007, S. 42-46.

17 J.W. Stalin: Über die Aufgaben der Wirtschaftler. Rede auf der ersten Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie, 4.2.1931, in: Ders.: Werke, Bd. 13, Dortmund 1976, S. 27-38, hier S. 36.

18 Zit. nach Ian Birchall: Viktor Serge. Bolschewismus und Antistalinismus, in: Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus. 23 biographische Essays, Hamburg 2000, S. 242-60, hier S. 253f.



ner Tatsache besonders deutlich. Während man von einem sozialistischen Staat erwarten sollte, dass die Produktion nach den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen ausgerichtet ist, war in der Sowjetunion das Gegenteil der Fall. Die Konsumgüterindustrie wurde vernachlässigt und stattdessen in den dreißiger Jahren knapp 80 Prozent der Investitionen in die Schwerindustrie gesteckt.<sup>19</sup>

Um die Industrialisierung in dem beschriebenen Tempo durchführen zu können, nahm die Parteibürokratie einen großen Teil der in der Revolution erkämpften Arbeitnehmerrechte und auch viele andere Errungenschaften dieser Zeit zurück. Jeder, der dagegen aufbegehrte, bekam die Repressionen des Staatsapparates zu spüren. Bis zu Stalins Tod im Jahr 1953 wurden 5.5 Millionen Menschen in die Gefängnisse und Arbeitslager des Landes gesperrt.<sup>20</sup>

Mit der Umwandlung von Staat und Gesellschaft ging das Bemühen der Stalinfraktion einher, jegliche undogmatische marxistische Theorie und Tradition aus der Partei zu entfernen – oder wie es Weber ausdrückt: „Da der Kommunismus einst als Strömung der Arbeiterbewegung entstanden war, konnte sich der Stalinismus nur etablieren, indem er die herkömmlichen demokratischen Traditionen völlig ausmerzte.“<sup>21</sup> Die politische Ausschaltung Leo Trotzki, Grigori Sinowjew, Lew Kamenjew und Nikolai Bucharin in den zwanziger Jahren waren ein erster Schritt. Die großen Schauprozesse zehn Jahre später ein Zweiter. Insgesamt kamen in den „Säuberungen“ etwa eine halbe Million Kommunisten ums Leben.

Gleichzeitig wurde die Kommunistische Internationale mehr und mehr zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik.<sup>22</sup> Diese Außenpolitik war konservativ: Nicht mehr die Weltrevolution sollte vorangetrieben werden, sondern das Interesse der Parteispitze war es, Verstrickungen im Ausland zu vermeiden, um so das Risiko einer Intervention des Westens in der Sowjetunion niedrig zu halten. Dies stand im deutlichen Gegensatz zur Politik der frühen Komintern, als die russischen Vertreter noch bereit waren, „sogar ihren Sowjetstaat zu opfern“ um die Revolution auf andere Länder auszuweiten.<sup>23</sup>

Um den Funktionswandel der Komintern durchzusetzen, war es für die Stalinfraktion notwendig, deren Funktionäre „auf Linie zu bringen“. Damit einher ging eine völlige Entdemokratisierung der Internationale.<sup>24</sup> Clara Zetkin schrieb 1929

19 Cliff, Staatskapitalismus, S. 33-41.

20 Siehe Tabelle 5.2 in Haynes, Russia, S. 121; Hermann Weber: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt 1989, S. 12. Weber spricht sogar von geschätzten 10 Millionen im Gulag Inhaftierten.

21 Weber, Stalinisierung, S. 229.

22 Siehe dazu Kevin McDermott/Jeremy Agnew: The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin, London 1996; Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966; Duncan Hallas: Die Rote Flut. Aufstieg und Niedergang der Kommunistischen Internationale, o. O., o. J.

23 Hermann Weber: Die KPD und die Linke Opposition in der Sowjetunion. Zur Problematik der Verflechtung des Stalinisierungs-Prozesses der KPD, der Komintern und der KPdSU, in: Ulf Wolter (Hrsg.): Sozialismusdebatte. Historische und aktuelle Fragen des Sozialismus, Berlin 1978, S. 160-79, hier S. 161.

24 Siehe hierzu: McDermott/Agnew, The Comintern, S. 41-80.

sehr treffend, dass sich die Komintern „aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt [...]“.<sup>25</sup>

Dieser Prozess, den Hermann Weber als „Stalinisierung“<sup>26</sup> bezeichnet hat, erfasste nicht nur den Apparat der Komintern, sondern jede einzelne Kommunistische Partei weltweit. In der KPD ging diese Entwicklung – wie eingangs beschrieben – besonders schnell vorstatten: „Aus der von Rosa Luxemburg begründeten radikal-marxistischen Partei wurde die stalinistische Apparatspartei, eine Hilfstruppe der UdSSR Stalins.“<sup>27</sup>

## Widersprüchliche Position

Selbstverständlich waren einige der beschriebenen Entwicklungen zu Clara Zetkins Lebzeit noch nicht so klar zu erfassen. Doch waren deutliche Missstände auch in der Sowjetunion erkennbar. So veröffentlichten bereits 1926 knapp 700 Funktionäre der KPD eine Erklärung, in der sie unter anderen kritisierten, dass die Parteiführung „die in Sowjetrußland vorhandenen Elemente des sozialistischen Aufbaus idealisiert und schönfärbt“.<sup>28</sup> Zetkin nahm die Probleme in der Sowjetunion jedoch kaum wahr oder verhielt sich ihnen gegenüber weniger kritisch als gegenüber entsprechenden Entwicklungen in anderen Sektionen der Komintern.

1927 rechtfertigte sie beispielsweise den Ausschluss Sinowjews, Kamenjews und Trotzki aus der KPdSU mit der Aussage, deren „oppositionelles Fraktionstreiben“ laufe auf eine „Störung und Gefährdung der sozialistischen Aufbauarbeit“ hinaus.<sup>29</sup> In ihren privaten Briefen idealisierte sie Anfang der dreißiger

25 Brief Clara Zetkin an Jules Humbert Droz (25.3.1929), in: Bernhard H. Bayerlein/Hermann Weber (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenz mit Stalin, Berlin 2003, S. 301-302.

26 Erstmals hat Weber den Wandlungsprozess der KPD analysiert in: Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bände, Frankfurt 1969; Zuletzt in: Weber: Stalinisierung. Fundamental in Frage gestellt wird die Stalinisierungsthese von Mallmann: Kommunisten (vor allem S. 54-83). Siehe zu der Kontroverse auch: Andreas Wirsching: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte, 45., Jg., 1997, S. 449-466; Norman LaPorte: ‚Stalinization‘ and its Limits in the Saxon KPD, 1925-28, in: European History Quarterly, 31.Jg., 2001, S. 549-590; Marcel Bois/Florian Wilde: Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Demokratie? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6. Jg., 2007, H. 2, S. 33-46.

27 Hermann Weber: Stalinismus und KPD, in: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen, hrsg. von der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1991, S. 29-35, hier S. 31.

28 Erklärung zur russischen Frage, Bundesarchiv Berlin, R 1507/1063g, Bl. 103/04, 106-39, hier Bl. 111. Unter den Unterstützern befanden sich mehrere Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie sogar zwei Mitglieder des Zentralkomitees der KPD.

29 Zit. nach Puschnert, Zetkin, S. 305.

Jahre die gesellschaftliche Situation in der UdSSR. So schrieb sie im März 1931 – zu einem Zeitpunkt als die Arbeitslosenunterstützung eingestellt worden war, die Macht der Werk-Direktoren gegenüber den Fabrikkommissionen immer mehr ausgebaut wurde und weit über eine halbe Million Menschen in den Arbeitslagern des Regimes inhaftiert waren: „Dann reißt mich immer und immer wieder Staunen und Bewunderung empor, mit welchen Riesenschritten und in welchem Sturmtempo der sozialistische Aufbau sein Werk tut.“<sup>30</sup> An anderer Stelle schwärmte sie: „Was die Riesenfortschritte des sozialistischen Aufbaus in der Industrie und auch in der Landwirtschaft anbetrifft, so bewundere ich sie, doch sie überraschen mich kaum. Sie sind das konsequente Weiterleben – ich bin versucht zu sagen das natürliche Weiterleben – des ungeheuren, begeisterten Aufschwungs der Hoffnungen, Erkenntnisse, Gefühlsregungen, zielgerichteter Willens- und Tatimpulse, die der ‚Rote Oktober‘ dank Lenins Führung und Ideensaat den werktätigen Massen gegeben hat.“<sup>31</sup>

Insofern war Clara Zetkins Rolle in der kommunistischen Bewegung der späten zwanziger Jahre durchaus widersprüchlich. Sie war nicht nur die eingangs beschriebene unnachgiebige Kritikerin der Politik von KPD und Komintern, sondern eben auch eine sehr nachsichtige Beobachterin der sowjetischen Entwicklung. Nun könnte man es darauf zurückführen, dass sie Ende der zwanziger Jahre schon über siebzig Jahre alt und gesundheitlich sehr angeschlagen war. Sowohl in Deutschland als auch in der Sowjetunion, wo sie in der zweiten Hälfte der Zwanziger überwiegend lebte, wurde sie zudem durch die Parteiführung so gut es ging von der Außenwelt abgeschirmt. Sie fuhr häufig zur Kur und hatte kaum Kontakt zur Basis.

Aber man kann Zetkins Haltung nicht nur mit diesen Umstände erklären. Hermann Weber und Andreas Herbst versuchen, eine andere Deutung für den Widerspruch im Reden und Handeln Clara Zetkins zu liefern: „Die Widersprüche ihrer Haltung scheinen symptomatisch für jene kommunistischen Führer, die trotz aller Bedenken gegen die Politik Stalins und die Entwicklung der KPD nicht nachdrücklich dagegen opponierten, weil sie ihr Idol ‚Russland‘ nicht zu kritisieren wagten und so dem Stalinismus den Weg erleichterten. Dieser Standort, einerseits durch die absolute Ergebenheit zur Sowjetunion, andererseits durch die kritische Sicht der KPD- und der Komintern-Politik geprägt, zeigt das Dilemma Clara Zetkins, die zwischen kritischem und stalinistischem Kommunismus schwankte.“<sup>32</sup>

Tatsächlich handelten viele deutsche Kommunisten ähnlich wie Zetkin. Sie erkannten nicht, dass die Wandlung der KPD – und aller anderen kommunistischen Parteien – kein Ergebnis politischer Fehleinschätzungen war, sondern im Interesse

30 Clara Zetkin an Maxim Zetkin und Emilie Milowidowa, 9.3.1931 (Abschrift), ADS Berlin, Bestand Clara Zetkin, 2007-XIV-2.

31 Clara Zetkin an Nadeshda Konstantinowna, Maria Iljinitchna und Anna Iljinitchna, 15.3.1931 (Abschrift), ebenda.

32 Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 894.

der sowjetischen Parteibürokratie geschah und dass die gesamte Politik ihrer Partei den aktuellen Bedürfnissen der Sowjetführung angepasst und untergeordnet wurde.

Stattdessen sah Clara Zetkin wie viele andere Kommunisten weltweit in der Sowjetunion ihr „sozialistisches Vaterland“, das es um jeden Preis zu verteidigen galt. Heute wissen wir: Knapp 15 Jahre nach der Oktoberrevolution war von den Errungenschaften von 1917 nicht mehr viel verteidigungswürdiges übrig. Ein Staat, in dem die Arbeiterschaft über weniger Rechte verfügte als zur gleichen Zeit in den kapitalistischen Staaten Westeuropas, hatte mit einem „Arbeiterstaat“ nicht mehr viel gemeinsam.

Die ideologische Kettung an das „sozialistische Vaterland“ führte dazu, dass eine ganze Reihe von deutschen Kommunisten, trotz aller Unzufriedenheit mit dem Kurs der KPD, der vollkommen stalinisierten Partei unter Ernst Thälmann die Treue hielten und die Sowjetunion kritiklos verteidigten – und so ungewollt eine Entwicklung unterstützten, deren Auswirkungen sie scharf verurteilten.

Zu ihnen zählte auch Clara Zetkin. Sie war eine aufrechte Kritikerin stalinistischer Politik, aber das System, das hinter dieser Politik steckte, erkannte sie nicht.

## Vier Anmerkungen zu Clara Zetkins Wirken und Persönlichkeit 1900-1933

### Die Vielseitigkeit ihres Wirkens 1900-1914 – Streiflichter

Der Schwerpunkt in Clara Zetkins Wirken war, seit sie in der sozialistischen Bewegung aktiv wurde, die Frauenemanzipation, besonders im Rahmen der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung. Ihre bisher veröffentlichten Reden und Schriften aus den Jahren 1900 bis 1914<sup>1</sup> weisen aber aus, dass ihr Wirken sehr weit darüber hinaus gespannt war. Sie nahm Stellung zu Grundfragen der damaligen sozialistischen Bewegung (Revisionismusstreit 1899-1903, Massenstreikdebatte 1904-1913) und war nicht nur in der Frauenbewegung aktiv. Eines ihrer Anliegen war, Ideen und Werk von Marx und Engels in der Bewegung lebendig zu halten.<sup>2</sup> Als kämpferische Rednerin nahm sie an den sozialdemokratischen Parteitagungen 1905, 1907, 1908, 1910, 1911, 1913 und an den Kongressen der Sozialistischen Internationale 1900, 1904, 1907, 1910 und 1912 teil; ebenso an öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen und das nicht nur in Deutschland, so z. B. in London und in Wien. Sie hatte gute Kontakte zu Frauenrechtlerinnen und Sozialistinnen u. a. in Finnland und Schweden.<sup>3</sup> Die Palette ihrer Themen war breit: Sie stritt für außerparlamentarische Massenaktionen, darunter für den politischen Massenstreik<sup>4</sup>; gegen Militarismus, Kriegshetze und imperialistische Kolonialpolitik<sup>5</sup>; sie nahm teil an den Wahlrechtskämpfen<sup>6</sup>; sorgte sich um die Jugendbewegung<sup>7</sup>; um die Allgemeinbildung und die sozialistische Bildung der Proletarier<sup>8</sup>. Leidenschaftlich nahm sie Partei für die Revolution in Russland 1905-1907<sup>9</sup> und machte mit großem Nachdruck auf die Revolution in China als Ereignis „von größter Tragweite“ aufmerksam<sup>10</sup>. Als „lodernde Feuersäule“ im Klassenkampf

1 Siehe Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I (1889-1917), Berlin 1957, im folgenden CZ/ARS I; Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe I (1836-1914), Bd. 5 (Januar 1904-Juli 1914), Berlin 1962, im folgenden DMGAB I/5.

2 Siehe CZ/ARS I, S. 80-83, 218-225, 387-395.

3 Siehe Marjaliisa Hentilä/Alexander Schug (Hrsg.): Von heute an für alle! Hundert Jahre Frauenwahlrecht, Berlin 2006. Siehe auch ihre Rede in Wien am 22.4.1908 im Dokumententeil dieses Bandes. Siehe auch Briefe an Mitstreiter in Schweden, ebenda.

4 Siehe CZ/ARS I, S. 216 (1902); S. 249 (1904), S. 298 (1905); S. 531 (1911); S. 577 (1913); auch DMGAB I/5, S. 39-43 (1905).

5 Siehe CZ/ARS I, S. 376-381 (1907), 522-528 (1911), 445-447 (1908), 481 (1910), 549-555 (1911), 561-575 (1912/1913), 619-625 (1914); auch DMGAB I/5, S. 627-632 (1911).

6 Siehe CZ/ARS I, S. 382-386 (1908); DMGAB I/5, S. 477-480 (1910).

7 Siehe CZ/ARS I, S. 396-411 (1908); DMGAB I/5, S. 95-97.

8 Siehe CZ/ARS I, S. 442-444 (1908), 490-505 (1911), 547-551 (1911).

9 Siehe CZ/ARS I, S. 294-301 (1905).

10 Siehe CZ/ARS I, S. 537-546 (1911).

bezeichnete sie den Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht 1907 und begrüßte Liebknecht als „Kämpfer gegen den Militarismus“ bei seiner Rückkehr aus der Festungshaft 1909<sup>11</sup>; ausführlich propagierte sie die kämpferische Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit der deutschen Militärkamarilla, als Rosa Anfang 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde<sup>12</sup>.

Aus der Vielfalt von Clara Zetkins Wirken vor dem ersten Weltkrieg über die sozialistische Frauenbewegung hinaus soll an dieser Stelle auf eine kaum bekannte Tatsache aufmerksam gemacht werden: Sie unterstützte aktiv die deutsche und internationale freie Gewerkschaftsbewegung.

Früh schon stritt sie für die gewerkschaftliche Organisiertheit der Frauen.<sup>13</sup> Ihre generelle Position zum gewerkschaftlichen Kampf formulierte sie auf dem Parteitag 1899 in Hannover. Dort hob sie die große „Bedeutung der Gewerkschaften als eine Bewegung für die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, welche der Arbeiterklasse eine einigermaßen kulturelle Lebenshaltung ermöglichen“; dazu gehörte der Kampf um den gesetzlichen Arbeitsschutz, darunter den Achtstundenarbeitstag. – „Unser ganzes Reformwerk“, sagte sie, „ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung auf eine höhere Stufe zu heben.“ Und „ebenso groß, wenn nicht noch größer,“ sei „die Wirksamkeit, welche die Gewerkschaften dadurch entfalten, dass sie die Proletarier organisieren, aufklären und dem Klassenkampf zuführen“.<sup>14</sup>

Dieses Anliegen – die Arbeiterklasse auf eine höhere kulturelle Stufe zu heben und gerade dafür die Proletarier aufzuklären, zu organisieren und sie dem Klassenkampf zuzuführen – einte sie mit einem der führenden Gewerkschafter jener Zeit – Theodor Leipart.<sup>15</sup> Dieser stand mit an der Spitze des 1893 gegründeten Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV) mit Sitz in Stuttgart, dem Wohnort Clara Zetkins. Offensichtlich kam es hier zu einer Bekanntschaft der beiden Vorkämpfer für die Emanzipation der Arbeiterklasse – und die sprachenkundige Clara unterstützte die Bemühungen Leiparts um die internationale Verbundenheit der Holzarbeiter.

Am 12. August 1904 wurde während des internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam auf dem internationalen Holzarbeiter-Kongress von Vertretern aus zehn Ländern die Internationale Union der Holzarbeiter (IUH) gegründet. Als deren Initiator hielt Leipart das Gründungsreferat und legte den Statutenentwurf vor; er wurde einstimmig zum internationalen Sekretär der Union gewählt (der er bis 1919 blieb) und gab seit September 1904 ein Korrespondenzblatt (ab 1910 „Bulletin“) für die Union heraus. Clara Zetkin arbeitete daran mit; auf dem Gründungskongress der IUH war sie die Dolmetscherin. In den protokollarischen Auf-

11 Siehe CZ/ARS I, S. 376-381 (1907); DMGAB I/5, S. 410/411 (1909).

12 Siehe CZ/ARS I, S. 607-618 (1914); DMGAB I/5, S. 253-834.

13 Siehe CZ/ARS I; S. 31-42: Frauen und gewerkschaftliche Organisation, November 1893.

14 Hier zit. nach: DMGAB, Bd. IV, März 1898-Juli 1914, Berlin 1967, S. 45, 57.

15 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, Berlin 2000 (Leipart I); 2. Halbband: Dokumente, Berlin 2001 (Leipart II).

zeichnungen der „Holzarbeiter-Zeitung“ heißt es dazu: Am Schluss des Kongresses sprachen mehrere Delegierte aus verschiedenen Ländern „dem Kollegen Leipart, dem Vorsitzenden, und Frau Clara Zetkin, der vorzüglichen Übersetzerin, die beide viel zum Gelingen des heute gegründeten Werkes beigetragen haben, ihren herzlichen Dank aus. Leipart erfüllte die Pflicht, der Frau Zetkin nicht nur für ihre hingebende Arbeit bei der Übersetzung zu danken, sondern auch dafür, dass sie seit Jahren der internationalen Sache der Holzarbeiter treu gedient und ihm (Leipart) treu zur Seite gestanden hätte, indem sie alle Korrespondenzen und Zirkulare uneigennützig übersetzte und dadurch zum Gelingen der heute gegründeten internationalen Union beigetragen habe.“<sup>16</sup>

Clara Zetkin hat auch auf dem Kongress der IUH 1907 in Stuttgart gedolmetscht. Leipart berichtete dem Kongress u.a.: „Zum Zwecke des Ausbaues des Korrespondenzblattes hat sich der Sekretär (also Leipart) um Originalberichte für die Internationale Union bemüht, aber nur sehr geringen Erfolg erzielt. Dagegen ist es durch die wertvolle Mitarbeit der Frau Zetkin, welche die fremdsprachige Fachpresse verfolgt und daraus Berichte zusammengestellt (hat), gelungen, umfangreichere Abhandlungen über ausländische Organisationen zu veröffentlichen. Hierfür möchte er der Frau Zetkin auch an dieser Stelle den Dank aussprechen.“<sup>17</sup>

So weit diese in biographischen Auskünften über Clara Zetkin nicht genannte Tatsache.

## **Im Landtag von Württemberg 1919/1920**

Am 12. Januar 1919 wurde Clara Zetkin auf der Liste der USPD<sup>18</sup> in die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg gewählt. Nach ihrem Übertritt zur KPD Anfang März d. J. vertrat sie hier die KPD. Seit den Reichstagswahlen im Juni 1920 vertrat sie die KPD bis 1933 auch im Reichstag. Während die Reichstagstätigkeit Clara Zetkins einigermaßen dokumentiert ist<sup>19</sup>, wissen wir nur wenig über ihr Wirken als Landtagsabgeordnete in Württemberg. Gilbert Badia erwähnt lediglich ihre Wahl am 12. Januar 1919, ohne darauf zurückzukommen; Florence Hervè erwähnt auch den Fakt nicht.<sup>20</sup>

Das Wirken Clara Zetkins im Landtag stand ganz im Zeichen der Revolution von 1918/1919, die nach Vorstellung und Willen der damaligen Linken eine sozialistische sein sollte. Das bestimmte Claras Landtagsreden.

16 Holzarbeiter-Zeitung, 21.8.1904. Hier zit. nach Leipart II, S. 84.

17 Ebenda, 24.8.1907, zit. nach Leipart I, S. 105.

18 Siehe dazu den Beitrag von Ottokar Luban in diesem Band.

19 Sechs ihrer Reichstagsreden (vom 2., 28. und 31. Juli 1920, 2. August 1920, 1. Oktober 1921 und 24. Januar 1922) sind veröffentlicht in CZ/ARS, Bd. II (1918-1923), Berlin 1960; zwei weitere Reichstagsreden (vom 27. November 1925 und vom 30. August 1932) in: dies., ebenda, Bd. III, Berlin 1960.

20 Siehe Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 178; Florence Hervè (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 138.

Im Bd. II ihrer Ausgewählten Reden und Schriften ist (gekürzt) ihre Rede in der Württemberger Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 14. April 1919 wiedergegeben.<sup>21</sup> Darin setzte sie sich als „unabhängige Sozialistin“, „Spartakistin“, „Kommunistin“ (so Clara Zetkin über Clara Zetkin in jener Rede) im Zusammenhang mit dem Generalstreik in Württemberg (31. März bis 7. April 1919) überaus kämpferisch mit der SPD-geführten Landesregierung auseinander, die – nach altem, vorrevolutionärem, preußischem Recht – gegen die spontan, noch im Widerschein der Revolution Streikenden den Belagerungszustand verhängt, die Schutzhaft praktiziert und bewaffnete Truppen eingesetzt hatte.

Hier soll auf zwei weitere Reden Clara Zetkins im Landtag von Württemberg aufmerksam gemacht werden: die Rede vom 25. September 1919 und die Rede vom 10. März 1920.<sup>22</sup>

In der Rede am 25. September 1919 ging es um den „Entwurf eines Verfassungsgesetzes, betr. einige Änderungen der Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 20. Mai 1919“, mit dem die Landesverfassung an die im August d.J. beschlossene (Weimarer) Reichsverfassung „angepasst“ werden sollte. Clara Zetkin wandte sich gegen den Versuch, die neue Verfassung in Zusammenhang mit der alten, monarchistischen Verfassung zu bringen und die letztere damit zu würdigen. Damit werde „das Regime verherrlicht, dem wir es mit verdanken, dass das deutsche Volk in den Weltkrieg und in seinen jetzigen Zusammenbruch geführt wurde“. Die neue Verfassung der „Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus“ sei – im Gegensatz zur alten, die ein „Pakt zwischen dem Monarchen und dem, was er aufgrund seiner Auffassung als ‚sein‘ Volk zu betrachten pflegte“, war, – „das Kind der Revolution und der Straße“.

Im Namen ihrer Fraktion verweigerte Clara Zetkin aber auch die Zustimmung zur neuen, der bürgerlichen Verfassung: Vor 50 Jahren wäre diese ein großer Fortschritt gewesen; nunmehr aber, 1919, stünde nicht mehr der Antifeudalismus im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Bürgerliche Demokratie und Parlamentarismus seien Kampforgane der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen; auf der Tagesordnung stünde die „Demokratie der Habenichtse und der Ausgebeuteten“, die wirkliche, die volle, die proletarische Demokratie – also die Räteverfassung. In der bürgerlichen Verfassung sei „auch nicht ausgesprochen worden das, was Kern und Stern der Revolution ausmacht, die in Fluss gekommen ist. Nämlich das grundsätzliche Recht der Gesellschaft auf die Überführung aller großen Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in allgemeines Eigentum.“ Und damit sei „den breitesten Massen vorenthalten worden... ihr Eigentum an den großen Produktionsmitteln des Lebensunterhalts und der Kultur“ wie auch „die Freiheit der Arbeit, die Freiheit des Brotes, die allein die sichere Grundlage ist für die volle politische, für die gei-

21 Siehe CZ/ARS II, S. 116-137.

22 Siehe im Dokumententeil dieses Bandes.



stige Freiheit“, zu der auch „das Recht des Volkes auf eine freie, auf eine gleiche, einheitliche und weltliche Bildung“ gehöre. Die Linke müsse sich vorerst mit den gegebenen Machtverhältnissen abfinden. – „Wogegen wir uns jedoch wehren, das ist, dass diese Macht uns als recht heilig und unantastbar sein soll. Wir beanspruchen, wir verteidigen nach wie vor, mit oder ohne Verfassung das Recht, unsere Auffassung zur Massenerkenntnis zu machen, damit diese *Massenerkenntnis* *Massenwille* wird und eines Tages *Massentat*...“

Mit der Rede am 10. März 1920 begründete Clara Zetkin die von der KPD-Fraktion an die Landesregierung gerichtete Anfrage, „betreffend die Aufnahme der Beziehungen zur russischen Sowjet-Republik“. Die württembergischen Volksvertretung und Regierung sollten Einfluss nehmen auf „die Gestaltung der Auslandsbeziehungen des Deutschen Reiches im allgemeinen und insbesondere seine Beziehungen zu der russischen Sowjet-Republik“. Es sollte Schluss gemacht werden mit „der Politik der gepanzerten Faust gegen Russland und der Politik des Samtpföchtchens, des demütigen Bittens und Bettelns vor dem Ententeimperialismus“, die verhängnisvoll sei, da sie Deutschland isoliere. Ein Bündnis mit dem revolutionären Russland würde Deutschland helfen, seine Wirtschaft schneller wieder aufzubauen. Dem Gegenargument, die Regierung Russlands sei eine revolutionäre, begegnete Zetkin mit der Frage: „...haben wir nicht auch in Deutschland Regierungen, die aus der Revolution geboren sind?“; dem Hinweis auf den „roten Terror“ – mit dem Verweis auf den weißen Terror, auch in Deutschland; dem Argument, die Wirtschaft Russlands sei zerrüttet – mit einer Kurzinformation über den Aufbau dort (auch über die „kommunistischen Samstage“) und – als würde sie den notwendigen Übergang zur NÖP in Sowjetrußland schon ein Jahr zuvor erahnt haben – mit den Worten: „Wenn dabei Fehler unterlaufen, wenn noch vielfach experimentiert wird, wenn Anordnungen getroffen werden, die sich angesichts der Tatsächlichkeit nicht behaupten lassen, die durch andere Maßnahmen verbessert werden müssen, so liegt das im Wesen jeder geschichtlichen Entwicklung. Die Praxis ist und bleibt die große Lehrmeisterin...“ Sie warb für „enge, gute wirtschaftliche und politische Beziehungen mit einem Lande, das unter den größten Schwierigkeiten in der Entwicklung voranstürmt“, Beziehungen, die „von größtem Vorteil für das deutsche Volk sein“ würden. Und das in der Überzeugung, dass das „deutsche Volk der Arbeit“ im Bunde mit dem „großen Volk der Arbeit“ in Russland eine neue Gesellschaft aufbauen wird: „Eine Gesellschaft, neu nicht nur in den wirtschaftlichen Grundlagen, eine Gesellschaft auch neu und höher in ihrer Politik und in ihrer Moral.“

### **Fest an der Seite der Oktoberrevolution von 1917**

Es ist nicht verwunderlich, wenn die meisten der Heutigen, nach allem, was sie inzwischen wissen und, das Scheitern des Realsozialismus einbegriffen, erlebt

haben, den Aufbruch von 1917 als Beginn eines Irrwegs, der in die Sackgasse geführt hat, einordnen. Dagegen verbanden viele der an politischen Kämpfen vor und nach der vorletzten Jahrhundertwende aktiv Beteiligten mit dem Oktober von 1917 ihre Hoffnung, eine neue, menschenwürdige Welt, für die sie jahrzehntelang gestritten hatten, würde nunmehr Wirklichkeit werden – die Revolution in Russland der Beginn der sozialistischen Weltrevolution sein.

Clara Zetkin gehörte zu diesen aktiv Beteiligten. Als 60jährige begrüßte sie jugendlich-begeistert den Sieg der Sowjetmacht und setzte sich bis an ihr Lebensende mit ganzer Kraft für sie ein. Eines der beeindruckenden Zeugnisse dafür ist ihre Antwort auf den Offenen Brief ihrer früheren Kampfgefährtin (und nun Sozialdemokratin) aus den Niederlanden Mathilde Wibaut vom August 1922 anlässlich der Anklagerede, die Clara Zetkin im Auftrag der Komintern im Prozess gegen die Sozialrevolutionäre Ende Juli 1922 in Moskau gehalten hatte.<sup>23</sup>

In ihrer Rede verteidigte Clara Zetkin die Oktoberrevolution als Beginn der proletarischen Weltrevolution und die Sowjetrepublik als deren Vorposten. Sie klagte die Sozialrevolutionäre an, weil diese mit Waffenhilfe und Geldern kapitalistischer Regierungen, darunter Frankreichs und der Tschechoslowakei, mit Terrorakten und wirtschaftlicher Sabotage diese Revolution rückgängig machen wollten: „Die Politik der SR-Partei war während der ganzen Zeit eine opportunistische, eine gegenrevolutionäre. Ihr Kampf war kein Kampf zwischen Partei und Partei, sondern der Kampf der Gegenrevolution gegen die Revolution. Zwei Klassen stehen einander gegenüber: das Proletariat und die Bourgeoisie. Die SR standen während der ganzen Zeit an der Seite der Bourgeoisie.“ Das Revolutionstribunal sei ein Klassengericht gegen die Feinde der proletarischen Revolution im Interesse der Weltrevolution. Sie kritisierte die Führer der 2. Internationale, die das Morden im Weltkrieg und danach die Urteile der Ausnahmegerichte gegen revolutionäre Arbeiter in Deutschland, Ungarn und anderswo unterstützt hatten und nunmehr gegen die Sowjetrepublik kämpften. Sie schloss ihre Anklagerede mit den Worten: „Im Namen der 3. Internationale gebe ich der Überzeugung Ausdruck, dass das Gericht es verstehen wird, die Errungenschaften des Proletariats zu schützen und die dazu geeigneten Mittel zu finden.“

Auf die persönlichen Vorwürfe von Mathilde Wibaut antwortete Clara Zetkin: „Meine politische Gegenwart ist die konsequente Entwicklung meiner politischen Vergangenheit, ist fest verwurzelte, betätigte Überzeugung, entsprechend den geschichtlich gegebenen Umständen. Meine Überzeugung kennt heute wie vor mehr als 40 Jahren nur ein Willensziel: die soziale Revolution, die allein den leiber- und seelenmordenden Kapitalismus niederzwingt und den Boden für einen Gesellschaftsbau freilegt, in dem voll und harmonisch entfaltetes Menschentum für alle wohnen kann.“

23 Siehe im Dokumententeil dieses Bandes.

Den Prozess gegen die Sozialrevolutionäre nannte sie einen politischen Prozess, „bei dem es nicht um abstrakte Prinzipien geht, vielmehr letztenendes stets um reale politische Macht“; einen Prozess, der „in revolutionären Zeitläufen politischer Kampf, Kampf um die Revolution, für die Revolution oder gegen die Revolution selbst“, der „eine Fortsetzung des Bürgerkrieges der Klassen auf anderem Gebiet und mit anderen Mitteln“ sei. Sie stützte ihre Ausführungen, indem sie auf die – gegen den millionenfachen Willen der Arbeiter und Bauern, die nach Frieden, Boden und Brot strebten, gerichteten – konterrevolutionären Taten der Sozialrevolutionäre vor und nach dem Oktober 1917 konkret auflistete.

Auf die mögliche Frage: „Wo bleibt bei diesen nüchternen Tatsachen, wo bleibt bei dieser harten geschichtlichen Argumentation die Menschlichkeit?“ antwortete Clara Zetkin: „Das imperialistische Weltmorden und die nicht minder kulturschändende Nachkriegszeit haben uns belehrt, dass sie zu den Hunden flieht, solange die herrschende und ausbeutende Minderheit noch die geringste Hoffnung hat, ihre Gewalt über die Mühseligen und Beladenen aufrecht halten zu können. *Die angeblich nach Blut dürstenden Götter in Moskau würden die soziale Revolution herzlich gern als Idylle in der Gartenlaube durchführen, ohne Diktatur, ohne Terror, wenn nur die Diktatur der Bourgeoisie und der weiße Terror ihnen das erlauben.*“

Dem Bedauern der Wibaut, dass Clara sich auf die Seite der Bolschewiki geschlagen hatte, setzte sie entgegen: „Ich weiß, weshalb ich wählte. Ich will lieber mit dem letzten der Bolschewiki zusammen ewig in der Hölle sitzen, als mit den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder die Freuden des Paradieses teilen. Denn [und nun ganz wie Rosa Luxemburg:] die Bolschewiki haben gewagt, wozu jenen der Mut fehlt: Wort zur Tat werden zu lassen, ‚die Revolution zu machen‘. Zu machen nicht unter frei gewählten, sondern unter vorgefundenen Umständen, aber trotz alledem sie zu machen.“

Im Vorspann zur Antwort an Mathilde Wibaut, die Clara Zetkin zusammen mit deren Offenem Brief im Heft 7/8 1922 der von ihr herausgegeben „Die kommunistische Fraueninternationale“ veröffentlichte, schrieb sie: Die proletarische Revolution in Russland sei „der hochragende geschichtliche Meilenstein, an dem die Wege sich scheiden. Für oder wider Sowjet-Russland, das ist die Entscheidung in der Frage: für oder wider die proletarische Revolution selbst.“

Begeistert verfolgt sie den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. 1924 unternimmt sie eine Reise in den Kaukasus und berichtet ausführlich in einem Buch über die Veränderungen dort seit der Oktoberrevolution 1917.<sup>24</sup> Am 9. August

24 Siehe Clara Zetkin: Im befreiten Kaukasus, Berlin-Wien 1926; ein Auszug daraus: „Im mohammedanischen Frauenklub“, in dies.: ARS, Bd. III, S. 211-220. Siehe auch Clara Zetkin: Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse, Berlin 1926. Auch andere deutsche Intellektuelle, die Mitte der 20er Jahre die Sowjetunion besucht hatten, begeisterten sich für den Aufbau dort. Siehe Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf: Im freien Asien – Reiseskizzen zweier Ärzte, Berlin o.J.; Dies.: Russische Skizzen zweier Ärzte. Zweite Russlandreise, Frühjahr 1926, Berlin 1927; Dies.: Durch Kaukasus. Reiseskizzen deutscher Ärzte, Berlin o.J. Siehe auch Käte und Hermann Duncker: Eine Russlandreise im Jahr 7 der Oktoberrevolution, in: Utopie kreativ, H. 201/202, Juli/August 2007, S. 632-656.

1929 schreibt sie an ihre (Moskauer) Schwiegertochter, die Clara an die Kaukasus-Reise erinnert hatte: „Mit Freude und Rührung las ich, was du von den kaukasischen Freunden vom Jahre 1924 schreibst. Welch herrliche Zeit und welch prächtige Menschen. Ich teile ihren Optimismus, weil ich an das Sehnen, Wollen und Opfern der Massen, der Ungenannten und Unbekannten glaube.“<sup>25</sup> Am 23. August 1929 schreibt sie: „Die Industrialisierung scheint kräftig fortzuschreiten, über die Entwicklung der Landwirtschaft u. die Aussichten der Ernte liegen unvollständige und widerspruchsvolle Nachrichten vor. In den Städten und Industriezentren ist zweifellos beste Stimmung, wie steht es bei der bäuerlichen Bevölkerung? Tausend Fragen bewegen mich, auf die ich keine Antwort finde. Mein Herz ist in der SU geblieben, in dem Land der freien Zukunft, bei den wundervoll vertrauenden und schöpferisch aufbauenden Massen von Arbeitenden mit Kopf und Hand. Hier bin ich wie der ‚Wanderer‘, der ‚vom Gebirge her‘ kommt, ‚das Tal dampfen‘ sieht, ‚das Meer brausen‘ hört u. sich in dieser Welt nirgends daheim weiß. Die SU ist u. bleibt ‚mein geliebtes Land‘.“ Und am 29. November 1929: „Natürlich verfolge ich mit angehaltenem Atem die Entwicklung der Dinge innerhalb Deutschlands und vor allem in der SU. Die Fortschritte der Industrialisierung und der Umwälzung der Landwirtschaft sind erstaunlich, riesenhaft. Aber für meine innige Verbundenheit mit der SU genügen alle Zeitungsnachrichten nicht. Ich möchte an Ort und Stelle sehen, hören, beobachten... Ich träume immer noch von einer großen Studien- und Propagandareise in den Osten der SU und einem Buch darüber.“ Am 15. April 1930 schreibt sie: An die Reise nach Moskau denke sie „inmitten der Pflichten und Sorgen, der Unrast der Tage und in den qualvollen schlaflosen Nachtstunden. Ich sagte neulich zu N.(adja, ihre Berliner Schwiegertochter), wie gern ich auf dem mir heiligen Boden der ersten proletarischen Revolution und unter den wundervollen heldenmütigen und opferfreudigen Massen der SU wenigstens sterben möchte...“ Am 22. Mai 1930: „... Die in letzter Zeit als ultralinke Abweichungen und Sektierereien unterer Sowjet- und Parteifunktionäre verworfenen kriegskommunistischen Maßnahmen, die über Nacht in Riesenumfange die Bauernwirtschaften kollektivieren sollten, sind meiner Überzeugung nach besonders ungeeignet, die Herzen und Hirne vieler Millionen noch antkollektivistischer Bäuerinnen zu revolutionieren und ihre Hände für den Sozialisierungsprozess in Bewegung zu setzen. Diese Millionen müssen in freudiger Freiwilligkeit durch ihre Erfahrung von der Überlegenheit der Kollektivwirtschaft für das große Ziel geworben werden.“ Am 11. Januar 1932: „Was N.(adja) von ihren Verwandten und Freunden hörte, hat sie mit Enthusiasmus für den Rhythmus, den Schwung, die Kraft der Arbeit erfüllt. Alt und Jung hat zu arbeiten und ist zusehends hoffnungsfreudig. Zumal die Jugend ist glänzend gestimmt, arbeits-

25 Hier (wie auch die folgenden Briefe aus den Jahren 1925-1933) zit. nach Abschriften aus den 70er/80er Jahren, die am damaligen IML beim ZK der SED angefertigt worden sind und heute im Archiv der Rosa-Luxemburg-Stiftung aufbewahrt werden (Sign. 2007-XIV-2). Die Originale befinden sich bei der SAPMO im Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, Nachlass Clara Zetkin (NY 4005).

lernbegeistert. Was noch entbehrt wird, trägt man in froher Zuversicht. Kurz, die Stimmung der Masse tatsächlich im vollsten Gegensatz zu Deutschland (hat) stärksten, willensfrohen Optimismus.“

Auf nur dürftige Nachrichten aus der Sowjetunion und ansonsten (da krank und kaum beweglich) überwiegend auf die Parteipresse angewiesen, plagten sie auch Zweifel.

Am 29. November 1929 schreibt sie, sie habe „geistig vieles überprüft“. An eine Schweizer Kommunistin schreibt sie am 29. Dezember 1929, sie streite heftig mit der aus Moskau zu Besuch weilenden Schwiegertochter, „weil sie meiner Ansicht nach zu gutgläubig offiziell eingestellt ist, während in mir der revolutionäre Skeptizismus steckt, namentlich für Fragen, die sich nicht a priori vom grünen Tisch aus entscheiden lassen, sondern die nur die Praxis lösen kann. Liebste Rosa, die schlimmste Krankheit, die an mir zehrt, ist die innere Zerrissenheit und Unsicherheit, das Ringen, suchen und Tasten um Antwort auf die alte, ewig neue Pilatusfrage: Was ist Wahrheit, was ist für mich Pflicht als oberstes Gebot meiner Treue zur proletarischen Revolution: Reden oder Schweigen?“<sup>26</sup>

Trotz aller Zweifel bleibt sie der Sowjetunion fest verbunden.

Den seit 1929 auf Hochtouren betriebenen Stalin-Kult unterstützte Clara Zetkin nicht. Die erwähnte Briefsammlung 1925-1933 enthält einen Brief an Stalin vom 9. März 1933, in dem sie sich, ohne Huldigungen an diesen, für einen Kunstband einsetzt, den sie für die kulturelle Aufklärung der Frauen, besonders der Bäuerinnen, für wichtig hält und deshalb für seinen Druck und Verbreitung wirbt. Stalins Kritik an den deutschen Linken (in dessen Brief an die Zeitschrift „Proletarskaja Revoljucija“ 1931) lehnt sie ab. An Maria Reese schreibt sie am 27. Dezember 1932: Es würden (von manchen Historikern) „kriecherisch falsche Werturteile Einflussreicher“ nachgeplappert, „denen das geschichtliche Leben Deutschlands, Westeuropas von damals und von heute ein Buch mit sieben Siegeln“ sei; die „Flüche gegen die schweren Fehler, Irrtümer etc. Rosas und der ‚deutschen Linken‘ stehen in schreiendem Widerspruch zu den Tatsachen... Sie befinden sich im Widerspruch zu Lenins Beurteilung der damaligen Situation in Deutschland, obgleich dieser einzelne Meinungsdivergenzen durchaus nicht übersehen...“<sup>27</sup> Lenin – nicht Stalin – nannte sie 1933 den „großen revolutionären Führer“ und den „großen grundgütigen Menschen“, dessen „überragendes Talent, reife theoretische Schulung und reiner, selbstloser Charakter“ von „besonderer Bedeutung sein würde“ für den „fortschreitenden sozialistischen Aufbau“.<sup>28</sup>

26 Da bezieht sich Clara Zetkin auch auf Vorgänge in der KPD: „Die Berichte über die Entwicklung in den Aktionen der Partei sind nicht mehr Selbstbetrug, sondern bewusster Schwindel“ (und sie zählt Fakten dazu auf). – „Ach, Liebste, wie mich das quält, peinigt. Doch Schluss.“

27 Siehe im Dokumententeil dieses Bandes. Siehe auch in Utopie kreativ, H. 201/202, Juli-August 2007, S. 626-631.

28 So im Aufruf zum 1. Mai 1933 und im Brief an N. Krupskaja am 21. Januar 1933.

## Eine humanistische Kommunistin

Ein Mensch erschließt sich als Persönlichkeit vermutlich am ehesten und tiefgründigsten beim Lesen seiner privaten Briefe, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. So auch Clara Zetkin. Ihre in dem Band „Briefe Deutscher an Lenin 1917-1923“ erstmalig 1990 veröffentlichten Briefe an W. I. Lenin und Nadeshda Krupskaja<sup>29</sup> hinterlassen den Eindruck einer zutiefst überzeugten und selbstlosen revolutionären Kämpferin an der Seite aller Erniedrigten, Ausgebeuteten und Unterdrückten. Nicht minder tritt sie uns da als eine selbständige, unabhängige Denkerin und Politikerin entgegen.<sup>30</sup>

Noch berührender wird das Bild ihrer Persönlichkeit beim Lesen der bisher nicht veröffentlichten privaten Briefe an ihre beiden Söhne und deren Ehefrauen sowie Freunde und Kampfgefährten, enthalten in der hier zitierten Sammlung dieser Briefe aus den Jahren 1925-1933.

Die 1931 verstorbene Margarete Wengels, die nicht Mitglied der KPD wurde, blieb „trotz politischer Gegensätze“ Claras persönliche Freundin; auch deren Tochter grüßt sie „in alter treuer Verbundenheit“.<sup>31</sup> Nach dem Tode von Felix Schmidt (1885-1932), der 1929 als Anhänger der KPD-Opposition aus der KPD ausgeschlossen wurde und 1932 zur SAP ging, schreibt sie an Helene (Stassowa?) am 28. April 1932, man solle ja nicht „ihn in üblicher Weise als Renegaten beschimpfen“, sonst werde sie, Clara Zetkin, „aus meiner Reserve heraustreten“...

Berührend ihre Sorge um sterbenskranke Genossen und deren notleidende Verwandte. Am 23. Juni 1926 bittet Clara ihren „lieben Freund Wilhelm“ (Pieck), „alles aufzubieten“, um zwei Hinterbliebenen eines Genossen behilflich zu sein, denn „beide gehören nicht zu der Sorte Menschen, die von der Partei erhalten sein wollen. Sie wollen sich mit eigener Kraft über Wasser halten.“ Am 3. April 1931 geht es um Hilfe für Mutter und Schwester von Eugen Leviné (des „treuen, tapferen Revolutionärs“, „der bewusst und klug einen verlorenen Posten bis zuletzt hielt und verteidigte“), die sich in Heidelberg „in entsetzlicher Notlage befinden“. Am 29. März 1932 sorgt sie sich um einen anderthalbjährigen Jungen; am 30. Mai und 4. Juni 1932 um eine Genossin Anni Leiser. Am 19. Dezember 1930 berichtet Clara aus Birkenwerder nach Moskau: „Heuer haben wir beschlossen, auf Baum und Lichter zu verzichten und uns nicht zu beschenken. Wir haben weder

29 Siehe Briefe Deutscher an Lenin 1917-1923. Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung im Briefwechsel mit Lenin. Mit einem Anhang. Herausgegeben und eingeleitet von Ruth Stoljarowa und Peter Schmalfuß, Berlin 1990.

30 Unverständlich, ja infam ist es, wenn Hermann Weber und Andreas Herbst in ihrem Handbuch „Deutsche Kommunisten“ eine Briefstelle von Rosa Luxemburg, mit der Clara Zetkin auf das innigste verbunden war, ebenso wie Rosa Luxemburg mit ihr, aus dem Jahre 1899 (da war R.L. gerade ein Jahr in Deutschland und kannte Clara Zetkin nicht wirklich) zitieren, Clara „schnattert sehr viel und radikal, aber eine eigene Meinung hat sie nicht“. (H. Weber/A. Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 893)

31 Brief vom 16.6.1931. Clara Zetkin schrieb einen würdigenden Nachruf auf Margarete Wengels. Siehe auch Briefe vom 13.4.31; 28.4.31; 4.5.31; 15.5.31; 24.6.31.

Mittel noch Stimmung, dagegen aber viele soziale Verpflichtungen. Hanna schickten wir 125 Mark, dann stellte(n) sich die Rote Hilfe und andere Unterstützungsorganisationen ein, die Partei, unsere kommunistische Jugend, die Gemeinde und so fort. Dazu gibt es im Freundeskreis einige Kinder...“ Alltäglich weder damals noch heute war und ist es wohl, dass eine Reichstagsabgeordnete „unseren Fraktionsdiener“ (Angestellter beim Reichstag, für die „Bedienung“ der KPD-Fraktion zuständig) grüßen lässt.<sup>32</sup>

Probleme der „großen Politik“, die Vorgänge in Deutschland berührten sie ganz persönlich: „Mein Herz und mein Geist sind voll quälender Sorgen wegen Deutschland.“ (Brief vom 11. Januar 1932) Am 9. März 1932 schreibt sie (da ist sie sehr, sehr krank): „So arbeite ich, was ich kann, und der Kampf gegen die unheimlich hohe Kriegsgefahr gehört zu den Fragen, die im Vordergrund meiner Gedanken und Sorgen stehen.“

An das Sekretariat des ZK der KPD schreibt sie am 19. August 1930, sie sei bereit, wie ihr angetragen, die Partei im Wahlkampf in Württemberg tatkräftig zu unterstützen, ersuche aber eindringlich, ihren Namen und ihre Kandidatur nicht taktlos auszunutzen „als Kronzeugnisse für die Vollkommenheit der Partei und die Gegenstandslosigkeit der an ihr geübten Kritik“.

Die hier zitierten Briefe enthalten schärfste Kritik an der KPD und im besonderen an deren Führung – vor allem wegen deren Sektierertums und Isoliertheit von den Arbeitern und den Massen überhaupt. Am 8. Juni 1930 schreibt sie z. B., die Situation in Deutschland, die „Lage des Proletariats und der sogenannten Mittelschichten schreit geradezu von der Notwendigkeit und Bedeutung einer revolutionären kommunistischen Klassenpartei der Arbeiter... Es gilt, die Massen durch die erprobte Leninsche revolutionäre Realpolitik für diesen Kampf zu sammeln, zu organisieren, zu [stärken] und zu führen. Aber die ultralinke Führerschaft der KPD ist völlig unfähig, diese Aufgabe zu lösen. Die sagenhafte ‚Wendung‘ des innerparteilichen Kurses gegen die rechte Hauptgefahr und die linke Sektiererei kann darüber nicht täuschen. Alle Fehler und Verbrechen der Linie wuchern weiter und isolieren die Partei von den Massen. Das Gerede von der Wendung macht die Mitglieder nur verwirrt. Was gestern als ihre heiligste Pflicht erklärt wurde, soll heute Abweichung, Totsünde sein. Das verstehen die Proleten nicht. ...“ Am 26. Juli 1931 schreibt sie: „Das auffallendste Merkmal der Situation ist die tragische Spanne in den objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution und der Passivität des Proletariats als Klasse. Es duldet, statt zu handeln, es hofft und harrt, statt zu kämpfen. Und innerhalb der proletarischen, der werktätigen Massen ist die KPD leider kein entscheidender aktiver Faktor. Sie hat sich seither als unfähig erwiesen, die Passivität der Massen zu überwinden, diese auf dem Boden des proletarischen revolutionären Klassenkampfes zu sammeln, zu organisieren und zu führen. Parteigymanstische Übungen sind nicht Massenaktionen. Der

32 Brief an Maria Reese vom 27.12.1932, siehe im Dokumententeil dieses Bandes.

Beschluss des ZK, die Massen für den Volksentscheid zu mobilisieren, dünkt mir ein Bluff, aber nicht eine Aktion...<sup>433</sup>

Immer wieder beklagt sie die Passivität des deutschen Proletariats als Klasse, die „sich die Gesetze ihres Handelns von den Klassenfeinden und deren Stützen auferlegen (lässt), statt sie selbst aufzustellen“.<sup>34</sup>

Schon 1921, sofort nach den Kämpfen in Mitteldeutschland, machte sie Lenin auf den Widerspruch zwischen der Erwartung der Kommunisten (damals konkret eines Bela Kun als Vertreter der Komintern-Exekutive in Deutschland) an das Proletariat und der Realität aufmerksam. B. Kun habe gemeint, die „Partei müsse die Massen für die Losung mobilisieren: Sturz der Regierung. Ich begründete ihm, weshalb ich überzeugt war, dass wir damit die Massen nicht in den Kampf bringen würden. Die Situation sei wesentlich anders als beim Kapp-Putsch, auf den er sich berief. B. war der Ansicht, die Massen würden sich mobilisieren lassen, wenn die Gegenrevolution aggressiv vorgehe. Wir müssten die Gegenrevolution durch Provokationen dahin bringen loszuschlagen. ... Ich hielt diese Auffassung für grundverkehrt. *Sie rechnet mit dem deutschen Proletariat als einer geschichtlichen Kategorie und nicht mit dem deutschen Arbeiter, wie er konkret ist.* B. übersah, was viele von Euch übersehen[!], nämlich, dass die Macht einer revolutionären Partei verschieden ist, je nach dem Umfang, dem Alter und der geschichtlichen Tradition des Proletariats in den einzelnen Ländern. In Staaten mit einer dünnen, kleinen Schicht eines jungen Proletariats ohne geschichtliche Tradition kann eine ideologisch und organisatorisch festgeschlossene, wohldisziplinierte Minderheit verhältnismäßig rasch und leicht die proletarischen Massen mitreißen. Ganz anders aber liegen die Dinge in Ländern mit einem sehr zahlreichen, alten Proletariat, das den Kopf noch voller bürgerlicher Anschauungen und eine vieljährige politische Schulung und Tradition hat. Die sogenannte ‚Aktion‘ der Partei mit ihrem Um und Auf und ihren Wirkungen hat mir leider gegen B. recht gegeben.“<sup>435</sup>

Immer wieder spricht sie sich in ihren Briefen für eine breite Bündnispolitik der Kommunisten aus, die Bauern, Handwerker, Intellektuelle einschließen sollte. Gegenüber der „kleinbürgerlichen Bevölkerung“ seien „gründliches Studium, verständnisvolle Einfühlung und höchste Aktivität“ Pflicht.<sup>36</sup>

33 Am 22.7.1931 rief das ZK der KPD, dem Druck der Politkommission des EKKI aus Moskau folgend, bei dem am 9. August stattfindenden Volksentscheid für die Auflösung des 1928 gewählten Preußischen Landtags zu stimmen. Die Initiative dazu war von den Nazis und den Deutschnationalen ausgegangen, die im Ergebnis des Volksentscheids den Sturz der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung in Preußen erhofften. Der Volksentscheid scheiterte; die Mehrheit der KPD-Anhänger hat daran nicht teilgenommen. Clara im Brief vom 16.9.1931: „Der ‚rote Volksentscheid‘ u. die ‚RGO‘ sind Himmelsgeschenke für die Sozis, die damit von ihren Verbrechen ablenken.“

34 Brief vom 12.2.1931. Siehe auch Brief an Maria Reese vom 12.5.1932 im Dokumententeil.

35 Clara Zetkin an W. I. Lenin am 14.4.1921, in: Briefe Deutscher an Lenin 1917-1923, S. 230.

36 Brief vom 17.5.1928. Siehe auch Briefe vom 9.8.1929, vom 8.6., 15.7. und 19.12.1930, vom 5.1., 26.7. und 16.9.1931 u.a.



Ihrer Differenzen gegenüber der „Parteilinie“ war sie sich stets bewusst. Einen Brief an Bucharin vom 1. August 1929 unterschreibt sie: „Ihre ungebeßerte Clara“. Im Brief vom 22. Februar 1932 schreibt sie, sie sei „mein Lebtage ein ungehorsamer Patient gewesen“.

Und doch stellt sie sich – aus freiem Willen – ganz und gar in den Dienst der Partei. Nach der Reichstagswahl 1932 schreibt sie, inzwischen 75-jährig, schon sehr krank und fast blind, am 7. August 1932 aus Moskau an das ZK der KPD in Berlin: „Werte Genossen! Wenn Ihr es aus politischen Gründen für geboten erachtet, dass ich als Alterspräsidentin den Reichstag eröffne, so stehe ich selbstverständlich mit meiner Person zur Verfügung der Partei. Das parlamentarische Zwischenspiel ist gewiss angesichts der Situation weniger denn je entscheidend. Jedoch ist es vielleicht politisch richtig, den Kampf für das Recht der Partei und ihrer Wähler auf den Posten des Alterspräsidenten wahrzunehmen. Bei der Entscheidung dieser Frage der Taktik darf die Rücksicht auf mein persönliches Befinden nicht die geringste Rolle spielen, lediglich politische Gesichtspunkte kommen daher in Betracht. Teilt mir bitte Eure Entscheidung möglichst bald mit, damit meine Reise organisiert werden kann. Mit kommunistischem Gruß Clara Zetkin“.<sup>37</sup> Am 30. August 1932 eröffnet sie als Alterspräsidentin den Reichstag und fordert zur Einheitsfront gegen den Faschismus auf.<sup>38</sup>

Der Grund: Ihre Treue zur proletarischen Revolution, ihre feste Zuversicht, das Proletariat werde die Kraft aufbringen und eine neue, gerechte Welt schaffen, – und ganz persönliche Einstellungen und Eigenschaften einer überzeugten und selbstlosen Revolutionärin.

Ihr Lebensgefühl und Lebensanspruch: „... Ich will leben, das heißt so leben, dass es mir lebenswert erscheint.“ (An Wilhelm Pieck, 20. August 1927) Am 14. Mai 1928: „Ohne revolutionären Kampf würde das Leben seinen Sinn für mich verlieren.“ Am 23. Dezember 1928 schreibt sie an Rosa Grimm (Mitglied der KP der Schweiz): „Ach, wie schwer und grausam und über allem wie dumm ist das Leben, wenn man nicht selbst ihm einen Sinn gibt, an dem man festhält... Doch nicht jammern – ankämpfen, nicht kleinbegeben. Das ist ja auch Ihre Losung dem Leben gegenüber.“ An einen im Gefängnis sitzenden Kommunisten gerichtet, schreibt sie am 7. August 1927: „... das Rückgrat steif, den Kopf hoch, den Blick der Zukunft zugewandt!“

Max Hoelz, der ihr sein Buch „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne“ nach Moskau gesandt hatte, schreibt sie am 3. April 1929: Sie freue sich auf die Lektüre, „weil ich darin eine Bestätigung mehr meiner unverwüstlich optimistischen Auffassung finden werde von der siegreichen schöpferischen Kraft des Proletariats, die die Welt verändern wird“. Und sie schließt mit den Worten: „Ich grüße Dich aufs herzlichste im festen Vertrauen auf Deine Arbeit, Deinen Kampf im

<sup>37</sup> Zit. nach UTOPIE kreativ, H. 201/202, Juli/August 2007, S. 631.

<sup>38</sup> Siehe Clara Zetkin: „Es gilt, den Faschismus niederzuringen!“ Eröffnungsrede der Alterspräsidentin des Reichstages, in dies.: ARS, Bd. III, S. 413-419.

Dienst der Revolution, der uns allen Lebenserfüllung und Lebenserhöhung gibt.“

An Maria Reese schreibt sie im oben zitierten Brief vom 27. Dezember 1932: „Du Glückliche, fast möchte ich sagen, Beneidenswerte, dass Du so energisch arbeiten, kämpfen kannst. Meine Gedanken, mein Herz sind mit Dir, mit allen, die zu einer erkenntnisvollen, bewussten Gestaltung des geschichtlichen Lebens beitragen können. Mit allen Fasern meines Lebens verlangt es mich darnach, mitzutun.“ („Doch die Physis ist stärker als mein Wünschen und Wollen... Wochenlang haben Tod und Leben um mich gerungen...“)

Eine andere Seite ihrer Persönlichkeit – ihre Bescheidenheit und ihr Widerwille gegenüber jeder Heuchelei.

Am 21. Juni 1927 bittet sie Wilhelm Pieck von Moskau aus, „inständig, mit aller Energie dafür einzutreten, dass aus meinem 70. Geburtstag so wenig als nur möglich gemacht, insbesondere auf offiziellen Klimbim verzichtet wird. Erstens und vor allem: Lob und Feiern zerknirscht und beschämt mich. Es lässt mich alles schmerzlich empfinden, was ich dem Leben, dem Kampf, meinem Wollen schuldig geblieben bin... Zweitens hasse ich und verachte ich die konventionelle Heuchelei, die bei solchem Lob und Feiern sich breit macht. Ich bestreite nicht, dass ein kleiner Kreis persönlicher und politischer Freunde mit ehrlicher Gesinnung auf meine Lebensarbeit zurückblickt und dass auch viele schlichte proletarische Männer und Frauen mit Sympathie meiner gedenken und sagen: `Sie war und ist unser.` Allein ich sehe daneben jene im eigenen Lager, die mich in den letzten Jahren beschimpft, verleumdet, verdächtigt haben und – was schlimmer ist – mich in die Ecke pufften, die Wirkungsmöglichkeiten für mich, so viel es nur anging, beschränkten oder wenigstens vom theoretisch unreifen, politisch unehrlichen Pack wie Fischer-Maslow und tutti quanti beschränken ließen<sup>39</sup> und die nun das Maul aufreißen, um mich zu preisen. Wenn den Sozialdemokraten und Bürgerlichen mein 70. Geburtstag Anlass geben wird, mich zu schmähen, so ‚spucke ich drauf‘, wie es russisch heißt. Jedoch ich ekle mich bis zum Erbrechen vor der konventionellen Heuchelei derer, mit denen ich in Kampfsgemeinschaft verbunden bin...“ Es ist ihr „alles Offizielle, Konventionelle zuwider. Es steht im Gegensatz zu meinem revolutionären und ästhetischen Empfinden und Denken. In den Reihen der Kommunisten sollte kein Platz dafür sein.“ (Brief an „Genossin Herta“ vom 26. Juli 1931)

Ebenso wenig gierte Clara Zetkin nach Mandaten oder anderen Ämtern. An die Tochter von Margarete Wengels (s.o.) schrieb sie am 16. Juni 1931 z. B.: „Als ich mich 1919, getreu der mit Leo [Jogiches] vereinbarten ‚taktischen Linie‘ auf dem Parteitag der USPD in aller Form von dieser trennte, kamen nacheinander Adolf Hoffmann und Hugo Haase zu mir, um mich mit dringlichen, beweglichen Bitten ‚umzustimmen‘. Und beide erklärten: Es sei ein schwerer Fehler gewesen, nicht

39 Zu Clara Zetkins Stellung in der KPD und Umgang mit ihr in der KPD in den Jahren 1924-1932 siehe Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 894.

mich an erster Stelle als Kandidatin der Partei für die Nationalversammlung in Weimar aufgestellt zu haben, sondern L. Zietz, das Mandat hätte mich an die USPD gebunden. Ich antwortete beiden, dass ihre Annahme beleidigend, erniedrigend für mich sei. Ich würde das angebotene Mandat nicht angenommen haben, meine Einstellung, meine Überzeugung sei nicht für ein Mandat zu kaufen. Da ich jedoch beide als anständige Kerle kenne, würde ich aus ihrer unüberlegten Äußerung keinen Kriegsfall machen.“

Beeindruckend, da für Parteikommunisten der 20er/30er Jahre (und später!) nicht gerade typisch, wie Clara Zetkin mit ehemaligen Kampfgefährten umging, die nach 1917/1918 einen anderen politischen Weg eingeschlagen hatten als sie selbst. Sie habe „nie politische Meinungen zum alleinigen Maßstab des persönlichen Wertes gemacht, Meinungsunterschiede sind nie die Grundlage meiner persönlichen, menschlichen Einschätzung Einzelner gewesen und meiner Beziehungen zu ihnen“ (wenn auch sie „nie das Verständnis für andere politische Meinungen[!] aufgefasst (hat) als Versicherungsschein ‘alles zu verzeihen’“). Das schrieb sie in ihrer oben zitierten Antwort an Mathilde Wibaut. Gleich zu Beginn der Antwort bestätigte sie die „persönliche Wertschätzung und Sympathie, die ich Mathilde Wibaut ungeachtet aller Meinungsgegensätze bewahrt habe“. Den frauenrechtlerischen Pazifistinnen, die sie nicht wenig kritisierte, bescheinigte sie „im Kampfe gegen den Krieg eine Überzeugungstreue, einen opferbereiten und hingebungsvollen Mut, ... politische Eigenschaften..., die jene schwankenden, wankenden, führenden Sozialisten tief beschämten“. Und bezog auf die nunmehr feindlichen(!) Sozialrevolutionäre: „Wir anerkennen das Recht einer Minderheit, unter bestimmten geschichtlichen Umständen mit allen ihr verfügbaren und zweckdienlich erscheinenden Mitteln für ihre Überzeugung zu kämpfen. Was den Kampf der Sozialrevolutionäre zum unverzeihlichen Verbrechen macht, das ist sein Ziel. Dieser Kampf ist gegen die Revolution gerichtet.“ Und doch (angesichts des Gerichtsurteils): Es sei ein „schmerzlicher Gedanke, dass einige Dutzend Menschen als Geiseln hinter Mauern leben. Darunter unstreitig wertvollste Männer und Frauen, die im Kampf gegen den Zarismus Großes geleistet haben, Männer und Frauen von Charakter und Geist, von Überzeugungstreue und selbstloser Hingabe. Auch die Gegenrevolution hat ihre Helden und Märtyrer.“

Die politische Kultur in der vergangenen Arbeiterbewegung wurde leider nicht von einer solchen Haltung bestimmt. Zu hoffen ist, dass die neue Linke in diesem Punkt eher Clara Zetkin als anderen ihrer Vorbilder folgen wird.



*Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, 1910*

## **Frauen und Sozialismus. Rede Clara Zetkins im Wiener Arbeiterheim am 22. April 1908<sup>1</sup>**

Genossinnen und Genossen! Wir leben in einer Zeit des Überganges aus einer niedrigen zu einer höheren Gesellschaftsform. Die Menschheit rüstet sich – um mit Engels zu reden – zu jenem großen endgültigen Sprung, der sie aus dem Reiche der Tierheit in das der vollen menschlichen Freiheit führen soll. Als Wegbereiterin der Neuen Gesellschaft tritt uns aber ohne ihren Willen, ja gegen ihren Willen die kapitalistische Produktion der bürgerlichen Ordnung entgegen. Die kapitalistische Produktionsweise mit den Umwälzungen, die sie für das wirtschaftliche und damit auch für das soziale und politische Sein der Menschen bedingt, zeugt Fragen und Aufgaben, wie sie die früheren Perioden nicht gekannt haben. Sie löst aber auch alle sozialen Banden von Menschen zu Menschen, die die frühere Gesellschaft geknüpft hat, und lässt nichts mehr übrig als die Sachverhältnisse und die Warenzahlung. Während sie aber auf der einen Seite zerstört und vernichtet, was frühere Gesellschaftsperioden geschaffen, schafft sie auch auf der anderen Seite neues, höheres soziales Leben.

Wenn wir uns fragen, welches im letzten Grunde der Inhalt der sozialen Kämpfe ist, welchem Ziele immer sie gelten mögen, so erscheint auf dem Grunde immer der eine Zweck: Es handelt sich um die Eroberungen des vollen Menschentums für alle Kinder der Gesellschaft. Es liegt auf der Hand, dass dieses heiße Sehnen und Streben nach einem Emporblühen zu besseren Gesellschaftsformen am stärksten in jenen Schichten der Gesellschaft zum Ausdruck kommt, die heutzutage als die Minderberechtigten, als die Geknechteten leben, das sind insbesondere die Schichten der Arbeiter und der Frauen – die Arbeiter, welche zusammengeschlossen sind durch die gleiche Daseinsnot und die gleichen Zukunftshoffnungen, und die Frauen, die nach Schichten und Klassen unterschieden sind, aber in allen Schichten um ihre volle menschliche Würde kämpfen müssen. Bei dem, was wir als Inhalt der Frauenfrage begreifen, handelt es sich um nichts geringeres, als um eine soziale Form, welche auf der einen Seite jedem Gliede des weiblichen Geschlechts kraft seines Menschenrechtes die Möglichkeit sichert zum Emporblühen und zur Entfaltung aller Gaben des Leibes und der Seele, welche die Natur in das Weib gelegt hat.

Die Frauen sind später als die Arbeiter zu dem Bewußtsein erwacht – wenigstens soweit es sich um die großen Frauenmassen handelt, die für uns in Betracht kommen –, dass sie hier ein neues Wirken zu schaffen haben. Das ist erklärlich genug: denn sie waren länger als diese einer festen Gemeinschaft eingegliedert, der

<sup>1</sup> Das Dokument wurde von Sabine Lichtenberger, Wien, als Beitrag zum Kolloquium den Veranstaltern zugesandt mit dem Anliegen, „die Verbindungen zwischen der deutschen und der österreichischen Frauenbewegung ein wenig zu beleuchten“. Siehe ihren Beitrag in diesem Band.

Familie, und fühlten sich daher weit weniger als einzelne Menschen mit bestimmten Gaben, bestimmten Neigungen und bestimmten Pflichten denn als Glieder der Gemeinschaft, der sie angehörten. Die Frauen fanden früher in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Familie einen reichen, vielseitigen Lebensinhalt. Wie eng der Raum der Familie auch abgezimmert sein mochte, innerhalb dieses Raumes konnte sich die Frau mannigfaltig betätigen. Ihre wirtschaftliche Tätigkeit in der Familie war nicht bloß ordnender Natur, sie war in der Hauptsache produktiv so gut wie das Wirken des Mannes. Sie „schaltete und waltete im häuslichen Kreise“ als die universale Handwerkerin, als Künstlerin, von deren persönlicher Betätigung das Wohl der ganzen großen Vielheit abhing, für die sie als Familienmutter oder Tochter sich betätigte.

Dieser Stand der Dinge hat sich gewandelt in dem Maße, als die kapitalistische Produktion die alte Naturalwirtschaft verdrängte und das alte Betätigungsgebiet der Frau vernichtete, indem sie die alten hauswirtschaftlichen Tätigkeiten der Frau bestimmten Gruppen von Berufsarbeitern zuwies. Nach dem Spinnen und Weben, nach dem Nähen der Kleider und Wäsche wurde das Lichterziehen, das Einmachen von Fleisch und Obst u.s.w. der Frau abgenommen. Heute wird das Gebiet der alten wirtschaftlichen Tätigkeit der Frau noch mehr eingeschränkt durch die Anwendung des Gases, der Elektrizität und des Telephons. Das sind heute mannigfache Entlastungen der Frau, und wenn heute noch Tausende und Tausende von diesen Vorteilen ausgeschlossen sind, so ist es die Armut, die das bewirkt, nicht aber ein Mangel an den Einrichtungen.

Dieser Umschwung in der Produktionsweise und in der Betätigung der Frau konnte sich nicht vollziehen, ohne dass in seiner Begleitung eine tiefgehende Revolutionierung des geistigen und sittlichen Seins bei der Frau eingetreten wäre. Die Frau ist nicht mehr dem Manne gleich wie früher, wo sie an der Seite des Mannes schaffte: Sie empfindet ganz anders, denkt anders, und sie will und muss ganz anders handeln als die Frau in der vorkapitalistischen Zeit. Das ist nicht die Folge eines Aufhetzens durch mehr oder weniger überspannte alte Schachteln, wie die Spießbürger sagen, es ist das Werk des größten Revolutionärs aller Zeiten, es ist die geschichtliche, die wirtschaftliche Entwicklung, die die Frau aus ihrer Tätigkeit herausreißt, die auch die Frau als Kämpferin für ihre volle Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeit in das öffentliche Leben hinausstößt. (Bravo!)

### *Die Zerstörung der alten Familie*

Wir müssen uns vor Augen halten: Dieser Umschwung in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Frau geht in Begleitung der Zerstörung der alten bürgerlichen Familie einher. Die Umwertung der bürgerlichen Familie, die auf die Vorherrschaft des Mannes gegründet ist, erfolgt in zwiefacher Richtung: einmal dahin, dass sie die Familie aus einer vorwiegend wirtschaftlichen Einheit in eine nur mehr sittliche Einheit verwandelt, und in anderer Richtung dahin, dass sich die Familie nicht mehr aufbauen kann auf der Vorherrschaft des einen Geschlechts über das andere

Geschlecht. Aber dieser Entwicklungsprozess setzt sich innerhalb der verschiedenen Klassen der Frauenwelt in verschiedener Weise durch, weil er durch verschiedene Bedürfnisse erzeugt [wird] und mit verschiedenen Hindernissen zu kämpfen hat.

### *Die Frauenfrage der oberen Zehntausend*

Schauen wir, was es ist, dass bei den Frauen der oberen Zehntausend die Familie zerstört wird! Da ist die Herrschaft des Mammons selbst. Warum? Wir wissen es, und wüssten wir es nicht, so brauchten wir nur drei Tage Abonnenten einer bürgerlichen Zeitung zu sein, um zu finden, dass dort die Ehen nicht im Himmel geschlossen werden, sondern im Bureau einer Heiratskupplerin. (Lebhafter Beifall) Die Ehen der oberen Zehntausend werden geschlossen nach dem Grundsatz: Was der Geldsack verbindet, soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Wie da in der Mehrzahl die Ehen geschlossen werden, so ist auch in der Regel der Inhalt, und in jenen Kreisen ist mit der Zerstörung der alten hauswirtschaftlichen Produktionstätigkeit der Frau auch die feste Grundlage gefallen, auf der Mann und Frau sich zu einer Lebensaufgabe zusammenfinden konnten. Bei den oberen Zehntausend ist die Ehe schon längst nichts anderes mehr als die Gemeinschaft in Müßiggang und Genuss. Die Frauen jener Kreise sind schon längst der Notwendigkeit enthoben, ihren sogenannten natürlichen Beruf als Gattinnen und Mütter mit ernstesten Pflichtleistungen erfüllen zu müssen. Was die Hausfrau zu tun hat, um die Wirtschaft instand zu halten, besteht darin, dass sie eine perfekte Köchin und ein gewandtes Zimmermädchen engagiert. Ihre Funktionen als Mutter erschöpfen sich meist darin, dass sie das Kind gebärt und für die Ernährung die gesunde Amme vom Lande hereinholt und alles andere Bonnen, Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrern überlässt, und wenn neun Zehntel der Frauen die Möglichkeit hätten, auch Kindergebären an bezahlte Arbeitspersonen abzugeben, sie hätten längst auch das schon getan. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Ein so alles ideales Inhalts, aller höheren Pflichterfüllung bares Leben kann gerade den besseren Naturen jener Frauenkreise nicht mehr genügen. Wenn sie auch nicht schwer arbeiten, so hungern und dursten sie nicht minder heiß nach einem höheren Inhalt des Lebens, und den können sie sich nur sichern, wenn sie volles Verfügungsrecht über ihren Besitz haben, wenn sie nicht mehr unter der Vorherrschaft des Mannes stehen. Damit aber nicht genug. Sie bedürfen auch anderer Möglichkeiten: Sie bedürfen der Möglichkeit, dass uneingeschränkt, durch irgend welche Monopole des männlichen Geschlechts auch das Weib zu allen Bildungsquellen pilgern und sich wissenschaftlich und künstlerisch voll entfalten kann. So wächst aus den besten der Frauen jener Kreise das Bedürfnis heraus nach gleicher privatrechtlicher Stellung der beiden Geschlechter sowie auch nach gleicher Bildungsmöglichkeit, nach gleicher Berufstätigkeit.

### *Die Frauenfrage des mittleren Bürgertums*

Anders liegen die Dinge für die Frauen und Töchter des kleinen und mittleren Bürgertums und die sogenannte bürgerliche Intelligenz. Da ist es nicht der Besitz, welcher die Familie zerstört; aber auch bei ihnen ist es die kapitalistische Gesellschaftsordnung. In demselben Maße, als die kapitalistische Wirtschaft dahinbraust und mit ehernem Drucke die kleinen selbständigen Existenzen vernichtet, in demselben Maße steigt auch die Not. Dazu kommt noch ein anderes: Der Kapitalismus bedarf dieser Kräfte als Arbeiter zur Stillung seines unersättlichen Profithungers, bedarf insbesondere auch eines großen Heeres von Lohnarbeitern mit dem Hirn und möchte die Sklaven der Kopfarbeit ebenso billig haben wie die Sklaven der Handarbeit. Wir finden daher, dass der Kapitalismus die Gelegenheit schafft, das geistige Proletariat zu vermehren, und es schwillt in Raschheit mehr und mehr an. Die Bildung ist nicht mehr das Geschäft, das seinen Mann gut nährt, sondern es sind schon Zehntausende, die heute hungern, heute schon mit ihrem Hirn und von der bürgerlichen Existenz nichts mehr haben als den Schein und den Hochmut, etwas Besseres zu sein. In dem Maße aber, in dem die Existenz schwerer wird, gehen die Eheschließungen zurück. Für den Proletarier beginnt die Not erst, wenn er nicht mehr alle 365 Tage Brot und Nockerl zu essen hat, für den Mann und die Frau der gebildeten Kreise schon, wenn sie keine Badereise mehr machen und die geistigen Kulturbedürfnisse nicht mehr befriedigen können. In jenen Kreisen ist oft die geistige Not erschreckend hoch; denn in ihnen herrscht ein klaffender Widerspruch zwischen den geistigen Bedürfnissen, die man bezahlen kann, und den Kulturbedürfnissen, die der Mensch hat. Da wird die Eheschließung immer weiter hinausgerückt. Die Beamten, Lehrer, Professoren sind immer schwerer imstande, ihre unverheirateten Tanten und Schwestern mit durchzuschleifen. So erwächst auch in jenen Kreisen mit immer größerer Macht das Bedürfnis nach gleicher Bildungsmöglichkeit und gleicher Berufstätigkeit für beide Geschlechter. (Sehr richtig!)

### *Frauenfrage im Proletariat*

Sehen wir, wie sich die Verhältnisse im Proletariat gestalten! Im Proletariat ist es der Kapitalismus selbst, der die Familie zerstört. In der proletarischen Familie hätte die Frau, wenn sie auch noch so einen kleinen Haushalt hat, zu Hause genug zu tun. Sie hat nicht die Möglichkeit, die Mutterpflichten von einer Amme und Bonne erfüllen und die Wohnung von einem guten Diensthofen in Ordnung bringen zu lassen; ihr gäbe die Familien noch genug für die weibliche Betätigung. Aber die proletarische Frau darf nicht fragen: Will ich in erster Linie meinem Manne eine Lebensgefährtin sein; will ich in erster Linie meinen Kindern eine betreuende Pflegerin, eine nimmermüde Erzieherin sein? Für die Frau des Proletariats heißt es immerdar: Du darfst nicht Gattin, du darfst nicht Mutter sein, du mußt verdienen bei Strafe des Hungerns! (Lebhafter Beifall)

Ehe sich die Frau des Proletariats den Kopf zerbricht, wie sie ihrem Kinde ein gesundes Nest bereitet, muss sie noch sinnen, wie sie das Los der Familie durch



kargen Nebenverdienst erleichtert und dem Kinde das Stück Brot geben kann, das der Mann bei fleißigster Arbeit nicht zu erreichen vermag. Das Kapital entlohnt den Arbeiter nicht so, dass er mit seinem Verdienst die Familie ernähren könnte; da muss auch die Frau nach Verdienst sehen. Das Kapital verlangt nach billiger Arbeitskraft, und die Frau, die an niedrige Bedürfnisse und überdies nicht daran gewöhnt ist, dem Manne gegenüber volles Recht zu fordern, die auch nicht aufgeklärt ist, ist nicht nur ein billiges, sondern auch ein verbilligendes Maschinenfutter für den Kapitalisten. Mit der Peitsche, die er über dem Manne schwingt, treibt er die Frau aus der Familie heraus und macht er die ganze Familie seinem Bedürfnis nach Mehrwert dienstbar. Die kapitalistische Produktionsweise hat dem Wirtschaftsleben Kraftmaschinen geschenkt, die die Gewalt von Riesen haben, Werkzeugmaschinen und Produktionsverfahren geschaffen, die die wunderbare Geschicklichkeit von unzähligen Fingern haben, und deshalb kann auch die ungelernete Frau in so vielen Berufen beschäftigt werden. Zu dieser technischen Möglichkeit für die Heranziehung der Frauenarbeit tritt die Not, die die Frau bei der Strafe der härtesten Entbehrung in den Beruf treibt. Am Theetisch oder in einem christlichsozialen Verein sagt der Kapitalist: „Die Frau gehört ins Haus und nicht ins öffentliche Leben!“ Aber der nämliche Herr findet, dass sie aus dem Hause muss und in die Fabrik gehört, sobald er fünf Prozent Profit mehr einsacken kann. Bei zehn Prozent wird er sich nicht bedenken, die Frau zu höchst unweiblichen Arbeiten heranzuziehen. Bei zwanzig Prozent geht kein Grundsatz so schnell zum Teufel, dass er die Frau bei mörderischster Arbeit beschäftigt. (Sehr gut!)

### *Die Forderungen der proletarischen Frauen*

So hat die Entwicklung neue Bedürfnisse der Frauen gezeitigt: nach Schutz gegen die Ausbeutung, nach der Möglichkeit, dass die Frau ihr Menschtum und Weibtum verteidigen kann gegen den Kapitalisten, der das Weib unfähig macht, gesunde Kinder zu gebären und die Kinder zu erziehen, und der oft meint, mit der Lohnsklavin auch die Lustsklavin gekauft zu haben.

Schutz gegen die Ausbeutung wird nur nicht freiwillig gegeben. Ihn muss die Frau erkämpfen; nicht isoliert, in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Gesellschaft, die auch ausgebeutet und von der Not zum Kampf gepeitscht werden. Wenn nun die Frau an dem Kampf zur Überwindung des Kapitalismus teilnehmen soll, muss sie auf privat- und auf staatsrechtlichem Gebiet gleichberechtigt sein. Sie muss ausgerüstet sein mit dem gleichen politischen Recht, um Schulter an Schulter mit dem Manne kämpfen zu können. (So ist es!) Während die bürgerliche Frauenwelt den Kampf für das Recht auf Arbeit in den Vordergrund schiebt, steht für die Frauen des Proletariats der Kampf für den Schutz der Arbeit im Vordergrund. Aber für beide Bewegungen ergibt sich die Forderung nach gleichem politischem Recht. In dem Maße, als die Frau mitten im Erwerbsleben geistige und kulturelle Arbeit schafft, bricht der Aberglaube zusammen, dass die Frau wirtschaftlich vom Manne erhalten wird. Die produktiv tätige Frau ist nie vom Manne

erhalten worden, auch nicht, als sie nur in der Familie arbeitete. Sie hat auch damals nicht nur sich erhalten, sondern auch zur Erhaltung der Familie beigetragen. Als das Gottesgnadentum noch nicht erfunden war, waren auch die Töchter der Fürsten Arbeiterinnen, die spannen und webten und nähten. Erhalten worden sind und erhalten werden nur die Frauen aus der Schicht, die sich selbst erhalten lässt, die nicht von ihrer eigenen Arbeit lebt; diese Frauen werden nicht von ihrem Gemahl oder dem liebenswürdigen Vater erhalten, sondern samt ihren Männern und Vätern von den Männern und Frauen, die die bürgerlichen Männer ausbeuten. (Sehr richtig!) Der trügerische Schein, dass die Frau erhalten wird, entstand dadurch, dass der Mann die Familie nach außen repräsentierte. Heute ist die Frau wirtschaftlich selbständig, und daraus ergibt sich die Forderung nach politischer Gleichberechtigung. Für die proletarische Frau ist das gleiche politische Recht die Waffe, mit der sie für die Überwindung, die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kämpfen kann. (Lebhafter Beifall)

### *Die Frauen und die Sozialdemokratie*

Wie verhält sich zu diesen Forderungen die Sozialdemokratie? Sie ist die konsequenteste Verfechterin des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter. Zunächst aus geschichtlichen Gründen. Sie weiß, dass der Entwicklungsprozess unaufhaltsam ist und sich durchsetzt mit unwiderstehlicher Gewalt und zu höheren Formen des gesellschaftlichen Lebens führt. Sie tritt weiter dafür ein, aus ihrem tiefen Gerechtigkeitsgefühl, das ihr als Vertreterin der Unterdrückten das Mitgefühl schärft für die Leiden aller Glieder der Gesellschaft, die unterdrückt, minder berechtigt oder ganz rechtlos sind. Sie würdigt nicht nur, was die Frau zur Mehrung des kulturellen und materiellen Lebens der Menschheit beiträgt. Sie würdigt auch das nach dem sozialen Werte, was die Frau in ihrem stillen Heim unbeobachtet schafft. Sie sieht den unendlichen Zug der Kinder, die sterben und verderben, ehe sie noch recht geboren sind. Hunderttausende Kinder sterben, wenn sie auch leidlich gesund geboren sind, weil die Mutter nicht die Möglichkeit hat, dem Kinde die Pflege angedeihen zu lassen. Raubt der Kapitalist dem Kinde nicht die Mutterbrust? An der Sozialdemokratie ziehen vorüber die großen Scharen fürsorgebedürftiger, verwahrloster Kinder, jugendlicher Verbrecher. Riesengroß ist der bethlehemitische Kindermord, dessen sich das Kapital stündlich schuldig macht. Der Kapitalismus schafft das Verständnis dafür, dass die Frau als Mutter und Erzieherin des kommenden Geschlechts eine hohe soziale Funktion erfüllt, und das Proletariat wertet diese Funktion besonders hoch, weil das künftige Geschlecht ernten wird, was wir säen, aber seine Mission nur erfüllen wird, wenn es körperlich und geistig gesund heranwächst. Darum hat das Proletariat die höchste Wertung für die Leistung der Frau als Mutter und Gattin. Wenn die Frau auch in den vier Wänden wirkt, hat sie dasselbe Anrecht auf politisches Recht wie der Mann. Die Teilnahme der Frau am öffentlichen Leben bedeutet dessen Bereicherung: Sie kann Schätze des geistigen und sittlichen Lebens heben, die noch unge-

kannt sind. Die Entwicklung lehrt uns täglich deutlicher, dass große, immer mehr Opfer erfordernde Bewegungen zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse nicht geführt werden, wenn nicht auch die Frauen gemeinsam mit den Männern fühlen und denken. Nicht nur die Frau als Arbeitskameradin, auch die Gattin muss teilnehmen, muss mit Begeisterung erfüllt sein für die Ziele des Proletariats.

In allen Ländern spitzt sich die Situation zu einem gewaltigen Ringen um die politische Macht zu, in dessen Mittelpunkt der Kampf um das gleiche Wahlrecht steht. Die Opfer dieser schweren Kämpfe kann das Proletariat nur bringen, wenn die Frauen von tiefem Verständnis für die sozialdemokratischen Ideen erfüllt sind. Wie nötig das ist, brauche ich in Wien nicht zu sagen, wo die Genossinnen mit einer Begeisterung und Disziplin ohnegleichen an den schwersten Schlachten teilgenommen haben. Manche Leute erzählen, die Frau sei für das Wahlrecht nicht reif. Das Wahlrecht ist eben ein Mittel, politische Reife zu erzeugen. Wenn die Frauen politische Rechte haben, werden es sich die Parteien angelegen sein lassen, die Frauen aufzuklären. So sehen wir, dass die Sozialdemokratie aus ihrem eigensten Lebensinteresse für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts kämpft. (Laute Zustimmung.)

### *Ein Blick in die Zukunft*

An dem Kampfe um Schutz gegen die ärgste Ausbeutung und um politische Gleichberechtigung kann es auch die proletarische Frau aber nicht genügen lassen. Erst wenn wir eine Gesellschaftsordnung haben, deren Polarstern nicht der Profit des einzelnen, sondern der kulturelle Hochstand aller ist, kann sich die Frau voll auswirken als Mitstrebende und Mittätige. Erst wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung begründet ist, wird die Frau ohne Schaden für den Mann auf allen gebieten Leistungen vollbringen können. Dann fehlen alle Gründe, dem weiblichen Geschlecht irgend eine Berufstätigkeit vorzuenthalten. Die sozialistische Gesellschaft wird den schweren Konflikt lösen, der aus der Beteiligung der Frau am wirtschaftlichen Leben erwächst, den Konflikt zwischen Berufstätigkeit und Mutterpflicht.

Die Frauenfrage ist im letzten Grunde eine Kinderfrage. Der Kapitalismus kennt keine Rücksicht darauf, dass die Frau nicht bloß ein Mensch, sondern ein weiblicher Mensch ist. Er nimmt keine Rücksicht darauf, dass die Frau ganz Mensch sein will, ohne aufzuhören, ganz Weib, Gattin und Mutter zu sein. In der kapitalistischen Ordnung beherrscht der Beruf den Menschen. Deshalb bleiben der Frau für die Betätigung als Mutter nur Brosamen an Zeit und Kraft übrig, und daraus erwachsen die schwersten Konflikte. Die Frauenrechtlerinnen meinen, dass es sehr einfach sei, beide Pflichten zu erfüllen. Das kann sein, wo man in der Berufstätigkeit nur eine geschäftige Form des Müßigganges erblickt und die Geburt des Kindes als unangenehmer Zufall erscheint. Wer aber von der heißen Sehnsucht durchglüht ist, dem Gatten die treue Helferin und dem Kinde die treue Erzieherin zu sein, wird heute unaufhörlich zwischen diesen Fragen hin- und hergerissen.

Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird da Wandel schaffen. Erst dann wird die Berufsarbeit der Frau genügend Zeit lassen, ihre Familienpflichten zu erfüllen. Es werden der Frau gewaltige Helfer zur Seite stehen in öffentlichen Einrichtungen. Das wird nicht dazu führen, dass die häusliche Erziehung wegfällt. Eine Art der Erziehung muss die andere ergänzen. Wir brauchen auch die Familien-erziehung, damit der Mensch persönliche Eigenart erlangt. Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird aber auch den Mann wieder in vollem Umfang in seine Pflichten als Vater einsetzen; die Erziehung darf nicht bloß Frauenwerk sein.

Es gibt keine Gruppe der Bevölkerung, die mit größerer Inbrunst sagen müsste: „Sozialismus, dein Reich komme“ als die Frauen, keine Gruppe, die mit größerer Begeisterung für den Sozialismus kämpfen sollte als das weibliche Geschlecht. Setzen wir unsere ganze Kraft dafür ein, dass bald die Stunde der Befreiung schlägt. (Brausender Applaus.)

Nachdem sich der Beifallssturm gelegt hatte, der durch die fesselnde Rede entzündet war, dankte Genossin Pölzer der Referentin für ihre glänzenden und begeisternden Ausführungen, und Genossin Schlesinger knüpfte daran den Hinweis, dass am ersten Mai weiterdemonstriert werden wird für das allgemeine Wahlrecht, das wirklich allgemeine Wahlrecht.

Nochmals ergriff Genossin Zetkin das Wort, um den großen Kampf, der in Preußen gekämpft wird, zu erwähnen und dabei ein paar der erbittertsten hohen Feinde des deutschen Proletariats vorzustellen.

Unter dem starken Eindruck der glänzenden Reden gingen die vielen Genossen und Genossinnen heimwärts.

Arbeiterzeitung, Wien, Nr. 111, 22. April 1908.

# Um die internationale sozialistische Frauenbewegung. Sieben Briefe an Mitstreiter in Schweden 1906-1914<sup>1</sup>

## I

Wilhelmshöhe, 17. März 06.

Geehrter Genosse Branting!<sup>2</sup>

Im „Hamburger Echo“ fand ich die beifolgende Notiz über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion des schwedischen Landtags in Sachen des Frauenstimmrechts. Die Sache scheint mir sehr wichtig, da jetzt in sehr vielen Ländern mit dem Kampfe des Proletariats um die Demokratisierung des Wahlrechts auch die Frage des Frauenstimmrechts eine immer dringendere wird. Der Internationale Congreß zu Amsterdam<sup>3</sup> ist ja auch dadurch veranlasst worden, eine Resolution in Sachen des Frauenstimmrechts geradezu einstimmig anzunehmen, nur einige belgische Delegierte votierten dagegen. Ich möchte Sie deshalb bitten, werter Genosse, freundlichst dafür sorgen zu wollen, dass ich für die „Gleichheit“ einen Artikel erhalte, welcher eine klare und erschöpfende Darstellung der Situation und der vorliegenden Tatsachen gibt. Der Artikel wird honoriert.

Ich kenne außer Ihnen weder Genossen noch Genossinnen in Schweden, die mir eine ganz gewissenhafte Darstellung des Sachverhalts schreiben würden. So muss ich schon an Ihre gütige Vermittlung appellieren, mir jemand zuweisen zu wollen, der mit der größten Zuverlässigkeit berichten wird, und die betr. Persönlichkeit zu veranlassen, den Artikel möglichst bald zu senden.

Die „Gleichheit“, das Organ der sozialdemokratischen Frauen, zählt jetzt 36 000 Abonnenten und wird von mindestens der doppelten Anzahl Personen gelesen. Die deutschen Genossinnen haben meiner Ansicht nach nicht nur ein Anrecht darauf, genau über eine Frage informiert zu werden, die sie als Parteigenossinnen wie als Frauen ganz besonders interessiert, sondern bei der Verbreitung der „Gleichheit“ lohnt es auch der Mühe, in derselben eine gute Darstellung des Sachverhalts zu geben.

1 Die Originale der sieben Briefe befinden sich in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm und wurden von diesem den Veranstaltern anlässlich des Kolloquiums vom 6. Juli 2007 zur Verfügung gestellt. Sie wurden von Martin Grass, Uppsala, wissenschaftlich aufbereitet und werden hier erstmalig veröffentlicht. Die Originale der Briefe befinden sich in den Nachlässen von Hjalmar Branting, Hulda Flood, Kata Dalström, Angelica Balabanowa sowie im Bestand Sveriges socialdemokratiska krinnoförbund (Sozialdemokratischer Frauenverband Schweden).

2 Hjalmar Branting (1860-1925), seit 1889 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens.

3 Kongress der Sozialistischen Internationale vom 14. bis 20. August 1904.

Ihnen im voraus für alle Ihre Bemühungen bestens dankend, grüßt Sie  
hochachtungsvoll  
Ihre  
Clara Zetkin

## II

Wilhelmshöhe, 26. Juni 06.

Geehrter Genosse Branting!

Vielen Dank für Ihren sehr interessanten und wertvollen Artikel. Wenn ich Ihnen und den schwedischen Genossen und Genossinnen je durch einen Gegendienst nützlich sein könnte, so würde es mir zur größten Freude gereichen. Ihr Artikel wird in nächster, spätestens übernächster Nummer der „Gleichheit“ erscheinen. Die deutschen Genossinnen sind Ihnen sehr verpflichtet, dass Sie sich trotz der Überbürdung mit Arbeit die Zeit genommen haben, so ausführlich über die Frage zu schreiben.

Aus Nr. 12 der „Gleichheit“ haben Sie wohl ersehen, dass wir in diesem Jahre in Mannheim vor dem Parteitag<sup>4</sup> eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen haben, welche sich mit der Frage des Frauenstimmrechts beschäftigt. Es wäre sehr schön, wenn eine der schwedischen Genossinnen, die ja schon wiederholt in Deutschland gewesen sind, zur Zeit unserer Parteitagungen da wären und an unserer Frauenkonferenz teilnehmen könnten.

Mit herzlichen Grüßen für die Genossinnen und Sie selbst  
hochachtungsvoll

Ihre  
Clara Zetkin

Ich bitte noch um Auskunft zu folgendem Punkt und zwar um umgehende:  
Es heißt in Ihrem Artikel: „Frau Anna Stërky, Organisatorin der meisten weiblichen Gewerkschaften in Stockholm“.

Soll das besagen, dass in Stockholm besondere Gewerkschaften bestehen, die nur weibliche Mitglieder haben und deren Organisatorin Frau Stërky ist, oder soll das heißen, dass Frau Stërky überhaupt die Arbeiterinnen als Mitglieder der Gewerkschaften organisiert, welche ihrerseits Männer wie Frauen aufnehmen, wie dies in Deutschland der Fall ist?

4 Parteitag der SPD vom 23. bis 29. September 1906 in Mannheim.

Zu Dank wäre ich Ihnen verpflichtet, wenn Sie mir die Adresse von Frau Kata Dalström angeben würden.

### III

Wilhelmshöhe, 8. November 07

Lieber Genosse Branting!

Heut komme ich mit einer Bitte zu Ihnen. Ich möchte sehr gern einen sehr genauen zuverlässigen Artikel über das beschränkte Frauenwahlrecht in Norwegen und seine Wirkungen haben.

Könnten Sie mir nicht durch Ihre Beziehungen jemand vermitteln, der diese[n] Artikel schreibt? Da Norwegen am Vorabend von Wahlen steht, wäre der Artikel jetzt sehr aktuell.

Besten Dank im voraus für Ihre Bemühungen

u. freundl. Gruß

Ihre

Clara Zetkin

### IV

Kopfbogen

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen

der Arbeiterinnen

Wilhelmshöhe, 10. Mai 1910.

Geehrte Genossin Gustafson,<sup>5</sup>

Schon seit einiger Zeit hatte ich mir vorgenommen, Ihnen zu schreiben. Außerordentliche Arbeitshäufung und Kränklichkeit hinderten mich jedoch daran, dieses Vorhaben auszuführen. So sind Sie mir mit Ihrem Briefe zuvorgekommen. Zuerst das wichtigste.

5 Ruth Gustafson: Geb. 8.7.1881, gest. 5.4.1960. Näherin. 1907-1908 Sekretärin im Sozialdemokratischen Frauenverband Schwedens und 1907-1910 Vorsitzende, 1919-1928 Vorstandsmitglied. 1908-1910 und 1917-1920 Redakteurin der Zeitung des Verbandes „Morgonbris“. Vorsitzende des Stockholmer Distrikts des Frauenverbands 1934-1941. Ab 1934 im Vorstand des Stockholmer Ortsvereins des Frauenverbands und der Gewerkschaft der Frauen. 1932-1948 sozialdemokratische Abgeordnete in der Zweiten Kammer des Reichstags.

In Kopenhagen soll eine internationale Frauenkonferenz stattfinden und zwar womöglich am 26. und 27. August.<sup>6</sup> Als internationale Sekretärin der Genossinnen liegt mir die Einberufung ob. Ich habe für die Konferenz 2 Tage in Aussicht genommen und möchte, dass die Beratungen der Genossinnen möglichst vor dem allgemeinen internationalen Kongress stattfinden. Dadurch würde es möglich, dass die Frauenkonferenz Anträge bei dem Allgemeinen Kongress einbringen kann. Ob aber die Tagung am 26. und 27. August stattfinden kann, hängt davon ab, ob wir ein passendes Lokal bekommen. Ich habe mich in der Angelegenheit an die dänischen Genossen gewendet und erwarte von dort Nachricht. Soviel weiß ich schon jetzt, dass die Frauenkonferenz der Sympathie und der tatkräftigsten Unterstützung der dänischen Genossinnen, Genossen und Gewerkschafter sicher ist. Als provisorische Tagesordnung habe ich folgende drei Punkte vorgeschlagen:

1. Die Herbeiführung regelmäßiger Verbindung zwischen den organisierten Genossinnen der verschiedenen Länder.
2. Praktische Mittel und Wege, um für das allgemeine Frauenwahlrecht zu arbeiten.
3. Gesellschaftliche Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Genossinnen der meisten Länder, mit denen ich korrespondiere, sind mit den Vorschlägen einverstanden. Aus einigen Ländern sind allerdings so viel Fragen vorgeschlagen worden, dass die Frauenkonferenz nicht 2 Tage, sondern 3 Monate beraten müsste, um eine gründliche Erledigung herbeizuführen. Persönlich bin ich der Ansicht, dass wir weise tun, nicht viel Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, aber die wenigen dafür gründlich zu erledigen. Den Vorschlag des ersten Punktes brauche ich wohl nicht näher zu begründen. Die praktische Bedeutung liegt auf der Hand. Die beiden andern Punkte gelten solchen Fragen, die augenblicklich und auch noch auf lange hinaus für die Genossinnen der meisten Länder im Vordergrund des Interesses und der praktischen Arbeit stehen. Für diese Arbeit gewisse allgemeine Richtlinien zu ziehen – ohne die verschieden gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu übersehen und zu schablonisieren –, müsste die Aufgabe der Konferenz sein. Der Austausch der Genossinnen über ihre bisherigen praktischen Erfahrungen bei der Arbeit für Frauenstimmrecht und Mutterchafts- wie Kinderfürsorge dürfte von großem Wert sein.

Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn sich die schwedischen Genossinnen durch Delegierte auf der Konferenz vertreten ließen und ihren dauernden wie regelmäßigen Anschluss an die Genossinnen der anderen Länder vollziehen würden. Der Anschluss ist bis jetzt möglichst einfach. Die erste internationale Frauenkonferenz hat mich als internationale Sekretärin eingesetzt und die „Gleichheit“ als Publikationsorgan, weil sie das sozialistische Frauenorgan ist, welches die weiteste internationale Verbreitung hat. Die Genossinnen des Landes,

6 Anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen vom 28. August bis 3. September 1910.



die Anschluss an die sozialistische Fraueninternationale wollen, haben nur das folgende zu tun: Sie müssen eine internationale Korrespondentin ernennen, welche mit mir korrespondiert. Die Form, in der das geschieht, ist ganz gleichgültig, die Korrespondentin kann Artikel, Notizen oder persönliche Informationsbriefe schicken, gedrucktes Material etc. Sie hat die Pflicht, über alles zu informieren, was sich auf die Organisierung, Schulung und Betätigung der sozialistischen Frauen ihres Landes bezieht; ferner was das Verständnis für den Stand und die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung dieses Landes fördert; endlich was zur Kenntnis der Lage der Arbeiterinnen der zivil- und staatsrechtlichen Stellung der Frau dient. Diese Einsendungen werden in der „Gleichheit“ veröffentlicht und, soweit der Titel nicht schon auf ihren internationalen Charakter hinweist, sind sie durch die Buchstaben I. K.: Internationale Korrespondenz gekennzeichnet. Die korrespondierenden Genossinnen erhalten die „Gleichheit“ in je 2 Exemplaren unentgeltlich und haben die Pflicht, die internationalen Korrespondenzen den Genossinnen ihres Landes zur Kenntnis zu bringen. Zur Frage der Korrespondenz will ich noch bemerken, dass längere Einsendungen als Artikel behandelt und honoriert werden. Bis jetzt stehen die Genossinnen folgender Länder durch Korrespondentinnen mit mir in regelmäßiger Verbindung: Österreich, Böhmen, die Schweiz, Holland, England, Finnland, Russland, Polen und die Vereinigten Staaten. Unregelmäßigere Beziehungen bestehen mit den Genossinnen von Dänemark, Belgien und Italien. Schon seit lange[m] habe ich danach getrachtet, in regelmäßige Verbindung mit den schwedischen und norwegischen Genossinnen zu kommen, bis jetzt hat das aber nicht recht gelingen wollen. Das liegt wohl daran, dass Genossin Dalström, mit der ich durch Vermittlung von Genossen Branting ab und zu korrespondierte, nur schwedisch schreibt und ich der schwedischen Sprache nicht kundig bin, hier aber am Orte keinen vertrauenswürdigen Übersetzer finden konnte. Als ich Ihre „Morgenbries“ erhielt mit der Einladung zum Tausch, war ich hochofrenut. Ich sah darin die erste Möglichkeit, zu einer regelrechten Verbindung zu kommen. Ich hoffe nun, werte Genossin, dass Sie mich auf Grund der vorstehenden Informationen in diesem meinen Bestreben unterstützen. Wenn es Ihnen nicht möglich sein sollte, eine deutschschreibende Korrespondentin ernennen zu können, wäre ich Ihnen schon dankbar, wenn Sie mich jedes Mal auf die Artikel aufmerksam machen, die zur Information über den Stand und den Charakter der sozialistischen Frauenbewegung in Schweden dienen können. Ich würde dann diese Artikel nach Berlin schicken und dort übersetzen lassen. Allerdings wären mir Originalkorrespondenzen lieber. Ich bemerke übrigens, dass es mir gleich ist, ob die Korrespondenzen deutsch, französisch oder englisch geschrieben werden, da ich die beiden letzten Sprachen la beherrsche. Wenn es Ihnen angenehmer ist, kann ich auch englisch oder französisch korrespondieren. So viel in Sachen der Internationale.

Nun zu dem übrigen Inhalt Ihres Briefes. Leider ist es mir augenblicklich nicht möglich, Ihnen den gewünschten Artikel zu schreiben. Dagegen lege ich Ihnen ei-

nen Überblick bei, welcher Sie über die Organisationsform der deutschen Genossinnen informiert. Es handelt sich dabei lediglich um die politische Organisation der Genossinnen. Sie ersehen aber aus dem Überblick, dass die Arbeiterinnen aller Berufe mit ihren Berufsgenossen zusammen in den Gewerkschaften organisiert sind. Am Schluss des letzten Geschäftsjahres für die sozialdemokratische Partei – Juni 1909 zählte man in Deutschland 62 259 weibliche Parteimitglieder. Der letzte vorliegende Bericht der Generalkommission<sup>7</sup> für das Jahr 1908 – der im Sommer 1909 erschienen ist – verzeichnet für die Gewerkschaften 138 443 weibliche Mitglieder. Eine ähnliche Rolle, die für die politisch organisierten Genossinnen das Frauenbüro spielt, liegt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen dem Arbeiterinnen-Sekretariat ob. Wie das Frauenbüro dem Parteivorstand untersteht, so untersteht das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der freien Gewerkschaften. Unsere Vertreterinnen im Frauenbüro sind die Genossinnen Zietz und Baader. Im Arbeiterinnensekretariat ist als Sekretärin Genossin Hanna tätig. Ihr steht eine Kommission von gewerkschaftlich führenden Genossinnen zur Seite, deren Seele Genossin Ihrer<sup>8</sup> ist, die überhaupt zu den ältesten und verdienstvollsten Genossinnen in Deutschland gehört. Von den gewerkschaftlich führenden Genossinnen seien noch die Genossinnen Tietz, Thiede und Altmann und vor allem Genossin Grünberg erwähnt, die Arbeitersekretärin in Nürnberg ist. Alle diese gewerkschaftlich tätigen Genossinnen arbeiten auch hervorragend für die politische Bewegung wie umgekehrt auch die politisch thätigen Genossinnen für die Gewerkschaften arbeiten. Im ganz besonderen gilt dies für die Genossin[en] Ihrer und Grünberg. Genossin Ihrer gehört überhaupt mit zu den Begründerinnen der sozialistischen Frauenbewegung und Genossin Grünberg zu den besten Trägerinnen der Bewegung in Süddeutschland. Genossin Grünberg hat auch die erste Anregung zu einer systematischen Agitations- und Organisationsarbeit unter den Dienstboten in ganz Deutschland gegeben. Ehe sie die Initiative zu der betreffenden Arbeit ergriffen, bestand wohl schon in Berlin ein Dienstbotenverein, er war jedoch von geringer Bedeutung. Die Dienstbotenbewegung in ganz Deutschland ist erst recht eigentlich durch Genossin Grünberg und die Frauenkonferenz zu Mannheim 1906 in Fluss gekommen. Im vorigen Jahre sind die lokalen Dienstbotenvereine zu einem Zentralverband der Hausangestellten zusammengeschlossen worden, welcher seinem Charakter nach eine freie Gewerkschaft ist und als solche der Generalkommission der Gewerkschaften angegliedert wurde.

In den nächsten Tagen werde ich Ihnen eine Reihe von Drucksachen senden, welche sie über den Charakter unserer Bewegung und ihre Entwicklung noch näher orientieren. Ich möchte Sie besonders auf den Bericht aufmerksam machen, den Sie in der Broschüre finden: „Berichte für die erste internationale sozialisti-

7 Generalkommission – Dachverband der freien Gewerkschaften Deutschlands.

8 Zu Emma Ihrer siehe Claudia von Géliou: „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will“. Emma Ihrer (1857-1911), in: JBzG, H. III/2007, S.92-104.

sche Frauenkonferenz“. Aus dieser Sammlung können Sie sich überhaupt auch über die Bewegung in anderen Ländern informieren. Besonders in Deutschland und Österreich hat sie sich seither sehr kräftig entwickelt, auch in Holland, der Schweiz und Finnland sind gute Fortschritte geschehen. In England leidet die sozialistische Frauenbewegung durch die Zersplitterung in vielen Organisationen und Richtungen.

Die „Gleichheit“ wird von der sozialdemokratischen Partei herausgegeben. Einige Gewerkschaften geben sie gratis als Nebenorgan ihren weiblichen Mitgliedern, wenn entweder Frau und Mann oder Schwester und Bruder der gleichen Organisation angehören. Die „Gleichheit“ hat über 80.000 Abonnenten, aber mindestens die doppelte Zahl Leser, da fast jede Nummer auch von dem Mann gelesen wird und vielfach auch mehrere Frauen zusammen das Blatt abonnieren. Der Preis beträgt 3,90 Mark jährlich bei Bezug unter Kreuzband für das Ausland, im Inland 2,60 Mark. Die letzten Jahre hat die „Gleichheit“ der Parteikasse ganz erhebliche Überschüsse geliefert, 13.000 Mark, 15.000 Mark etc. Der Überschuss wird dieses Jahr kleiner sein, weil die Zeitschrift erheblich vergrößert worden ist. Folgende Fragen stehen augenblicklich in dem Vordergrund des Interesses und der Arbeit der deutschen Genossinnen.

1. Der preußische Wahlrechtskampf, der gleichzeitig der Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht ist.

2. Die Reichsversicherungsordnung; mit anderen Worten: die Kranken- und Unfall- und Invalidenversicherung; die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen, mit anderen Worten: die Mutterschaftsfürsorge und die Hinterbliebenen-Versicherung.

3. Die Finanzreform mit den weiteren künstlichen Verteuerungen des Lebensunterhalts durch indirekte Steuern und Abgaben.

4. Die Durchführung und Erweiterung des gesetzlichen Kinderschutzes.

5. Die Durchführung und Weiterausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, inklusive den weiteren Ausbau der Fabrikinspektion und die Heranziehung von Arbeiterinnen zu denselben. Sowie endlich die Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für alle Mädchen bis zum 18. Jahre, des Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

6. Die Rechtsstellung und Betätigung der Frau auf kommunalem Gebiete.

Den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen stehen die deutschen Genossinnen prinzipiell und taktisch seit langen Jahren in reinlicher Scheidung gegenüber. Alle unsere Aktionen geschehen völlig selbständig und ohne Rücksicht auf die bürgerliche Frauenbewegung. Auch solche Forderungen, die den sozialistischen Frauen und den bürgerlichen Frauen gemeinsam sind, erheben und vertreten wir selbständig. Aus folgenden Gründen: die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen stecken auch ihre Reformforderungen nur selten so weit wie wir. Wollten wir mit ihnen zusammengehen, so müssten wir fast stets unsere eigenen Reformforderungen ab-

schweigen und herabsetzen. Des weiteren kämpfen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in der Regel nicht mit der gleichen Energie und Wucht wie wir für diese Forderungen. Endlich heben wir bei jeder Reformforderung scharf den prinzipiellen Unterschied hervor, der unsere Postulate wie unsere ganze Auffassung von der bürgerlichen Frauenbewegung scheidet.

Ich hoffe, werter Genossin, dass Sie sich nach diesen Angaben in Verbindung mit den noch folgenden Drucksachen ein Bild über unsere Bewegung machen können. Alles, was ich Ihnen hier übermittle, ist natürlich nur Rohmaterial, und ich bitte Sie dringend, es als solches zu betrachten und nicht unverarbeitet zu veröffentlichen. Ich muss noch hinzufügen, dass außer den Genossinnen Zietz und Baader noch die Genossinnen Duncker, Wengels, Wurm, Wackwitz, Selinger, Gewehr, Baumann und eine ganze Reihe anderer in der politischen Bewegung unter den Frauen hervorragend tätig sind. Dass ich selbst meinen Teil zu der allgemeinen Arbeit beitrage, wissen Sie, ebenso dass die Genossin Luxemburg innerhalb der gesamten Partei eine geistig führende Rolle spielt. In der sozialdemokratischen Frauenbewegung hat sie sich bis jetzt weniger betätigt, dafür hat sie um so eifriger in der sozialdemokratischen polnischen Bewegung innerhalb des deutschen Reichs gearbeitet, wie sie auch unstreitig das geistige Haupt der sozialdemokratischen Bewegung in Russisch-Polen ist, welche allerdings nur die eine sozialistische Fraktion dieses Landes repräsentiert.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, werter Genossin, wenn Sie mir bald in Bezug der internationalen Angelegenheit antworten wollten, vielleicht können Sie auch etwas tun, um die Verbindung mit den norwegischen Genossinnen herzustellen.

Mit besten Grüßen für Sie und die Genossinnen, wie für den Genossen Branting  
Ihre

Clara Zetkin

## V

Kopfbogen  
Die Gleichheit  
Zeitschrift für die Interessen  
der Arbeiterinnen

Wilhelmshöhe, 6. Juni 1910  
Post Degerloch bei Stuttgart

Werte Genossin Gustafson,

Sie haben gewiss meine verschiedenen Zusendungen erhalten und daraus die gewünschte Orientierung gewonnen.

Anbei übermittle ich Ihnen die Einladung zu der 8. internationalen sozialistischen Frauenkonferenz. Ich bitte Sie herzlich, sie so bald als möglich in der „Morgonbris“ zu veröffentlichen und zu veranlassen, dass sie auch in den übrigen Organen der schwedischen Arbeiterbewegung zum Abdruck kommt. Hoffentlich entschließen sich die schwedischen Genossinnen zur Beteiligung an der Konferenz. Es würde dies von großer Bedeutung sein und eines der wichtigsten Resultate der Tagung. Ich darf wohl um recht baldige Benachrichtigung bitten.

Des weiteren ersuche ich Sie um eine Gefälligkeit. Würden Sie die Güte haben, die beiliegende 2. Einladung den leitenden Genossinnen in Norwegen zuzustellen und sie in meinem Auftrag darum zu bitten, mir baldigst eine Adresse anzugeben, an welche ich weitere Zusendungen etc. gehen lassen kann. Im Interesse der Frauenkonferenz und der Bewegung überhaupt liegt mir sehr viel daran, dass auch die norwegischen Genossinnen an unserer Konferenz teilnehmen und mit dem internationalen Sekretariat in Verbindung treten.

Im voraus besten Dank für Ihre Bemühungen und freundliche Grüße Ihnen selbst, wie den Genossinnen und den mir bekannten Genossen

Ihre  
Clara Zetkin

## Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz.

Mit Zustimmung der Vertreterinnen der organisierten Genossinnen aller Länder, welche durch das Internationale Sekretariat Sozialistischer Frauen miteinander verbunden sind, beruft die Unterzeichnete hiermit die

**Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz**  
für den 26. und 27. August d. J. nach Kopenhagen ein.

Die Konferenz wird in dem Lokal tagen:

**Arbejdernes Forsamlingsbygning Jagtvej 69**

und Freitag den 26. August, vormittags 9 Uhr, eröffnet werden.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung der Konferenz.
2. Ausbau der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder.
3. Mittel und Wege der praktischen Arbeit zur Eroberung des allgemeinen Frauenwahlrechts.
4. Soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Die sozialistischen Partei- und Frauenorganisationen, wie alle Arbeiterinnenorganisationen, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, werden dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Die Zahl der Delegierten ist für keine Organisation beschränkt.

Anträge zur Tagesordnung sind bis spätestens 15. Juli an die Unterzeichnete einzusenden, damit sie rechtzeitig überseht und zur Kenntnis der korrespondierenden Organisationen gebracht werden können. Die Anmeldung der Delegierten und die Übermittlung von Berichten über den Stand der proletarischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern hat bis spätestens 1. August zu erfolgen. Die Berichte sollen möglichst in den drei Konferenzsprachen — deutsch, englisch, französisch — georudt herausgegeben und vor der Eröffnung der Verhandlungen verteilt werden.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz gut besetzt wird und erfolgreich das Werk prinzipieller Klärung und praktischer Arbeit fortzusetzen vermag, das die Erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz zu Stuttgart erfolgreich begonnen hat.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A. Klara Zetkin,  
Internationale Sekretärin der Genossinnen,  
Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

*Faksimile der Einladung zur 8. internationalen sozialistischen Frauenkonferenz*

## VI

Kopfbogen  
Die Gleichheit  
Zeitschrift für die Interessen  
der Arbeiterinnen

Wilhelmshöhe, 20. Januar 1911  
Post Degerloch bei Stuttgart

Liebe Genossin Dalström!<sup>9</sup>

Wie oft sind seit Kopenhagen<sup>10</sup> meine Gedanken bei Ihnen gewesen! Wie gern hätte ich gerade von Ihnen Nachrichten über die Entwicklung der Frauenbewegung in Schweden erhalten.

Ich kann jedoch begreifen, weshalb gerade Sie bei Ihrer aufreibenden Tätigkeit am letzten zum Schreiben kommen. Immerhin möchte ich Sie dringend bitten, zu veranlassen, dass – falls Sie selbst nicht schreiben können – eine Genossin beauftragt wird, regelmäßig mit mir zu korrespondieren und alles Wissenswerte über die Entwicklung und die Aktionen der schwedischen Schwestern zu melden. Ich habe verschiedenes, was mir wichtig schien, durch Übersendung von Drucksachen Genossin Gustafson<sup>11</sup> mitgeteilt. Da „Morgenbries“ in der Person des Genossen Jansson einen Mitarbeiter hat, nehme ich an, dass sie einen Artikel über Genossin Ihrer<sup>12</sup> erhalten hat. Die „Gleichheit“ hat ja Material dazu an die Hand gegeben und wird noch weiteres Material veröffentlichen.

Nun ein anderes, eine Bitte. Ich weiß nicht, ob Sie aus der „Gleichheit“ ersehen haben, dass am 19. März in Deutschland der erste sozialdemokratische Frauentag stattfindet, wie wir ihn in Kopenhagen beschlossen haben. Sie ersehen aus der beiliegenden Notiz, dass er in großzügiger Weise durchgeführt werden soll. Eine besondere Wahlrechtszeitung soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen. Die Herausgabe ist mir übertragen worden. Ich möchte dem Blatt einen internationalen Charakter geben. Daher sollen in ihm die sozialistischen Frauen aller Länder durch Beiträge ihrer Führerinnen vertreten sein. Ich möchte Sie daher herzlich bitten, einen kurzen Beitrag für dieses Blatt zu schreiben. Es wäre mir lieb, wenn der Artikel auch kurz sagte, wie es mit der Sache des Frauenwahlrechts in Schweden steht, wie sich die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie sich die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Frauenrechtlerin-

9 Kata Dalström: Geb. 18.12.1858, gest. 11.12.1923. Aktiv zunächst in bürgerlichen philanthropischen Organisationen. Ab 1893 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens. Eine der wichtigen Agitatoren während der ersten Jahrzehnte der Partei (ihre Agitationsreisen vor allem im nördlichen Schweden sind legendär). Gehörte dem linken Flügel der Partei an. Schloss sich der im Mai 1917 gebildeten Linkspartei Schwedens und nach 1919 der kommunistischen Partei an.

10 2. Sozialistische Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen.

11 Siehe Anm. 5.

12 Siehe Anm. 8.

nen zu der Forderung des allgemeinen Wahlrechts stellen. Zusammen mit der Bekundung der internationalen Solidarität würde das unsere Agitation sehr wirksam unterstützen. Die Nummer soll ja zeigen, nicht bloß warum wir das Frauenwahlrecht fordern, sondern auch, dass in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige Macht ist, die mit Treue und Ernst für das Recht der Frauen eintritt. Dieser Nachweis würde natürlich um so wirksamer sein, wenn er durch die Beiträge der Genossinnen anderer Länder unterstützt wird. Für den Fall, dass es Ihnen nicht möglich wäre, den Artikel schicken zu können, haben Sie wohl die Güte, eine andere autorisierte Genossin zu beauftragen, im Namen der schwedischen Genossinnen einen kurzen schvesterlichen Gruß zu senden. Der Artikel muss bis zum 15. Februar in meinen Händen sein und darf nicht länger als 3 Seiten Manuskript werden. Es versteht sich, dass er auch englisch oder französisch geschrieben sein kann, wenn das Ihnen oder der betreffenden Genossin bequemer ist.

Mit herzlichem Dank im voraus grüßt Sie in großer Sympathie und Verehrung  
Ihre  
Clara Zetkin

## VII

Kopfbogen  
Die Gleichheit  
Zeitschrift für die Interessen  
der Arbeiterinnen  
Wilhelmshöhe, 28. März 14.

Werte Genossin Lindhagen<sup>13</sup>,

Vielen Dank Für Ihre Benachrichtigung. Leider kam sie für Nummer 14 zu spät, wird aber bestimmt in Nummer 15 erscheinen. Ich hoffe, dass bis dahin auch ein Bericht aus Amerika vorliegt. Der Frauentag ist überall ein voller Erfolg gewesen. Sie werden das nötige darüber in der „Gleichheit“ lesen. Nun eine wichtige Angelegenheit, die in Verbindung mit der Sitzung des vorbereitenden Komitees der Internationalen Konferenz steht.<sup>14</sup>

13 Anna Lindhagen: Geb. 7.4.1870, gest. 15.5.1941. Büroangestellte. 1892-1902 Sekretärin der Friedensvereinigung der Frauen Schwedens. 1902-1916 Sekretärin, zweite Vorsitzende und dann Vorsitzende der Stockholmer Vereinigung für das Wahlrecht der Frauen. 1905-1912 zweite Vorsitzende und Vorsitzende des radikalen Frauenvereins. Ab 1909 Vorstandsmitglied des Ortsvereins Stockholm des Sozialdemokratischen Frauenverbands Schwedens. 1911-19(16) Redakteurin der Zeitung des Verbands „Morgonbris“ und Vorstandsmitglied im Frauenverband 1920-1928. Ab 1919 im Vorstand des Internationalen Frauenverbands für Frieden und Freiheit. Aktiv in verschiedenen Hilfsorganisationen (für Belgien im Ersten Weltkrieg, für russische Flüchtlinge ab 1918, für deutsche Flüchtlinge nach 1933). 1911-1923 im Stadtrat von Stockholm. Verschiedene kommunale Funktionen, u. a. im Schul- und sozialen Bereich.



Die Anwesenheit einer skandinavischen Genossin bei dieser Sitzung wäre sehr wichtig. Am Tag nach der Sitzung, am 21. April, soll eine große Demonstrationsversammlung der Frauen stattfinden, die dem Weltfrieden und der internationalen Solidarität gilt. Bei dieser Versammlung sollen die ausländischen Genossinnen im Namen der sozialistischen Frauen ihrer Länder ganz kurze Ansprachen halten. Es wäre sehr gut, wenn dabei auch eine Ansprache im Namen der schwedischen oder skandinavischen Genossinnen nicht fehlte. Schließlich könnte die Ansprache auch durch eine Adresse ersetzt werden, die aber bis spätestens 17. April in meinen Händen sein müsste. Wir müssen allerdings damit rechnen, dass die Polizei den ausländischen Genossinnen das Reden verbietet, ja vielleicht in letzter Stunde die ganze Veranstaltung vereitelt. Aber dann ist die agitatorische Wirkung nicht geringer, und wir veröffentlichen dann alle Ansprachen, Adressen etc. in einer kleinen Broschüre. Ich muss Sie um vertrauliche Behandlung der Sache bitten. Es darf nichts davon in die Öffentlichkeit kommen, damit nicht von vornherein die Polizei die Sache unmöglich macht.

Bitte, werte Genossin, tun Sie was Sie können, damit bei dieser Friedensdemonstration der Frauen auch die schwedischen bzw. skandinavischen Genossinnen nicht fehlen.

Mit besten Grüßen

Clara Zetkin

14 Es geht um die Vorbereitung des in Wien im August geplanten ordentlichen Kongresses der Sozialistischen Internationale, der aufgrund des Krieges nicht mehr stattfand.

# Zwei Reden im Württembergischen Landtag 1919 und 1920<sup>1</sup>

## **Für die Demokratie der Habenichtse und Ausgebeuteten. Rede am 25. September 1919**

*(Landtags)Präsident:* Wir treten ein in unsere Tagesordnung. Einziger Gegenstand derselben ist: Dritte Beratung des Entwurfs eines Verfassungsgesetzes, betr. einige Änderungen der Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 20. Mai 1919.

Ich eröffne zunächst die Generaldebatte und erteile das Wort der Frau Abg. Zetkin.

*Zetkin:* Meine Damen und Herren! Wir lehnen auf das entschiedenste ab, uns irgendwie zu solidarisieren mit Feiern, die der Absicht, dem Zwecke dienen, die neue zu verabschiedende Verfassung in Zusammenhang zu bringen mit der Verfassung, die vor hundert Jahren ins Leben gerufen worden ist. Unseres Erachtens ist solches Bemühen, einen inneren Zusammenhang zwischen den beiden Verfassungen herbeizuführen, sachlich, innerlich unwahr und außerdem geschmacklos. (Bewegung)

Die Verfassung, die vor hundert Jahren ins Leben gerufen worden ist und an die wir heute erinnert werden, war ganz anderen Wesens als die neue Verfassung. Die alte Verfassung war ein Pakt zwischen dem Monarchen und dem, was er auf Grund seiner Auffassung als „sein“ Volk zu betrachten pflegte. Die neue Verfassung dagegen steht im schärfsten Gegensatz zu dieser monarchischen Auffassung. Sie ist die Besiegelung des Sieges der Bourgeoisie über die alte Monarchie, sie ist das Kind der Revolution und der Straße, ebenso wie die Regierung des Augenblicks das Kind der Revolution und der Straße ist. Wenn man sich jetzt so krampfhaft bemüht, die zu verabschiedende Verfassung in den Schatten der alten Verfassung zu rücken, so erinnert das bedenklich an das Bemühen – wie soll ich sagen? – die uneheliche Geburt der neuen Verfassung vergessen zu machen. (Lachen) Es erinnert bedenklich an das Gebaren eines Parvenu, der sich auf echtestem Eselsleder einen Stammbaum aufmalen und seine Abstammung von einem alten, ungewaschenen, ungekämmten bärenhäuternden Raubritter bestätigen läßt und der in der Diele seines Hauses modernsten Stils eine Galerie seiner Ahnen aufstellt und womöglich eine alte verrostete Ritterrüstung. (Heiterkeit)

Aber die Berufung auf die alte Verfassung hat noch eine ernste Seite. Indem in diesem Augenblick die alte Verfassung gepriesen, in inneren Zusammenhang ge-

1 Siehe den Beitrag von Ulla Plener, 2. Teil, in diesem Band.

setzt wird mit der neuen Verfassung – was geschieht? Es wird das Regime verherrlicht, dem wir es verdanken, dass das deutsche Volk in den Weltkrieg und in seinen jetzigen Zusammenbruch geführt worden ist. Denn alle die Enthüllungen der letzten Zeit haben eines bestätigt – was allerdings jeder kundige Thebaner schon lange wusste: welch gerüttelt und geschüttelt Maß der Schuld das alte Regime an dem Ausbruch des Weltkrieges und an dem Zusammenbruch Deutschlands trägt. Ohne die Herrschaft des Junkertums, ohne das selbstherrliche Regiment, ohne die entscheidende Rolle der Generalität und des Obersten Hauptquartiers wären die schauerlichen Ereignisse, wäre diese Politik unmöglich gewesen, die uns Millionen unserer besten, unserer kräftigsten Leute auf dem Feld draußen gekostet, die uns Millionen Sieche und Kranke geschaffen und eine materielle und moralische Last auferlegt hat, von der das deutsche Volk nicht weiß, wie es sie tragen soll. In diesem Zusammenhang der Dinge wäre es klüger, von der Verherrlichung des alten Regimes abzusehen.

Aber wir versagen auch der neuen Verfassung unsere Zustimmung: der der Reichsverfassung „angeglichenen“ Verfassung, wie wir sie bereits früher der „unangeglichenen“ Verfassung versagt haben. Warum das? Vor 50 Jahren wäre diese Verfassung unzweifelhaft ein großer Fortschritt gewesen. In der geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der alten feudalen Gesellschaft, zwischen dem bürgerlichen Staate und dem feudalen, absoluten Staate wäre eine Verfassung der Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus unzweifelhaft ein Vorwärts gewesen. Aber die Weltgeschichte ist seither nicht stillgestanden. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Generalauseinandersetzung mit der feudalen Gesellschaft, mit dem absoluten Staat, sondern mit dem Weltkrieg hat die Generalauseinandersetzung, hat die große geschichtliche Abrechnung zwischen Kapital und Arbeit begonnen. Deshalb hat die Demokratie, hat der Parlamentarismus geschichtlich andere Bedeutung erlangt. Aus Mitteln des Fortschritts, die sich gegen die Vergangenheit kehrten, haben sie sich verwandelt in Werkzeuge, in Kampforgane der besitzenden Klasse, der Bourgeoisie gegen das Proletariat, gegen die empörende Masse der Besitzlosen und Ausgebeuteten. Demokratie und Parlamentarismus haben ihr Wesen geschichtlich verändert. Aus Organen des Bürgertums im Kampfe gegen Junkertum, gegen die absolute Monarchie, gegen alle Gewalten der feudalen Vergangenheit sind sie geworden zu Kampforganen gegen die Zukunft, zu Kampforganen gegen die Massen, die aus der Nacht und Not ihrer Masselage empordrängen in das volle Licht der Freiheit, der Kultur. Wir vermögen der Verfassung, die das zum Ausdruck bringt, nicht beizustimmen. Die Demokratie hat sich entpuppt als die bürgerliche Demokratie, und dieser formalen bürgerlichen Demokratie wollen wir in der Verfassung die proletarische Demokratie entgegengesetzt haben. Der Demokratie der Besitzenden und Ausbeutenden stellen wir als Ziel entgegen die Demokratie der Habenichtse und der Ausgebeuteten. Diese Demokratie wird nicht gewährleistet durch eine Verfassung des bürgerli-

chen Parlamentarismus, sondern einzig und allein durch eine Räteverfassung. (Rufe: Oh!)

Die Verfassung beruht nicht auf dem Rätegedanken, auf dem Gedanken der reinen Räteherrschaft, und damit hat sie darauf verzichtet, der politische Machtapparat zu sein, der notwendig ist, damit das Proletariat zu wirklicher, voller Demokratie emporsteigt.

Aber in der Verfassung ist auch nicht ausgesprochen worden das, was Kern und Stern der Revolution ausmacht, die in Fluss gekommen ist. Nämlich das grundsätzliche Recht der Gesellschaft auf Überführung aller großen Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in allgemeines Eigentum. Was in der Verfassung über die Sozialisierung gesagt, niedergelegt worden ist, das besagt alles und besagt nichts, das ist der reine Kautschuk, das entbehrt jeglichen realen, bestimmten, politischen Sinnes.

Und wie damit durch die Verfassung den breitesten Massen vorenthalten worden ist ihr Eigentum an den großen Produktionsmitteln des Lebensunterhaltes und der Kultur, wie ihnen vorenthalten ist die Freiheit der Arbeit, die Freiheit des Brotes, die allein die sichere Grundlage ist für volle politische, für die geistige Freiheit, so gewährleistet auch nicht diese Verfassung den breitesten Massen das unverfälschte, kräftige, gesunde Brot des Geistes. Diese Verfassung hat das Recht des Volkes auf eine freie, auf eine gleiche, einheitliche und weltliche Bildung ausgeliefert durch das Schulkompromiss. Das Schulkompromiss, das nicht bestimmt worden ist durch die höchste Achtung vor der Religion, sondern das nichts ist als die Frucht der Furcht vor der politischen Macht des Zentrums. Auch das ist ein Grund, weshalb diese Verfassung für uns unannehmbar ist. Diese Verfassung trägt in allen ihren wesentlichen Zügen das Kennzeichen der ausgesprochenen, der reinen Bourgeoisieherrschaft, trotz des freiesten Wahlrechts der Welt, dessen man sich rühmt. Diese Verfassung ist ins Leben getreten Schritt für Schritt, begleitet von der Verleugnung, der Zertrümmerung all der gesetzlichen, persönlichen, politischen Rechte, die in ihr festgelegt worden sind. Die Schaffung der Verfassung ist begleitet worden von der Knebelung der Pressfreiheit, der Gewerbefreiheit, von der Zertrümmerung des Versammlungsrechts, sogar von der Einengung der Wahlfreiheit, der Wahlagitation. Neben dem freiesten Wahlrecht ist der Galgen eines Polizeigesetzes aufgerichtet worden, das der Regierung volle Freiheit gibt, jederzeit alle in der Verfassung festgelegten politischen und persönlichen Rechte abzuschaffen und außer Kraft zu setzen.

Die Regierung beruft sich für diese Praxis der Verfassung darauf, dass sie sich gegenüber den Angriffen von rechts und von links in einer Notlage befindet, dass sie im Interesse der Mehrheit handle. Schön, lassen wir das gelten. Im Kriege gilt Kriegsgebrauch. Trotzdem fällt manches auf. Zunächst, dass sich die brutale Praxis und die brutale Politik der Regierung einseitig nach links richtet und nicht nach rechts. Ein Beispiel: Am 15. September sollen trotz der „freiesten Verfassung“ die Unteroffiziere aus Ludwigsburg in Stuttgart nach ihrer Gesinnung aus-

geforscht und befragt worden sein, ob sie im Falle von Hungerrevolten in einem oder zwei Monaten auch treu zur Regierung stehen würden! – Wir haben aber noch anderes erlebt: Anfangs Juni fand in Tübingen eine große öffentliche Studentenversammlung statt. Es wurde dort bekanntgegeben, dass es verboten sein sollte, die Sicherheitskompanien ausschließlich aus Studenten zusammenzusetzen. Da wurde von Studenten unter stürmischem Beifall erklärt: „Noske kann beschließen und anordnen, was er will; wir sind nicht von Noske abhängig, sondern Noske ist von uns abhängig.“ Redner betonten, dass die studentischen Sicherheitskompanien nicht hinter der Regierung stehen, sondern für das Land eintreten. Und mehr noch: Diese Auffassung wurde zum Beschluss erhoben. Es wurde ausdrücklich in aller Form abgelehnt, dass die Sicherheitskompanien der Studenten hinter der Regierung stehen würden. Trotzdem haben wir nicht das geringste davon gehört, dass die Regierung irgendwie gegen die Studentenschaft und ihre Sicherheitskompanien eingeschritten sei. Das gehört zu dem Bilde des Ganzen!

Wir sind deshalb bass erstaunt, dass die Rechte es für notwendig findet, bei jeder Gelegenheit die neue Verfassung und die Regierung, die sich auf sie beruft, mit ihrer Opposition und mit ihrem Widerstand zu berennen. Diese Regierung kann dem opponierenden Konservativismus jederzeit mit Gretchen sagen: „Du böser Mann, ich habe doch so viel für Dich getan, dass mir zu tun fast nichts mehr übrigbleibt.“ (Heiterkeit) Ja mehr. Der Regierung bleibt gar nichts mehr zu tun übrig. Sie hat alle Machtmittel für die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung eingesetzt, sie hat alle Machtmittel restlos, skrupellos aufgeboten, um der Weiterentwicklung der Dinge im Sinne der Revolution und zu dem Ziele der Revolution – der Beseitigung des Kapitalismus und der Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats – entgegenzutreten.

Die Verfassung, die von der Regierung angeblich im Interesse der Demokratie geschützt wird, erhält sich nur dank der ausgesprochen brutalen, äußeren, militärischen Gewalt. Keine großen, tragenden geschichtlichen Ideale stehen hinter ihr. Weder die feste, geschlossene Ideologie, wie sie die Leute von der Rechten haben, noch die geschlossene große Ideologie von tragender Kraft, wie sie von der äußersten Linken verteidigt wird. Die bürgerliche Demokratie hat sich demaskiert, hat sich enthüllt nicht als die eine, reine Demokratie (Unruhe – Glocke des Präsidenten), sondern als die Gewaltherrschaft, als die Diktatur der Besitzenden. (Unruhe)

Diese Demokratie ist eine Herrschaft der Gewalt. Eine Verfassung, die sich mit solcher Praxis verträgt, meine Damen und Herren, die ist für das Proletariat schlechterdings unannehmbar. Wir wissen, dass wir uns in diesem Augenblick damit abfinden müssen, wissen, dass alle Machtmittel, alle Mücken und Tücken der Bourgeoisie gegen uns gebraucht werden. Wogegen wir uns jedoch wehren, das ist, dass diese Macht uns als Recht heilig und unantastbar sein soll. Wir beanspruchen, wir verteidigen nach wie vor, mit oder ohne Verfassung, das Recht, unsere Auffassung zur Massenerkenntnis zu machen, damit diese Massenerkennt-

nis Massenwille wird und eines Tages Massentat, die eine wirkliche neue, die den Zeitumständen entsprechende Räteverfassung schafft. Dafür arbeiten und kämpfen wir. Wir weisen jede Beteiligung an der Verherrlichung der alten und der neuen Verfassung zurück. Wir sagen: Lasst die Toten ihre Toten begraben! Es lebe die künftige Räteverfassung! (Ironisches Bravo – Glocke des Präsidenten.)

Verhandlungen der verfassungsgebenden Landesversammlung bzw. des Landtages des freien Volksstaates Württemberg in den Jahren 1919 und 1920. Amtlich herausgegeben, Protokoll Bd. 2 (13. Juni - 20. November 1919), Stuttgart 1920, S. 1270/1271.

### **Für die Aufnahme der Beziehungen zur russischen Sowjet-Republik. Rede am 10. März 1920**

*(Landtags)Präsident:* Wir gehen über zum Gegenstand: Anfrage der Abg. Hornung und Gen. an das Staatsministerium, betreffend die Aufnahme der Beziehungen zur russischen Sowjet-Republik. Ich bitte den Herrn Staatspräsidenten, sich darüber zu äußern, ob er bereit ist, diese Anfrage zu beantworten und wann?

*Staatspräsident Bloss:* Ich bin bereit, sie sofort zu beantworten.

*Präsident:* Dann treten wir in die Erledigung des Gegenstandes ein. Zur Begründung der Anfrage hat das Wort die Frau Abg. Zetkin.

*Zetkin:* Meine Damen und Herren, unser Antrag verkennt nicht etwa die Tatsache, dass die württembergische Regierung und die württembergische Landesversammlung nicht das letzte entscheidene Wort über die Auslandspolitik des Deutschen Reiches zu sprechen haben. Aber er geht von der Auffassung aus, dass immerhin auch die württembergische Regierung und die württembergische Volksvertretung ein gewichtiges Wort mitsprechen kann für die Gestaltung der Auslandsbeziehungen des Deutschen Reiches im allgemeinen und insbesondere über seine Beziehungen zu der russischen Sowjet-Republik. Unseres Dafürhaltens ist es die höchste Zeit, dass die deutsche Reichsregierung endlich einmal Schluss macht mit jener Politik der gepanzerten Faust gegen Russland und der Politik des Samtpfötchens, des demütigen Bittens und Bettelns vor dem Ententeimperialismus. Schon nach der Revolution wäre es unserer Meinung nach eine der ersten Pflichten der Reichsregierung gewesen, ein Freundschaftsbündnis des revolutionären Deutschland mit dem revolutionären Russland zu schließen. Eine der letzten Handlungen der alten Regierung war gewesen, den diplomatischen Vertreter Russlands aus Deutschland auszuweisen. Die Begründung dafür war, dass von dem russischen Botschafter angeblich politische Agitation in Deutschland betrieben wurde. Diese Begründung stand unserer Meinung den Regierenden einer Partei nicht an, die

seinerzeit Mitglieder ihres Vorstands in das Ausland geschickt hatte – in die Schweiz, nach Holland, nach Schweden, nach Dänemark –, um dort für die Kriegspolitik des alten Regimes Stimmung zu machen und Agitation zu treiben. Ich erinnere an die Tatsache, dass Mitglieder des deutschen Sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Schweiz die Genossen aufgefordert haben, das Weißbuch der deutschen Regierung zur Agitation zu verbreiten.

Wir sind der Meinung, dass schon unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution eine entschieden östlich orientierte Auslandspolitik hätte einsetzen müssen. Allerdings: eine solche Politik hätte eine revolutionäre, eine ausgesprochene sozialistische Politik sein müssen, und es ist begreiflich, dass eine Regierung davor zurückgeschreckt ist, die ihre Hauptaufgabe nicht darin erblickt, den Kapitalismus zu beseitigen, der kapitalistischen Klassenherrschaft ein Ende zu machen, sondern umgekehrt die erschütterte kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft in neuen politischen Formen, mit neuem rechtlichen Schmuck verbrämt, wieder zu befestigen.

Wir stehen nun der Tatsache gegenüber, dass die gekennzeichnete Politik je länger je mehr verhängnisvoll auf die Entwicklung in Deutschland selbst zurückwirkt. Deutschland ist politisch und wirtschaftlich infolge des Krieges und seines Ausgangs derart isoliert, dass es sich wahrhaftig nicht länger den Luxus, den verderblichen Luxus gestatten darf, auf gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland zu verzichten. Die deutsche Wirtschaft braucht Russland sowohl als Absatzgebiet für die Waren, wie auch als Bezugsgebiet für Rohstoffe der verschiedenen Art. Russland kann auch einen großen Teil der qualifizierten, der technisch und kaufmännisch geschulten Arbeitskräfte aufnehmen, die bei dem augenblicklichen Stand der Wirtschaft in Deutschland voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus keine Beschäftigung finden können. Russland bietet für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der Zukunft weit andere Möglichkeiten – man darf fast sagen: unbegrenzte Möglichkeiten –, als bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Vereinigten Staaten und andere Länder es tun. Es scheint aber, dass man in der deutschen Regierung noch immer mehr Hoffnung setzt auf Hilfe, die dem deutschen Kapitalismus durch Finanzierung seitens des Ententekapitalismus, des internationalen Kapitalismus gewährt werden könnte, als auf die guten bürgerlichen Beziehungen zu Russland.

Wir unsererseits erwarten nichts von der wirtschaftlichen, der finanziellen Hilfe der Ententeimperialisten für Deutschland. Wir sind überzeugt, dass, wenn diese Hilfe überhaupt gewährt wird, dies nur zu dem Zwecke geschieht, Deutschland in eine ergiebige Ausbeutungsdomäne für den Ententekapitalismus zu verwandeln. Das Deutsche Reich soll gewissermaßen in die Werkstube der Heimarbeit für die ausbeutenden Kapitalisten der Ententeländer verwandelt werden. Die deutschen Kapitalisten sollen in der Rolle der Zwischenmeister die Möglichkeit erhalten, zu ihrem eigenen Vorteil wie zur Bereicherung der Ententeimperialisten die breitesten Massen des werktätigen Volks in Stadt und Land in der härtesten Weise auszubeuten. Wir sind der Ansicht, dass die Interessen, sowohl die wirtschaftlichen

wie die politischen Interessen Deutschlands in entscheidender Weise weit weniger militärisch am Rhein verteidigt werden können, als dass sie vielmehr in Moskau und in Berlin durch die Herbeiführung guter Beziehungen zwischen Russland und Deutschland geschützt werden müssen.

Es müsste zu denken geben, dass der Ententeimperialismus in eifrigster Weise bestrebt ist, wieder in gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland zu treten. Die Kapitalisten der Ententeländer wetteifern förmlich miteinander, um sich in Russland neue Ausbeutungssphären erschließen zu können. Gewiss: Die Regierungen der Ententemächte lehnen einstweilen noch offizielle Beziehungen zu der Sowjet-Regierung ab. Allein sie tun es mit jener gewissen Geste, die der Dichter Heinrich Heine in den Versen charakterisiert hat: „Blamier` mich nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht unter den Linden, wenn wir allein zu Hause sind, wird sich schon alles finden.“ Sie sind ganz bereit, wenn es sein muss, sich auch mit der Bolschewisten-Regierung zu verständigen, vorausgesetzt, dass dadurch Ausbeutungs- und Herrschaftsmöglichkeiten für den Ententeimperialismus geschaffen werden. Letzten Endes steht die Wirtschaftspolitik, steht auch die sogenannte große Politik des Kapitalismus stets im Zeichen jenes Ausspruchs der alten seefahrenden Holländer, die erklärten: „Meine Herren machen selbst mit dem Teufel Handelsgeschäfte, wenn der Teufel nur gute Remissen zahlt.“ Sobald der bolschewistische Teufel in Russland den Herren Kapitalisten der Ententeländer gute Remissen, gute Geschäfte verspricht, werden sie sich auch mit ihm verbünden. Wie die Dinge liegen, ist Aussicht vorhanden, dass die Ententeimperialisten und ihre Regierungen für die wirtschaftliche und politische Annäherung an Russland Deutschland den Rang ablaufen werden. Die deutsche Wirtschaft wird infolge der verkehrten Politik der Reichsregierung zu kurz kommen.

Es wird vielleicht gegen unsere Forderung guter Beziehungen zur Sowjet-Republik eingewendet werden, ihre Verwirklichung gehe nicht an. Eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sei unmöglich, solange die bolschewistische Regierung, die revolutionäre Regierung, am Ruder sei. Aber, meine Damen und Herren, haben wir nicht auch in Deutschland Regierungen, die aus der Revolution geboren sind? Keine einzige der Regierungen, die in Deutschland jetzt am Ruder sind, ist durch Übereinkommen, durch schieflich-friedliche Verständigung mit den gestürzten Regierungen an die Leitung gelangt, sondern durch die Macht der Revolution.

Man redet von dem „roten Terror“, der ein Zusammengehen mit dem „Bolschewismus“ unmöglich mache. Der rote Terror in Russland war nur die Antwort auf den weißen Terror der Gegenrevolutionäre im Lande, der Gegenrevolutionäre an den Grenzen. Er hat überdies bei weitem nicht so viel gesündigt, er hat bei weitem nicht so viel Schrecken und Greul auf seiner Schuldseite stehen, wie der weiße Terror. Uns in Deutschland ziemt es wahrhaftig nicht, naserümpfend, vom hohen Ross herab, über den Terror in Russland zu reden. Leben wir doch in einem Lande, in dem im vorigen Jahre in den revolutionären Kämpfen 15 000 Proleta-



rier erschlagen worden sind (Unruhe); wir, die wir in einem Lande leben, wo der gegenrevolutionäre militaristisch-monarchistische Klüngel eine Rosa Luxemburg, einen Karl Liebknecht und viele andere morden lassen konnte, ohne dass die Mörderbande bis heute die entsprechende Strafe getroffen hätte, wir sind nicht berechtigt, über den „Terror“ in Russland zu Gericht zu sitzen.

Man wird vielleicht auch gegen unsere Forderung darauf hinweisen, dass die Wirtschaft Russlands viel zu zerrüttet sei, als dass die deutsche Wirtschaft sich eine nennenswerte Förderung von einer Verbindung mit ihr versprechen könne. Wir dürfen über die Lage der russischen Wirtschaft nicht den Lügen, nicht den Märchen glauben, die in der gegenrevolutionären Presse erzählt werden. Gewiss, es würde der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wenn man behaupten wollte, dass sich die Wirtschaft Russlands jetzt in einem blühenden Zustand befinde. Die Wirtschaft Russlands ist zerrüttet, sie liegt blutend am Boden. Aber ich frage Sie: Gilt das gleiche nicht auch von der Wirtschaft in anderen Ländern? Ist nicht auch die Wirtschaft in Deutschland, in Frankreich, ist nicht auch die Wirtschaft in den anderen siegreichen Ententeländern mehr oder weniger zerrüttet?

In Russland erweist sich die Zerrüttung der Wirtschaft in der Hauptsache als Erbschaft des Zarismus, als die Erbschaft des Krieges, als die Erbschaft des Kapitalismus. Aber mehr und mehr erholt sich die Wirtschaft, sie wird auf sozialistischer Grundlage neu aufgebaut. Wenn dabei Fehler unterlaufen, wenn noch vielfach experimentiert wird, wenn Anordnungen getroffen werden, die sich angesichts der Tatsächlichkeit nicht behaupten lassen, die durch andere Maßnahmen verbessert werden müssen, so liegt das im Wesen jeder geschichtlichen Entwicklung. Die Praxis ist und bleibt die große Lehrmeisterin. Es ist so, dass nicht allein vom grünen Tisch aus aufgebaut werden kann, sondern dass vom grünen Tisch aus wohl allgemeine Richtlinien aufgezeigt werden können, dass jedoch die Durchführung im einzelnen, die Anwendung der Theorie die Sache der Praxis ist.

Was erzählt worden ist von der Einführung des Arbeitszwangs in Russland, von der Einführung des Zwölfstundentags, trifft nicht zu. Arbeitszwang gewiss, er ist von der Räterepublik eingeführt worden. Aber nur für diejenigen, die bis jetzt arbeitslos von der Ausbeutung fremder Arbeit gelebt haben. Der Zwölfstundentag ist den Arbeitern und Angestellten nicht aufgezwungen worden. Dagegen wurde eine Einrichtung geschaffen, die geradezu mustergültig und beispielgebend ist: Seit dem Mai letzten Jahres werden in Russland die sogenannten kommunistischen Samstage durchgeführt. Sämtliche Mitglieder der kommunistischen Partei sind verpflichtet, Samstags nachmittags unentgeltlich notwendige Mehrarbeit zu leisten. (Hört, hört!) Der moralische Appell, die Aufforderung zur unentgeltlichen Leistung von Mehrarbeit für den gesellschaftlichen Bedarf hat sich außerordentlich bewährt. Nicht nur, dass die Mitglieder der kommunistischen Partei freiwillig, ohne Entschädigung, die Mehrarbeit verrichten, auch die Arbeiter außerhalb der kommunistischen Partei sind von dem Beispiel ergriffen worden und drängen in breiten Massen dazu, dem guten Beispiel zu folgen. (Bravo! im Zentrum und

rechts) Hier haben wir ein geschichtliches Beispiel vor uns, größten Stils, wie unberechtigt die Ängste sind, dass die Arbeitspflicht bloß durch die kapitalistische Peitsche erzwungen, dass nur durch sie die Arbeitsleistung gehoben werden könne. Nein, hier zeigte sich, dass die Arbeitslust in höchstem Maße durch die sozialistische Überzeugung, durch die Rücksicht auf das Allgemeinwohl gefördert wurde. Selbstverständlich dank einer Bedingung: dass die Produktion, dass die Wirtschaft nicht mehr unter dem Zwang der kapitalistischen Ausbeutung steht, dass die Mehrarbeit nicht dem Zwecke dient, einzelne Unternehmer oder kleine Gruppen der Gesellschaft zu bereichern, sondern dass die Mehrleistung der Allgemeinheit zugute kommt.

Genosse Lenin, der so viel Verlästerte, hat die Auffassung vertreten, dass die Leistung unentgeltlicher Mehrarbeit, wie sie das gesellschaftliche Interesse fordert, geradezu der Prüfstein dafür ist, ob jemand tatsächlich zu Recht ein Mitglied der bolschewistischen Partei, ein Anhänger des Kommunismus ist oder nicht. Er spricht die Ehre, sich Kommunist zu nennen, jedem ab, der sich weigert, freiwillig im Interesse der Gesamtheit die notwendige Arbeit zu leisten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass enge, gute wirtschaftliche und politische Beziehungen mit einem Lande, das unter den größten Schwierigkeiten in der Entwicklung voranstürmt, von größtem Vorteil für das deutsche Volk sein werden (sehr richtig! auf der äußersten Linken), für das deutsche Volk der Arbeit. Sie sagen vielleicht, die Notwendigkeit zwingt uns, die Beziehungen mit Russland wieder aufzunehmen, obgleich Russland bolschewistisch ist. Wir dagegen sagen Ihnen: Wir wollen die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Russland, gerade weil Russland bolschewistisch ist. Wir wollen engste Verbindung mit der Räte-Republik, weil Russland ein gewaltiger Anschauungsunterricht der Tatsachen ist, wie ein großes Volk der Arbeit begriffen ist, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, seine Kraft bis zum letzten daran zu setzen, eine neue, eine höhere Gesellschaftsordnung aufzubauen. Davon erwarten wir eine starke Rückwirkung auf das Emporbühen der deutschen Wirtschaft, der deutschen Politik, der deutschen Kultur. Was wir fordern, ist nicht eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in dem Sinne der alten zünftigen Diplomatie und des kapitalistischen Handels. Nein, es ist mehr. Wir verlangen die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland im Sinne eines großen Wirtschafts-, eines großen Kulturbundes, eines Bruderbundes zwischen zwei Völkern der Arbeit, die von der Überzeugung getragen sind, dass sie den Kapitalismus zu vernichten und eine neue Gesellschaft aufzurichten haben. Eine Gesellschaft, neu nicht nur in den wirtschaftlichen Grundlagen, eine Gesellschaft auch neu und höher in ihrer Politik und in ihrer Moral. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung bzw. des Landtages des freien Volksstaates Württemberg in den Jahren 1919 und 1920. Amtlich herausgegeben, Protokoll, Bd. 3, Stuttgart 1920, S. 1792-1795.

## **Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917. Mathilde Wibaut zur Antwort, September 1922<sup>1</sup>**

Mathilde Wibauts „Offener Brief“ an mich in „Het Volk“ und „De Proletarische Vrouw“ ist in Folge meines längeren Aufenthalts in Moskau erheblich verspätet zu meiner Kenntnis gelangt. Es ist keineswegs sein sachlicher Inhalt, der mich zu einer Antwort veranlaßt. Denn dieser unterscheidet sich in seinem Wesenskern in nichts von den Falschurteilen, die über den Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre und meine Stellungnahme dazu gefällt worden sind.

Es ist nicht meine Absicht, mich mit den Gründen und Untergründen der Falschurteile auseinanderzusetzen, von denen manche unbewußt unrichtig und ehrlich gemeint sind, die weitaus meisten jedoch ganz bewußt verlogen, vergiftete Waffen des politischen Kampfes und deshalb auch mit persönlichen Verunglimpfungen verbunden. Ich lege Falschurteile, Verunglimpfungen „zu dem Übrigen“, mit dem sich heute jeder abfinden muß, der im Kampfe für die proletarische Revolution gegen die Welt der Bourgeoisie und ihre freundnachbarlichen reformistischen Helfer im Lager der Arbeiterklasse steht. Was mich im Falle des „Offenen Briefes“ zu einer Ausnahme von der Regel bestimmt, ist neben der persönlichen Wertschätzung und Sympathie, die ich Mathilde Wibaut ungeachtet aller Meinungsgegensätze bewahrt habe, dieser Umstand: Der „Offene Brief“ zeigt deutlich den Wandel der Auffassung oder richtiger die herausgearbeitete, bewußt gewordene Auffassung der sozialistischen Frauenbewegung Hollands. Zusammen mit der Antwort darauf läßt er die grundsätzlichen Gegensätze hervortreten, die sie von uns Kommunisten trennen. Ad usum delphini, zu Nutz und Frommen des vermeintlich guten Zwecks, und um mich um so unwiderruflicher verdammen zu können, hat Mathilde Wibaut nach des alttestamentarischen Herrgotts Vorbild frei aus dem Handgelenk zwei Clara Zetkin geschaffen: Eine milde, philosophisch

1 Vom 8. Juni bis 7. August 1922 fand in Moskau der Prozess gegen 47 führende Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre statt. Ihnen wurde vorgeworfen, unterstützt von kapitalistischen Regierungen, darunter Frankreichs und der Tschechoslowakei, Terror- und Sabotageakte gegen die Sowjetmacht verübt zu haben. Vom Gericht wurden Gefängnisstrafen verhängt und 12 Todesurteile gesprochen, die später in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden. Am 29. Juli hielt Clara Zetkin im Auftrag der Kommunistischen Internationale (KI) vor dem Gericht die Anklagerede. Ihr vollständiger Wortlaut wurde 1922 in einer Broschüre veröffentlicht. (Siehe Clara Zetkin: Wir klagen an! Ein Beitrag zum Prozess der Sozialrevolutionäre, Hamburg 1922, 94 S.) Eine Kurzfassung der Rede brachten die „Internationale Presse-Korrespondenz“ der KI am 2. August 1922 und die Berliner „Rote Fahne“ am 3. August 1922 (Morgen-Ausgabe). So bekam die internationale Öffentlichkeit Kenntnis von ihrem Inhalt. Am 16. September 1922 erschien in der Frauenzeitung der niederländischen Sozialdemokratinnen „De Proletarische Vrouw“ („Die proletarische Frau“) der am 22. August 1922 von der Parteizeitung „Het Volk“ („Das Volk“) veröffentlichte Offene Brief von Mathilde Wibaut (1862-1952) an Clara Zetkin, der sich auf deren Rede gegen die Sozialrevolutionäre bezog. Er wurde – zusammen mit der Antwort Zetkins – im Heft 7/8 der Zeitschrift „Die Kommunistische Fraueninternationale“, herausgegeben von der KI unter Leitung von Clara Zetkin, veröffentlicht. Mathilde Wibaut war 1908-1935 Vorsitzende des Bundes der sozialistischen Frauenvereine der Niederlande.

denkende Clara Zetkin mit größtem, duldsamem Verständnis für Meinungsunterschiede; eine andere Clara Zetkin, eine finstere, beschränkte, nichts begreifende und unbegreifliche Fanatikerin, ohne Selbständigkeit des Denkens und Handelns, ein blindes Werkzeug der moskowitzischen „Götter, die dürsten“, dürsten nach Blut. Die zweite Clara Zetkin hat offenbar vergessen, daß sie einmal die erste Clara Zetkin gewesen ist, denn wie anders sonst wäre ein solcher Bruch, ein so unversöhnlicher Gegensatz zwischen Vergangenheit und Gegenwart möglich?

Ich habe Mathilde Wibaut zur persönlichen Seite der Sache dieses zu sagen: Meine politische Gegenwart ist die konsequente Entwicklung meiner politischen Vergangenheit, ist fest verwurzelte, betätigte Überzeugung, entsprechend den geschichtlich gegebenen Umständen. Meine Überzeugung kennt heute wie vor mehr als 40 Jahren nur ein Willensziel: die soziale Revolution, die allein den leiber- und seelenmordenden Kapitalismus niederzwingt und den Boden für einen Gesellschaftsbau freilegt, in dem voll und harmonisch entfaltetes Menschentum für alle wohnen kann. Diesem Willensziel diene ich gemäß der Erkenntnisse über die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage, die ich dem Marxismus verdanke, diene ich mit den Methoden und Mitteln des Kampfes, die mir unseres Altmeisters Forschungsmethode erscheinen läßt als die einzig zweckmäßige und erfolgreiche, ja als die einzig mögliche zur Überwindung der schmutz- und bluttriefenden Herrschaft des verfallenden, gewalttätigen imperialistischen Kapitalismus. Das Urteil über meine politische Gegenwart erwarte ich ruhig von einer Zeit, in der das Proletariat durch weitere bitterste Erfahrungen von allen Illusionen über den alleinseligmachenden Zauber der bürgerlichen Demokratie, den väterlich erziehenden Segnungen der Koalitionsregierungen und ähnlichem gefährlichen Schwindel aufs Gründlichste geheilt, seine Sklavendemut vor der „Überlegenheit“ der Bourgeoisie und seinen Kleinglauben in die eigene Kraft ablegt und mit kühnem Entschluß durch die Aufrichtung seiner Diktatur die Bahn für die sozialistische Demokratie, den Kommunismus freilegt.

Als unverdient und unrichtig weise ich das Lob zurück, das Mathilde Wibaut so reichlich meiner Vergangenheit spendet. Ich habe nie zu den berufs- und sportmäßigen Rittern der „Meinungsfreiheit“ gehört, die Narrenfreiheit für Meinungen begehrten, die meiner Überzeugung nach die Sache der sozialen Revolution und folglich die Sache des Proletariats schädigen müssen. Gewiß: Ich habe nie politische Meinungen zum alleinigen Maßstab des persönlichen Wertes gemacht, Meinungsunterschiede sind nie die Grundlage meiner persönlichen, menschlichen Einschätzung Einzelner gewesen und meiner Beziehungen zu ihnen. Jedoch habe ich nie das Verständnis für andere politische Meinungen aufgefaßt als Versicherungsschein, „alles zu verzeihen“, d. h. alles als sakrosankt geschehen zu lassen, vielmehr als die Verpflichtung, um so besser gerüstet, um so schärfer und wirksamer gegnerische, feindliche Meinungen zu bekämpfen. Mathilde Wibaut frage die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, deren gefühlsseliges Geschwafel von der einen großen Schwesternschaft ich unbarmherzig zerfetzte, um die Proletarierinnen, die

proletarische Frauenbewegung von dem Flugsand der „Demokratie“ auf den Felsenrund des Klassengegensatzes zu stellen, die sozialdemokratischen Parteiführer in Belgien, Holland und Österreich, die aus plattesten Opportunitätsrücksichten den Kampf für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf Skt. Nimmerlein vertagen wollten; die sogenannten „konstruktiven“ Sozialisten und Sozialistinnen in England, die den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht, für das Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts, ablehnten, um sich fanatisch für ein reaktionäres, beschränktes Damenwahlrecht zu begeistern; die Opportunisten und Reformisten jeder Spielart, die bereits vor dem Ausbruch des imperialistischen Raubkrieges darauf ausgingen, den revolutionären Sozialismus zu entmannen und zu bürgerlich-demokratischer Reformerei zu erniedrigen. Sie alle pflegten unter den Hieben meiner Klinge gerade nicht rühmend von meiner Duldsamkeit und meinem Verständnis für andere Meinungen zu reden. Hingegen zeterten und wetterten sie um so mehr über meinen „Fanatismus“ und meine „Dogmenbeschränktheit“, kurz über all die Laster, die Mathilde Wibaut heute an mir so schmerzlich berühren. So schmerzlich, daß sie die innere Einheit zwischen dem Einst und [dem] Jetzt übersieht: Kampf gegen jedes Paktieren mit bürgerlichen Auffassungen, Kampf für die befreiende proletarische Revolution.

Zu Unrecht beschwört Mathilde Wibaut als Zeugnis meiner entschwundenen Tugend den Gruß herauf, den die Berner Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1915 auf meinen Antrag hin an den Kongreß der bürgerlichen pazifistischen Frauenrechtlerinnen im Haag richtete. Dieser Gruß wurde wahrhaftig nicht dadurch veranlaßt, daß ich, in einem vorzeitigen Anfall von Altersschwäche, die Meinungsfreiheit anbetend, für den bürgerlichen Pazifismus geschwärmt hätte. Er hatte seinen Grund in sehr nüchternen politischen Erwägungen, von denen ich meinte, daß sie jeder leidlich politisch Denkende verstehen würde. Erstens kam es mir darauf an, eine breite kraftvolle Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg und seine sozialpatriotischen Helfershelfer aller Nationen zu schaffen, die unter dem Vorwand, das Vaterland verteidigen zu müssen, das Proletariat als Kanonenfutter an die Bourgeoisie auslieferten und den internationalen Sozialismus verrieten. Die Eingliederung der pazifistischen Frauenrechtlerinnen in die Front der Kriegsfeinde schien mir zwiefacher Gewinn: Stärkung unserer revolutionären Kampfesfront – unter den gegebenen Umständen mußte eine wirkliche, starke, rücksichtslose Massenbewegung gegen den Krieg zwangsläufig revolutionären Charakter annehmen und in die Revolution umschlagen – und Schwächung der Bourgeoisie durch Erregung von Zwiespalt in deren eigenen Reihen. Ich gestehe es offen, ich hätte damals nicht nur pazifistische Frauenrechtlerinnen, ich hätte den Teufel selbst freundlich, herzlich begrüßt, würde ich die geringste Aussicht gehabt haben, daß dieser mächtige und geistreiche alte Herr helfen würde, die Hindenburg und Joffre, die Scheidemann, Vandervelde, Renaudel und tutti quanti Sozialpatrioten durch die Revolution fortzufegen. Zweitens

hatten frauenrechtlerische Pazifistinnen im Kampfe gegen den Krieg eine Überzeugungstreue, einen opferbereiten und hingebungsvollen Mut, hatten politische Eigenschaften bewiesen, die jene schwankenden, wankenden, führenden Sozialisten tief beschämten, die im kleinen Kreise „Vertrauter“ vernichtende, schärfste Kritik an den Tat- und Unterlassungssünden der Sozialpatrioten übten und ihre eigene revolutionäre Gesinnung wortreich beteuerten, aber damals nicht den Kampf gegen den Krieg und Verrat in der Öffentlichkeit wagten. Das wohlverdiente Lob der pazifistischen Frauenrechtlerinnen begriff also Tadel und Vorwärtspeitschen ängstlicher und schwächlicher sozialistischer Kriegsgegner in sich; allerdings verlorene Liebesmüh, wie das weitere Verhalten dieser Genossen gezeigt hat, die sich in der Folgezeit überwiegend in der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ und wesenverwandten Parteien sammelten, deren Wahlspruch der Vers blieb, mit dem der deutsche Satiriker ähnliche Helden charakterisierte: „Ich flieh, um später noch zu fliehen.“ In meiner Befürwortung des Antrags habe ich denn auch unseren grundsätzlichen Gegensatz zu Pazifismus und die politischen Gründe der Begrüßung unterstrichen, und diese selbst wies auf den bestehenden prinzipiellen Meinungsunterschied hin.

Mathilde Wibaut ist erstaunt, mich im Lager der Bolschewiki zu finden, während ich mich doch auf der Berner Frauenkonferenz „aus sozialistischen Gründen gegen die Leninisten kehrte“.<sup>2</sup> Es waren keineswegs „sozialistische Gründe“, die den damaligen Gegensatz bedingten, sondern lediglich Gründe der Strategie. Vollständige Einigkeit bestand in der grundsätzlichen Auffassung, daß der Kampf für den Frieden den Weg freilegen soll für den schärfsten revolutionären Klassenkampf des Proletariats, für die soziale Revolution. Die bolschewistischen Vertreterinnen forderten, daß die „Erklärung“ der internationalen Frauenkonferenz darüber hinaus Zweierlei enthalten müsse. Erstens die Ansage unerbittlichen Kampfes gegen die Sozialpatrioten aller Länder. Zweitens die Aufforderung zum Kampf für unser Ziel auch mit illegalen Mitteln und bis in die Schützengräben hinein. Ich vertrat die Auffassung, daß beide Forderungen platte Selbstverständlichkeiten enthielten, daß es aber unklug sein würde, in der „Erklärung“ das Selbstverständliche auszusprechen. Unter den vorliegenden Verhältnissen werde die sichere Folge davon sein eine Sprengung der internationalen Kampffront der Genossinnen in den einzelnen Ländern, die völlige Knebelung und Erdrosselung unserer Aktion durch den Terror der Behörden und ihrer bürgerlichen wie proletarischen Hilfstruppen und damit eine Hinderung und Schwächung unseres Anlaufs, eine Massenbewegung zu schaffen. So fest ich mich durch die grundsätzliche Einstellung mit den russischen Kommunisten verbunden weiß, ich würde heute die gleiche strategische Ansicht verteidigen, wenn die Umstände genau so wie damals gelagert wären. Übrigens könnte ich trotz des unwesentlichen Gegensatzes vom März 1915 heute zu den „Leninisten“ stehen.

2 Siehe den Beitrag von Eckhard Müller in diesem Band.

Warum müßte ausgerechnet auch ich zu jenen gehören, die aus dem Erleben des imperialistischen Weltkriegs und der begonnenen proletarischen Weltrevolution nichts, aber rein nichts gelernt haben als das Dogma von der unbefleckten bürgerlichen Demokratie und der zu verfluchenden Diktatur des Proletariats?

Es dünkte mir unvermeidlich, auf dieses Nebensächliche und Vergangene einzugehen, weil es kennzeichnend ist für Mathilde Wibauts Auffassung und die Art ihrer Auseinandersetzung darüber. Nun zur Hauptsache.

Den Kern des „Offenen Briefes“ könnte ich mit dieser Erklärung abtun: Ich habe niemals und nirgends den Tod der angeklagten Sozialrevolutionäre gefordert. Um Unklarheit[en] und Auslegungskünsten vorzubeugen, muß ich jedoch dieser Feststellung das Folgende hinzufügen. Meine Stellungnahme ist durch politische Gründe bestimmt, die mir gewichtig erscheinen, und nicht etwa durch meine grundsätzliche Verwerfung der Todesstrafe und jene gefühlsmäßigen Argumente, mit denen heute in überschwenglichem Maße Leute hausieren gehen, die seit Kriegsausbruch sämtliche Grundsätze und Forderungen des sozialdemokratischen Programms mit Füßen getreten haben, ohne dabei eine Spur von Gefühl und Gewissenskämpfen zu beweisen. Ich habe nachdrücklichst das Recht und die Pflicht des Obersten Revolutionsgerichts vertreten, mit aller Kraft und Gerechtigkeit in aufgezwungener Notwehr die mit unerhörten Blutopfern und Leiden errungene und verteidigte Sowjetordnung der russischen Arbeiter und Bauern wider Gegenrevolutionäre zu schützen, die als Avantgarde der Weltbourgeoisie die Räterepublik zu vernichten streben, und die um so gefährlicher sind, als sie ihre bürgerlichen Ziele mit dem Ruhm der Vergangenheit und dem Zauber des Namens decken. Ich begreife es, daß unter den Umständen, unter denen der russische Arbeiter- und Bauernstaat um seine Behauptung und Entwicklung, um seine nackte Existenz kämpfen muß, daß angesichts der konkreten Rechtslage das Oberste Revolutionsgericht Todesurteile fällen mußte. Ich begreife es, daß die Sowjetregierung beschloß, die gefällten Todesurteile nicht vollstrecken zu lassen, jedoch, der harten Notwendigkeit gehorchend, die Verurteilten als Geiseln zu behalten. Ich stehe deshalb in fester Solidarität zu beiden Entscheidungen, nach reiflicher Überlegung und im vollen, klaren Bewußtsein ihrer politischen und persönlichen Konsequenzen.

Was Mathilde Wibaut über den Prozeß und die Entscheidungen schreibt, legt mir Fausts gerührten Ausruf über Gretchens Psychologie auf die Zunge oder richtiger unter die Feder: „Du ahnungsloser Engel Du.“ In der Tat! Die Verfasserin des „Offenen Briefes“ darf es nicht als Kränkung ihrer Person und als Überhebung und Schulmeisterei meinerseits empfinden, wenn ich ihr antworte, daß ihr das Wesen des politischen Prozesses fremd und unverständlich geblieben ist und daß sie die Geschichte der russischen Revolution nicht kennt. Ihr ist der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eine moralische Angelegenheit, ein Rechtshandel, bei dem über Gut und Böse, Tugend und Laster nach einem abstrakten Gerechtigkeitsprinzip entschieden werden müßte. Als Prozeßstoff sieht sie nur „Meinungsunterschiede“ zwischen den Bolschewiki und [den] Sozialrevolutionären.

Ein politischer Prozeß ist jedoch keine moralische, keine juristische Angelegenheit, sondern ein politischer Handel, bei dem es nicht um abstrakte Prinzipien geht, vielmehr letzten Endes stets um reale politische Macht. Ein politischer Prozeß ist in revolutionären Zeitläufen politischer Kampf, Kampf um die Revolution, für die Revolution oder gegen die Revolution selbst. Solange noch nicht der voll erblühte Kommunismus die Klassengesellschaft mit ihrer Barbarei vollständig ausgetilgt haben wird, so lange Klassenscheidungen und Klassengegensätze bestehen, wird auch das Recht eine politische Kampfeswaffe und der politische Prozeß ein politischer Kampfesakt sein. Im Verlauf einer Revolution, und bis die von ihr geschaffene neue Ordnung sich befestigt hat, gegen jede Gefahr des Überfalls und der Vernichtung durch die Gegenrevolution geschützt ist, wird ein politischer Prozeß nichts anderes sein als eine Fortsetzung des Bürgerkriegs der Klassen auf anderem Gebiet und mit anderen Mitteln.

Deshalb ist es durchaus ungeschichtlich und muß zu Falschurteilen führen, wenn man einen politischen Prozeß und insbesondere einen politischen Prozeß in Revolutionszeiten, seinen Charakter, seinen Verlauf, seine Urteile an der Elle des gewöhnlichen Rechtshandels mißt. Ein solcher Prozeß kann nur richtig beurteilt werden nach dem geschichtlichen Boden, auf dem er entstanden ist, aus dem geschichtlichen Milieu, in dem er heranreifte, nach der Rolle, die er im Kampf der Klassen, im Bürgerkrieg spielt. Man mag ein noch so überzeugter, grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe sein, bei politischen Prozessen in Zeiten der proletarischen Revolution und unter der proletarischen Diktatur wird man sich auch mit Todesurteilen abfinden müssen, und wenn das Herz noch so laut, so rebellisch dagegen aufschreit, und wenn man lieber selbst zehnfachen Todes sterben würde, als ein einziges anderes Menschenleben vorzeitig, bewußt und gewollt ausgelöscht zu sehen.

À la guerre, comme à la guerre! Im Kriege gilt Kriegsrecht! Ein grausames, ein barbarisches Recht, aber das Recht und Gebot der Notwehr einer unterdrückt gewordenen und sich befreienden Klasse, die sich nicht wieder in Knechtschaft zurückzwingen lassen will. Gewalt wider Gewalt! Die gegenrevolutionäre Gewalt, die an die Wiederherstellung der bürgerlichen Klassenherrschaft gesetzt wird, kann nur durch die revolutionäre Gewalt des Proletariats gebrochen werden. Die Revolution schafft ihr eigenes Recht, dessen oberstes Gesetz lautet: Sicherstellung der Errungenschaften der Revolution zum Zwecke der Weiterentwicklung der neuen sozialen Ordnung, darum Unschädlichmachung und Entmutigung der Feinde, die diese Errungenschaften in Gefahr bringen.

Ins Politische übersetzt hat das Bibelwort seine Gültigkeit: „Es ist besser, ein Mensch sterbe, denn daß das ganze Volk verderbe.“ Der über Einzelne verhängte Tod ist gewiß furchtbar, entsetzlich, aber er kann Hunderte, Tausende davor bewahren, von der Gegenrevolution gemeuchelt und erschlagen zu werden, im Bürgerkrieg zu fallen, er kann Millionen davor schützen, unter wiederaufgerichteter Knechtschaft zu verkümmern. Schlimmes kann Schlimmeres abwenden. Das



Recht der Revolution steht über dem Wünschen und Wollen, über Leben und Sterben Einzelner, denn es begreift in sich freies Menschentum. Schillers Verse bleiben wahr: „Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, wenn Mensch dem Menschen gegenübersteht... Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben.“

Das trifft nicht bloß zu für die Eroberung der Freiheit im revolutionären Kampf, sondern nicht minder für ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Die proletarische Klassenjustiz und ihre Urteile empfangen ihre geschichtliche Berechtigung als Akte unvermeidlicher Notwehr durch das große Ziel, dem sie dienen. Dieses Ziel allein kann sie vor unserem sich aufbäumenden menschlichen Empfinden entschützen, kann ertragen lassen, was ohne dieses Ziel unerträglich wäre.

Alle diese Voraussetzungen sind für den Prozeß und die Verurteilung der russischen Sozialrevolutionäre gegeben. Wie denn liegen die Dinge? Die Sozialrevolutionäre waren von der März- bis [zur] Novemberrevolution 1917<sup>3</sup> zusammen mit anderen kleinbürgerlichen sozialistischen Parteien politisch ausschlaggebende Macht, sie wurden regierende Partei. Im Namen der „Demokratie“ teilten sie und diese Parteien die politische Macht mit der Bourgeoisie, was darauf hinauslief, daß sie dieser die Macht auslieferten und im Bunde mit der Bourgeoisie eine durch und durch bürgerliche Politik trieben. Den Schrei der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen nach Frieden beantworteten sie als Bundesbrüder der russischen Imperialisten und als gehorsame Diener der Entente mit der Fortsetzung des Krieges „bis zum Siege“ und der Juni-Offensive, einer Mischung von Verbrechen und Torheit. Sie, die Bauernpartei par excellence, blieben den landhungrigen Mushiks die versprochene Agrarreform schuldig und ließen dafür die Bauern niedermetzeln, die aus eigenem [Antrieb an] eine Grund- und Bodenverteilung gingen. Für die darbenenden, ausgeschundenen Industrieproletarier hatten sie statt der bescheidensten sozialen Reformen härteste Zwangsmaßnahmen, für die kriegsmüden Soldaten die Wiedereinführung der alten zaristischen Disziplin, die die Revolution zerstört hatte, das Standrecht, das Vorwärtstreiben an der Front mit Maschinengewehren.

Im Namen der Demokratie lieferten die Sozialrevolutionäre alle politischen und persönlichen Freiheiten und Rechte des bürgerlichen Staats an die Gegenrevolution aus. Preß-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit bestanden zur Zeit ihrer Macht nur auf dem Papier. Unter der Maske der Demokratie triumphierte die Diktatur der Bourgeoisie, und die Dinge spitzten sich rasch so weit zu, daß diese Diktatur auch formell ihre Sanktion erhalten sollte; unentschieden war nur noch, ob in Gestalt eines Diktators in bunter, glitzernder Militäruniform oder aber eines Diktators im schlichten schwarzen Bürgerrock.

In diesem kritischen Augenblick richtete sich die Revolution rasselnd und reißig in die Höh. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen donnerten mit ge-

3 März- bis Novemberrevolution 1917. Nach damals in Russland gültigem Kalender Februar- bis Oktoberrevolution.

waltiger Stimme den Sozialrevolutionären, ihren sozialdemokratischen und bürgerlichen Bundesgenossen und ihrer Politik zu: „Gewogen und zu leicht befunden“. Mit starker Faust stürzten sie die verräterische Kerenskiregierung und vollbrachten weit Größeres, Tieferumwühlendes, Weitertragendes als die Einsetzung einer neuen Regierung. Sie schufen eine neue Staatsordnung, die Räterepublik, und richteten zu ihrem Schutz und ihrer Weiterentwicklung zur kommunistischen Gesellschaft die proletarische Diktatur auf.

Alle Macht den Räten der Arbeiter, Bauern und Soldaten, das war die Losung, unter der der Petrograder Sowjet in Vertretung aller Räte des Reichs der Kerenskiregierung und mit ihr den Sozialrevolutionären die Staatsgewalt entriß. Diese Losung begriff die Forderungen in sich: das Land den Bauern, die Fabrik den Arbeitern. Die Sowjetordnung wurde – wie die eingesetzte provisorische Räteregierung – von einem allrussischen Sowjetkongreß in aller Form bestätigt. Es war kein Zweifel, daß die große Mehrheit des politisch erwachten und aktiven Teils der russischen Arbeiter und Bauern hinter der Entscheidung stand und die Sowjetordnung trug. Das ist sinnfällig bewiesen worden durch die Jahre des blutigen Bürgerkriegs und die opferreichen Kämpfe an den Fronten mit den vereinigten russischen und ausländischen Gegenrevolutionären.

Die russischen Sozialrevolutionäre suchen, ihren Kampf gegen die Sowjetmacht und Sowjetordnung durch die Berufung auf die „Demokratie“ zu rechtfertigen. Wäre es nicht elementare Pflicht des „Prinzips“ gewesen, zu dem sie sich bekennen, sich der unzweideutigen Willensbekundung der Volksmehrheit zu unterwerfen? Doch Prinzip war den Sozialrevolutionären Prinzip, und Macht war ihnen Macht. Es ging ihnen um realere Dinge als um das demokratische Prinzip: um den Besitz der Staatsgewalt. Es ging ihnen auch um größere Dinge als um den Sturz einer verhaßteren Regierung: um die Vernichtung einer verhaßten Staatsordnung. Es ging ihnen letzten Endes – bewußt oder unbewußt – um die Macht, die Herrschaftsstellung der Bourgeoisie.

Die Sozialrevolutionäre nahmen den Kampf gegen die Sowjetordnung und Sowjetregierung auf; nahmen ihn auf mit allen Mitteln, auch den gewalttätigsten. Jedoch nicht das alles ist es, wessen wir Kommunisten die Sozialrevolutionäre anklagen. Wir anerkennen das Recht einer Minderheit, unter bestimmten geschichtlichen Umständen mit allen ihr verfügbaren und zweckdienlich erscheinenden Mitteln für ihre Überzeugung zu kämpfen. Was den Kampf der Sozialrevolutionäre zum unverzeihlichen Verbrechen macht, das ist sein Ziel. Dieser Kampf ist gegen die Revolution gerichtet. Er soll die proletarische Revolution zurückwerfen und zu einer bürgerlichen Revolution verkrüppeln. Unter der gleißenden, trügerischen Fahne der Demokratie soll er die Diktatur des Proletariats vernichten und würde damit unvermeidlich die Diktatur der Bourgeoisie wieder aufrichten, die Revolution ihres sozialen Charakters und ihres sozialen Gehalts berauben und die Erfüllung ihrer erhabenen geschichtlichen Aufgabe vereiteln: den Sozialismus, den Kommunismus zu verwirklichen.

Mathilde Wibaut, die doch sonst so viel Sinn für geschichtliche Zusammenhänge hat, deutet mit keiner Silbe den gewaltigen unüberbrückbaren Gegensatz an, der Gegenstand, Kardinalpunkt des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre war.

In diesem Prozeß stand nicht Meinung gegen Meinung, Partei gegen Partei, in ihm stand Klasse gegen Klasse, hie Bourgeoisie, hie Proletariat. Zwischen den Klassen aber, die im Prozeß miteinander rangen, war das Kampfesobjekt dieses: Für die Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie, d. h. heutigentags die kaum verkappte Diktatur der besitzenden und ausbeutenden Minderheit zum Zweck der Verewigung ihrer Klassenherrschaft über die ungeheure Mehrheit der Habenichtse und Wenigbesitzenden. Für das Proletariat die offene Aufrichtung seiner Diktatur als unvermeidliches Mittel, die Klassengewalt der Bourgeoisie zu vernichten, als unvermeidliche Übergangsstufe zu dem Ziele, jede Klassenherrschaft und Klassenausbeutung unmöglich zu machen und den Boden freizulegen für den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft Gleichverpflichteter, Gleichberechtigter und Gleichgewichteter. Die Sozialrevolutionäre traten also keineswegs als modernisierte Kopien des Marquis Posa vor den als „Sowjettyrannen“ wiederauferstandenen Philipp II. mit dem bescheidenen Flehen auf: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Das Ziel ihres Kampfes ist sehr konkreter und durch und durch reaktionärer Natur.

Es wird auch Mathilde Wibauts Geheimnis bleiben, wie sich mit Kurare vergiftete Attentatskugeln und Brückensprengungen mit von der Entente geliefertem Dynamit in geistige Waffen verwandeln, die Meinungsunterschiede überwinden sollen. Die dummen Teufel der Bolschewiki, der russischen Arbeiter und Bauern verstanden jedenfalls die in solcher Sprache zu ihnen redenden sozialrevolutionäre Menschlichkeit und Meinungsfreiheit nicht, als sie auf Gewalt mit Gewalt antworteten, um zu erhalten, was ihnen teurer war als ihr Leben: die proletarisch-bäuerliche Staatsmacht, die Sowjetordnung.

Die harmlose Auseinandersetzung zwischen „Gruppen“ wegen „Meinungsverschiedenheiten“, die Mathilde Wibaut sieht, war in Wirklichkeit ein Ringen auf Tod und Leben zwischen Revolution und Gegenrevolution, war der Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie, mit all seinen Furchtbarkeiten.

Und wie stets bisher in der Geschichte, so war es auch in Sowjetrußland nicht die sich revolutionär emporreckende siegreiche Klasse der Unterdrückten, die den Bürgerkrieg begann. Es war die Klasse der Nutznießer der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und Bauern, die das tat, um alten Vorteil und altes Vorrecht zurückzuerobern. Die aus der Macht verjagten Sozialrevolutionäre stellten ihr die wertvollsten Kampfestruppen. Sie waren die stärkste, erfahrenste, der Sowjetordnung gefährlichste Partei, auf die sich die Gegenrevolution stützte. Der Kampf der Sozialrevolutionäre zur Zerschmetterung der Sowjetmacht und Sowjetordnung hat die blutigsten, opferschwersten Kapitel des Bürgerkriegs geschrieben. An seinem Anfang steht unmittelbar nach der Machtergreifung der

Sowjets Gotzens<sup>4</sup> Wallfahrt zu dem zaristischen General Krasnow in Gatschina, um ihn zu überreden, die revolutionären Proletarier und Soldaten in Petrograd mit militärischer Gewalt niederzuschlagen. Bis in die jüngste Zeit hinein haben führende Sozialrevolutionäre, haben die Kerenski, Sensinow, Tschernow und andere hervorragende Persönlichkeiten der Partei von Ententeregierungen, insbesondere von der Regierung Frankreichs und der Tschechoslowakei, Subventionen für den Kampf gegen den Arbeiter- und Bauernstaat mit allen Mitteln der Tücke und Gewalt empfangen; haben sie zu dem gleichen Zweck Gelder von ehemaligen Generälen und anderen Würdenträgern des Zarismus, von der weißgardistischen russischen Bourgeoisie genommen; hat das sozialrevolutionäre „Administrative Zentrum“ zu Paris von der französischen Regierung unterstützte und bezahlte politische und militärische Spitzel und Agenten nach Sowjet-Rußland und in die Randstaaten geschickt. Für all das sind die unumstößlichen Beweise schwarz auf weiß vorhanden.

Zwischen diesen harten Tatsachen stehen wesensgleiche Äußerungen sozialrevolutionärer „Meinungsverschiedenheiten“. Es sei Einiges davon angeführt. Der für den Tag des Zusammentritts der Konstituante vorbereitete Aufstand mit bewaffneter Hand, der nur unterblieb, weil die Arbeiter und Soldaten Petrograds die einleitende Straßendemonstration als Fastnachtsnarretei verlachten. Die Bemühungen, das deutsche Heer zum Vormarsch gegen Petrograd zu veranlassen. Die dauernden Komplote mit den Vertretern, Agenten und Spionen der Entente, um deren Intervention herbeizuführen. Die Anzettelung von Verschwörungen und die Entfesselung von Aufständen im Bündnis mit allen Mächten der Gegenrevolution, mit reaktionärsten Bourgeoisieorganisationen, zaristischen Offizieren, den Ententeimperialisten – und mit dem Geld dieser Mächte. Die Organisierung von Attentaten gegen die besten revolutionären Führer des Arbeiter- und Bauernstaats und von Sprengkolonnen, die Züge vernichteten mit Rotarmisten, mit Munition, mit Lebensmitteln für die hungernden Industrieproletarier, mit Verwundeten. Das Bündnis mit den tschechoslowakischen Legionären, die, über den Stand der Dinge belogen und betrogen, als Landsknechte der Entente an der Wolga und in Sibirien wie der Teufel hausten. Mit den Bajonetten der Tschechoslowaken und der finanziellen und militärischen Hilfe der Entente die Aufrichtung von „konstitutionellen Staaten“ in Nord- und Südrußland, wie in Sibirien, „Bürgen der Demokratie“, wo die Bolschewiki, die Anhänger der Sowjetregimes mit skrupellosester Gewalt unterdrückt und in Massen gemordet wurden. Der Aufstand in Kronstadt, der die Räterepublik tief erschütterte.

4 Gotz – richtig: Goz, Abram Rafailowitsch (1882-1940), gehörte zu den Führern der Partei der Sozialrevolutionäre, war nach der Oktoberrevolution aktiv gegen die Sowjetmacht, im Prozess gegen die Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilt, dieses Urteil wurde aber nicht vollstreckt und 1924 in fünf Jahre Gefängnishaft umgewandelt; nach Verbüßung der Strafe mehrfach Repressionen unterworfen; am 25. Juni 1939 zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt; starb 1940 im Lager.

Gewiß: Wir alle schauern entsetzt bei der Vorstellung, daß Menschenblut von Menschenhand vergossen wird. Allein, haben die ganz Gemütvollen und ganz Grundsatzfesten, die sich schützend vor die angeklagten Sozialrevolutionäre stellen, je der Ströme von Blut gedacht, die diese vergossen haben, für die sie verantwortlich sind? Diese Ströme gehen über Sowjet-Rußlands Grenzen hinaus. Sie haben in Finnland, in den Ostseeländern, in der Ukraine den Boden gefärbt, wo freiheitssehnüchtige Arbeiter und Bauern von den Bourgeois und Junkern mit Schwertgewalt in das alte Joch zurückgezwungen wurden. Sowjet-Rußland konnte nicht den erhofften brüderlichen Beistand leisten, denn das Ringen mit der Gegenrevolution schwächte und lähmte seine Kräfte. Und sind die Ströme Proletarierbluts, die die Horthybanden in Ungarn, die Noskebanden in Deutschland vergossen haben, nicht zu rechtfertigen versucht worden mit den sozialrevolutionären Lügen und Verleumdungen über die russische Sowjetrepublik? Haben diese Lügen und Verleumdungen nicht überall, wo die Ausgebeuteten an ihren Ketten zu rütteln begannen, wo sie revolutionär kämpfend vorstießen, das Vertrauen der schaffenden Massen in ihre eigene Kraft und in das befreiende Werk der Weltrevolution durch Zweifel vergiftet und die Macht der Bourgeoisie gestärkt? Sind sich die zartbesaiteten Verteidiger der Sozialrevolutionäre, der Kultur und Humanität klar darüber, in welchem Maße ihre Schützlinge wertvolle Kräfte vernichtet, vergeudet, gelähmt haben, die dem Aufbau höheren sozialen Lebens dienen konnten? In welchem Maße ihre Schützlinge daher mitschuldig daran sind, daß Sowjet-Rußlands Entwicklung nicht rascher und kraftvoller voranschreiten konnte, daß es dem Kapitalismus Konzessionen machen mußte? Die internationale Auswirkung auch dieses Tatbestands ist mit Händen zu greifen. Sie gehört zu den Faktoren, die den Pulsschlag der proletarischen Weltrevolution geschwächt, ihren Vormarsch verlangsamt haben und damit das Elend der Arbeiterklasse verlängern.

Die Schuldsomme der sozialrevolutionären Politik – so sagt man – darf nicht ausschlaggebend sein für die Beurteilung und Verurteilung der einzelnen Angeklagten. Entscheidend dafür ist lediglich der juristisch nachgewiesene Anteil, den sie an bestimmten, konkreten, strafbaren Handlungen haben. Die terroristischen Attentate z. B. waren individuelle Taten von Parteimitgliedern, für die die Gesamtpartei und ihre angeklagten Führer keine Verantwortung tragen. Der Einwand ist gang und gäbe. Aber ist nicht zweifelsfrei vor Gericht festgestellt, daß die Führer um die terroristischen Attentate wußten, daß sie die Atmosphäre schufen, in der sie reiften, daß sie sie vorbereiten halfen? Gotz und seine Freunde haben die terroristischen Attentate nicht grundsätzlich als Kampfesmittel verworfen. Sie fanden es jedoch „zweckmäßig“, die vorgehetzten Attentäter in der Öffentlichkeit von ihren Rockschoßen zu schütteln. Jawohl, sie haben in der gleichen Weise, väterlich gütig, dem „Auslandskomitee“ und dem „Administrativen Zentrum“ zu wissen getan, daß sie die Politik des Komplottierens mit den Ententemächten nicht billigen, weil Interventionen etc. in Sowjet-Rußland „nicht verstanden werden würden“. Aber sie haben die Träger dieser Politik des Revolutionsverrats

nicht aus der Partei ausgeschlossen. Dieses Schicksal traf unfehlbar nur jene Sozialrevolutionäre, die nach der Amnestie von 1918 den „Waffenstillstand“ mit dem Sowjetstaat ernst nahmen und die zusammen mit den Arbeitern und Bauern ihn gegen die Denikin, Koltshak etc. verteidigten.

Die Sozialrevolutionäre haben vor dem Revolutionsgericht erklärt, daß sie angesichts der jetzigen Aussichtslosigkeit ihres Kampfes zunächst auf bewaffneten Aufstand, gewaltsame Kampfesmittel verzichten. Es wäre sträfliche Leichtfertigkeit gegen die Sowjetrepublik, dieser Erklärung gläubig zu vertrauen. Sie ist so geschickt formuliert, so elastisch, daß sie die Sozialrevolutionäre keineswegs daran hindert, morgen schon den blutigsten Bürgerkrieg abermals heraufzubeschwören. Sie ist kein grundsätzliches Bekenntnis, sondern ein „taktisches Manöver“, wie es die Antwort auf die Amnestie, die „Waffenstillstandsresolution“ des sozialrevolutionären Kongresses war, trotzdem der Kampf gegen die Sowjetmacht mit allen Mitteln weitergeführt wurde. Die Beschlüsse der sozialrevolutionären Kongresse und Konferenzen seit der Novemberrevolution [1917] sind widerspruchsvoll und verpflichten niemand zu nichts. Zentralkomitee, Auslandsdelegation, Administratives Zentrum und andere Körperschaften noch regieren nebeneinander und miteinander die Partei, so daß die Rechte nie zu wissen braucht, was die Linke tut. Die Geschichte der sozialrevolutionären Partei ist eine Kette von Zweideutigkeiten und Unaufrichtigkeiten, nicht als das Verschulden von Personen, vielmehr als die Tragik einer kleinbürgerlichen Partei mit revolutionärer Vergangenheit. In der Periode des imperialistischen Kapitalismus und der schärfsten Zuspitzung der Klassegegensätze wird eine solche Partei zwischen Revolution und Gegenrevolution hin und her schwanken, aber in entscheidenden geschichtlichen Augenblicken auf der Seite der Bourgeoisie stehen, bis das Proletariat seine Kraft erwiesen und seine Macht derart befestigt hat, daß keine Aussicht mehr auf seine Niederzwingung besteht.

Die Aufstände, Verschwörungen und Attentate der Sozialrevolutionäre gehören der Vergangenheit an. Die Partei liegt überwunden am Boden. Prozeß und Verurteilung sind unedle Racheakte brutaler Sieger. Wie schön hört es sich an! Jedoch: Die Kronstadter Revolte, die für den Herbst 1921 mit Hilfe der französischen Imperialisten vorbereiteten Aufstände im Kaukasus und in Westrußland sind nicht Vergangenheit. Vergangenheit ist nicht der schmähliche Lügenfeldzug zur Zeit der Internationalen Konferenz zu Genua.<sup>5</sup> Mit leidenschaftlicher Unterstützung der Zweiten Internationale und der Internationale Zweieinhalb geführt, sollte er Sowjet-Rußland moralisch und politisch ausgerechnet dann isolieren, da dieses als Verfechter des Gemeineigentums an den großen Produktionsmitteln allen kapitalistischen Staaten entgegentrat. Abermals war die Auswirkung ein Schlag gegen das Weltproletariat, die Weltrevolution. Die Verleumdungskampagne der Sozial-

5 Weltwirtschaftskonferenz in Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922, unter 29 Teilnehmerstaaten auch Sowjetrußland und Deutschland.

revolutionäre und ihrer reformistischen Bundesbrüder hatte zur Folge, daß die sich bildende proletarische Einheitsfront zerbrochen wurde, deren Aufmarsch gerade damals das Gebot der Stunde war. Die Proklamation des Rechts des Gemeineigentums durch die Regierung eines großen Reichs hätte von dem brausenden Chor der Arbeiter aller Länder aufgenommen, wiedergegeben werden müssen. Brennendste Notwendigkeit für das Weltproletariat war der Beginn des Abwehrkampfes gegen das Sinnen und Trachten der imperialistischen Bourgeoisie, aus den Ausgebeuteten die Lasten des Kriegs und die Kosten des Aufbaus der kapitalistischen Wirtschaft herauszupressen.

Die Sowjetregierung ist befestigt, sie hat die Sozialrevolutionäre nicht zu fürchten, sie kann ihnen in verzeihender Großmut Freiheit und Aktionsspielraum gewähren. Das klingt verlockend, verliert aber über herrlichen Gefühlen die rauhe Wirklichkeit aus den Augen. Sicherlich: Die Sowjetrepublik lebt, sie schlug ihre Feinde zurück. Aber sah sie sich nicht durch die Verkettung geschichtlich gegebener Umstände gezwungen, mit dem Kapitalismus zu paktieren, mußte sie ihm nicht Positionen einräumen, die ihm entrissen waren? Was besagt das? Daß die Sowjetmacht den Kampf mit dem Kapitalismus – dem einheimischen wie dem ausländischen – unter schwierigsten Verhältnissen mit allem Nachdruck führen muß, in jeder Pachtung, jeder Konzession, in der Kleinbauernschaft, überall in der Gesellschaft, wo kapitalistische Gepflogenheiten und Neigungen ins Kraut schießen.<sup>6</sup>

Der Kapitalismus soll nur der Helfer Sowjet-Rußlands sein, er darf nicht zu seinem Herrn und Gebieter werden. Eine Riesenaufgabe, ein Riesenkampf steht vor der Sowjetmacht. Ihre Erhaltung, ihr kraftvolles Wirken ist Voraussetzung und Bürgschaft dafür, daß Räte-Rußlands Kurs der alte bleibt: auf den Kommunismus gerichtet.

Es wäre Frevel, Selbstaufgabe, wollte die Sowjetrepublik in dieser Zeit des Ringens Brust an Brust mit dem Todfeinde die Sozialrevolutionäre nicht behandeln als das, was sie sind: als Gegenrevolutionäre, als Stoßtruppen der russischen, der internationalen Bourgeoisie. Als solche werden sie sich morgen schon betätigen, wie in der Vergangenheit mit Feuer und Schwert betätigen, wenn mit Bewegungsfreiheit ausgerüstet.<sup>7</sup> Niemand kann, niemand darf erwarten, daß die Partei der Sozialrevolutionäre sich selbst aufgeben. Es ist [ein] schmerzlicher Gedanke, daß einige Dutzend Menschen als Geiseln hinter Mauern leben. Darunter unstrittig wertvollste Männer und Frauen, die im Kampf gegen den Zarismus Großes, Unvergessliches geleistet haben, Männer und Frauen von Charakter und Geist, von Überzeugungstreue und selbstloser Hingabe. Auch die Gegenrevolution hat ihre

6 Clara Zetkin meint hier die seit März 1921 von der Sowjetregierung praktizierte Neue Ökonomische Politik (NÖP). Siehe dazu u.a. W. I. Lenin: Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen), in: LW, Bd. 32, S.341-380; Ders.: III. Kongress der Kommunistischen Internationale, ebenda, S. 473-519, bes. S. 479-481.

7 Unverständlich im Manuskript; mit handschriftlichem Vermerk am Blattrand: „verdruckt oder Lücke“.

Helden und Märtyrer. Jedennoch: Unvergleichlich furchtbarer wäre es, wenn in einem Blutmeer die Sowjetordnung unterginge, die Hunderttausende russischer Arbeiter und Bauern mit ihrem Tode und mit unerhörten Leiden erobert und verteidigt haben, an deren Erhaltung und Ausgestaltung mit den Besten ihres Volkes zusammen Millionen Ungenannter und Unbekannter in der stillen, heroischen, opferreichen Arbeit von Tag zu Tag die Glut ihres Herzens und die Kraft ihres Willens dahingeben. Die erschütternde Tragik des Einzelschicksals verblaßt vor der größeren Tragik des Klassenschicksals. Die erlösende proletarische Revolution vor allem und über alles.

Die Antwort auf Mathilde Wibauts „Offenen Brief“ ist lang, sehr lang geworden. Sie konnte nicht kurz sein, wenn ich nicht den Ausdruck schöner Gefühle mit der Versicherung anderer schöner Gefühle beantworten, bestechende Allgemeinheiten gegen bestechende Allgemeinheiten setzen wollte. Möglich, daß Mathilde Wibaut trauernd fragen wird: Wo bleibt bei diesen nüchternen Tatsachen, wo bleibt bei dieser harten geschichtlichen Argumentation die Menschlichkeit? Das imperialistische Weltmorden und die nicht minder kulturschändende Nachkriegszeit haben uns belehrt, daß sie zu den Hunden flieht, solange die herrschende und ausbeutende Minderheit noch die geringste Hoffnung hat, ihre Gewalt über die Mühseligen und Beladenen aufrecht halten zu können. Die angeblich nach Blut dürstenden Götter in Moskau würden die soziale Revolution herzlich gern als Idylle in der Gartenlaube durchführen, ohne Diktatur, ohne Terror, wenn nur die Diktatur der Bourgeoisie und der weiße Terror ihnen das erlaubten.

Über die Härte, Ungerechtigkeit, Unmenschlichkeit etc. etc. der Moskauer Entscheidungen sich zu entrüsten, haben jene kein Recht, die Mathilde Wibaut offenbar zu ihren „neuen Freunden“ zählt: die Henderson, Vandervelde, Faure, Wels, die das Proletariat ihrer Länder durch den Blutozean des Weltkrieges geführt haben, die Genossen und Freunde Noskes, der nach seiner Ernennung zum Oberkommandierenden von Berlin erklärte: „Meinetwegen. Einer muß den Bluthund machen. Ich scheue die Verantwortung nicht.“ Sie alle, die moralisch und politisch belastet sind mit der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Leo Jogiches' und anderer treuester Führer der revolutionären Arbeiterklasse, mit dem Blut Zehntausender und Zehntausender Proletarier und Proletarierinnen in Deutschland, in Ungarn, in all den Ländern, wo die Bourgeoisie mit dem Segen reformistischer Führer grausamste Rache an dem Proletariat dafür nahm, vor ihm und um ihren Geldsack gezittert zu haben. Die Menschlichkeitshelden der Internationale Zweieinhalb haben gegen diese Greuel nicht die Welt mit Klagen und Anklagen erschüttert.

Es scheint, daß das Leben von ein paar Dutzend Intellektuellen kostbarer ist, als das von ungezählten Tausenden Proletariern, [daß] das Blutvergießen erträglich ist, wenn es zum Zweck der Wiederaufrichtung und Erhaltung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums geschieht, daß es nur unsühnbar wird, wenn es der Überwindung dieser Ordnung, der Befreiung des Proletariats dient. „Die



Götter dürsten.“ Jawohl, die Götter der Bourgeoisie, die sich tagaus tagein von Menschenfleisch und Menschenblut nähren, die ihrem Goldhunger ganze Geschlechter, ganze Völkerschaften geschlachtet haben. Einen guten Roman über die französische Revolution gelesen zu haben, ja sogar einen guten Roman darüber geschrieben zu haben – Anatole France’s politischer Dilettantismus beweist es – berechtigt noch nicht, über die proletarische Revolution Sowjet-Rußlands und ihre Notwendigkeiten erhaben zu Gericht zu sitzen.

Mathilde Wibaut spricht davon, wie tief bekümmert meine „früheren Freunde“ darüber seien, mich in der Gesellschaft der fühllosen Bolschewiki zu sehen und nicht in derjenigen der ach so besseren, so edelherzigen Sozialpatrioten. Kummer für Kummer. Meint sie, es sei für mich Lust und Wonne, daß ich niedriger als die Cavaignacs und Gallifets<sup>8</sup> Männer stellen muß, mit denen ich ein Menschenalter lang Seite an Seite für die Emanzipation des Proletariats gekämpft habe? „Ich hab’s gewagt.“

Ich weiß, weshalb ich wählte. Ich will lieber mit dem letzten der Bolschewiki zusammen ewig in der Hölle sitzen, als mit den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder die Freuden des Paradieses teilen. Denn die Bolschewiki haben gewagt, wozu jenen der Mut fehlt: Wort zu Tat werden zu lassen, „die Revolution zu machen“. Zu machen nicht unter freigewählten, sondern unter vorgefundenen Umständen, aber trotz alledem sie zu machen.

Clara Zetkin

SAPMO-Barch, NY 4005/41, Bl. 105-123.<sup>9</sup>

8 Cavaignac warf als Militärdiktator den Aufstand der Pariser Arbeiter im Juni 1848 blutig nieder; Gallifet - französischer General, unter dessen Kommando die Pariser Kommune 1871 in Blut ertränkt wurde.

9 Zur Quelle siehe Clara Zetkin an Mathilde Wibaut 1922, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. III/2007, S. 106-107.

# Gegen Ausgrenzungen aus Komintern und KPD. Zwei Briefe an Jelena Stassowa 1924<sup>1</sup>

## I

d. 9. I. 1924

Innig geliebte Freundin,

Deinen Brief vom 3. empfang ich erst gestern gegen Abend während einer Besprechung mit den deutschen Freunden. Er erschreckte mich tödlich. Ich stellte sofort Wilh[elm Pieck]. Er sagte, dass es sich um Missverständnisse u. noch Aufzuklärendes handle. Ihm wurde mitgeteilt, dass Du plötzlich ohne Angabe von Gründen alle Ämter niedergelegt habest. Er sei darüber sehr erschrocken gewesen, denn seiner Überzeugung nach werde Niemand wie Du den Posten verwalten. Doch habe er geglaubt, einer festen Entscheidung u. Tatsache Deinerseits gegenüberzustehen, mit der man sich abfinden müsse, wie schmerzlich es auch sei. Da aber das Werk der I.R.H. jetzt nicht stocken dürfe, sei das Telegramm abgegangen, das Geld dem Dir Nächststehenden auszuzahlen. Ich könne überzeugt sein, dass es sich so verhalte, u. dass er alles thun werde, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Ganz abgesehen von seiner persönlichen Freundschaft für Dich schätzte er Deine Arbeit viel zu hoch, um die Sache hinzunehmen u. nichts zu thun, sie gut zu machen. Er wolle mit der heutigen Post schreiben. Theure Helene, ich glaube, wir können Wilh.'s Worten glauben. Wem könnte man vertrauen, wenn nicht Wilh.? Als [Karakter] ist er sicher einer der besten, die wir haben.

Du hast wohl meine beiden letzten Klagelieder erhalten. Hier spitzt die Situation sich derart zu, dass sie menschlich eine [Wüste], aber auch politisch kaum noch erträglich ist. Jeder, der der kleinsten Sympathie für ....[?], Rad[ek] oder der Übereinstimmung mit ihnen in irgendwelcher Einzelheit verdächtig ist, wird sofort des „Trotzkismus“ für schuldig befunden, als Überläufer zu dem „Menschewismus“ wie ein räudiger Hund behandelt. Das Herz blutet mir, dass dieser grobe Unfug, um mich nicht härter auszudrücken, mit dem großen Namen des großen Lenin gedeckt wird, der sich nicht wehren, nicht wie Jupiter mit einem Quod egos! dazwischen fahren kann. Die deutsche Frage wird ganz u. ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Auseinandersetzung in der K.P.R. behandelt. Maslow ist Triumph. In der Kommission verwandelte St[alin] die Anklage gegen M[aslow] in eine fulminante Anklage gegen – Brandler. Es fehlt nur noch eins, dass er gerührt u. schluchzend die Märtyrer- u. Bürgerkrone für den edlen Dulder Odysseus-Mas[low] [überreichte]. Die Auffassung ist die: Die K.P.D. ist in Wirklichkeit eine sozialdemokratische Partei. Es gibt aber in Gestalt der Berliner Organi-

1 Siehe den Beitrag von Günter Wernicke in diesem Band.

sation u. der Opposition unter Masl[ow]u. Fisch[er] eine kommunistische Anfangs- u. Ordnungszelle. Die muss mit allen Mitteln gestützt werden. Was zu diesem erhabenen Ziele intriguiert u. gelogen wird, geht nicht auf eine Kuhhaut. Es ist so toll, dass W[ilhelm?] Mühe hatte, einen so ehrlich revolutionären Proletarier wie Rem[mele] zurückzuhalten, seinen Pass zu verlangen u. abzureisen. Wenn die Dinge so weiter gehen, wie sie jetzt getrieben werden, bereitet man hier die Spaltung der K.P.D. vor u. die Wiederbelebung der sterbenden S.P.D. Es ist zum Heulen. Und warum? Weil in der deutschen Frage Rad[ek] wegen seiner Stellung in der russischen Auseinandersetzung „desavouiert“ werden muss. Ach, Liebste, all das ist furchtbar. Ich wollte, ich könnte mit Dir über alles sprechen. Ich müsste nach Hause schreiben, habe aber weder Zeit, noch Ruhe, noch Stimmung. Von früh bis fast früh: Thesen fabrizieren, lesen, „verbessern“, Besprechungen, Sitzungen. Grüße herzlichst Th. u. R.  
Dich umarme ich fest in treuer Freundschaft  
Deine Clara

SAPMO-BArch, NY 4005/96 V., Bl. 70f.

## II

29. III. 1924

Meine innigstgeliebte Helene,

Deine Briefe vom 21. u. 24. sind pünktlich in meine Hände gelangt. Ich küsse Dich dankbar dafür. Du musst entschuldigen, wenn ich nicht stets regelmäßig u. ausführlich antworte. In letzter Zeit ging es mir gesundheitlich ziemlich schlecht, dann stecke ich in Arbeit bis über die Ohren u. bin sehr oft in äußerst gedrückter Stimmung. Die Atmosphäre hier u. die Erinnerung an Deutschland! Ich kann nicht schlafen, wenn ich daran denke.

Letzten Sonntag hatte ich eine sehr große Freude. Rakowski<sup>2</sup> war mehrere Stunden bei mir. Ich habe viel Belehrung u. Anregung von ihm erhalten. Über die Dinge in England u. auch über die hiesige Situation. Welch feiner, kluger Denker u. hochgebildeter Mensch. Natürlich gehört er auch zu Denen, die in die „diplomatische Verbannung“ geschickt worden sind, wie Ossinsky<sup>3</sup> u. neuerdings Preobrashenski<sup>4</sup> u. [Serebrieskoff]<sup>5</sup>. Zu gern hätte ich G. Krestinski<sup>6</sup> gesprochen u.

2 Christian Georgijewitsch Rakowski (1873-1941) war bulgarischer Sozialist, zeitweilig lebte und arbeitete er in Rumänien und wirkte ab 1917 in Sowjetrussland als Politiker und Diplomat, wurde als Anhänger der Linksoption aus der Partei ausgeschlossen und des Landes verwiesen, kehrte zurück, wurde im 3. Moskauer Schauprozess im März 1938 zu 20 Jahren Lager verurteilt und im September 1941 erschossen.

3 N. Ossinsky (1887-1941) hieß Walerian Walerianowitsch Obolewski und war, aus adliger Familie stammend, seit 1907 Bolschewik. 1919/20 zählte er zu den Wortführern der innerparteilichen Opposition, den Demokratischen Zentralisten, und war 1923 Unterzeichner der „Erklärung der 46“.

seine Meinung über Deutschland gehört. Mehrmals klingelte ich an, er war aber niemals zu erwischen, u. dann war er schon abgereist. Wenn er aus der Stadt an der schönen blauen Donau zurückkehrt, so grüße ihn herzlichst.

In der K.P.R. wird der Parteitag eifrigst vorbereitet. U.a. auch durch einen Film „Danton“, der gegen Tr[otzk]i zugespitzt sein soll, wie erzählt wird. Ich sehe die Dinge für sehr ernst an in Hinblick auf die Zukunft. Die Wirtschaftsfragen sind sehr kompliziert, konkret, hart. Ich halte es für groben Unfug, sie nicht konkret zu prüfen, zu werthen, sondern unter dem Gesichtswinkel der „Tendenzen“ u. persönlichen Gegensätze zu behandeln. Ganz frei von diesem Unfug ist G[enossin] Krupskaja. Sie sagte mir neulich, es sei falsch, was Kam[enew] u. Sin[owjew] behaupteten, dass Lenin nie Tr[otzk]i getraut habe. Umgekehrt: Lenin habe Tr. bis zum letzten Tage geliebt u. geschätzt. Sie habe das nach seinem Tode auch Tr. geschrieben. Das wundervolle Einströmen von Proletariern in die Partei wird seine Konsequenzen haben. Diese Massen werden nicht automatisch im Parteileben stehen, sie werden verstehen und bewusst mitarbeiten wollen. Und wenn die Partei nicht rechtzeitig die Initiative zu ihrer Erziehung zu solcher Mitarbeit ergreift, droht ihr in dem Sowjetstaat große Gefahr. Diese Entwicklung lässt sich nicht durch Druck von oben auf die Dauer verhindern. Ach, Liebste, wie traurig ist es, so viel Kleines u. Persönliches zu sehen, wo es um so Großes geht. Besonders weh thut es mir, wenn all das unter Berufung auf L[enin] geschieht. Zum Kapitel Deutschl[and] habe ich den Eindruck, dass Gr.<sup>7</sup> sich mehr u. mehr in der Rolle des Zauberlehrlings fühlt, der die gerufenen Geister nicht los wird. Es wird ihm bänglich vor seinen „linken“ Freunden u. diese hoffen offensichtlich, ihn „überrennen“ zu können. Dabei dürfen sie freilich auf etliche Widerstände stoßen, auch von Seiten des Z.K der russischen Partei, dessen Differenzen die Scholem, Ruth [Fischer] etc. doch allzu täppisch für sich auszunutzen trachten.

Meine theuerste Freundin, ich bitte Dich, alle Freunde herzlichst zu grüßen. Sei in treuer Liebe innigst umarmt  
Clara

SAPMO-BArch, NY 4005/96 V., Bl. 95f.

- 4 Ewgenij Alekssejewitsch Preobraschenski (1886-1937) war ab 1903 Bolschewik, nach 1917 ZK- und Politbüromitglied sowie Mitglied der Regierung, Anhänger Trotzki's und Mitglied der Linksopposition; brach mit Trotzki, wurde 1936 verhaftet, 1937 im 1. Schauprozess zum Tode verurteilt und erschossen.
- 5 Gemeint ist offensichtlich Leonid Petrowitsch Serebrjakow (1890-1937), der ab 1905 Bolschewik und ab 1909 Berufsrevolutionär war. Im Bürgerkrieg war er Leiter der Politischen Verwaltung der Roten Armee, später ZK-Mitglied und einer der Führer der Linken Opposition 1923. Wurde 1927 aus der Partei ausgeschlossen, kapitulierte 1929 vor Stalin, wurde aber im Januar 1937 im Radek-Pjatakow-Prozess, dem „Prozess der 17“ gegen das „sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum“, zum Tode verurteilt und erschossen.
- 6 Gemeint ist der russische Berufsrevolutionär, Rechtsanwalt und Politiker Nikolai Nikolajewitsch Krestinski (1883-1938), zeitweise Mitglied des Politbüros, des ZK und des Orgbüros sowie Volkskommissar und Botschafter. Entfernte sich 1923 von der Linksopposition um Trotzki, wurde aber im Moskauer Schauprozess der 21 mit Bucharin im März 1938 zum Tode verurteilt und erschossen.
- 7 Vermutlich Grigorij Sinowjew.

# **Den Geist von Marx und Engels auf den Kampfplatz rufen. Brief an Dawid Rjasanow, 13. März 1930<sup>1</sup>**

13.3.30

Birkenwerder b. Berlin

Teurer, hochgeschätzter Genosse und Freund Rjasanow, mit den letzten Veröffentlichungen des Marx-Engels-Instituts in russischer und deutscher Sprache und der Ankündigung der fertig vorbereiteten Herausgabe einiger weiterer Bände haben Sie sich selbst die Feier Ihres 60. Geburtstages bereitet, die Ihrem Wesen und Wirken am würdigsten ist. Die vorliegenden Arbeiten lenken den Blick über Ihre 60 Jahre hinweg auf den Reichtum und die Bedeutung Ihres Lebenswerks für den Emanzipationskampf des Proletariats, dessen Sieg durch die Revolution die Bahn freilegt für den Kommunismus als menscheitsbefreiende Weltordnung.

Ich grüße vor allem den Begründer und Leiter des Marx-Engels-Instituts, den starken unerschütterlichen Willen, die unermüdliche arbeitsame Energie und das leidenschaftlich klopfende Herz dieser Stätte revolutionärer Wissenschaft, die nach ihrer Eigenart und ihrem Ziel ihresgleichen nicht in der Welt hat. Das Marx-Engels-Institut ist und konnte nur sein eine Schöpfung der triumphierenden proletarischen Revolution und soll der Fortentwicklung ihrer Theorie und Praxis dienen. Die hier geborgenen Texte der geistigen Hinterlassenschaft unserer Altmeister – unverfälscht und unverkürzt – die großen und kleinen Manuskripte, Briefe, Notizen, Anmerkungen, die das Wachsen und Reifen, die wissenschaftliche und praktische Betätigung der Großen verfolgen lassen; die sich häufende soziale und sozialistische Literatur; die Fülle von Dokumenten aus der Arbeiterbewegung, dem proletarischen Klassenkampf; all diese Schätze sind nicht bestimmt, wohlgeordnet, klassifiziert und etikettiert feuer- und mottensicher nach Museumsart gehütet zu werden. Nein, das Marx-Engels-Institut will ein Born tätigsten geistigen, wissenschaftlichen Lebens sein, das die Lehren des historischen Materialismus immer mehr zur bewußten, tatgestaltenden Erkenntnis des revolutionären Proletariats macht, was kräftige Anregung und sichere Orientierung der Forschung und Theorie in sich begreift.

In dem Marx-Engels-Institut hat sich der erste Staat der proletarischen Diktatur ein Ehrendenkmal errichtet, das über die Länder und Zeiten glänzen wird. Es bezeugt, daß das aus Unkultur und Barbarei zu freier Menschlichkeit sich aufreckende Proletariat die Unentbehrlichkeit, den hohen Wert der Theorie, des forschenden, erklärenden und vorschauenden Gedankens für den Sozialismus er-

1 Siehe den Beitrag von Rolf Hecker in diesem Band.

faßt als das inspirierende und formende Prinzip einer allseitigen Neugestaltung der Gesellschaft, die die Emporentwicklung der Menschheit in höchster Kultur sichert. Es bezeugt das tiefe Bewußtsein und die großzügige Praxis internationaler Solidarität des Staates der proletarischen Diktatur. Aus der weltumspannenden Gedankenwelt der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus geboren, wurde das Marx-Engels-Institut zu Nutz und Frommen des kämpfenden Weltproletariats und nicht bloß des siegreichen, aufbauenden Proletariats der Sowjetunion geschaffen. Seinem Ursprung, seinem Charakter, seinen Aufgaben nach ist es eine Pfleg- und Werkstätte der Theorie des internationalen Kommunismus. Hier sammeln sich Werke der sozialistischen Theorien, Unterstützende und Mitarbeitende des Instituts aus allen Ländern, und in allen Ländern erhält die sozialistische Theorie von hier aus starke Antriebe, aber auch wertvolle Arbeitskräfte für Klärung, Vertiefung, Weiterentwicklung.

An dem Sockel des stolzen Monuments wissenschaftlicher Aufbauarbeit des Sowjetstaats steht in unverwischbaren Zügen der Name Rjasanow. Gewiß! Wie der Bau, der den Namen eines Architekten durch die Jahrhunderte trägt, aus dem Zusammenwirken Vieler entsteht, so ist eine Schöpfung von dem Ausmaß und der Bedeutung des Marx-Engels-Instituts Kollektivsuche, Kollektivkraft und Kollektivverfolg, sie muß Kollektivwerk sein. Wie ich Sie kenne, werden Sie, teurer, verehrter Freund und Genosse, der Erste sein, der all Ihren Helfern und Mitarbeitern – den bekannten und den kleinen, die im Dunkel stehen – von den Blumen und Lorbeeren reicht, die sich an Ihrem 60. Geburtstage um Sie anhäufen. Jedoch von dem platt Selbstverständlichen abgesehen ist es unbestreitbar: soweit eine Schöpfung dieser Art das Werk eines Einzelnen sein kann, ist es Ihr Werk. Es ist die Verkörperung Ihres durch lange Jahre hartnäckig verfolgten Gedankens, daß für die geschichtliche Mission des Proletariats, daß für das Werden und Reifen des Kommunismus nicht verloren, vergessen, entstellt und mißbraucht werden dürfe, was Marx und Engels, was Vorläufer und Nachfolger von ihnen an theoretischen Reichtum geschaffen haben. Aus Ihrer Initiative ist das Marx-Engels-Institut entstanden. Sie haben seinen Charakter geprägt und seine Ziele gesteckt, und Sie sind seine zentrale, starke, unermüdliche Trieb- und Arbeitskraft. Mit der Leidenschaft des Sammlers tragen Sie Urtexte, Manuskripte aus allen Ecken und Winkeln zusammen. Mit der Gewissenhaftigkeit des Gelehrten, des geschulten Marxisten sorgen Sie dafür, daß die Hinterlassenschaft der beiden Geistesriesen, die den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben haben, frei wird von allen Verzerrungen und Zutaten, von allen Verfälschungen und Verwässerungen, mit denen theoretisierende, politisierende und moralisierende Epigönchen und Gegner die Werke der Großen und ihre Persönlichkeit geschändet haben; daß durch Anmerkungen, Erläuterungen u. a. m. die Werke und Persönlichkeiten in dem Um und Auf ihres Milieus auch von den breiten Kreisen ohne gelehrtes Fachwissen verstanden und gewürdigt werden können. Mit klarer Erkenntnis und festem Zielwillen erheben Sie das Wirken des Marx-Engels-Instituts zu einem wichtigen

Machtfaktor im Ringen der Geister um die reine marxistische revolutionäre Theorie des Sozialismus. In der Niedergangsperiode des Kapitalismus, in der Ära der proletarischen Weltrevolution, die der „Rote Oktober“ eingeleitet hat, ist dieses Ringen heißer, leidenschaftlicher denn je.

Der Geist von Karl Marx und Friedrich Engels, den Sie in voller Lebensfülle und Lebenskraft auf den Kampfplatz rufen, ist der unüberwindliche Feind aller pseudowissenschaftlichen Spielarten sozialistischer Theorien, rechter wie linker Observanz, reformistischer wie anarchistischer, syndikalistischer Nuance; unerbittlich schlägt er den Austromarxismus, wie den Vulgärmarxismus und die fade Bettelstuppentheorie des Eklektizismus. Es gilt das Goethewort: „Was du ererbst von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Als Leiter des Marx-Engels-Instituts helfen Sie dem jungen Geschlecht das überkommene kostbare Erbgut zu erhalten und zu mehren durch fruchtbare Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, wie sie namentlich von Lenin und Rosa Luxemburg begonnen worden ist. Die Entfaltung der Theorie des historischen Materialismus gehört zu den dringlichen Geboten der geschichtlichen Stunde. Die proletarische Weltrevolution marschiert, der Kapitalismus geht in beschleunigtem Tempo seinem Ende entgegen, wenn er sich auch mit Rationalisierung und Stabilisierung die Röte der Gesundheit auf die Wangen schminkt. Der Kampf um die Eroberung der Macht unter den geschichtlich verschieden gelagerten Umständen in den einzelnen Staaten; die nationalen Freiheitsbewegungen in den Kolonial- und Halbkolonialländern, in zunehmendem Maße mit sozialen Erhebungen der Ausgebeuteten verbunden; die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die bunte Fülle rasch wechselnder Erscheinungen in diesen drei Zeichen der Zeit stellen das sich emporringende Proletariat und seine Führung unaufhörlich vor neue vielverschlungene schwierige Probleme, für deren Lösung die Bedeutung einer klaren, zielsicheren Theorie hervortritt. Das reiche, stürmisch vorwärtsdrängende geschichtliche Leben läßt sich weder gedanklich noch praktisch durch marxistisch tönende Terminologie und enge ökonomische und politische Formeln meistern. Es heischt täglich Überprüfung und Fortbildung der Lehren des historischen Materialismus an neuen Situationen und neuen Aufgaben. Das Forschungs- und Tätigkeitsfeld und die Verantwortlichkeit der Theorie wachsen mit jedem Sieg der Revolution, deren Dienst Ihnen Lebenserfüllung und Lebenserhöhung ist.

Ich grüße Sie in aufrichtiger Hochschätzung als sturmerprobten Revolutionär, der stets seine volle Kraft hingebungsvoll an Arbeit und Kampf gesetzt hat, seiner Überzeugung getreu, unbeirrt durch Tagesströmungen und die Gunst oder Ungunst des Augenblicks. Denn zur klaren, tiefen, theoretisch geschulten Erkenntnis und dem in ihr verwurzelten unerschütterlichen Zielwillen fügt sich bei Ihnen jene eiserne Charakterfestigkeit, die den Mut des Alleinstehens, des Ankämpfens gegen eine Vielheit verleiht. Sie hat über Ihre Lebensbahn entschieden und Ihre Persönlichkeit geformt; ohne sie wären Ihre Leistungen nicht denkbar.

Zum Schluß grüße ich aufs herzlichste den langjährigen teuren geschätzten Freund. Im Laufe von vierzig Jahren bin ich in manchen scharfen Meinungsgegensatz zu Ihnen gestanden, auch heute noch vermag ich nicht Ihre Auffassung in gewissen Einzelfragen zu teilen, zu denen Sie mit der Ihnen eigenen Entschiedenheit Stellung genommen haben. Jedoch darüber hinweg konnte ich Ihnen jederzeit als Mensch, Revolutionär und Wissenschaftler meine ungeminderte Achtung, meine volle Sympathie bewahren. Zusammen mit allen, die Sie und Ihr Wirken kennen, wünsche ich, Sie möchten der Erfüllung der vielseitigen, weittragenden Aufgaben des Marx-Engels-Instituts noch viele, viele Jahre als der „Alte“ widmen, d. h. trotz ihrer 60 Jahre mit der Jugendfrische des Geistes, der Jugendkraft des Willens, dem Jugenddrang schöpferischer Aktivität. Dieser Wunsch schließt den persönlichen in sich, daß Ihre Freundschaft mir erhalten bleibt. In Gedanken drücke ich nicht bloß Ihnen freundschaftlich die Hand, sondern auch Ihrer von mir hochgeschätzten und mir teuren Frau. Ich empfinde, lieber Freund und Genosse Rjasanow, daß Ihr Ehrentag ihr Freudentag ist. Sie hat ihren Anteil an dem, was Sie sind und was Sie leisten.

In fester Verbundenheit

Clara Zetkin

RGASPI, Fonds 528, Verzeichnis 1, Akte 428 (maschinenschriftl. Original). Die Rechtschreibung wurde der damals gültigen angepasst, offensichtliche Schreibfehler korrigiert.



# **Für die Einheitsfront der werktätigen Massen – gegen „tote kalte Formeln“. Drei Briefe an Maria Reese<sup>1</sup> (1931-1932)**

(1)

Birkenwerder,  
Bahnhofsallee

14.1.(1931)

Meine liebe Maria,

Zuvorderst: herzlichen Dank für die verschiedenen schönen Karten, die mir zusammen mit Deinem freundschaftlichen Gedenken den Weg und das Maß Deiner rastlosen Betätigung zeigten. Dann nicht minder herzliche Wünsche für Dein Wohl im neuen Jahre. Möchte Dir trotz chronischer Überbürdung vor allem Deine Gesundheit erhalten bleiben, auf dieser festen Grundlage setzt sich Dein inneres Wesen durch und schafft sich Befriedigung auch bei äußerer Ungunst. Ich vertraue auf Deine Zukunft im Dienste des großen kommunistischen Ziels. Als Drittes meine von Dir gewünschte Beurteilung der I. Nr. des „Einheitsorgans“ der Partei. Ich fühle mich verpflichtet, ganz offen meine Ansicht zu sagen. Es geschieht spät, weil ich erst vor kurzem und auf wiederholtes Ansuchen die Nummer erhalten habe, und bei meinem Zustand war es keine einfache und leichte Sache, sie so gründlich durchzuarbeiten, wie ich es für nötig fand. Also ad rem!

Als Ganzes gefällt mir die Nummer nach Zuschrift, Inhalt und Ton sehr wohl. Der Gedanke ist sehr glücklich, die Zeitschrift auch zu einem Diskussionsorgan für Nicht-Parteimitglieder auszugestalten. Recht zweckmäßig ist ferner der breite Raum für Fragen, Tatsachen, Glossen. Das alles bringt Leben, Vielseitigkeit, Beweglichkeit in das Organ und fördert ohne langatmige, einfache Leser langweilende Schulmeisterei die grundsätzliche Schulung.

Deinen einführenden Leiter will ich nicht loben, damit mein Urteil nicht als schmeichelnde Komplimentemacherei erscheint. Er entspricht dem Ziel und meinen Erwartungen, wie wertvoll gerade Deine Mitarbeit und Deine Art ist, an die Nichtkommunisten heranzukommen. Die Artikel „Dokumente“ etc. von Glückauf und der 18. Oktober halte ich für vortrefflich. Tatsachen führen zwangsläufig zu unseren Werturteilen und Forderungen, und der übliche die Massen abstoßende dogmen- und thesenhafte Ton ist vermieden.

1 Maria Reese (1889-1958), Publizistin, 1919 Mitglied der SPD, 1929 Übertritt zur KPD, 1928-1933 MdR, 1930-1932 Herausgeberin und Redakteurin der KPD-Zeitschrift „Die rote Einheitsfront“, teilweise in Zusammenarbeit mit Clara Zetkin, 1933 Flucht aus Deutschland mit kurzen Aufenthalten in Dänemark, Schweden, Sowjetunion und Frankreich. Im Oktober 1933 öffentlicher Austritt aus der KPD. Seit Ende 1933 wieder in Deutschland, Mitarbeiterin der Antikomintern-Abteilung im von Goebbels geführten Propagandaministerium, gab 1938 ihr Buch „Abrechnung mit Moskau“ heraus. Nach 1945 zum katholischen Glauben konvertiert.

Dagegen haut der Artikel: „Was lehrt uns der Berliner Metallarbeiterkampf“? neben das Ziel, die Rote Einheitsfront der Klasse, der Werktätigen schmieden zu helfen. Er ist vom Geist der RGO diktiert und das besagt: Spaltung der Gewerkschaften. Seine Kritik der Gewerkschaftsbürokratie, der Sinzheimeriade, der SPD-Führer könnte schärfer, brandmarkender sein: das würden die Massen als richtig empfinden, verstehen. Allein das aus dem Löwenfell der Kritik herausstehende Eselsohr der Spaltung wird sie stutzig machen in einem Organ, das für die rote Einheitsfront wirbt. Auch manche Einzelheiten dieses Artikels dünken mir falsch. Die Anklage hätte besser unterbleiben sollen, dass der Streik nicht auf die Betriebe der Metallindustrie ausgedehnt wurde, deren Besitzer außerhalb des Unternehmerverbands stehen. Sie rollt eine sehr umstrittene Frage gewerkschaftlicher Strategie auf, die meines Erachtens von Fall zu Fall entschieden werden muss. Das Ja oder Nein wird vor allem von zwei Umständen bestimmt. Verrichten die nicht streikenden Belegschaften Streikbruchsarbeit? Bewirkt die Ausdehnung der Streikfront eine stärkere Steigerung der Kampfeskraft oder aber eine größere, untragbare Erweiterung der Unterstützungsnotwendigkeit? Ich bekenne, dass ich die in Betracht kommenden Verhältnisse in der Berliner Metallindustrie nicht genügend kenne, um beide Fragen klipp und klar zu beantworten. In den Veröffentlichungen sowohl der RGO wie der Verbandsbueraukratie und der Parteipresse hüben und drüben habe ich darüber keine konkreten Einzelheiten, keine Tatbestände gefunden, nur allgemeine Behauptungen und gegenseitige Beschuldigungen. – Falsch, eine gefährliche Selbsttäuschung erscheint mir die Auffassung – sie ist obendrein fett gedruckt – dass der Streik „den entschlossenen Kampfeswillen, die gewaltige Kampfkraft des deutschen Proletariats gezeigt hat“. Die Metallarbeiterschaft außerhalb Berlins hat mit materieller Solidarität und Demonstrationen den Streik außerordentlich schwach unterstützt, und nicht einmal die Hunderttausende kommunistischer Wählermassen des 14. September<sup>2</sup> sind mit voller Energie aktiv für die tapferen Kämpfenden eingetreten. Der Einfluss der RGO und der KPD war nicht stark und verwurzelt genug, um sie dazu zu veranlassen.

Liebe Maria, meine kritischen Bemerkungen zu dem Artikel sind breit geworden in Hinblick auf die 2te Nr. der Zeitschrift und die weittragenden Ereignisse an der Ruhr und am Niederrhein. Die „Rote Einheitsfront“ kann nicht schweigend an ihnen vorbeigehen. Das Organ muss die Einheitsfront des Kampfes schmieden helfen, muss den suchenden, tastenden Massen beistehen, für die weiteren Kämpfe die richtigen Lehren aus den Ereignissen zu ziehen. In der gegebenen Situation mit ihrem Um und Auf – die Szylla der RGO auf der einen Seite, die Charybdis der Gewerkschaftsbueraukratie auf der anderen – ist die Erfüllung der Aufgabe schwer, obgleich die objektive Lage ihr günstig ist, geradezu nach der revolutionären Einheitsfront schreit. Ich bin überzeugt, dass Du in der Agit-Prop- und der Redaktionskommission auf eine erfolgreiche Behandlung der Frage hin-

2 Am 14. September 1930 fanden Reichstagswahlen statt.

wirken wirst. Sie erfordert ebenso viel unerschütterliche grundsätzliche Festigkeit wie taktische Elastizität, Inhalt und Ton müssen die Massen packen und halten, die zum großen Teil sozusagen aus „anderen Welten“ zum Kampf und zum Kommunismus geführt werden sollen.

Zurück zum Hammel der ersten Nr. In den „Fragen an unsere Leser“ ist meiner Empfindung nach 4 nicht klar formuliert. Handelt es sich um proletarische Einheitsorganisationen oder Einheitsorgane? Das Wort Einheitsorganisation kann im Sinne Hillers<sup>3</sup> missverstanden werden. Es handelt sich nicht nur um die selbstverständliche Pflicht, die SU gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen, viel mehr auch gegen die bürgerliche Antisowjetpolitik auf der ganzen Linie, die die militärische Intervention vorbereitet. Das Proletariat muß grundsätzlich für eine sowjetfreundliche Politik kämpfen, die den sozialistischen Aufbau erleichtert und fördert, dessen Fortschreiten ein wichtiger Faktor des internationalen Befreiungskampfes der Ausgebeuteten in den nichtsowjetischen Ländern ist.

Noch zwei Bemerkungen vor Abreißen des Bandwurms: „Die rote Einheitsfront“ muß der Werbung unter den Frauen und Jugendlichen volle Beachtung schenken, ebenso der „Kulturpolitik“. Mir scheint, daß es die KPD an einer kräftigen Agitation für die Zeitschrift fehlen läßt.

Liebe Maria, noch Mancherlei möchte ich mit Dir besprechen. Jedoch kann ich nicht aus dem Hause, und Dir darf ich nicht zumuten, herauszukommen. Vielleicht ist es Dir trotz der Hetze Deines Lebens möglich, mir über Dies und Jenes zu schreiben. Übermittle Genossen E[rnst] T[orgler]<sup>4</sup> meine besten Grüße und Wünsche. Dir drücke ich in herzlicher Sympathie und Verbundenheit die Hand.

Clara Zetkin

Bundesarchiv Koblenz, kleine Erwerbungen, Nachlass Maria Reese, Nr. 379-1, Bl. 12-15

3 Evtl. Alfred Hiller (1903-1934). Funktionär des KJVD und der KJI, seit 1927 im Sekretariat des ZK der KPD für das Ressort „Wirtschaftskampf“ zuständig.

4 Ernst Torgler (1893-1963), damals mit Maria Reese liiert. Kaufmännischer Angestellter, Autodidakt. 1910 Mitglied der SPD, 1917 der USPD, aktiv in der Revolution 1918/1919, seit 1920 Mitglied der KPD, seit 1922 bei ihr hauptamtlich, 1924-1933 MdR. 1933 einer der Hauptangeklagten im Reichsbrand-Prozess, mangels an Beweisen freigesprochen, aber bis 1936 in „Schutzhaft“ im KZ inhaftiert. 1935 aus der KPD ausgeschlossen. 1949 Mitglied der SPD und bei der Gewerkschaft ÖTV in Hannover tätig.

(2)

Clara Zetkin  
Moskau, Hotel Metropol  
12. Mai 1932

Meine liebe Maria!

Es dünkt mir eine Ewigkeit, dass ich ohne jede Nachricht von Dir bin und ich empfinde das schmerzlich. Meine große physische Schwäche zwingt mich zu völliger Isoliertheit und macht es unmöglich, eine regelmäßige Korrespondenz zu führen. Ich habe Dir einmal geschrieben, bin jedoch ohne Nachricht, ob Du meinen eingeschriebenen Brief erhalten hast.

Meine Gedanken sind mit Euch, mit Eurer Arbeit, mit Eurem Kampf. Mir ist immer gegenwärtig Deine Überbürdung und die unseres Freundes Ernst [Torgler]. Was ich aus den Zeitungen erfahre, genügt mir natürlich bei weitem nicht. Ich stelle mir u.a. lebhaft vor, welche Unsummen verantwortlicher und schwerer Arbeit Genosse Ernst jetzt im Haushaltsausschuss hat. Sogar nach den Berichten im „Vorwärts“ ist das zu erkennen. Offenbar gibt es da ganze Berge von „Unregelmäßigkeiten“ und „Unaufgeklärtem“, besonders für manche Abteilung des Etats.

Soweit es meine Schwäche zulässt, arbeite ich etwas propagandistisch-literarisch, erst für unseren Internationalen Frauentag, jetzt in der Hauptsache für die weiteste Antikriegs-Einheitsfront.

Bei den Wahlen<sup>5</sup> war ich ja auf harte Schläge und Lehren gefaßt. Die Wirklichkeit hat jedoch das Vorgestellte übertroffen. Ich sehe die Situation im Lichte der internationalen proletarischen Klassenbewegung. Sie spiegelt leider ein erschreckend niedriges Niveau des proletarischen Klassenempfindens wider, von klarem Klassenbewußtsein und entschlossener Klassenreife gar nicht zu reden. Den Massen fehlt noch das Verständnis für die elementarsten Grundfragen ihrer Verpflichtung, „Geschichte zu machen“ statt die Geschichte von Klassenfeinden machen zu lassen. Die Erscheinung beschränkt sich nicht auf Deutschland, obgleich sie hier – geschichtlich gegeben – besonders scharf und klar zutage tritt. Die imperialistische Kriegsgefahr wird bei weitem nicht ernst genug in ihrer historischen Wesenheit erkannt: nämlich als Entscheidung über die Gestaltung der proletarischen Klassenlage für eine lange Periode. Die Indifferenz und Passivität der Massen für ihr ureigenstes Schicksal ist erschreckend. Die objektiven Wurzeln der Erscheinung liegen nicht klar und offen zutage. Scharf tritt dagegen das subjektive Verschulden der verschiedenen in Betracht kommenden Faktoren hervor. Wie gerne hätte ich mit Dir, mit Euch über den weitschichtigen Fragenkomplex und seine praktischen Auswirkungen gesprochen.

5 Am 10. April 1932 fand der 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl statt.

Grüße alle Freunde auf das herzlichste von mir, insbesondere jene, die mir persönlich nahe stehen, darunter an erster Stelle meine liebe Freundin Anna<sup>6</sup> und den Genossen Ernst [Torgler]. Bitte, bitte, liebe Maria, lass ein Wörtchen von Dir hören. Ich drücke Dir in alter treuer Verbundenheit die Hand.

Clara Zetkin

Bundesarchiv Koblenz, kleine Erwerbungen, Nachlass Maria Reese, Nr. 379-1, Bl. 36.

(3)

Archangelskoje, den 27. Dezember 1932

Meine liebe, teure Freundin und Genossin Maria!

Tausend Dank für Dein liebevolles Gedenken und Deine große Mühe, mich auf dem laufenden und in enger Verbindung mit Euch, dem Geschehen in Deutschland, auch mit dem Leben und Weben unserer Partei, der werktätigen Massen zu halten. Alle Deine Briefe sind pünktlich in unsere Hände gelangt. Ich habe ihren reichen, anregenden Inhalt mit dem intensivsten Interesse in mich aufgenommen. Ebenso Deine Darlegungen in dem Brief an Mila<sup>7</sup> mit der Schilderung Deines Erlebens und Deiner Verhaftung in Köln. Was Dir in Belgien widerfahren ist, erinnert mich lebhaft an die Behandlung, die mich im Frühjahr 1919 an der Grenze der Schweiz verhinderte, den Boden dieser demokratischen Fränkli Republik zu betreten, obgleich ich das Einreise-Visum erhalten hatte.

Du Glückliche, fast möchte ich sagen, Beneidenswerte, daß Du so energisch arbeiten, kämpfen kannst. Meine Gedanken, mein Herz sind mit Dir, mit allen, die zu einer erkenntnisvollen, bewußten Gestaltung des geschichtlichen Lebens beitragen können. Mit allen Fasern meines Lebens verlangt es mich darnach, mitzutun. Doch die Physis ist stärker als mein Wünschen und Wollen. Das ist auch die Ursache, weshalb ich Dir erst heute antworte. Wochenlang haben Tod und Leben um mich gerungen. Die Ärzte hatten ein strenges Verbot erlassen, daß niemand mich aufsuchen, geschweige denn von den Ereignissen, von Arbeit und Kampf zu mir sprechen dürfe. Erst seit kurzem haben mich die Herren von meiner Matrazengruft herunter gelassen, wo ich wochenlang bewegungslos, mit stumpfen Sinnen lag, nicht weil die Ärzte das vorgeschrieben hatten, sondern weil ich physisch

6 Evtl. Anna Reiter (1894-1948), kam 1920 mit den linken der USPD zur KPD, u. a. Frauenleiterin der BL Mittelrhein, von Mai bis Dezember 1924 MdR.

7 Emilia Milowidowa-Zetkin, Schwiegertochter von Clara Zetkin.

und psychisch außerstande war, gegen ihre Vorschriften zu rebellieren, wie ich dies zeit Lebens getan habe. Jetzt darf und kann ich herunter in das Zimmer, muß aber den größten Teil des Tages liegen. Ich bin nämlich noch außerordentlich schwach; auch treten häufig unangenehme Rückfälle in der einen oder anderen Form auf. So werden der Beweglichkeit meines Geistes und der Kraft meines Willens noch peinliche Schranken gesetzt.

In Deinem Brief an Mila haben mich in höchstem Grade Deine Mitteilungen über die Wandlungen interessiert, die sich in der Einstellung der sozialen Mittelschichten bis in die niedere katholische Geistlichkeit hinein zu vollziehen beginnen und die der Gewinnung für den Kommunismus günstig sind. Deine Beobachtungen entsprachen einer Erfahrung, die ich schon nach dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Regiments und in der kurzen Revolutionszeit gemacht habe. Wir können mit einer unverfälschten kommunistischen Theorie und Praxis an diese Schichten herankommen und sie gewinnen, wenn wir an die Tatsachen ihrer eigenen Lebensverhältnisse anknüpfen und an die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Erscheinungen, die auch ihre Aufmerksamkeit, ihre Einstellung herausfordern. Von diesem Ausgangspunkt aus ist es möglich, die Mittelbürger in Stadt und Land zum Verständnis des geschichtlichen Prozesses zu führen, der zwangsläufig den Verfall des Kapitalismus als sterbendes System der Weltwirtschafts- und der Weltgesellschaftsordnung bewirkt und ebenso die allseitigen Voraussetzungen für die Durchführung des Kommunismus schafft.

Leider hat unsere Partei bis jetzt nicht in dem nötigen und möglichen Maße verstanden, den sozialen Mittelschichten das ABC des Kommunismus zu lehren, die fruchtbare zu Bekenntnis und Tat treibende Kraft des gewaltigen geschichtlichen Werdeganges einer neuen, höheren Gesellschaftswelt zur Erkenntnis zu bringen. Es ist dies im besonderen auch das Verschulden der Parteiführung, der es an fester, klarer, grundsätzlicher theoretischer Schulung und – zum Teil in Verbindung damit – an Charakterstärke fehlt. Man erblickt die ideologische Schulung nur zu häufig in dem papageimäßigen Nachplappern von abstrakten Formeln und Worten, statt in der gründlichen Durchforschung und Prüfung der gegebenen geschichtlichen Umstände, ob diese Formeln und Worte sich mit den konkreten gesellschaftlichen Dingen decken. Sogar wenn beide übereinstimmen, was nicht immer der Fall ist, gibt man tote kalte Formeln anstatt von schöpferisch wirkendem geschichtlichem Leben. Das obendrein in einer Sprache und Fassung, die den proletarischen, den werktätigen Massen unverständlich ist, das ist durchaus antimarxistisch, antileninistisch.

Ja, liebe Maria, Du bist völlig im Recht mit Deiner Meinung, daß eine gute Parteilgeschichte die theoretische Durchbildung unserer Partei erheblich fördern würde. Nur widerspreche ich auf das Entschiedenste, daß Alpari<sup>8</sup> der berufene Ge-

8 Gyulá Alpari (1882-1944), ungarischer Sozialist, seit 1919 Mitglied der KP Ungarns, aktiv in der Ungarischen Räterepublik, 1925-1929 Mitglied des ZK der KPU. Seit 1921 Chefredakteur und Autor des Komintern-Organs „Inprekor“, seit 1933 seines Nachfolgers „Rundschau für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“; seit

schichtsschreiber sei. Im Gegenteil, seine Artikel über das Buch von Sauerland<sup>9</sup> wie das von Rosenberg<sup>10</sup> sind für mich, wie für jeden gründlichen Kenner der Geschichte der deutschen, der internationalen Arbeiterbewegung der Epoche, auf die er zurückgreift, voll gültiger Beweis, daß er ein ebensolcher Fälscher der Geschichte ist wie die Herren Sauerland und Rosenberg. Ja er ist verächtlicher als diese beiden. Sie haben die inbetracht kommende Periode nicht in der Arbeiterbewegung aktiv miterlebt und nun darauf verzichtet, die vorliegende, reiche dokumentarische Literatur vorurteilslos, gewissenhaft nach der Methode des historischen Materialismus zu studieren. Statt dessen plappert Sauerland krieche-  
*falsche Werturteile Einflußreicher*<sup>11</sup> nach, denen das geschichtliche Leben Deutschlands, Westeuropas von damals und von heute ein Buch mit sieben Siegeln ist. Alpari aber war ein Miterlebender, allerdings nicht an erster Stelle und als hervorragend Tätiger, wie er andeutet, vielmehr als oppositioneller Genosse ohne Ansehen und Autorität. Ich kann zurzeit nicht nachprüfen, ob er in der ungarischen Sozialdemokratie tatsächlich den Kurs auf die Spaltung gehalten hat, wie er erklärt. Jedenfalls war er nicht als Spalter sondern nur als radikaler Oppositioneller bekannt und das fast ausschließlich in dem kleinen Kreise der schwachen ungarischen sozialistischen Jugendbewegung. Wenn er aus seinem Auftreten in Ungarn auch nur andeutungsweise den Schluß ziehen läßt, daß er in Deutschland, in der 2. Internationale ein Vorkämpfer der Spaltung gewesen sei, so ist das ein glatter Schwindel. Niemand hätte besser über diese seine Betätigung informiert sein müssen als Rosa und ich, denn wir beide waren die einzigen in Deutschland und in der Internationale, die für ihn eintraten und denen er politisch nahestand. Dazu noch Karl Liebknecht. Alpari kam nämlich als Verfolgter zu uns. Er stand in grundsätzlicher politischer Opposition zu den ausschlaggebenden Führern der ungarischen Sozialdemokratie und wurde von ihnen dafür noch persönlich verfehmt und in der gemeinsten Weise infamiert. Wir kannten den grundsatzlosen Opportunismus dieser Herren und ihre skrupellose, gemeine Kampfweise. Wir fanden,

1935 in Paris für die Komintern-Presse tätig. 1940 von deutschen Faschisten in Paris verhaftet, im KZ Sachsenhausen ermordet.

- 9 Kurt Sauerland (1905-1938), Studium der Ökonomie, Geschichte und Philosophie, seit 1923 Mitglied der KPD, 1927-1931 aktiv in der Internationalen Arbeiterhilfe, u. a. Chefredakteur ihres Organs „Roter Aufbau“; galt als einer der „Chefideologen“ der KPD, veröffentlichte 1932 das Pamphlet „Der dialektische Materialismus“, worauf sich Clara Zetkins Bemerkungen beziehen könnten. Im Mai 1937 in Moskau verhaftet, am 22. März vom Militärtribunal des Obersten Gerichts der UdSSR zum Tode verurteilt und erschossen.
- 10 Arthur Rosenberg (1889-1943), Dr. phil., Historiker, 1918 Mitglied der USPD, seit 1920 der KPD, 1921 Stadtverordneter in Berlin, 1924-1928 MdR, 1924 Mitglied der Zentrale der KPD sowie des EKKI. Trat im April 1927 aus der KPD aus. 1930 Dozent an der Berliner Universität, 1933 entlassen, emigrierte über die Schweiz nach England, seit Oktober 1938 in den USA Professor für Geschichte in Brooklyn. Veröffentlichungen: Die Entstehung der deutschen Republik (1928); Geschichte des Bolschewismus (1932, hierauf beziehen sich die Bemerkungen Clara Zetkins); Faschismus als Massenbewegung (1934); Demokratie und Sozialismus (1938). Ausführlich zur Rosenberg: Mario Kessler: Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln-Weimar 2003.
- 11 Diese und die folgenden Ausführungen beziehen sich ganz offensichtlich auf Stalins Wertungen der deutschen Linken in seinem Brief an die Zeitschrift „Proletarskaja Revolucija“ von 1931.

daß der junge Genosse sachlich, politisch im Recht war und daß ihm persönlich schweres Unrecht geschah. Deshalb nahmen wir uns seiner Sache und Person im Gegensatz zu den übrigen bekannten Parteiführern an, die entweder mit ihren Gesinnungsbrüdern in Ungarn sympathisierten oder den jungen Genossen und seine Angelegenheit für zu unbedeutend hielten, um Aufmerksamkeit dafür zu haben. Deshalb die engere Verbindung Alparis gerade mit uns beiden. Aber nie, niemals hat Alpari weder zu uns, noch zu Karl auch nur mit den leisesten Anspielungen davon gesprochen, daß er eine Spaltung der ungarländischen Sozialdemokratie für nötig und möglich halte, geschweige, daß er sich für diese Auffassung in irgendeiner Weise betätigt hätte. Ein Kurshalten auf die Spaltung in Deutschland, der 2. Internationale ist damals erst recht sein Geheimnis geblieben. Daß Alpari bereits im Kampf leitend als Führer der Opposition in Ungarn hervorgetreten wäre, trifft nicht zu; er war kein Bannerträger, nur ein bescheidener Oppositioneller ohne Autorität.

Alparis Flüche gegen die schweren Fehler, Irrtümer etc. Rosas und der „deutschen Linken“ stehen in schreiendem Widerspruch zu den Tatsachen, die der junge radikale Kämpfer selbst miterlebte und die der alte politische Beamte sehr leicht in der politischen und gewerkschaftlichen Presse, den Protokollen der Parteitage, Gewerkschaftskongresse und der 2. Internationale genau nachprüfen könnte und mußte. Diese Flüche sind der Ausdruck der offiziellen Ansicht des Redakteurs der Inprekor. Sie befinden sich in Widerspruch zu Lenins Beurteilung der damaligen Situation in Deutschland, obgleich dieser einzelne Meinungsunterschiede durchaus nicht übersah. Die Linke bereitete in der Vorkriegszeit nicht die Spaltung der Sozialdemokratie vor, weil sie den Kurs auf die Eroberung der Partei, der Gewerkschaften hielt. Übereinstimmend mit ihr trat auch Lenin in der Vorkriegszeit weder öffentlich, noch in persönlichen Unterredungen und Diskussionen für eine Spaltung der Sozialdemokratie ein. Er äußerte damals unzweideutig die Ansicht, man dürfe das bolschewistische Beispiel in Rußland nicht mechanisch auf die ganz anderen geschichtlich gegebenen Bedingungen der Arbeiterbewegung in Deutschland und anderen Staaten übertragen. Als sich unser Gegensatz zu Kautsky und dem Zentrum der Partei in der imperialistischen Epoche in der Frage der Abrüstung, des Massenstreiks und anderen außerparlamentarischen Massenaktionen im Kampf ums Wahlrecht immer stärker zuspitzte, riet Lenin brieflich und auch sonst, den Bruch mit Kautsky und damit mit dem Zentrum zu vermeiden. Bei der internationalen Autorität Kautskys dürften wir ihn nicht zum offenen, offiziellen Anschluß an den Revisionismus treiben, sondern sollten ihn halten. Sein Übertritt ins revisionistische Lager werde den Kampf der revolutionären Marxisten in Deutschland und anderen Staaten erschweren und sich auch ungünstig auf die Entwicklung der Bewegung in Rußland auswirken. – Eine andere Tatsache. Als Sinowjew sich auf der Höhe seines Einflusses befand, wurden einer Sitzung des EKKI Thesen vorgelegt, die die Luxemburgsche „Spontaneitätstheorie“ brandmarkten. Ich machte dagegen geltend, daß Rosa nie in der ihr



unterschiedenen Form eine Theorie der Massenspontanität vertreten habe. Das mußte schließlich zugegeben werden. Die Ablehnung der Theorie kam dann dem Sinne nach in der Fassung zustande, daß manche Anhänger R. L.'s zu Unrecht unter Berufung auf sie die Spontanitätstheorie aufgestellt hatten.

Fälschung, nicht Ignoranz ist es, wenn Alpari zu behaupten sich erdreistet, Rosa habe die Rolle der Bauernschaft und der anderen Klassen und Schichten zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der sozialen Revolution nicht erkannt. Auf dem Londoner Kongreß der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei [1907] hat sie Seite an Seite mit den Bolschewiki gegenüber den Menschewiki die große Bedeutung dieses Faktors für den Ausbruch, die Entwicklung der Revolution auf das stärkste unterstrichen. Es war daher keine Wandlung, sondern nur Konsequenz ihrer revolutionären, marxistischen Erkenntnis und Betätigung, daß sie auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Deutschlands die Eroberung beziehungsweise Neutralisierung der Schichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat, insbesondere der Bauern, als eine unerläßliche Bedingung der siegreichen Erhaltung der proletarischen Revolution in Deutschland, der Weltrevolution überhaupt hervorhob.

Als tatsächlicher Differenzpunkt zu der heutigen Lehre, jedoch nicht zu Lenins Auffassung bleibt, daß die Linke nicht in der Vorkriegszeit die Spaltung der Sozialdemokratie vollzogen hat. Die Gründe dafür will ich Dir in einem späteren Briefe darlegen. Ich halte sie noch heute in der damaligen Situation für richtig und durch die seitherige Entwicklung gerechtfertigt. Ich wiederhole heute nur, unser Kurs war auf die Eroberung, nicht auf die Spaltung der Partei und der Gewerkschaften gerichtet.

Nun einige Bemerkungen zu Alparis Kritik des Buches von Sauerland. Sie gelten auch für seine Auseinandersetzungen mit Rosenberg. Manche Einzelheiten sind trefflich, andere jedoch oberflächlich und ohne eine erschöpfende, feste und klare Darstellung des Wesens der marxistischen Dialektik, des historischen Materialismus. Rein formale Rabulistik, ja talmudistische Silbenstecherei tritt häufig an die Stelle des wissenschaftlichen Beweises an der Hand der materialistisch-dialektischen Forschung, Kennzeichnend für die Kritik Alparis ist seine wiederholte Berufung auf den Genossen Stalin. Sauerland kann ihm diese Art der Beweisführung spielend leicht mit anderen Meinungsäußerungen des Genossen Stalin aus der Hand schlagen, mit Meinungsäußerungen, die sich dem Sinne nach absolut, manchmal fast wörtlich mit Sauerlands Ausführungen decken. Alpari mag seine Methode für taktisch oder strategisch „klug“ erklären; ich nenne sie verächtliche, kriecherische Feigheit. Es ließe sich sehr viel zum Kapitel des gehorsamen Nachbetens vorgebeteter Ansichten sagen, Ausflüsse von Tendenzen und Strömungen, die aus bestimmten Verhältnissen heraus entstanden sind und bestimmte Ziele verfolgen, die völlig wesensverschieden von dem geschichtlichen Leben sind, mit dem sich Sauerland und Rosenberg auseinandergesetzt haben.

So erfreulich und notwendig es ist, daß die Schmach der Veröffentlichung des Sauerlandbuches von der Partei abgeschüttelt wurde, so betrüblich bleibt es, daß die Brandmarkung nur erfolgte, weil der Verleger dieses Machwerkes im Claquekampf auf das falsche Pferd gesetzt hatte. Die nötige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Vorkriegszeit und Kriegszeit hat drei unerläßliche Voraussetzungen:

1.) Das gewissenhafte objektive Studium der einschlägigen Literatur der Arbeiterbewegung und ihres geschichtlichen Hintergrundes, nämlich das Studium der Entfaltung des Kapitalismus und dann des Imperialismus in Deutschland, wo die Bourgeoisie die Macht des Junkertums und des Absolutismus nicht gebrochen, vielmehr mit ihr paktiert hat.

2.) Eine wirklich reife Beherrschung des historischen Materialismus und seiner dialektischen Methode.

3.) Und nicht zuletzt die unerschütterliche Charakterfestigkeit, die sich nicht vor Tagesgöttern und Tagesmoden beugt.

Alpari hat für keine dieser Voraussetzungen die Probe bestanden.

Du hast vollkommen recht, liebe Maria, daß unsere Partei nicht achtlos an dem sogenannten Versailler System<sup>12</sup> vorübergehen kann und darf. Worauf es jedoch dabei ankommt ist, daß wir es in die richtige geschichtliche Beleuchtung setzen, in die richtigen geschichtlichen Zusammenhänge bringen. Geschieht das nicht mit aller Klarheit und Konsequenz, so tritt der Kampf gegen das Versailler System an die Stelle des Kampfes gegen den Kapitalismus, und wir kommen in eine die Proletariat, die Werktätigen verwirrende Gemeinschaft mit den Nazis. Das Versailler System erscheint als Ursache der wirtschaftlichen Krise; sie ist wie der imperialistische Weltkrieg von 1914 eine typische Auswirkung des verfallenden Kapitalismus. In Wechselwirkung mit dem durch innere Gegensätze des Kapitalismus begründeten Auflösungsprozesses verschärft und steigert das Versailler System die Krise. Allein nicht die Überwindung des Versailler Systems bringt das Ende der Krisis, bringt nationale und soziale Befreiung. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Nur der Kampf zur Niederwerfung des Kapitalismus beseitigt das Versailler System, die soziale Befreiung geht vor der nationalen. Die Gleichberechtigung aller Nationen und Rassen – auch kleiner Minderheiten – in der Sowjetunion dank dem Sieg der proletarischen Revolution beweist es. – Bedauerlicherweise ist die Stellung der Führung unserer Partei zu dem vorliegenden Fragenkomplex nicht grundsätzlich fest und klar. Es handelt sich durchaus nicht nur um falschen Zungenschlag in der Hitze des Gefechts, es zeigt sich mangelnde theoretische Beherrschung der Situation.

An Genossen Ernsts [Torgler] Kampf in den Sitzungen des Reichstags und den parlamentarischen Ausschüssen habe ich meine helle Freude. Er ist grundsätzlich

12 Versailler System: Nachkriegsordnung nach dem Ersten Weltkrieg auf der Grundlage der in den Jahren 1919/1920 abgeschlossenen Friedensverträge, darunter des von der deutschen Regierung am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrages, der Deutschland zu zahlreichen Gebietsabtretungen zwang, seine Souveränität beschränkte und zu hohen Reparationsleistungen verpflichtete.

richtig und taktisch klug und geschickt. Sein Inhalt muß jedoch aus dem Parlament unter die Massen getragen, muß zu ihrer klaren politischen Erkenntnis und Kampfstat werden.

In wachsenden Kreisen scheint man das nötige Empfinden dafür zu haben, indem man Genossen Ernst als Referenten fordert. Das Verlangen muß erfüllt werden. Ernst gehört heraus und führend unter die Massen. – Seine Absicht, ein Buch über den Mittelstand zu schreiben, ist vorzüglich. Die Partei braucht ein solches Buch wie das liebe Brot. Nur fürchte ich, daß ihm für die Durchführung seines Plans nicht die nötige Zeit zur Verfügung steht. Schon allein die Beschaffung des nötigen Materials ist eine Riesenaufgabe, die auch mit Deiner wertvollen Mitarbeit nicht binnen kurzem gelöst werden kann. Dazu eine andere Erwägung: Umfangreiche Bücher werden jetzt kaum von größeren mittelbürgerlichen Kreisen gekauft und gelesen. Vielleicht wäre es ratsamer, daß Ernst sich zunächst auf eine Broschüre oder eine Serie von Broschüren beschränkt, eventuell gegliedert nach verschiedenen Schichten des Mittelstandes, so des städtischen gewerblichen Mittelstandes, des bäuerlichen Mittelstandes und der Intellektuellen. Eine solche Broschürenserie könnte später zusammengefaßt und erweitert werden. Ich sehe der Arbeit mit Spannung und Hoffnung auf ihren Wert entgegen.

Liebe Maria. Deine Mitteilung über die Abenteuer meines Briefes haben mich nicht gewundert. Ich schickte ihn auf dem gewählten Wege persönlicher Übermittlung wegen des beiliegenden Materials aus Amerika über Krupp-Essen. Da dieser Herr sich auf den Sitzungen des „Reichsverbands“ recht mausig gemacht hat, wäre wohl zu prüfen, ob die Mitteilungen seines früheren Arbeiters nicht verwendet werden könnten. Genosse E. wird das besser beurteilen können als ich aus der Entfernung.

Über die Frauenbewegung demnächst, was Du darüber sagst, ist durchaus zutreffend. Leider!

Liebe, liebe Genossin und Freundin Maria, ich bin Dir für alle Informationen herzlich dankbar. Sie bestätigen meine Überzeugung, daß es trotz Fehler und Schwächen vorwärtsgeht. „S' ist der Geschichte ehernes Muß“.

Grüße Genossen Ernst, die liebe Genossin Anna, Genossen H. Flensburg und alle Freunde. Auch einen guten Gruß an unseren Fraktionsdiener.<sup>13</sup>

Ich umarme Dich in treuer Freundschaft und Kampfverbundenheit

SAPMO-BArch, Nachlass Clara Zetkin, NY 4005/94, Bl. 7-11.

13 Angestellter des Reichstags, zuständig für die KPD-Fraktion.

## Abkürzungsverzeichnis

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie bei der FES
B-Arch	Bundesarchiv
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CZ/ARS	Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EK	Exekutivkomitee
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FKP	Französische Kommunistische Partei
IRH	Internationale Rote Hilfe
JBzG	JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
KI	Kommunistische Internationale (Komintern)
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDO/KPO	Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition
KPR/B	Kommunistische Partei Russlands/Bolschewiki
LAB	Landesarchiv Berlin
MEW	Marx-Engels-Werke
MOPR	Meshdunarodnaja organizacija pomoschtschi borzam rewoljuzii (Internationale Hilfsorganisation für Kämpfer der Revolution = IRH – Internationale Rote Hilfe)
NGO	Nichtregierungsorganisation(en)
PB	Politisches Büro
Polbüro	Politbüro, Politisches Büro
RGASPI	Rossijskij Gosudarstvennyj archiv social`nopolititscheskoj istorii (Russländisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte)
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RL/GW	Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
SAP (D)	Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands)
SAPD	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO	Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR (im Bundesarchiv-BArch)
SP	Sozialistische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SFIO	Section Francaise de l'Internationale – Parti Socialiste (Partei der Sozialisten – Französische Sektion der 2. Internationale)
UN(O)	United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ZK	Zentralkomitee

## Namensverzeichnis

Adler, Victor	50, 51, 53, 61
Agnes, Lore	19, 62
Agnew, Jeremy	153
Alexander, Gertrud	105, 109
Alpari, Gyuá	230, 231, 232, 233
Altmann	186
Altwater, Elmar	104
Ankersmit, Heleen	54, 58, 70, 71, 120
Arendsee, Martha	19, 62, 65-67
Arendt, Hans-Jürgen	27
Armand, Ines	57, 64
Aveling, Eleanor	143
Baader – Arbeiter	42
Baader, Ottilie	13, 47, 186, 188
Baake Frau	42, 43
Babitschenko, Leonid G.	90, 105, 108, 132
Badia, Gilbert	8, 11, 12, 14, 27, 37, 65, 79, 80, 90, 106, 108, 112, 113, 159
Bahne, Sigfried	150
Balabanowa, Angelica	65, 66, 84, 181
Barbusse, Henri	113
Bassler, Siegfried	9
Bauer, Karin	12
Bauer, Otto	53
Bäumer, Gertrud	18
Baumann	188
Bayerlein, Bernhard H.	90, 132, 154
Bebel, August	14, 15, 22, 23, 25, 30, 44, 47, 106, 145
Behrendt, Lutz-Dieter	92
Bendele, Ulrich	29
Bergmann, Theodor	87, 152
Bernstein, Eduard	14, 98, 145
Berten, Peter	62
Beutin, Wolfgang	113, 115, 132
Beyrau, Dietrich	92
Birchall, Ian	152
Bismarck, Otto von	10
Bittel, Karl	85
Blänsdorf, Agnes	56
Blos	198
Björnson	121
Bois, Marcel	131, 149, 152, 154
Boll, Friedhelm	10
Borchardt, Julian	35, 69
Bosc hek, Anna	49, 50
Brandler, Heinrich	132, 133, 136, 139, 140, 144, 151, 218
Branting, Hjalmar	181, 182, 183, 185, 188
Braun, Lily	11, 15, 106
Brauns, Nikolaus	106, 108

Brehm, Bruno	97
Bucharin, Nikolai	137, 138, 153, 169, 220
Buchheim, Johanna	73
Buchmann, Sonja	105
Carrère d'Encausse, Hélène	87
Cavaignac,	217
Chanjutin, Alexej	87
Christadler, Marieluise	10
Cliff, Tony	152, 153
Crispien, Artur	79
Czóbel, Ernst	145
d'Encausse, Hélène Carrère	
Däumig, Ernst	131
Dahrendorf, Ralf	87
Dalström, Kata	181, 183, 185, 191
Dantz	140
David, Eduard	67
Deborin, A. M.	144
Demuth, Frederick	144, 145
Demuth, Lenchen (Helene)	144
Dengel, Philipp	139
Denikin	214
Dietz, Johann Heinrich Wilhelm	19, 70, 72, 130
Dißmann, Robert	73
Dornemann, Luise	10, 13, 27, 30, 71, 80, 106
Dowe, Dieter	62, 73
Duncker, Hermann	55, 163
Duncker, Käte	16, 19, 30, 32, 35, 36, 62, 66, 69, 83, 163, 188
Eberlein, Hugo	55, 80
Ebert, Friedrich	72, 73, 130
Eggerdinger, Stephan	123
Eilderemann, Wilhelm	54, 59, 71
Einstein, Albert	39
Eißner, Clara (d. i. Clara Zetkin)	
Eißner, Gottfried	9
Eißner, Josephine	9
Engelmann, Dieter	85
Engels, Friedrich	25, 44, 45, 94, 96, 102, 103, 129, 142-146, 149, 157, 173, 222, 223
Eulenberg, Herbert	144
Fahrenwald, Berlin	67
Faure	216
Feigl, Susanne,	50, 52
Figes, Orlando	87, 97
Firsov, Friedrich I.	90, 132
Fischer, Ruth	132, 133, 135, 170, 219, 220
Flechtheim, Ossip K.	149
Flensburg, H.	236
Flood, Hulda	181

France, Anatole	217
Freiligrath, Ferdinand	121
Freundlich, Emmy	50, 52
Frölich, Paul	133
Fuchs, Eduard	82, 83
Gallifets	217
Gautschi, Willi	65
Gélieu, Claudia von	10, 41, 186
Gemkow, Heinrich	144
Gerlinger, Olga	77
Gewehr	188
Goethe, Wolfgang von	223
Goz, Abram Rafailowitsch	212, 213
Gößwald, Udo	39
Goebbels, Josef	225
Grass, Martin	8, 181
Grass, Günter	123
Grimm, Robert	60, 66, 68, 81
Grimm, Rosa	165, 169
Grube, Ernst	137
Grünberg, Carl	145
Grünberg	186
Glückauf ?	225
Guesde, Jules	69
Guilliaume-Schack, Gertrud	44
Günther, Karl-Heinz	28, 31
Gustafson, Ruth	183, 189, 191
Haase, Hugo	69, 70, 170
Habermas,	123
Haferkorn, Katja	63, 83, 116
Hahlweg, Werner	97
Hallas, Duncan	153
Hanna	186
Hansen-Schaberg, Inge	39
Hanusch, Ferdinand	53
Hauch, Gabriella	50, 51
Haynes, H. Mike	152, 153
Hecker, Rolf	142, 144, 221
Hedeler, Wladislaw	87, 138, 144
Heimann – Arbeiter	42
Heine, Heinrich	119, 200
Heine, Wolfgang	59
Henderson	216
Helas, Horst	137, 140
Henicke, Hartmut	86, 96
Henke, Alfred	68
Hentilä, Marjaliisa	157
Herbst, Andreas	8, 155, 170
Hering, Sabine	109
Herrmann, Ursula	69

Hertzfeldt, Hella	20
Hervé, Florence	12, 21, 27, 66, 105, 106, 152, 159
Hierdeis, Helmwart	29
Hilferding, Rudolf	95
Hiller, Alfred	227
Hindenburg, Paul v.	150, 205
Hitler, Adolf	89, 150
Hochstadt, Stefan	87
Hoernle, Edwin	35, 73
Hoelz, Max	169
Hoffmann, Adolph	131, 170
Hofmann, Franz	28
Hohendorf, Gerd	28, 35
Hölscher, Astrid	151
Holtz, Bärbel	68
Hornung	198
Humbert-Droz, Jules	97, 137, 154
Huysmans, Camille	60, 61
Hyndman, H. M.	69
Ibsen, Henrik	121
Ihrer, Emma	10, 16, 41, 43-45, 47, 186, 191,
Ito, Narihiko	87
Ito, Setsu	7, 10, 22, 23
Jacob, Mathilde	82, 85
Jagert – Fräulein	42
Jannack, Karl	140
Jansson	191
Jentsch, Harald	132
Jensen, Elise	77
Jogiches, Leo	79, 82-85, 130, 170, 216
Joffre	205
Juchacz, Marie	19, 20, 36
Kamenjew, Lew	133, 153, 154, 220
Kampffmeyer, Margarethe	31
Kant, Immanuel	121
Kapp, Yvonne	145
Karl, Heinz	116
Kautsky, Karl	69, 73, 79, 95, 116, 144, 145, 232
Keller, Elke	56
Kerin, A.	108
Kerenski	212
Keßler, Mario	152
Keudell von, Innenminister	39
Key, Ellen	35
Kinner, Klaus	90, 120, 138, 141
Kittler, Gerhard	31
Klaßen, Angela	28
Klein, Fritz	55, 80
Kleinau, Elke	28



Koch-Baumgarten, Siegrid	149
Kollontai, Alexandra	15, 16, 57
Kolumbus	87
König, Helmut	28
Koltschak	214
Korthaase, Werner	39
Krasnow	212
Krauss, Marita	31
Krestinski, Nikolai N.	219, 220
Kroeger, Theodor	97
Krupskaja, Nadeshda K.	32, 57, 64, 165, 166, 220
Kuczynski, Jürgen	55, 79, 80
Kuhn, Anette	15
Kuhn, Axel	36
Kun, Bela	168
Küttler, Wolfgang	92
Lademacher, Horst	56, 68
Lafargue, Laura	45, 106, 142, 145
Lange, Helene	28
Langkau, Götz	143
Lafontaine, Oskar	115
LaPorte, Norman	154
Laschitza, Annelies	56, 80, 82, 87, 90
Laufenberg, Heinrich	69
Lehmann, Hope Bridges Adams	31
Leipart, Theodor	158, 159
Lenin, Wladimir Iljitsch	24, 25, 57, 64, 65, 68, 69, 85, 87-92, 95-102, 106, 131, 132, 135, 149, 155, 165-168, 202, 206, 215, 218, 220, 223, 232
Leiser, Anni	166
Levi, Paul	89-92, 95, 99-104, 131
Leviné, Eugen	166
Leyh, Manfred	13
Lichtenberger, Sabine	8, 49, 173
Liebknecht, Karl	56, 59, 60-62, 64, 79-81, 113, 120, 130, 158, 201, 216, 231, 232
Liebknecht, Sophie	82
Liebknecht, Wilhelm	30, 33, 106
Linden, Marcel van der	152
Lindhagen, Anna	192
Losurdo, Dominico	86
Luban, Ottokar	8, 55, 79, 82, 84, 87, 159
Luxemburg, Rosa	7, 16, 55, 56, 59-61, 67, 79-87, 89-103, 106, 113, 127, 130, 154, 158, 163, 165, 188, 201, 216, 223, 231, 232, 233
Maas, Jan	152
Mallmann, Klaus-Michael	150, 154
Marchlewski, Julian	55, 108, 109
Marquis Posa	211
Marx, Eleanor	145
Marx, Karl	25, 48, 89, 94, 96, 100, 102, 143, 146, 149, 152, 157, 222, 223
Maslow, Arkadij	133, 135, 139, 170, 218, 219
Materna, Ingo	68

Matthias, Erich	67
McDermott, Kevin	153
Mehring, Franz	55, 59, 79-82
Menschik, Jutta	10
Meyer, Ernst	55, 133
Minow, Rüdiger	123
Miller, Susanne	67
Motteler, Julius	46
Mühsam, Erich	136
Mühsam, Zenzl	136
Müller, Eckhard	19, 54, 80, 130, 206
Müller, Joachim	27
Münzenberg, Willi	60, 139, 147
Naumann, Horst	85
Nettl, Peter	8, 79, 80
Neubauer, Beate	41
Neuhäuser, Heike	39
Neumann, Heinz	139
Neurath, Otto	132, 133
Neuschl, Sylvia	85
Nixdorf, Kurt	145
Nodinger, Ingeborg	27
Nolte, Ernst	89
Noske,	216
Notz, Gisela	7, 9, 20, 130
Obuch, Gerhard	108
Obolewski, Walerian W.	219
Oestreich, Paul	39
Ossinski, N.	219
Ossinsky	219
Pannekoek, Anton	61
Partisch, Gudrun	105
Pernerstorfer, Engelbert	50
Peter der Große	87
Peuschel, Christiane	46
Pfülf, Toni	39
Philipp II.	211
Pieck, Wilhelm	55, 67, 105, 108, 111, 114, 132, 135, 150, 151, 169, 170, 218
Pjatznitzki, Jossif	150
Pjatakoff	220
Plechanow, Georgij	69
Plener, Ulla	8, 39, 157, 158, 194
Podljaschuk, Pawel	57, 58
Pölzer, Johann	50, 180
Popp, Adelheid	50
Preobraschenski, Jewgenij A.	219, 220
Proft, Gabriele	50
Puschnerat, Tânia	8, 10, 20, 27, 78, 79, 80, 85, 90, 91, 106, 150

Quack, Sibylle	90
Raabe, Wilhelm	119
Radczun, Günther	82
Radde, Gerd	39
Radek, Karl	69, 132, 133, 218, 219, 220
Rakowski, Christian G.	219
Rappoport, Charles	112
Rawdin, Boris	87
Reetz, Dorothea	106
Reese, Maria	141, 165, 167, 170, 225, 227, 228, 229, 235
Reisberg, Arnold	57, 58
Reiter, Anna	229, 236
Remmele	219
Renner, Karl	53
Renaudel	205
Reumann, Jakob	50
Reuter, Elke	138, 141
Reuter, Fritz	121
Reutershan, Joan-Banks	25
Richebächer, Sabine	12, 77
Riepl-Schmidt, Maja	20
Rjasanow, David B.	143, 144, 145, 146, 147, 148, 221, 222, 224
Rogler, Rudolf	39
Rojahn, Jürgen	56, 60
Rokitjanskij, Jakow	147
Roland-Holst, Henriette	61
Rosenbaum, Martha	82
Rosenberg, Arthur	231, 233
Ruben-Wolf, Martha	163
Rück, Fritz	84
Rühle, Otto	32, 35, 36, 60
Rülcker, Tobias	39
Russel, Bertrand	98
Sachse, Mirjam	20, 36, 72, 130
Sauerland, Kurt	231, 233, 234
Sassulitsch, Vera	96, 100
Scheidemann, Philipp	69, 205
Schieffel Arbeiter	42
Schilde, Kurt	109
Schiller, Franz	145
Schiller, Friedrich	121, 209
Schinkel, Helmut	39
Schlesinger, Theresia (Schlesinger-Eckstein)	15, 50, 180
Schlör, Jacob	110
Schmalfuß, Peter	85, 166
Schmidt, Auguste	9, 30
Schmidt, Felix	166
Schmückle, Karl	145, 146
Schneider, Kurt	120

Schneider, Michael	101
Schneller, Ernst	139
Scholem	135, 220
Scholze, Siegfried	60, 70
Schönbeck	141
Schonig, Bruno	39
Schreckenbach, Hans-Joachim	68
Schuffenhauer, Heinz	28
Schug, Alexander	157
Schulz, Heinrich	32, 33, 35-39
Schumacher, Gabriele	70
Schüttrumpf, Jörn	90
Schützler, Horst	87
Seidel, Amalie	50
Seidel, Helmut	90
Selinger	188
Sembat, M.	69
Sender, Toni	19, 62
Sensinow	212
Serebrjakow, Leonid P.	220
Serebriesskoff	219
Serge, Viktor	152
Service, Robert	87
Siemens, Anna	39
Sievers, Ulrike	16
Siloff, Josephine	77
Sinowjew, Grigorij	131, 132, 133, 153, 154, 220, 232
Sinzheim	226
Skvorzow	144
Söllner, Christa	9, 15, 19
Sommer, Heinz	105
Sorge, Richard	144
Spengler, Tilman	87
Stadler, Eduard	97
Stalin, J. W.	24, 27, 87, 112, 132, 133, 136, 137, 145, 151-155, 165, 218, 220, 231, 234
Stassowa, Jelena	105, 109, 110, 111, 132-134, 136, 218
Staupe, Fritz	11, 12, 18, 27
Stauning, Thorwald	54
Stepanov	144
Stërky, Anna	182
Stoljarowa, Ruth	85, 166
Striegnitz, Sonja	87
Ströbel, Heinrich	67
Stutschka, Pjotr	83
Sünker, Heinz	33
Suttner, Berta von	18
Thalheimer, August	84, 132, 133, 136, 139, 140, 143, 151
Thalheimer, Berta	19, 62, 68, 69
Thälmann, Ernst	133, 135, 137-140, 156
Teddy (Thälmann)	141

Thiede, Paula	47, 186
Tietz,	186
Torgler, Ernst	227, 228, 229, 235, 236
Tristan, Flora	26
Troelster, Pieter Jelles	56
Trotzki, Lev	102, 132, 133, 135, 153, 154, 220
Tschernow	212
Tucholsky, Kurt	107
Uhlig, Christa	28, 31, 32, 33
Uljanova, Anna I.	155
Uljanova, Marija I.	155
Vandervelde, Emile	69, 205, 216
Vatlin, Aleksandr	90, 132
Vettermann, Emil	108
Vollmar, Georg von	59
Wackwitz	188
Walcher, Hertha	20, 133
Walcher, Jacob	84, 85, 140
Walther, Rosemarie	35
Weber, Hermann	8, 84, 85, 90, 150, 153, 154, 155, 170
Weber, Wilhelmine	46
Wehler, Hans-Ulrich	93
Wels, Otto	216
Wende, Peter	92
Wengels, Margarete	19, 62, 67, 166, 170, 188
Werder, Lutz von	29, 35
Wernicke, Günter	130, 218
Westermann,	141
Westmeyer, Friedrich	79
Wheeler, Robert F.	83
Wibaut, Mathilde	8, 61, 66, 120, 162, 163, 171, 203-207, 211, 216, 217
Wickert, Christel	54
Wieland, Lothar	55
Wiest, Fritz	144
Wilde, Florian	131, 154
Wirsching, Andreas	154
Wohlgemuth, Heinz	80
Woldt, Richard	35
Wolf, Lothar	163
Wolff, Reinhart	35
Wolter, Ulf	153
Wurm	188
Zepler, Wally	45
Zetkin, Kostja/Konstantin	9, 31, 72, 144
Zetkin, Maxim	9, 31, 72, 106, 147, 150, 151, 155
Zetkin-Milowidowa, Emilia (Mila)	121, 147, 150, 151, 155, 229, 230

Zetkin-Konstantinowna, Nadeshda (Nadja)	155, 164
Zetkin, Ossip	9, 30, 42, 43, 46, 112, 130
Zietz, Luise	14, 16, 73, 77, 171, 186, 188
Zundel, Georg Friedrich	72

## **Autoren**

WOLFGANG BEUTIN – Dr., Privatdozent an der Universität Bremen

MARCEL BOIS – Doktorand an der Universität Hamburg

CLAUDIA VON GÉLIEU – Frauengeschichtsforscherin, Berlin

Martin Grass – Mitarbeiter im Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm, Uppsala

ROLF HECKER – Prof. Dr., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorsitzender des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition e.V., Berlin

HORST HELAS – Dr., Historiker, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

HARTMUT HENICKE – Dr., Historiker, Berlin

SETSU ITO – Prof. Dr., Showa Women's University, Tokio

SABINE LICHTENBERGER – Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, Wien

OTTO KAR LUBAN – Historiker, Berlin

ECKHARD MÜLLER – Dr., Historiker, Berlin

GISELA NOTZ – Dr., Frauenforscherin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

ULLA PLENER – Dr. sc., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorsitzende des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin

MIRJAM SACHSE – Doktorandin an der Universität Kassel, Clausthal-Zellerfeld

HEINZ SOMMER – wissenschaftlicher Bibliothekar, Berlin

CHRISTA UHLIG – Prof. Dr., Bildungshistorikerin, Privatdozentin an der Humboldt-Universität Berlin

GÜNTER WERNICKE – Dr., Historiker, Humboldt-Universität Berlin